

In USA
Strafen für
Drogenhändler

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 21. Oktober 1986 - D ***

Nr. 245 - 43. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Leser Service: 10.000 4300 Essen 1, Tel. 0 20 94 / 10 11
Wichtigste Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 204-7
Anzeigenservice Köln (0 2 2 6) 10 15 34, Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 Bfr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 150 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 600,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr., Niederlande 2,20 fl., Norwegen 2,50 Nkr., Österreich 14 S., Portugal 120 Esc., Schweden 2,00 Skr., Schweiz 2,00 Sfr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 185 Ptas., Türkei 850 TL.

exklusiv in der WELT



Stiller und der Agent „Sturm“

Einer der wichtigsten Agenten im Bereich Datenverarbeitung und Elektronik, die Werner Stiller als MIS-Offizier zu führen hatte, trug den Decknamen „Sturm“. Eine einzige Lieferung dieses Computerfachmannes war nach Ostberliner Schätzung 55 Millionen Mark wert. In der heutigen Folge der WELT-Serie, ein Vorabdruck aus dem Stiller-Buch „Im Zentrum der Spionage“, das Ende Oktober bei v. Hase & Koehler erscheint, schildert er weiter, wie sich der Staatssicherheitsdienst bemüht, Hochschullehrer in der „DDR“ als Spitzel zu verpflichten. Seite 10

Heute in der WELT

Die Zukunft der Universitäten

Die Spitze des „Abiturientenbergs“ war schon 1983 erreicht. Seither sinken die Studienanfängerzahlen. Welche Hochschulen werden weiter blühen und gedeihen, welche werden schon in wenigen Jahren ums Überleben kämpfen müssen? Eine in Arbeit befindliche Studie bemüht sich um eine Prognose. Die Hochschul-WELT berichtet in einer Serie. Seite 13

POLITIK

Flucht: Ein 20 Jahre alter Autolackierer aus der „DDR“ hat die Elbe durchschwommen und unbemerkt niedersächsisches Gebiet erreicht. Er gab als Fluchtgrund Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen an.

Geschenk: Entwicklungshilfe von 20 Millionen Mark hat König Birendra von Nepal gestern in Bonn geschenkt bekommen. Er hält sich auf zu einem sechstägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik auf.

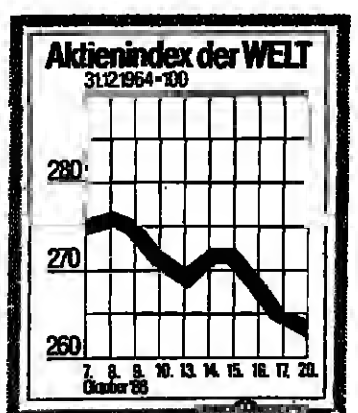
Niederlage: In Griechenland hat die regierende sozialistische PASOK-Partei bei der zweiten Runde der Kommunalwahl erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Sie werden auf die Sparpolitik von Ministerpräsident Papandreu zurückgeführt. (S. 2 und 8)

Finanzskandal: In Frankreich gibt es einen neuen Finanzskandal. Vermittelt werden insgesamt elf Millionen Dollar, und die französische Presse will von dem früheren Pariser Außenminister Roland Dumas wissen: Wo ist das Geld geblieben? (S. 8)

WIRTSCHAFT

Vorräte: Die Bundesrepublik Deutschland ist bestens mit Rohöl und Mineralölprodukten versorgt. Die Bestände betragen nach den Angaben des Erdölbevorratungsverbandes insgesamt rund 16 Millionen Tonnen, davon sind 5,7 Millionen Tonnen Rohöl. (S. 17)

Währungen: mittellkurs 1,9788 (1,9734). Goldpreis je Feinunze 425,00 (420,00) Dollar.



Börse: Zum Wochenbeginn war die Kursentwicklung an den deutschen Aktienmärkten bei weitem sehr ruhigem Geschäft uneinheitlich und zumeist schwächer. Am Rentenmarkt gehen die Kurse öffentlicher Anleihen kräftig nach. WELT-Aktienindex 264,22 (265,89). BHF-Rentenindex 106,296 (106,398). BHF-Performanace-Index 106,859 (106,925). Dollar-

KULTUR

Totenanz: Am Hamburger Thalia-Theater hat Jürgen Gosch Strindbergs Intrigenspiel „Totenanz“ inszeniert. Die gelungene Aufführung leht vor allem durch die hervorragende Leistung der Schauspieler. (S. 27)

Geburtsstag: Die Schriftstellerin Margarete Buber-Neumann wird 85 Jahre alt. Eine Frau, die in Konzentrationen gelitten und darüber Bücher geschrieben hat. Sie besitzt die Fähigkeit, zu überzeugen und zu faszinieren. (S. 27)

SPORT

Nationalelf: Mit den zuletzt verletzten Klaus Allofs (Köln) und Rudi Völler (Bremen) reist die Fußball-Nationalmannschaft am 29. Oktober zum Länderspiel gegen Österreich nach Wien. (S. 25)

Fußball: Fortuna Düsseldorf wird bis zum 31. Dezember Rudi Kargus (34) als Torwart verpflichtet. Schlußmann Jörg Schmadtke kann wegen eines Fußbruchs nicht mehr spielen.

AUS ALLER WELT



Broadway: Wo früher die Bühnen-Größen Amerikas vor einem zahlungskräftigen Publikum auftraten, locken heute nur noch hülfelose Parkettplätze, Sexläden, Imbissstuden und Souveniergehäfte die weniger wohlhabenden Kunden. Das rührerische Vergnügungsviertel in New York (Foto) ist inzwischen heruntergekommen: Pomp, Glamour und rauschende Tanzvergnügen, so wie man den „Swing Broadway“ von unzähligen Kino- und Fernsehfilmen her kennt, gehören längst der Vergangenheit an. (S. 28)

Leserbriefe und Personalien Seite 11
Umwelt - Forschung - Technik Seite 12
Fernsehen Seite 26
Wetter: Unbeständig Seite 28

Politischer Streit um Lappas. Spricht heute das Landgericht?

Empörung über Vergleiche mit 1933 / Dregger kündigt Aktuelle Stunde an

DIETHART GOOS, Bonn
Eine heftige Kontroverse zwischen Koalition sowie Opposition und Gewerkschaften hat die Verhaftung des BGAG-Chefs Altns Lappas ausgelöst. Der IG Metall-Vorsitzende Hans Mayr sprach von einem „schamlosen Schmierentheater“ und fügte hinzu, in ihm seien „fatale Erinnerungen aus der Zeit nach 1933 wach geworden“. Zugleich forderte er die unverzügliche Freilassung von Lappas.

Bundestagspräsident Jenninger und der Chef der Unionsfraktion, Dregger, wiesen jeden Vergleich der Verhaftung von Lappas mit Geschehnissen in der Nazi-Zeit scharf zurück. In Bonn unterstützen beide CDU-Politiker die Rechtmäßigkeit des Verfahrens. Dregger kündigte an, daß seine Fraktion die „Angriffe auf Bundestag und Justiz“ zum Gegenstand einer Aktuelle Stunde machen werde.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt nannte die Vorgänge auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall ein Lehrstück, das nicht vom Funktionieren des Rechtsstaates handle, sondern vielmehr „von der gütigen Entschlossenheit der Rechten in diesem Land, die Affäre um die Neue Heimat zu nutzen, um den organisierten Arbeitnehmern zu zeigen, wer Herr im Hause ist“. Ziel der CDU/CSU/FDP-Mehrheit im Untersuchungsausschuß sei die „kalte Demütigung der Gewerkschaftsbewegung“.

Der Sprecher der BGAG in Frankfurt, Stanzick, kündigte gestern an, die Beschwerde gegen die Verhaftung von Lappas solle am Dienstag

spektakulären Verhaftung von Lappas hätten sich Koalition und Bundesregierung widerrechtlich Einmischung in die Streiktagen der Gewerkschaften verschaffen wollen. Hüsch verwies auf den Vollstreckungsbeschuß des Bonner Amtsrichters Hertz-Eichenrode, wonach Lappas wegen einer Reise in die USA dem Gericht für die nächsten drei Wochen nicht hätte zur Verfügung stehen können. Öffentlichlich befürchtete der Richter, der Zeuge wolle sich bis zum Abschluß der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses Mitte Dezember seiner Vernehmung entziehen und ordnete daher die Vollstreckung der Beugehaft an.

SEITEN 2 UND 12: Weitere Beiträge

beim Bundesverfassungsgericht eingeleitet werden. Außerdem habe Lappas' Anwalt beim Landgericht Bonn die Aufhebung der angeordneten Erziehungshaft beantragt. Das Gericht wird heute voraussichtlich darüber entscheiden. Der BGAG-Chef hatte die Beugehaft gestern morgen in einer Bonner Justizvollzugsanstalt angetreten.

Mit aller Schärfe wies der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Heinz Günther Hüsch, Vorwürfe der Gewerkschaften zurück, mit der

FDP zu Gesetzesverschärfung bereit

Parteipräsidium unterstützt auch die Rasterfahndung / Lehren aus der Bayern-Wahl

DIETHART GOOS, Bonn
Die Bekämpfung des Terrorismus wird für die Freien Demokraten - neben Fragen der Wirtschafts- und Steuerpolitik - zentrales Thema des Bundestagswahlkampfes werden. Mit dieser thematischen Neuorientierung, die Generalsekretär Helmut Haussmann gestern verkündete, zieht die FDP Konsequenzen aus dem für sie enttäuschenden Abscheiden bei der bayerischen Landtagswahl. Im Wahlkampf hatte der Bereich innere Sicherheit dort für die FDP nur untergeordnete Bedeutung.

Hatten die Freien Demokraten in der bisherigen Diskussion immer wieder Vorbehalte gegen eine Verschärfung von Gesetzen und Vorschriften im Bereich der inneren Sicherheit angemeldet, wollen sie jetzt, wie Haussmann ankündigte, alle notwendigen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung unvoreingenommen prüfen. Wo notwendig, werde sich die FDP an erforderlichen Gesetzesänderungen beteiligen, versprach ihr Generalsekretär.

den Appell, sich im Interesse einer Erhöhung der inneren Sicherheit unverzüglich auf ein einheitliches Polizeirecht zu verständigen. Zugleich signalisierte die FDP entgegen früherer Einwände ihre Bereitschaft, das umstrittene Gesetz über die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder (ZAG) möglichst schnell über die parlamentarischen Hürden zu bringen.

SEITE 4: Weitere Beiträge

werde die FDP diese Maßnahme offen und ernsthaft erwägen.

Das Gesetz über die „Zugriffsregelung auf das Zentrale Verkehrsinformationssystem (ZEVIS)“ ist nach Ansicht der FDP entgegen früherer Vorbehalte bei der Terroristenfahndung sinnvoll. Der von den Koalitionspartnern ausgehandelte Gesetzentwurf könnte noch vor Ablauf der Legislaturperiode verabschiedet werden.

An die Innenminister der Bundesländer richtete die FDP den dringenden

Generalsekretär Haussmann versicherte, mit dieser Haltung seiner Partei zur Terrorismusbekämpfung und Verbesserung der inneren Sicherheit würden keine liberalen Grundsätze aufgegeben. Wichtig sei es, den Fahndungsdruck auf die Terroristen zu verschärfen. Dazu gehöre eine intensiver Öffentlichkeitsfahndung.

Mit ihrer Offensive zur Verbesserung der inneren Sicherheit will die FDP, wie Haussmann erläuterte, ein schärferes Profil gewinnen. „Die persönliche Freiheit läßt sich nur in einem Staat verwirklichen, wo Terroristen keine Chancen haben.“

Vorstoß für frühere Steuersenkung

Wirtschaftsinstitute sagen weiteren Aufwärtstrend voraus / Subventionsabbau empfohlen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Der Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland wird sich auch 1987 fortsetzen. Das wird dann bereits das fünfte Jahr der Aufwärtstrend sein. Wie für 1986 erwarten die fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute aus Berlin, Essen, Hamburg, Kiel und München auch für 1987 eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um drei Prozent.

sehen gute Aussichten, die bisherigen Erfolge beim Wirtschaftswachstum und bei der Zunahme der Beschäftigung weiter auszubauen. Auch dort heißt es, die gute konjunkturelle Entwicklung sei noch kein Selbstläufer. Das müsse die Lohnpolitik zur Kenntnis nehmen. Auch nach Meinung der Bundesregierung werde der

sätzlichen Einstellungen von Arbeitskräften kommen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik sollte sich stärker am Wachstum orientieren. Daher sollte auch die für den Anfang der neunziger Jahre geplante umfassende Steuerreform rascher verwirklicht werden. Zur Finanzierung schlagen die Institute den Abbau von Subventionen vor. In der Geldpolitik stützen sie den Kurs der Bundesbank. Sie betonen, eine weitere Beschleunigung der monetären Expansion werde auf Dauer weder für das Wachstum der Bundesrepublik Deutschland noch für die Weltwirtschaft etwas bringen. Versuche, den Dollar gegen einen abwärtsgerichteten Trend zu stützen, halten sie für gefährlich. Erstmalig während dieses Aufschwungs ist 1986 die Zahl der Arbeitslosen gesunken. Im Herbst lag sie um rund 100 000 niedriger als vor einem Jahr. Ein ähnlicher Rückgang wird für 1987 erwartet. Trotzdem werde Ende 1987 die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen immer noch reichlich zwei Millionen betragen.

Allerdings werde das Tempo voraussichtlich im Verlauf des nächsten Jahres etwas nachlassen, vor allem, weil die Wirkungen der Ölverbilligung und der Steuersenkung abklingen. Daher plädieren die Institute dafür, die zweite Stufe der Steuerreform, die auf den 1. Januar 1988 terminiert ist, vorzuziehen und bereits Mitte 1987 rückwirkend zum 1. Januar in Kraft zu setzen.

Die Bundesregierung stimmt mit der Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch die Institute überein. Auch die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft

SEITE 15: Der deutsche Export

Verteilungsspielraum im nächsten Jahr erheblich kleiner.

Bei den Arbeitszeitverkürzungen, die in der nächsten Tarifrunde wieder eine Rolle spielen werden, sollte beachtet werden, mahnen die Institute, daß die Kostenbelastung der Unternehmen selbst ohne Lohnausgleich steigt, wenn mit der Arbeitszeitverkürzung auch die Auslastung der Sachkapazitäten sinkt, und sich damit die Kapitalkosten je Produktionseinheit erhöhen. Daher sei eine größere Flexibilität beim Einsatz der Arbeit notwendig. Nur so werde es zu zu-

Nervosität in Maputo nach Machel's Tod

Staatschef von Moçambique mit Flugzeug abgestürzt / Spekulation um Ursache

DW-ni, Johannesburg/Maputo
Nach dem Tod des Präsidenten von Moçambique, Samora Machel, der bei einem Flugzeugabsturz am Sonntagabend ums Leben gekommen war, fürchtet die politische Führung in der Hauptstadt Maputo offenbar, daß sie die Kontrolle über die Situation verlieren könnte. Die Bevölkerung war auch Stunden nach der Bekanntgabe des Todes von Machel durch die südafrikanische Regierung noch nicht offiziell über das Ableben des Staatschef informiert. Der staatliche Sender Radio Moçambique meldete lediglich, Machel werde vermisst, und spielte ernste Musik.

Marcelino dos Santos, Mitglied des Politbüros der regierenden Frelimo-Partei, rief die Bevölkerung gestern morgen über Rundfunk auf, Ruhe zu bewahren und „weiter wachsen“ zu sein, um jede feindliche Aktion zur Verunsicherung von Instabilität und jedes kriminelle Verhalten zu ver-

tehn“. Gleichzeitig wurde der internationale Flughafen der Hauptstadt von Moçambique geschlossen.

Wie Marcelino dos Santos weiter mitteilte, sind das Politbüro, der Ständige Ausschuß der Volksversammlung und das Kabinett zusammengetreten, um über die Lage zu beraten. Wer Nachfolger des 53-jährigen Präsidenten wird, war gestern noch unklar. Er soll nach Angaben aus unterrichteten Kreisen aus dem Politbüro kommen.

Die Maschine mit Machel an Bord war am Sonntagabend im Grenzgebiet zwischen Moçambique, Swasiland und Südafrika abgestürzt. Der Präsident befand sich auf dem Rückweg von Lusaka, wo er an einer Konferenz der sogenannten Frontstaaten teilgenommen hatte. Nach letzten Informationen befanden sich 38 Menschen an Bord, von denen zehn den Absturz überlebt haben sollen. Dazu gehört auch der sowjetische Pilot des

DER KOMMENTAR

Aufschwung sichern

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die konjunkturellen Aussichten für die Bundesrepublik sind günstig. Der Aufschwung hat nach dem Urteil der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute seine Kraft zurückgewonnen, nachdem es im Frühjahr einige Schwächezeichen gab. Aber auch die haben lediglich zur leichten Korrektur der Wachstumserwartungen der professionellen Konjunkturforscher geführt.

schwungphase leicht sinken dürfte. Die Zahl der Beschäftigten steigt auch im nächsten Jahr stetig weiter an.

Eine Zunahme der preisbereinigten gesamtwirtschaftlichen Leistung um drei Prozent in diesem und im nächsten Jahr, wie jetzt prognostiziert, ist nicht nur beachtlich, sondern sie kann sich auch international sehen lassen. Von daher gibt es keinen Grund auf die vor allem von den Vereinigten Staaten immer wieder erhobene Forderung einzugehen, Bundesregierung und Bundesbank sollten die konjunkturelle Entwicklung stimulieren. Schon jetzt sind die Wachstumsaussichten günstiger als in fast allen anderen Industriestaaten. Allerdings bleibt die Arbeitslosigkeit hoch, auch wenn sie in diesem Jahr zum ersten Mal während dieser Auf-

Trotzdem sollte die Mahnung der Institute nicht überhört werden, daß die Dynamik aus sich heraus noch nicht stark genug ist, um eine Abschwächung des Wachstumstempos im Verlaufe des nächsten Jahres zu verhindern. Um dem zu begegnen, ist nicht nur die Lohnpolitik gefordert, sind neben maßvollen Tarifabschlüssen auch Vereinbarungen notwendig, die eine flexiblere Arbeitszeiterregung ermöglichen.

Angesprochen ist auch die Bundesregierung. Oh das Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerenkung nun der Weisheit letzter Schluß ist, bleibt dahingestellt. Wichtiger erscheint das, was als große Steuerreform für die neunziger Jahre ins Auge gefaßt wird, rascher in die Tat umzusetzen. Und zwar mit Blick darauf, die Wachstumskräfte dauerhaft zu stärken. Wenn das gelingt, dann kann der Aufwärtstrend auch noch für längere Zeit gesichert werden.

Steinkühler markiert das Ziel: Politische Gegenmacht

Streikkasse der IG Metall gut gefüllt / Mehr Mitglieder

DW, Hamburg

Auf dem Gewerkschaftskongreß der IG Metall hat der künftige erste Vorsitzende Franz Steinkühler die Zukunft seiner Organisation mit den Worten beschrieben: „Wir wollen betrieblich und politisch eine Gegenmacht sein.“ Ein vor zwei Jahren eingeleitetes computergestütztes Projekt solle dabei helfen, indem es den Funktionären die notwendigen Informationen für ihre politische Arbeit jederzeit zur Verfügung stelle. „Es wird keine neue IG Metall, aber eine auf administrativer Ebene schlagkräftigere Metallgewerkschaft geben.“ In diesem Zusammenhang appellierte Steinkühler an die mehr als 500 Delegierten, auf die eigene Kraft zu vertrauen.

te die Metallgewerkschaft ihre Streikkasse nach den hohen Ausgaben von rund 400 Millionen Mark für den Streik um die 35-Stunden-Woche im Jahre 1984 wieder beträchtlich auffüllen. Von den Einnahmen im Jahre 1985 in Höhe von 580 Millionen Mark wurden 134 Millionen für die Rücklagenbildung verwendet.

Für Norbert Fischer liegt die Stärke der IG Metall in einer prall gefüllten Streikkasse. „Finanzkraft ist Kampfkraft“, sagte er vor dem Kongreß. Die Delegierten forderte er in diesem Zusammenhang auf, kostenwirksame Entscheidungen zu überdenken und in erster Linie die Rücklagen im Auge zu haben.

Norbert Fischer informierte die Delegierten außerdem darüber, daß die IG Metall durch den Streik um die Arbeitszeitverkürzung Mitglieder gewinnen konnte. Ende September waren 3,578 Millionen Mitglieder in den Reihen dieser größten Einzelgewerkschaft im DGB.

Bereits im vergangenen Jahr konnte

Vor dem Hamburger Kongreß forderte Hans Mayr die Gewerkschafter auf, ihre „Selbstverleischung“ wegen der Neuen Heimat zu beenden. „Wir werden niemandem mehr die Gelegenheit geben, sich an diesem Dauerthema den Mund zu zerreißen.“ Abschließend stellte er fest, daß trotz aller positiven Äußerungen von der „alten Sozialpartnerschaft“ mit einer konsequenten Gegnerschaft der Konservativen in dieser Sache zu rechnen sei.

Nachfolger für von Braunnühl

DW, Bonn

Bundesaußenminister Genscher hat gestern den deutschlandpolitischen Experten Hermann von Richtigofen zum neuen Chef der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt (AA) ernannt. Der Diplomat wird Nachfolger des von Terroristen ermordeten bisherigen Leiters Gerold von Braunnühl. Erst vor kurzem war Richtigofen in das AA zurückgekehrt, wo er zunächst die Leitung der Rechtsabteilung übernommen hatte. Zu seinen Auslandsstationen gehörten Djakarta und Saigon. Seite 2: Der Nachfolger

Pöhl: Dollar ist genug gefallen

DW, London

Bundesbankpräsident Pöhl hat vor den Folgen zu starker Kursausschläge des US-Dollar gewarnt. Die amerikanische Valuta sei weit genug gefallen, und eine weitere Abwertung wäre in niemandes Interesse, erklärte Pöhl in London.

Der Markt dürfte jetzt auf keinen Fall über das Ziel hinausschießen. Vor der dortigen Deutsch-Britischen Handelskammer warb der Bundesbankpräsident gleichzeitig für einen Vollbeitrag seines Gastgeberlandes Großbritannien zu dem Europäischen Währungssystem.

Kreml sieht in Ausweisung „nur eine kleine Sache“

USA beraten Gegenmaßnahmen / „Chancen für Abkommen“

SAD/DW, Washington/Moskau
Die Vereinigten Staaten wollen die Ausweisung von fünf US-Diplomaten aus der Sowjetunion mit Gegenmaßnahmen beantworten, gleichzeitig aber eine Beeinträchtigung der Rüstungskontrollgespräche mit Moskau verhindern. Dies ergibt sich aus den Äußerungen von Außenminister Shultz und des Stabschefs im Weißen Haus, Regan.

„das Interesse, die Affäre nicht hochzuspielen. Der sowjetische Regierungssprecher Arbatow meinte dazu, es handle sich nur „um eine kleine Sache“ im Verhältnis zu den gesamten sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Gleichzeitig bestätigte Arbatow, daß die am Sonntag verfügte Ausweisung der fünf US-Diplomaten eine Vergeltungsmaßnahme für die Ausweisung von 25 Angehörigen der sowjetischen UNO-Mission in New York sei.

Gegenüber der Fernsehgesellschaft NBC sagte Shultz: „Wir werden etwas unternehmen.“ Über die Art der Antwort wollte er jedoch keine Angaben machen. Er werde diese Frage mit dem Präsidenten besprechen. Regan werde dann eine Entscheidung treffen, erklärte Shultz.

Nach Ansicht von Shultz gibt es zwischen den Supermächten gute Chancen für den Abschluß eines Abkommens über die Begrenzung und Überwachung von Atomtests. Beim Gipfeltreffen in Reykjavik seien Elemente einer solchen Vereinbarung zusammengetragen worden. Amerikanische Diplomaten hätten bereits am Sonntag verlaun lassen, daß die Supermächte schon bald eine Einigung darüber erzielen könnten, wie die Einhaltung eines Atomteststopps überprüft werden könnte. Ein Durchbruch sei schon in den nächsten Monaten möglich.

Seite 2: Nach Machel's Tod

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nach Machels Tod

Von Monika Germani

Der Tod des moçambiquanischen Präsidenten Samora Machel bringt eine unvorhergesehene Wende im politischen Spektrum des südlichen Afrika. „Machel hat sich nach Ansicht vieler schwarzer Führer bei den Frontstaaten, aber auch im Moçambique selbst überlebt.“ Diese geradezu prophetischen Worte sagte ein führendes Mitglied der Freiheitsbewegung Renamo vor wenigen Tagen zur WELT.

Machels Politik war schon lange gescheitert. Moçambique ist wirtschaftlich am Ende. Die Rebellen der Renamo haben trotz des Nkomati-Abkommens mit Südafrika an Unterstützung gewonnen. Machel konnte sich nur mühsam an der Macht halten und regierte seit langem ohne jeden Bezug zur Wirklichkeit in Maputo, umgeben von Beratern des von der „DDR“ kontrollierten Geheimdienstes Snaap. Südafrika strebte mit dem Nkomati-Abkommen eine „Regierung der nationalen Einheit“ aus Machels Frelimo-Partei und der Renamo an, aber die Renamo warf Südafrika vor, Frelimo einseitig zu begünstigen, und lehnte diese Pläne entschieden ab.

Der Mulatte Marcelino Dos Santos, ein Intellektueller und langjähriger Kampfgenosse des verstorbenen Präsidenten, verheiratet mit einer weißen Südafrikanerin – ein entschiedener Vertreter des leninistischen Flügels der Frelimo –, gilt als der wahrscheinliche Nachfolger Machels. Es heißt, er wolle den 1976 mit der Sowjetunion abgeschlossenen Freundschaftsvertrag erweitern, um dann mit deren Hilfe gegen die immer mehr an Boden gewinnenden Renamo-Rebellen vorzugehen. Aber wollen die Sowjets sich darauf einlassen?

Es wäre nach dem nahegelegenen Angola, nach Afghanistan und Nicaragua und dem vietnamesisch besetzten Kambodscha der fünfte Großkampfplatz (läßt man Äthiopien und Südjenen außer Betracht), wo die Sowjetunion mit massiver Hilfe eingreifen müßte. Einerseits klagte Gorbatschow eben erst, daß er sich auf keine weiteren militärischen Ausgaben einlassen wolle; andererseits wäre Moçambique gegebenenfalls das erste Land, wo die Sowjetunion ein „Zurückdrehen des historischen Fortschritts zum Sozialismus“ duldet. Für den Kreml ist die Entscheidung nicht leicht.

Börner in Verlegenheit

Von Dankwart Guratzsch

Die Anklage gegen zwei Geschäftsführer der Nuklearfirma Alkem in Hanau und gegen drei Beamte des hessischen Wirtschaftsministeriums bringt den hessischen Ministerpräsidenten Börner in eine peinliche Lage. Sollte vor Gericht bewiesen werden, daß die erteilten „Vorabzustimmungen“ der atomrechtlichen Gesetzgebung widersprechen und dazu dienen sollten, wesentliche Änderungen des Betriebs der Firmen vor der Öffentlichkeit zu vertuschen, kommen womöglich auch noch drei hessische Wirtschaftsminister, nämlich Hoffie (FDP), Reitz und Steger (beide SPD), auf die Anklagebank.

Und auch Holger Börner selbst würde Lügen gestraft, der noch vor wenigen Tagen erklärt hatte, die Auffassung sei „schlicht falsch“, daß die Hanauer Firmen „illegal“ arbeiteten. Daß Börner diese Äußerung tat, obwohl die Staatsanwaltschaft versichert, sie habe den zuständigen Minister – also Börners Justizminister Herbert Günther (SPD) – jederzeit über den Stand des Ermittlungsverfahrens unterrichtet, läßt nur zwei Schluffolgerungen zu: Entweder Börner wollte bewußt die Flucht nach vorn antreten, um einer grenzenlosen Ausuferung der Anti-Atomdebatte in Hessen entgegenzusteuern; oder Günther, der als Kritiker des rot-grünen Bündnisses gilt, hat seinen Chef über das Hanauer Verfahren im unklaren gelassen. In beiden Fällen jedoch müßten daraus politische Turbulenzen entstehen, die Börner in den bevorstehenden Wahlkämpfen kaum erlegen könnten.

Erweisen sich die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft jedoch als haltlos, muß Börner neuen Krach mit seinem Koalitionspartner, den Grünen, gewärtigen. Dann ist die Koalitionsfrage neu gestellt; denn die Einigung darüber, daß der Genehmigungsantrag von Alkem „nicht entscheidungsreif“ sei, ist der Kitt, der das Wiesbadener Bündnis zusammenhält. Börner, der sich noch immer als Anhänger der Kernkraft bezeichnet und der doch in Hessen mit seinem rot-grünen Bündnis als erster namhafter SPD-Politiker die abschüssige Bahn des Ausstiegs betreten hat, würde von seiner eigenen Politik eingeholt – gerade da, wo er den Wählern eine glänzende Fassade seiner „neuen Architektur“ der Politik zu präsentieren sucht.

Erfolg der Kommunisten

Von Evangelos Antonaros

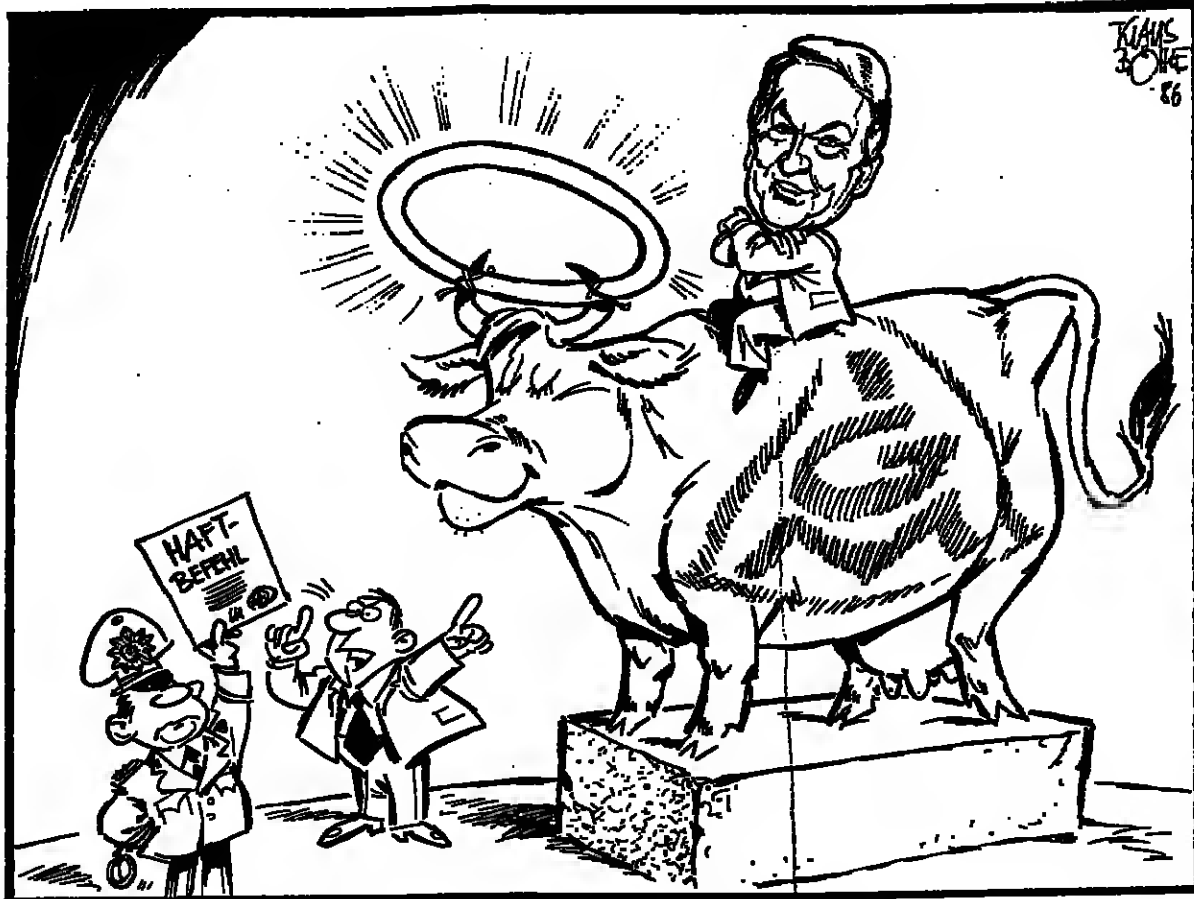
Nimmt man das Ergebnis der griechischen Kommunalwahlen unter die Lupe, so gibt es neben den Konservativen auch einen zweiten Sieger – Griechenlands moskautreue KP. Und das nicht etwa, weil sie dreihundertfünfzig Gemeinden erobert hat, sondern weil sie Papandreou nun deutlicher denn je vor Augen geführt hat, daß er sie braucht, wenn er über das Ende seiner jetzigen Amtszeit hinaus im Amt bleiben will.

Wohl sind die Stimmengewinne der Kommunisten erheblich bescheidener als die Zunahme der konservativen Stimmen ausgefallen. Aber darum geht es ja nicht, schließlich strebt die KP keine absolute Mehrheit an. Für Moskaus Weggefährten ist es mehr als genug, daß sie die Stimmen der enttäuschten Linkswähler der PASOK-Partei eingesteckt haben und dadurch zu einem Machtfaktor geworden sind.

Papandreous Politik hat dazu geführt, daß die Kommunisten in absehbarer Zeit einen Teil der Macht verlangen oder zumindest ihre Forderungen diktiert könnten. Als er nämlich 1981 zum erstenmal gewählt und 1985 wiedergewählt wurde, hatten viele Griechen für ihn gestimmt, die von seinen sozialistischen Wunschräumen nicht viel hielten. Sie wollten dem verkürzten, mit der Macht verwachsenen bürgerlichen Block eine Lektion erteilen, und setzten darauf, daß Papandreou sich zu einem echten Sozialdemokraten entwickeln würde.

Diese Wechselwähler, durch Papandreous Sprunghaftigkeit und Konzeptlosigkeit enttäuscht, sind jetzt in Massen zur Oppositionspartei „Neue Demokratie“ zurückgelaufen. Durch den Verlust dieser Stimmen ist Papandreou schwächer geworden; er kann politisch unter Druck gesetzt werden.

Kurzfristig mag er noch jonglieren können, weil seine Parlamentsmehrheit solide ist. Aber seine Freiräume werden immer enger. Früher oder später wird er sich entscheiden müssen, sich entweder dem Diktat der Kommunisten zu beugen oder – wenn auch mit einigen Jahren Verspätung – den Weg der politischen Vernunft einzuschlagen. Von ihm jedenfalls hängt es ab, ob Griechenlands Kommunisten ihr strategisches Ziel einer Machtbeteiligung verwirklichen können.



„Nicht, bevar Lappas wieder auf dem Boden ist!“

Die Affäre Lappas

Von Enno v. Loewenstern

Als im Frühjahr 1984 der Henschel-Chef Fritz-Aurel Goergen bei einem Festessen mit Bundeskanzler Ludwig Erhard verhaftet wurde, wurde der Vorgang quer durch die Medienlandschaft als Staatsanwaltschafts-Stolz vor Kapitalisten thronen gefeiert. Die Verhaftung von Alfons Lappas jedoch wurde mit Schmärfchen begleitet wie „1933“ (der Vorsitzende der Polizei-Gewerkschaft, Günter Schröder) und, nur eine Nuance staatsmännischer, „wilhelminisch“ (Willy Brandt).

Durfte Alfons Lappas in Beugehaft genommen werden? Durfte der BGAG-Chef überhaupt von einem Untersuchungsausschuß des Bundestages vernommen werden; darf das Parlament ein Wirtschaftsunternehmen „aufsuchen“? Diese Fragen werden wohl vom Bundesverfassungsgericht beantwortet werden. Ohne vorzugreifen, ist wohl die Feststellung erlaubt: nach der heute geltenden Rechtslage ist das Parlament berechtigt, die Neue Heimat zu untersuchen.

Im Artikel 44 des Grundgesetzes, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses regelt, ist keine Begrenzung des Auftrags genannt; man geht davon aus, daß der Ausschuß alles untersuchen darf, was das Parlament angeht. Der Kommentator Maunz erinnert daran, daß es seit jeher „Skandalenquäten“ gibt, die „bestimmte Mißstände in Verwaltung, Justiz, aber auch im öffentlichen Leben (aufsehenerregende Kriminalfälle u. ä.) zu untersuchen haben.“

Das Parlament hat grundsätzlich die Verwaltung zu kontrollieren. Es kann nachprüfen, ob etwa die Finanzbehörden ihrer Pflicht zur Kontrolle eines Unternehmens nachgekommen sind, das als gemeinnützig firmiert und entsprechende Steuervergünstigungen genießt. Ferner gilt laut Artikel 44: „Auf Beweiserhebungen finden die Vorschriften über den Strafprozeß sinngemäß Anwendung.“ Ein Zeuge kann also die Aussage grundsätzlich nur verweigern, wenn er sich selbst belasten müßte, aber gerade nicht mit Lappas Winkelried-Alibi vom Kongreß der IG Metall: Er habe die Aussage nicht im eigenen Interesse, sondern im Interesse der Kampfkraft der Gewerkschaften verweigert.

In Wahrheit untersucht der Ausschuß nicht die Kassen der Gewerkschaften, sondern den Zustand der Neuen Heimat. Lappas

Aussage kann nur so verstanden werden: Ich will die Fehler und die Verantwortung der Gewerkschaften vertuschen, damit diese nicht jeder Staatsbürger für ihre Fehler einstehen müssen. Damit hat der schlaue Mann in der Tat erreicht, was ein Korrespondent als „Binnen-Stundenfrist“ wieder gibt: „Binnen-Stundenfrist“ wurde aus dem Neue-Heimat-Verkauf und Buhmann Lappas ein Märtyrer der Arbeiterbewegung. Aber verfangt das auch in der Öffentlichkeit, vor allem: bei den NH-Geschädigten?

Natürlich ist die Behauptung Schröders, daß „die, die das in Szene gesetzt haben, den Tag der IG Metall genommen haben, um ihre Macht zu zeigen“, völliger Unsinn. Kein Mensch kann gewollt haben, daß ein Gewerkschaftsfunktionär auf einem Gewerkschaftskongreß verhaftet wird. Aber da es sich nun unglücklicherweise zeitlich so fügte, hört man Ausdrücke wie „Himmelsgeschenk“ aus der SPD, und die Kongreßredner nahmen die Gelegenheit wahr, ganz im Gegenteil die Macht der Gewerkschaften zu beweisen.

Als de Gaulle die Verhaftung Sartres verhinderte, sagte er: „Man verhaftet nicht Voltaire.“ Aber Lappas ist kein Philosoph der Aufklärung, sondern ein Praktiker der Verschleierung. Es ist unklar, wie lange SPD und DGB Brandts Parole durchhalten können: „Der CDU-CSU-FDP-Mehrheit im Bundestags-Untersuchungsausschuß Neue Heimat ging es... weder um die Mieter der Neuen Heimat noch



Sind Funktionärstreffen „immun“? Polizeigewerkschaftler Schröder. FOTO: DPA

um die Moral. Ihr Ziel war und ist die kalte Demütigung der Gewerkschaftsbewegung.“ In Wahrheit war es erstens nicht nur eine CDU-CSU-FDP-Mehrheit, sondern die Grünen im Ausschuß stimmten auch für die Beugehaft; peinlicher noch: zwei der vier SPD-Mitglieder bejahten die Beugehaft grundsätzlich, enthielten sich aber aus peripheren Gründen der Stimme. Zweitens hatte derselbe DGB-Vorsitzende Breit, der auf dem Metall-Kongreß Lappas zurief: „Du hast unsere Solidarität“, kurz vorher einer DGB-Vorstandssitzung vorgeworfen, bei der „massive Kritik an Lappas“ Totalverweigerung geübt worden war. Und drittens kann Lappas jederzeit aus dem Gefängnis, wenn er gemäß der Empfehlung der DGB-Spitze aussagt.

Was in den Köpfen der Gewerkschaftsführer und der ihnen verbundenen Parteiführer vorgeht, versteht man durchaus. Sie haben sich in eine peinliche und kostspielige Lage gebracht. Diese wird dadurch doppelt peinlich, daß eben nicht die Gefahr einer Lähmung der Arbeiterklasse zugunsten der Kapitalisten droht. Der letzte Bericht der Bundesbank belegt, daß die Arbeitnehmer „gut fünf Prozent“ Netto-Einkommenszuwachs im ersten Halbjahr 1986 gegenüber dem ersten Halbjahr 1985 hatten.

Die aufgeregte Mobilisierungssprache, die sogar gewalttätige Betriebsbesetzungen (IG Druck und Papier) in Aussicht nimmt, die Parole vom „Immunitätsbruch“ (ausgerechnet durch den Polizeigewerkschaftler Schröder), wo es Immunität nur im Parlament, aber nicht in Universitäten, Gewerkschaftskongressen oder Kanzlerbanken gibt; das ist eine Sprache, die Rechtsbrecher auf anderen Gebieten ermutigen und den Rechtsstaat gefährden muß, den die Gewerkschaften doch zu verteidigen geloben. Sie kann nur als der verzweifelte Versuch verstanden werden, darüber hinwegzutäuschen, daß man sich die Demütigung selbst geschaffen hat. Und daß man nicht weiß, wie man die Attraktivität der Gewerkschaftsbewegung in einer sich wandelnden Industriewelt erhält, außer durch Krach und sonstigen Rückgriff auf wilhelminische Zeiten.

Aber auf Dauer können die Gewerkschaften kaum anders ihr Ansehen aufbauen und neue Mitglieder gewinnen als durch Sauberkeit und Ehrlichkeit; Ehrlichkeit auch gegen sich selbst.

Es wird ein kalter Winter im Sowjetreich

Angenehm ist die Katastrophe von Tschernobyl schuld / Von Carl Gustaf Ströhm

Entschüsselt man die in den Moskauer Medien neuerdings immer wieder auftauchenden Berichte und versteht man die düsteren Warnungen einzelner KP-Funktionäre richtig, dann steht die Sowjetunion vor einem schweren Winter – einer Art „Kriegswinter“ mitten im Frieden. Angeblich als indirekte (oder auch direkte) Folge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl müssen die Sowjets alle Kräfte einsetzen, um einen totalen Zusammenbruch der Stromversorgung während der kommenden Wintermonate zu verhindern.

Wie sagte Lenin? „Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des gesamten Landes.“ Nun mußte die Sowjetmacht eiserner Sparmaßnahmen anordnen: So sollen in den mit Fernwärme versorgten Wohnsiedlungen der Großstädte und Industriegebiete die Zimmertemperaturen auf 13 Grad Celsius gedrosselt werden. Was dies angesichts des langen russischen Winters besonders für

alte Menschen, Kranke und Kinder bedeutet, ist aus Ceausescu Rumänien bekannt, wo die Menschen seit Jahren den Winter in ungeheizten Wohnungen und kaum geheizten Büros verbringen. Schwere Erkrankungen und vermehrte Sterblichkeit bei Kleinkindern und alten Menschen ist die Folge. Die Krankheiten können oft nicht bekämpft werden, weil es an Vitaminen und Medikamenten fehlt.

Außerdem sollen aus Stromersparnisgründen die ohnedies nicht zahlreichen Lichtreklamen der sowjetischen Großstädte ausgeschaltet und die Straßenbeleuchtung soll auf das Nötigste reduziert werden. Auch diese amtlich verordnete Dürstern dürfte nicht dazu beitragen, die ohnedies düstere Stimmung zu heben. Die Sowjetmenschen werden sich der Tatsache bewußt, daß sie auf mehrfache Weise für das Desaster von Tschernobyl bezahlen müssen. Der kommunistische Fortschrittsoptimismus, der in früheren Jahren einen nicht zu

unterschätzenden Antriebsmotor für das sowjetische System bildete, weicht jetzt pessimistischen und apathischen Betrachtungen über eine Zukunft, die voller unbekannter und kaum beherrschbarer Gefahren zu sein scheint.

So sieht die erste Bilanz der Gorbatschow-Ära alles andere als rosig aus. Die diesjährige Ernte wird wiederum schlecht ausfallen. Wieder muß die Sowjetunion – die eigentlich dazu geschaffen wäre, einen Kommerker der Menschheit zu sein – Getreide aus dem kapitalistischen Westen einführen. Wie Laokoon gegen die Schlangen kämpft Gorbatschow und seine Leute gegen Schklamperei, Alkoholismus und minderwertige Produktion. Gerade in diesem Bereich aber zeigt sich, daß Gorbatschow innen wie außenpolitisch vor einer Quadratur des Kreises steht.

Er will Leistung erzwingen – aber in einem System, das wirtschaftliche Leistung bisher bestraft und nicht belohnt hat, wird die Ab-

IM GESPRÄCH H. v. Richthofen

Der Braunmühl-Nachfolger

Von Bernt Conrad

Bundesaußenminister Genscher hat mit der überraschenden Berufung des Ministerialdirektors Hermann Freiherr von Richthofen zum Nachfolger des ermordeten Ministerialdirektors Gerold von Braunmühl wieder einmal taktisches Geschick bewiesen. Denn der neue Leiter der für West- und Osteuropa, Nordamerika, Abrüstung, EG und UNO zuständigen Abteilung des auswärtigen Amtes vereint in der Sicht Genschers zwei Vorteile: Er ist engagierter Befürworter einer auf Ausgleich mit Osteuropa und der „DDR“ gerichteten Politik nach aus den „Entspannungszeiten“ der sozialliberalen Koalition, und er genießt gleichzeitig das Vertrauen des Kanzleramtes, besonders von dessen Chef Wolfgang Schäuble.

Richthofen wurde bei der „Wende“ im Herbst 1982 als Leiter des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik im Kanzleramt aus der Ära Helmut Schmidt vom neuen Regierungschef Helmut Kohl übernommen und hat dort bis vor einem Monat zur Zufriedenheit Kohls und Schäubles deutschlandpolitische Sachkenntnis beigezeichnet. Genscher kann also damit rechnen, daß sein neuer Abteilungsleiter erstens den auch von Braunmühl überzeugten Kurs ostpolitischer Verständigung fortsetzt und zweitens – trotz des vermuteten Ärgers mancher CDU-Politiker, vor allem des Vertriebenenflügels – der Rückendeckung des Kanzleramtes sicher sein kann. Richthofen ist gestern schon als Begleiter des Kanzlers und des Außenministers mit nach Washington geflogen.

Doch es wäre ungerecht, Genschers personalpolitische Blitzenentscheidung allein nach taktischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Denn der Dreißundfünfjährige gehört, jenseits aller politischen Präferenzen, zu den besonders befähigten und im Umgang besonders angenehmen Diplomaten. Loyalität, fundiertes Wissen, analytische Begabung, Realismus (auch gegenüber dem Osten) und



Engagiert für Entspannungspolitik: von Richthofen. KLAUS BÖHLE

ein bei allem Selbstbewußtsein bescheidenes Auftreten sind für sein Ansehen bei Kollegen und Kontrahenten und nicht zuletzt im Kanzleramt verantwortlich.

Im Jahre 1963 in den Auswärtigen Dienst eingetreten, hat der gelehrte Jurist zunächst bei den deutschen Vertretungen in Djakarta und Saigon Erfahrungen gesammelt. Dann leitete er von 1970 bis 1974 das Völkerrechtsreferat in der Bonner Zentrale. 1975 kam Richthofen zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin. Hier begann sein Engagement für die Deutschlandpolitik.

Er konnte es in den folgenden zwei Jahren als Leiter des Deutschland- und Berlin-Referats im Auswärtigen Amt weiter pflegen. 1980 folgte seine Berufung ins Kanzleramt. Dort blieb Richthofen sechs Jahre lang, bis ihm Genscher vor vier Wochen als Chef der Rechtsabteilung ins Auswärtige Amt zurückholte und ihn nun auf Braunmühls Platz beförderte. Hier, auf einem der wichtigsten Posten in der AA-Hierarchie, muß sich Richthofen rasch auch in jene Materien einarbeiten, mit denen er bisher wenig zu tun hatte: Europäische Gemeinschaft, Atlantikpakt, Amerika.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Neue Presse

Über seine Fähigkeit und seine Neigung, gelegentlich auch Einsenheiten so vorzutragen; daß das große Publikum sie für tiefstürden- die Einsichten hält, kann man geteilter Meinung sein... Nach seiner jüngsten Rede vor Bürgerinitiativen gegen das Waldsterben ist zu fragen, ob er der Sache einen Dienst erweist, wenn er beim Umweltschutz dazu auffordert, einander deutlich die Meinung zu sagen und Politiker unter Druck zu setzen. Die Auseinandersetzung läßt doch an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig. Ganze Scharen verliehen ihren Argumenten Nachdruck mit Eisenstangen, Molotowcocktails und Sprengstoffanschlägen.

Hessische ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung warnt vor einer Umkehrung der Gewerkschaften: Die Gewerkschaften sitzen gegenwärtig in einem Echokessel. Was sie immer rufen und tun, schallt viersüßig zurück: Neue Heimat... Im Moment wirken alle Programme wie Schall und Rauch. Die Öffentlichkeit, fasziniert von dem einen großen Skandal, hört nicht hin. Das ist falsch und wird sich rächen.

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung besorgt um Fall Lappas: DGB und SPD sahen in diesem Vorfall bereits gestern abend einen zwar unerwarteten, aber schnell auf-

gegriffenen Anlaß, um die Koalition für die Entwicklung der Affäre Lappas verantwortlich zu machen, so als würde die bundesdeutsche Seite den Koalitionspartnern befehlen zu Dienste sein. Wenn sich jedoch der Chef der Polizeigewerkschaft, Schröder, durch die Verhaftung von Lappas am Rande eines Gewerkschaftskongresses an das Jahr 1933 erinnern läßt, dann läßt dies ein Maß an Konfrontationsbereitschaft vermuten, wie es bislang in der Bundesrepublik kaum vorstellbar war.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung macht zur Erklärung osteuropäischer Disidenten: Entgegen dem äußeren Anschein ist das sowjetische Herrschaftsgebiet nicht stabil und durchdringend von einem Revolutionsversuch im Jahrzehnt erschüttert. Es kommt diesen periodischen Rebellionen besser widerstehen, weil seine Untertanen nach Ländern und auch untereinander uneins waren. Das vorliegende Dokument aber vereint nicht nur Ungarn, Polen, Ostdeutsche und Tschechen, sondern auch Katholiken und Atheisten, „rechte“ Nationalisten und „linke“ Arbeiter, offiziell geduldet „Friedens“-Sprecher und Untergrundaktivisten.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung schreibt zur Massenanziehung der zentralen Klassen: Die alten Geister des Rassismus werden vor allem dadurch geweckt, daß man das Problem der Immigration nicht offen angehen will (und die Existenz von Toleranzschwellen leugnet, von denen aus sich Fremdenhaß entwickelt).

Gewerkschaften empört über Verhaftung von Lappas auf dem IG Metall-Kongreß - Gericht sah „Gefahr im Verzuge“

Die Polizei kam, und ein Märtyrer war geboren

Von GÜNTHER BADING
Die Legendenbildung auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall beginnt pünktlich Sonntag um 18.12 Uhr. Alfons Lappas ist zum Märtyrer gemacht worden, im Opfer einer auf die Gewerkschaft eindringenden Bundesregierung. Um diese Zeit verläßt - so verzeichnet es das Sitzungsprotokoll - jeder Mann die Eröffnungsfeier im Hamburger Congress Centrum, der besser als jeder andere weiß, wie es die Finanzen des DGB bestellt ist, e stark also der Deutsche Gewerkschaftshund in Wirklichkeit ist. In Finanzkraft ist Kampfkraft - diese Formel ist auf Gewerkschaftskongressen unbestritten.

Alfons Lappas geht, begleitet von GB-Chef Breit und dem scheidenden IG-Metall-Vorsitzenden Mayr, raus und stellt sich zwei Kriminalbeamten, die ihn in Beugehaft nehmen. So hat es der Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages beantragt, um den aussagenwilligen Zeugen Lappas zum Einlenken zu zwingen. Der Kongreß geht auseinander bis zum Montag morgen, am ersten Arbeitstag mit seinen Renzschäftsberichten und Diskussionen. Aber die Delegierten stehen im otel noch beieinander, sie sehen ch erneut bei dem Hamburger end, den die IG-Metall-Kollegen r Verwaltungsstelle Hamburg für e 563 Delegierten und die zahllosen r ausländischen Gäste ausgescht haben. Auch hier nur ein einzis Thema: die Verhaftung des Maners der Gewerkschaftsholding.

Anfangs waren es noch „die in onn“, die dem verhafteten Gewerkschaftsmanager vermeintliches Uncht angedeihen ließen. Dann wurde die konservative Mehrheit im Untersuchungsausschuß als Schuldiger enteckt. Von da war es nicht mehr weit um dem IG-Metall-Vorsitzenden als nachfolgende Mayrs - ah Mittwoch wohl ch der 2 377 993 Mitglieder zählenden größten deutschen Gewerkschaft, hatte zunächst verhalten, fast moderat reagiert, als er am Sonntag achmittags durch einen Anruf der heftig von Alfons Lappas erfüllt, weil Kriminalbeamte hätten diesen seiner Wohnung gesucht, um ihn in Beugehaft zu nehmen.

Steinkühler: Das sprengt den Rahmen

Er habe eine „völlig unplanmäßige Information erhalten“, gab Steinkühler im Kongreßsaal zwischen den Reden des Hamburger Bürgermeisters Claus von Dohnanyi und der des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit bekannt. „Wir müssen nun damit rechnen, daß die Kripo jeden Moment auf dem Gewerkschaftstag auftaucht“ und Lappas verhaften will, sagte Steinkühler. Und: „Dies sprengt wohl den Rahmen, so denke und hoffe ich, was auch Leute, die uns nicht nahe stehen, noch tolerieren können.“ Nach der Rede von Ernst Breit ging Steinkühler dann noch einmal ans Mikrophon: „Es geht nicht alles planmäßig“, bekannte er. Der „Kollege Lappas“ solle nun doch auf dem Gewerkschaftstag verhaftet werden. Mit dem „planmäßig“ hatte Steinkühler jene Bemühungen gemeint,

die der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Günter Schröder, unternommen hatte. Der hatte vor den Türen des Kongresses mit seinen Polizeikollegen gesprochen und sie zu überzeugen versucht, die Verhaftung, die ja auf Grund der richterlichen Anordnung wohl kaum zu umgehen sei, wenigstens nicht auf dem Gewerkschaftsforum vorzunehmen. Die Beamten hätten jedoch strikt Anweisung gehabt, Lappas sofort festzunehmen, berichtete die IG-Metall-Führung gestern den Journalisten in Hamburg. Davon, daß Lappas am 22. Oktober eine USA-Reise plante, sich also damit einer möglichen Beugehaft entzogen hätte, war nicht die Rede.

GdP-Chef Schröder erinnert an 1933

Die Regie hinter den Kulissen des Gewerkschaftstages war inzwischen offenbar voll angelaufen. In seiner ersten Erklärung hatte sich Steinkühler noch überrascht gezeigt. Beim zweiten Auftritt kündigte er eine nicht vorgesehene Rede des GdP-Vorsitzenden Schröder an. Und der ging dann in die vollen: „Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen würde.“ Und die Delegierten folgten diesem Versuch, das durch einen Richter verfügte Vorgehen - auf Antrag eines Parlamentsausschusses - mit den Methoden der Nazi-Geheimpolizei aus jenen Jahren gleichzusetzen, in denen die Gewerkschaften zerschlagen wurden. Das Protokoll verzeichnet nach diesem Satz Schröders wörtlich: „Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen - lang anhaltender starker Beifall.“

Schröder sprach von „diejenigen, die das inszeniert haben - jeder im Saal konnte darunter verstehen, was er wollte. Schröder selbst räumte am Abend im Gespräch ein, daß wohl auch das Verhalten der Hamburger Polizei nicht ganz mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in Einklang zu bringen war. Im Klartext: Man hätte Lappas ja auch auf dem Weg in sein Hotelzimmer, direkt neben dem Kongreßgebäude, festnehmen können.

Die Delegierten jedenfalls waren aufgebracht, empfanden die Gewerkschaften, sich selber als Opfer und den Genossen Alfons als Sündenbock. Nichts von dem ansonsten mehr oder minder offen zur Schau getragenen Neid auf die Vielverdiener in dem DGB-eigenen Unternehmen war mehr zu spüren. Lappas soll, so hieß es auf dem Kongreß, zwischen einer halben und einer dreiviertel Million Mark im Jahr verdienen. In Hamburg aber wurde er für die Gewerkschafter zu einem Helden.

Begleitet von Ernst Breit und Hans Mayr schritt er zur Tür und stellte sich draußen den wartenden Kriminalbeamten. Die Fahrt zur Polizeiwache unternahm Lappas im eigenen Dienst-Mercedes; die Vertreter der Staatsgewalt folgten im Volkswagen.

Daß der Finanzgewaltige des DGB - nicht die Bank für Gemeinwirtschaft, sondern die BGAG ist der wahre Finanzwart des Gewerkschaftsbundes - noch an demselben Tag zum Pseudo-Märtyrer der Arbeiterbewegung werden sollte, konnte auch in der DGB-Spitze niemand ahnen, als man sich am Sonntag mittags zu einer Sondersitzung des DGB-Bundesvorstands mit den Chefs der Einzelgewerkschaften zusammen-

setzte. Das Treffen war auf Drängen der Polizei (GdP), Günter Schröder, Mathies zustande gekommen. Man traf sich, um von dem zum Gewerkschaftstag anreisenden Journalisten nicht beobachtet zu werden, im Haus der Bank für Gemeinwirtschaft am Hamburger Schloßmühlendamm.

Nicht die ohnehin Neue-Heimat-kritische ÖTV-Vorsitzende allein, auch der DGB-Vorsitzende Breit rügte dabei die totale Aussageverweigerung von Lappas. Schließlich hätte auch dieser so weit gehen können wie Breit selber, der vor dem Untersuchungsausschuß zwar Fragen beantwortet, jedoch keine Angaben über nach seiner Meinung nicht zum Neue-Heimat-Komplex gehörende Angelegenheiten gemacht hatte.

Breit hatte vor dessen Auftritt im Untersuchungsausschuß mit Lappas abgesprochen, daß dieser alle Fragen zur Neuen Heimat, nicht aber zu den Geschäften der BGAG machen sollte. Man befürchtet im DGB, dadurch könne das wahre Vermögen der deutschen Gewerkschaften offengelegt werden. Keine Kritik dagegen übte die IG Metall in der Sitzung an Lappas, der nach Ansicht Breits und anderer mit der totalen Aussageverweigerung über das Ziel hinausgeschossen sei, die Finanz- und damit die Kampfkraft des DGB zu verheimlichen.

Der Kaffeestand der Neuen Heimat fehlt

Montag morgen, Pünktlich um 9.30 Uhr eröffnet Franz Steinkühler den ersten Arbeitstag des Kongresses. Eine eigentümliche Stimmung herrscht im Kongreßsaal. Brav auf den Redner konzentriert, sitzen die Delegierten an ihren Plätzen und lauschen so spannenden Dingen wie dem Bericht der Mandatsprüfungskommission. Die rote Nelke, die er bei seiner Verhaftung am Revers trug, hat sich Alfons Lappas sicher nicht selbst angesteckt. Demonstratives liegt dem 57jährigen Spitzenmanager der BGAG, der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG in Frankfurt, die das unternehmerische Engagement der Gewerkschaften steuert, nämlich gar nicht. Eher schon harte Arbeit. Die hat Lappas auf seinem Weg, bis in die Spitze der Gewerkschafts-Organisation nie geschaut.

Nach dem Mittelschulabschluss machte der 1929 in Wiesbaden geborene Lappas erst eine Waldfacharbeiter-Ausbildung und eine Verwaltungslehre. Der Gewerkschafter gehört Alfons Lappas bereits seit 1949 an, und schon 1961 - in jenem Jahr trat er auch der SPD bei - war der gerade 22jährige Bezirksleiter der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Im Jahre 1968 wurde er deren Vorsitzender. Das gewerkschaftliche Engagement liegt in der Familie. Bruder Günter, mit dem sich Alfons Lappas sehr gut versteht, ist inzwischen zweiter Vorsitzender dieser Gewerkschaft.

Im Mai 1969 wurde Alfons Lappas Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes und war dort für Finanzen zuständig. Dazu gehörte auch die Verwaltung des Vermögens der Gewerkschaften in der von Walter Hesselbach initiierten Gewerkschaftsholding BGAG. Dazu gehören neben den inzwischen verkauften Unternehmensgruppen Neue Heimat und co op AG auch die Bank für Ge-



Ein folgenschweres Schweigen: Alfons Lappas FOTO: DPA

Mit harter Arbeit zum Topmanager des DGB

Von INGE ADHAM

Alfons Lappas wurde mit dem Vollzug der Beugehaft eine Zwangspause verordnet. Dabei wollte der Mann mit dem immer vollen Terminkalender am Mittwoch eigentlich in die USA zu Bankgesprächen in Sachen Neue Heimat.

Die rote Nelke, die er bei seiner Verhaftung am Revers trug, hat sich Alfons Lappas sicher nicht selbst angesteckt. Demonstratives liegt dem 57jährigen Spitzenmanager der BGAG, der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG in Frankfurt, die das unternehmerische Engagement der Gewerkschaften steuert, nämlich gar nicht. Eher schon harte Arbeit. Die hat Lappas auf seinem Weg, bis in die Spitze der Gewerkschafts-Organisation nie geschaut.

Nach dem Mittelschulabschluss machte der 1929 in Wiesbaden geborene Lappas erst eine Waldfacharbeiter-Ausbildung und eine Verwaltungslehre. Der Gewerkschafter gehört Alfons Lappas bereits seit 1949 an, und schon 1961 - in jenem Jahr trat er auch der SPD bei - war der gerade 22jährige Bezirksleiter der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Im Jahre 1968 wurde er deren Vorsitzender. Das gewerkschaftliche Engagement liegt in der Familie. Bruder Günter, mit dem sich Alfons Lappas sehr gut versteht, ist inzwischen zweiter Vorsitzender dieser Gewerkschaft.

Im Mai 1969 wurde Alfons Lappas Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes und war dort für Finanzen zuständig. Dazu gehörte auch die Verwaltung des Vermögens der Gewerkschaften in der von Walter Hesselbach initiierten Gewerkschaftsholding BGAG. Dazu gehören neben den inzwischen verkauften Unternehmensgruppen Neue Heimat und co op AG auch die Bank für Ge-

meinwirtschaft, die Versicherungsgruppe Volksfürsorge und die Sparkasse BHW.

Im Januar 1985 rückte Lappas als Nachfolger von Walter Hesselbach an die Spitze der 1974 gegründeten Gewerkschaftsholding - Lohn seiner Arbeit, aber auch Ausdruck jenes Vertrauens, das Lappas in den Gewerkschaften genießt, auch wenn es in den Auseinandersetzungen um die Neue Heimat manchmal so aussah, als sei dies nicht immer der Fall.

Bei der Verhaftung in Hamburg, mit der die vom Bonner parlamentarischen Untersuchungsausschuß beantragte Beugehaft vollzogen und das für viele unverständliche Schweigen Lappas' gebrochen werden soll, riefen ihm die Gewerkschafter nach „Halt“ durch, du tust es für eine gute Sache.“ Die so erreichte neue Solidarisierung hat Lappas sichtlich gutgefallen.

Es war immer seine Stärke, viele Einzelinteressen auf eine Schiene zu bringen. Sein Wort wurde ernstgenommen. Auch in Frankfurter Bankkreisen gilt er, der sich selbst als Pragmatiker kennzeichnet, als kompetenter und im allgemeinen offener Gesprächspartner.

Der Geldmanager des DGB, der über das Debakel Neue Heimat in die Schußlinie geriet, ist freilich nicht nur Arbeitstier. Man sieht es seiner Gestalt an, daß er auch gerne läßt und einen guten Tropfen - mit Vorliebe leichte französische Weine - nicht verschmäht. Als begeisterter „Morgenschwimmer“ versucht er, die Pfunde unter Kontrolle zu halten. Der Fitneß und der Entspannung gilt auch die Arbeit im heimlichen Garten in Friedrichsdorf im Taunus. In seiner Freizeit geht Alfons Lappas gerne auch zur Jagd in seinem eigenen Revier an der Schnittstelle von Taunus und Westerwald.

Das „Aktien- und das GmbH-Gesetz ziehen nicht“

Das Bonner Amtsgericht hat mit seinem Entscheid über den sofortigen Vollzug der Beugehaft eine umfangreiche Begründung abgegeben. In dem Beschlusstext weist das Gericht insbesondere darauf hin, daß ein generelles Aussageverweigerungsrecht nicht auf das GmbH- und das Aktiengesetz gestützt werden könne, auf das sich BGAG-Chef Alfons Lappas bezogen hatte. Die wesentlichen Teile des Textes im Wortlaut:

... Gegen den Zeugen Alfons Lappas wird zur Erzwungung des Zeugnisses vor dem genannten Untersuchungsausschuß mit sofortiger Wirksamkeit die Haft für die Dauer von bis zu sechs Monaten, jedoch nicht über die Dauer der Tätigkeit des Ausschusses hinaus angeordnet. Einer Aussetzung des Vollzugs dieser Entscheidung durch ein auswärtiges Gericht wird ausdrücklich widersprochen. Der Zeuge trägt die Kosten des Verfahrens einschließlich seiner notwendigen Auslagen und der Kosten der Vollstreckung dieses Beschlusses.

Gründe: ... Der Zeuge, der ursprünglich bereits am 1. 10. 1986 vernommen werden sollte, ist zwar schließlich am 16. 10. 1986 vor dem Ausschuss erschienen, hat aber unter Berufung auf Paragraphen 85 GmbH-Gesetz, 93, 404 Aktiengesetz pauschal die Aussage zur Sache verweigert. Der Ausschuss hat hierauf bei dem nach Paragraph 162 StPO in Verbindung mit Artikel 44 GG für die Entscheidung zuständigen Amtsgericht Bonn beantragt, die Haft zur Erzwungung des Zeugnisses anzuordnen und zu vollstrecken.

Der fernmündlich zu diesem Antrag... gehörte Verfahrensbevollmächtigte des Zeugen hat dessen pauschale Weigerung in gleicher Weise wie der Zeuge vor dem Ausschuss bekräftigt; dazu ausgeführt, der Zeuge, der sich vorerst nicht auf Paragraph 55 StPO berufe, könne nicht gezwungen werden, in strafbarer Weise vor dem Ausschuss Geschäftsgeheimnisse zu verraten; grundsätzlich das Recht des Ausschusses zur Untersuchung des Falles „Neue Heimat“ bestritten; gebeten, eine Frist von zunächst einer Woche und sodann bis 4. 11. 1986 zu einer weiteren Begründung der Zeugnissverweigerung einzuräumen, und erklärt, der Zeuge persönlich stehe jedenfalls nicht vor dem 4. 11. 1986 zu einer Anhörung dem Gericht zur Verfügung; er reise am 22. 10. 1986 in die USA und habe davor am 20. und 21. 10. 1986 Zeit. Selbst für den 4. oder 5. 11. 1986 hat er das Erscheinen des Zeugen nicht verbindlich zugesagt.

Wegen Amerika-Reise Gefahr im Verzuge

Unter diesen Umständen ist wegen der angekündigten Amerika-Reise des Zeugen Gefahr im Verzuge, da besorgt werden muß, daß der Zeuge vor Beendigung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses aus dem Ausland nicht zurückkehrt und sich jedem Zugriff des Gerichts entzieht, daher ein weiteres Zuwarten mit der Entscheidung nicht mehr zu vertreten und die Haft nunmehr mit sofortiger Wirksamkeit anzuordnen, da der Zeuge zu einer persönlichen Anhörung in angemessener Zeit nicht be-

reit und nicht zu übersehen ist, daß der Zeuge auch das gerichtliche Verfahren mit dem Ziel zu verschleppen sucht, angesichts des bevorstehenden Endes der Untersuchungstätigkeit des Ausschusses, sich endgültig jeder Aussage zu entziehen.

Der Einwand des Verfahrensbevollmächtigten des Zeugen, der Ausschuss sei zur Vernehmung des Zeugen nicht befugt, geht schon deshalb fehl, weil der Beschluß des Ausschusses den Zeugen zu vernehmen, aufgrund seines - auch vom Amtsgericht Frankfurt am Main in seinem Beschlagnahmebeschuß vom 30. September 1986 (31 Gs 3417/86) anerkannten - Untersuchungsauftrages gemäß Artikel 44 GG ergangen und der gerichtlichen Nachprüfung nach Artikel 44 Abs. 4 Satz 1 entzogen ist.

Ohne Grund die Aussage pauschal verweigert

die von dem Zeugen vorgeschützten Bestimmungen des GmbH-Gesetzes und des Aktiengesetzes begründen kein Aussageverweigerungsrecht, da sich der Zeuge hiernach durch eine Aussage vor dem Untersuchungsausschuß als Zeuge nicht strafbar machen würde, wie bereits das Bundesverfassungsgericht am 26. 2. 1975 zum Aktiengesetz entschieden hat (vgl. Der Betrieb 1975, S. 1936).

Angesichts der im Zusammenhang mit der „Neuen Heimat“ bekanntgewordenen neuen Vorwürfe persönlicher Bereicherung kommt zwar in Betracht, daß der Zeuge wegen eigener strafbarer Verwicklungen zur Verweigerung bestimmter Auskünfte nach Paragraph 55 StPO berechtigt sein kann.

Abgesehen davon, daß der Zeuge sich - jedenfalls vorerst - auf solch ein Recht ausdrücklich nicht beruft und nach Paragraph 55, 56 StPO ein sich verweigern Zeuge auch verpflichtet ist, auf Verlangen Tatsachen anzugeben und sogar glaubhaft zu machen, auf die die Weigerung stützt, begründet Paragraph 55 StPO aber grundsätzlich nicht ein Recht, pauschal die Aussage zu verweigern, sondern nur zur Verweigerung der Auskunft auf einzelne Fragen, das nur ausnahmsweise unter besonderen Umständen des Einzelfalles, wenn die Auskunft auf alle nur denkbaren zum Beweisthema gehörenden Fragen dem Zeugen die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuzieht, zu einem generellen Verweigerungsrecht stärken kann.

Derartige hat jedoch der Zeuge, der sich vorerst nicht einmal auf Paragraph 55 StPO berufen will und sich weigert, in angemessener Zeit bei Gericht zu erscheinen, jedoch nicht dargelegt.

Da der Zeuge somit ohne gesetzlichen Grund die Aussage pauschal verweigert, bleibt nichts anderes übrig, als nunmehr die Haft nach Paragraph 70 StPO in Verbindung mit Artikel 44 GG anzuordnen, die nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit der Mittel in Hinblick auf die Bedeutung der zu klärenden Skandals um die „Neue Heimat“ auch angemessen ist...

Unterzeichnet ist der Beschluß vom Richter am Amtsgericht Michael Hertz-Eichenrode. (dpa)

"EINE 1 MIO DM-HALLE FÜR DM 2,23 qm MONATLICH."

"EINE

1 MIO DM-HALLE

FÜR DM 2,23 qm

MONATLICH."

Das Modell '86 mit dem Schleswig-Holstein-Effekt.

Schleswig-Holstein macht Unternehmern ein Angebot

Mit DM 2,23 pro Quadratmeter monatlich finanzieren Sie eine 1.000-qm-Halle in Schleswig-Holstein.

Und das mit einem Eigenkapital-Einsatz von nur 10% bei einer Investitionssumme von DM 1 Mio.

Durch die optimale Kombination von Zonenrandsonderabschreibungen und direkten Finanzierungshilfen der öffentlichen Hand ist das bei uns möglich.

Wir treten den Beweis in einem Finanzierungsmodell an. Es hat nur

8 Seiten. Sie sollten es kennen. Fordern Sie es an!

WIRTSCHAFTS FÖRDERUNGS-GESELLSCHAFT SCHLESWIG-HOLSTEIN MBH

Coupon: Bitte schicken Sie mir kostenlos und unverbindlich

Informationszettel: Die strukturellen Abschreibungsmöglichkeiten im Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein können Ihnen 31% Eigenkapital für die Finanzierung Ihrer Betriebsgebäude ersparen

Informationszettel: DM 858.000,- geringere Kapitalbindung bei einer Investition von DM 2 Millionen im Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein. Und das bei geringem Eigenkapitaleinsatz!

Finanzierungsmodell: So finanzieren Sie mit monatlich DM 2,23 pro qm eine 1.000-qm-Halle in Schleswig-Holstein bei nur 10% Eigenkapital

Finanzierungsmodell: DM 2 Millionen für 20 Jahre und 8% Zinsen

Finanzierungsmodell: DM 5 Millionen für 20 Jahre verbilligte Gewerbesteuer

Finanzierungsmodell: DM 10 Millionen für 20 Jahre verbilligte Gewerbesteuer

Finanzierungsmodell: Für alle Handwerker und Gewerbetreibenden in Schleswig-Holstein

Ansprechpartner: _____ Name: _____

Straße: _____ PLZ: 000 _____

Telefon: _____

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Sophienblatt 60, 2300 Kiel 1, Tel.: (0431) 630 91

Hellenbroich sieht Gefahr für Offiziere

dpa, München
Ein hochrangiger Offizier der Bundeswehr könnte nach Einschätzung des früheren Präsideuten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herbert Hellenbroich, das nächste Opfer eines Anschlags der Roten Armee Fraktion (RAF) sein. In einem Gespräch mit der Illustrierten "Quick" sagte er: „Obwohl es das erklärte Ziel der Terroristen ist, den NATO-Apparat zu treffen, wurde die Bundeswehr bisher ausgespart.“ Während des Bundestagswahlkampfes steige aber auch die Gefährdung der Politiker. Hellenbroich forderte ein „Konsequenter überwachtes Vermummungsverbot“ zur Durchleuchtung des Vorfeldes der RAF, zu dem anarchistische Bombenleger und auch militante Kernkraftgegner gehörten.

Die Kirche und die Rolle der Frau

AP, Bonn
Die Deutsche Bischofskonferenz hat die Herausgabe einer Untersuchung „Die Frau in Gesellschaft und Kirche - Analysen und Perspektiven“ begrüßt, die von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach publiziert wurde. Darin hefteten sich 13 Autorinnen und Autoren mit den Themen Emanzipation und gesellschaftlicher Wandel.

Nutzen Sie die BERUFS-WELT für Ihre berufliche Zukunftsplanung!

Interessante Berufs-Angebote finden Sie jeden Samstag in der BERUFS-WELT, dem großen überregionalen Stellenanzeiger der WELT für Fach- und Führungskräfte.

DIE WELT

del: Beruf, Ehe und Familie sowie Frau, Glaube und Kirche.
Die Kirche müsse die Folgerungen aus „der neu bewußt gewordenen Wahrheit ziehen, daß Frau und Mann in völlig ebenerbürtiger, wenn auch in anderer Weise Person sind“, erklärte der Vorsitzende der Kommission für gesellschaftliche und sozial-caritative Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Josef Honecker. Das habe Konsequenzen für die Kirche insgesamt und auch für jede Gemeinde.

Ost-Berlin empört über „Einmischung“

AP, Berlin
Als „unverschämte Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten“ hat die „DDR“ einen diplomatischen Schritt des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Peking, Per Fischer, bezeichnet. Westlichen Presseberichten zufolge hat er im Vorfeld des China-Besuchs des „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker die Regierung Peking an den Standpunkt Bonn in der Deutschlandpolitik erinnert. Berlin kritisierte, der Bundesregierung habe es offenbar nicht gepasst, daß der chinesische Parteichef Hu Yaobang in Interviews mehrfach vom „Volk der Deutschen Demokratischen Republik“ gesprochen habe.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 37,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

BKA-Vizepräsident Boeden und der Strafrechtler Professor Kohlmann äußern sich zu Fragen des Terrorismus

„Ich appelliere auch an die Mitarbeiter der Archive, sehr wachsam zu sein“

Nach dem jüngsten Terroranschlag der Rote Armee Fraktion (RAF) auf den Bonner Diplomat Gerold von Braunmühl stehen die Fragen im Vordergrund: Wie kamen die Terroristen an die für eine solche Operation notwendigen Informa-

tionen? Aus welchen Quellen hatten sie die teilweise vertraulichen Daten? Darüber und über weitere Themen sprach Frank Ellmers mit dem Vizepräsidenten des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden, Gerhard Boeden (61).

Herr Boeden, wie beschaffen sich Terroristen überhaupt ihre Informationen?

Boeden: Terroristen werten einerseits öffentlich zugängliche Publikationen aus, was wir als politische Planung bezeichnen. Zum anderen spähen sie die Lebensgewohnheiten ihrer Opfer unmittelbar vor Ort aus, das wäre dann für uns der taktische Ansatz. Terroristen beobachten also die gesamte politische Szee sehr genau und suchen sich im Rahmen ihrer Strategie bestimmte Angriffsfelder heraus.

Die im Untergrund lebenden Terroristen müssen ja auch miteinander kommunizieren, zum Beispiel per Telefon. Nun kann sich ja eine Brigitte Mohaupt oder eine Barbara Meyer schlecht unter ihrem eigenen Namen beim Postamt anmelden. Wie umgehen sie diese Hürde?

Boeden: Zum einen benutzen sie, wenn möglich ganz unverdächtig, das Telefon des Vormieters einer Wohnung, aber das ist die Ausnahme. Normalerweise werden Telefonzellen benutzt.

Besonders nach Attentaten wird ja der Funkverkehr intensiv abgehört. Besteht die Möglichkeit, daß Terroristen den Funk des Bundeskriminalamtes mithören und so Fahndungsmaßnahmen umgehen können?

Boeden: Der Funk des BKA ist verschlüsselt, da ist der Zugang nur schwer möglich.

Hat man in den konspirativen Wohnungen außer Zeitungen und Fachzeitschriften auch Unterlagen gefunden, die Rückschlüsse auf eine undichte Stelle in Behörden zulassen? Gibt es einen RAF-Informanten in Bonn?

Boeden: Nein, Hinweise auf undichte Stellen in Behörden liegen nicht vor. Es ist tatsächlich so, daß wir bei Terroristen als Planungsunterlagen vor allem Photos von möglichen Angriffssubjekten und Lageskizzen gefunden haben.

Es muß doch aber sehr schwer sein, für die Terroristen, Aufnahmen von Funktionsträgern zu bekommen, die nicht wie Politiker im

Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen. Herr von Braunmühl zum Beispiel führte doch ein sehr zurückgezogenes Leben unbemerkt von der Öffentlichkeit.

Boeden: Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, an alle Mitarbeiter in öffentlichen Bibliotheken oder Archiven zu appellieren, sehr wachsam zu sein, wenn sich jemand dort verdächtig



Gerhard Boeden FOTO: DPA

tig um Informationen über bestimmte Persönlichkeiten bemüht.

Um sich über die Lebensgewohnheiten von möglichen Opfern genau zu informieren, dringen Terroristen und ihre Helfer auch in den unmittelbaren privaten Bereich vor und dazu gehört ja beispielsweise auch das Restaurant oder die gemütliche Bierpinte nebenan. Wie groß ist die Gefahr, daß beim Bierbeabsichtigt etwas Vertrauliches ausgeplaudert wird?

Boeden: Wer zum Gefährdungsspektrum der RAF gehört, der sollte wirklich alles vermeiden, was eine Ausspähung von außen erleichtert und

dazu gehört auch das Plaudern in der Kneipe. Insbesondere sollten Hinweise vermieden werden, die Rückschlüsse auf das persönliche Verhalten wie An- und Abreise zur Arbeit zu Tagungen oder ähnliches zulassen.

Wie groß ist heute der Kreis der gefährdeten Personen?

Boeden: Eine genaue Zahl zu nennen wäre nicht sehr sinnvoll, denn aus solchen Angaben könnte die RAF den Umfang von polizeilichen Schutzmaßnahmen ableiten. Aber der Kreis ist schon relativ groß.

Terroristen leben ja ständig im Untergrund, werden überall gesucht. Trotzdem gelingt es ihnen immer wieder, alle für eine Operation notwendigen detaillierten Informationen zu bekommen. Ist das nicht eine sehr schwierige Angelegenheit?

Boeden: Mit Sicherheit ein mühseliger Weg, aber die Terroristen sehen ihre Aufgabe darin, eine solche Informationsbeschaffung als Grundlage für alle Operationen zu bereiten. Für die ist das ein „Full-Time-Job“.

Die Mitglieder der RAF leben bekanntlich in einem permanenten Dauersirenen. Besteht die Möglichkeit, daß sie zu einem bestimmten Zeitpunkt psychisch und physisch am Ende sind?

Boeden: Das politisch hochmotiviert Handeln wirkt bei diesen Leuten immer wieder als Hauptmotor. In wieweit eines Tages ein „Break Down“ erreicht wird, sollen die entsprechenden Fachleute wie zum Beispiel Mediziner beantworten.

Ist es den Fahndern des Bundeskriminalamtes überhaupt möglich, sich in die Terroristen hineinzuversetzen? Die Ebene ist doch derart irrational, daß sie von keinem normalen Menschen mehr nachvollzogen werden kann.

Boeden: Wir machen alle Anstrengungen, um uns in die Ideologie der RAF hineinzuversetzen. Das gilt besonders für ihre Planungen und ihre Tatvorbereitungen. Ich habe dabei die berechtigte Hoffnung, daß es uns gelingen wird, im Rahmen dieser Zielsetzung an die Täter heranzukommen.

„Der Kronzeuge ist keine Wunderwaffe“

RALPH LORENZ, Bonn

Im Fall der Ermordung des Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl ist nach Auffassung des Kölner Strafrechters Professor Dr. Günter Kohlmann durch eine verspätete Einschaltung der elektronischen Medien wertvolle Zeit für die Fahnder verstrichen. Der Direktor des Kriminalwissenschaftlichen Institutes der Universität Köln forderte deshalb im Gespräch mit der WELT „größere Befugnisse für die Ermittlungsbehörden, sich bei der Fahndung der Medien zu bedienen“.

Entscheidend sei dabei, daß die Einschaltung von Fernsehen, Funk und Printmedien „zeitnah und nicht erst Tage später“ erfolge. Dabei dürfe auch keine Rücksicht auf das Abendprogramm der Fernsehanstalten genommen werden. Unter Umständen müßte schon eine halbe Stunde nach einem terroristischen Anschlag „die Öffentlichkeit mobilisiert“ werden. Ferner bedürfe es der „bei terroristischen Taten verstärkten Rasterfahndung unter Zurückstellung der berechtigten Interessen des Datenschutzes“. Der Datenschutz werde „über Gehör straziert“. Das Bundeskriminalamt in Flensburg hätte zum Beispiel per Knopfdruck innerhalb weniger Minuten sämtliche „Opel Kadett“-Fahrzeuge auswerfen können. Dies alles sei erforderlich, um eine erfolgsversprechende Fahndung „zum frühestmöglichen Zeitpunkt auf Touren“ zu bringen. Dazu gehöre auch die unverzügliche Schließung der Grenzen.

Professor Kohlmann: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich die terroristischen Täter jetzt noch in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Die brauchen doch nur in den nächsten Zug zu steigen und konnten ganz bequem in Amsterdam untertauchen“. Maßnahmen wie diese seien aussichtsreicher als die Rechtsfigur des Kronzeugen, die wieder einmal als „Wunderwaffe“ gegen den Terrorismus“ entdeckt werde.

Der Kölner Strafrechtsexperte erklärte gegenüber der WELT: „Ich bin fest davon überzeugt, daß der Kronzeuge im Bereich der Terrorismusbekämpfung ein untaugliches Mittel ist“. Bei „normalen Kriminellen“ möge dies ein Anreiz sein, sich der Gefahr der Strafverfolgung zu entziehen, nicht aber bei Tätern, „die aus einer verblendeten ideologischen Grundeinstellung heraus handeln“.

In England sei bereits die gegenläufige Tendenz weg von der Rechtsfigur des Kronzeugen zu erkennen. Dort sei zudem der Richter verpflichtet, die Jury auf die Problematik des

Beweiswertes einer solchen Kronzeugen-Aussage hinzuweisen. Auch in Italien habe sich die Fragwürdigkeit des Kronzeugen - etwa in den Mafia-Prozessen - gezeigt, denn es könne sich ja auch jemand als Kronzeuge zur Verfügung stellen, um einen Verdacht von den wahren Tätern auf an der Tat Unbeteiligte hinzulenken. Dabei bestche für solche fragwürdige Kronzeugen gar kein Risiko, da diese ohnehin Straffreiheit oder Strafmilderung genossen. Kohlmann: „Man sollte die italienischen Erfahrungen der letzten Jahre nicht überbewerten“.

In Amerika habe der Kronzeuge eine rein praktische Bedeutung. Die Schwerfälligkeit des anglo-amerikanischen Parteienprozesses könne überhaupt erst durch das Ablegen eines Schuldeingeständnisses überwunden werden, mit dem dann der Richter oder die Staatsanwaltschaft „ein Geschäft einget“. Andernfalls würde, das sei erwiesen, der amerikanische Strafprozeß lahmgelegt.

Den Kronzeugen habe es auch schon im deutschen Rechtsbereich gegeben. Kohlmann: „Die Preussische Kriminalordnung von 1805 enthielt den Paragraphen 398. Da stand drin, daß die Belastung durch einen geständigen Mitbeschuldigten keinen vollen Beweis, sondern nur ein nahes Anzeichen ist“. Aus gutem Grunde habe man diesen Gedanken nicht weiterverfolgt.

Der Kronzeuge der Anklage sein ein Straftäter, der um den Preis zugesicherter Straffreiheit oder Strafmilderung an der Überführung anderer Täter mitwirke. Dadurch würden aber in der Bundesrepublik Deutschland wesentliche Grundsätze des geltenden Strafrechts- und Strafprozeßsystems aufgeweicht werden. Etwa das Legalitätsprinzip. (Das heißt, die Ermittlungsbehörden müssen nach dem Legalitätsprinzip immer dann einschreiten, wenn eine strafbare Handlung bekannt wird.) Zudem sei sich erhebliche rechtspolitische Bedenken, wie beim Prinzip der Gleichbehandlung von Straftätern. Schließlich bedente der Kronzeuge den „Verzicht auf Abhandlung von Schwerestrafbarkeit“.

Professor Kohlmann: „Ich könnte mir vorstellen, daß dies, auf Dauer gesehen, zwangsläufig zu einer Veränderung des Rechtsbewußtseins führt“. Nicht zu vergessen sei, daß auch der Kronzeuge selbst große Risiken eingelebe. Er sichere schon deshalb davor zurück, sich der Strafverfolgung zur Verfügung zu stellen. Er würde von den Komplizen gejagt und habe „sein Leben verspielt“.

„Entlastung bei Risikokapital-Einsatz“

Zwischenbericht der Späthschen Arbeitsgruppe „Steuerreform“ / Detailkritik

HARALD GÜNTHER, Stuttgart
Die „eigentlichen Leistungsträger“ der Gesellschaft, meinte Baden-Württemberg Ministerpräsident Lothar Späth dieser Tage auf dem Kammerstag der südbadischen Steuerberater, müßten steuerlich entlastet, die Innovationskraft der Wirtschaft spürbar gestärkt werden. Wie das konkret vor sich gehen soll, sagte er nicht. Denn darüber zerbricht sich seit gut zwei Jahren eine von Späth eingesetzte Arbeitsgruppe die Köpfe. Und deren Überlegungen werden zumindest bis zur Bundestagswahl als geheime Staatsache behandelt.

Ein kleines Stückchen hatte sich der Topfdeckel in Sachen „Steuerreform“ jedoch in der letzten Sitzung der CDU-Landtagsfraktion gehoben. Grund: Auf Wunsch der Fraktionsführung war Arbeitsgruppenleiter Franz Longin vor den Abgeordneten der Regierungspartei zum vertraulichen Zwischenbericht erschienen. Das Rohkonzept, das der Stuttgarter Wirtschaftsprüfer dabei zeichnete, stieß

dabei allerdings auch auf harsche Detailkritik.
Im Bereich des Einkommenssteuerrechts wolle die Stuttgarter Reform demnach nicht nur durch Entlastung der Einkommensgruppe von 80 000 bis 150 000 Mark den sogenannten „Mittelstandsbau“ in der Steuerprogression abflachen. Daneben solle auch der Spitzensteuersatz von derzeit 56 Prozent abgesenkt und die Steuerbefreiung kleiner Einkommen ausgebaut werden. Parallel dazu denkt die Arbeitsgruppe auch bei der Körperschaftsteuer an Entlastungsmaßnahmen und die Einführung eines Grundfreibetrags.

Auf der anderen Seite soll der Bestand an Vergünstigungen im Einkommenssteuerrecht radikal entrümpelt werden. Wie aus Fraktionskreisen zu hören war, laufen die Reformvorstellungen der Regierungskommission auf die Abschaffung nahezu aller Subventionen und Freibeträge, bis hin zur Sparförderung, hinaus. Neu wären dagegen besondere Steuer-

erabschlüsse für den Einsatz von unternehmerischem Risikokapital. Es dürfe nicht so bleiben, hatte Späth zuletzt auf jener Steuerberatertagung in Freiburg erklärt, daß derjenige, der ein wirtschaftliches Risiko eingelebe, schlechter gestellt werde, als ein Sparner, der aus Staatspapieren sichere Zinsen kassiere.

Seit langem plädiert Lothar Späth für eine weitere Verlagerung der Abgabenlast von den direkten in indirekte (Verbrauchs-) Steuern. Auch dem folgt die Arbeitsgruppe Longins und tritt für eine Anhebung der Mehrwertsteuer auf westeuropäisches Niveau ein. Dennoch müßte Vater Staat unterm Strich Steuerausfälle in der Größenordnung von mehreren Milliarden Mark hinnehmen.

Wie verlautet, würde das Stuttgarter Konzept, das auch nach Auffassung seiner geistigen Väter wohl nur in mehreren Stufen zu verwirklichen ist, die Steuerquote des Bruttozonalprodukts auf unter 30 Prozent drücken.

Lehrer-Austausch in EG

Initiative des Europaparlaments zur Freizügigkeit von Pädagogen

PAUL F. RETTZE, Bonn
Das Europäische Parlament will sich am Donnerstag mit der Situation der Lehrer in der EG beschäftigen. Ihm liegt ein einstimmig beschlossenes Votum seines Ausschusses für „Jugend, Kultur, Bildung, Information und Sport“ vor. Das vorrangige Ziel: Es soll Freizügigkeit erreicht werden.

Angesichts der großen rechtlichen und organisatorischen Schwierigkeiten schlägt der Ausschuss vor, zunächst eine Zwischenlösung anzupeln. Dadurch wäre zwar die Mobilität gewährleistet, jedoch müßten EG-Bewerber gewisse finanzielle Einbußen in Kauf nehmen, solange ihre Ausbildung derjenigen im Anstellungsland nicht voll entspricht. Sicherergestellt müßte indes werden, daß die Bewerber durch Kurse allmählich ihre Ausbildung auf das entsprechende Niveau anheben können.

Der Berichterstatter des Ausschusses, der CDU-Abgeordnete Werner Münch, erläuterte vor der Presse in

Bonn die Modalitäten. Vorrangig soll der Austausch von Sprachlehrern angebahnt werden, wobei kurz- und mittelfristige Verträge ebenso in Frage kommen sollten wie die Bereitstellung von Positionen auf Dauer. Für Aspiranten aus der EG müßte das allgemeine Bildungswesen wie das berufliche Schulwesen geöffnet werden.

Gegenwärtig unterrichten in der EG mehr als fünf Millionen Lehrer über 70 Millionen Schüler. Einige Länder, so Großbritannien, Dänemark und Portugal, haben in einigen Fächern Pädagogen-Mangel.

Münch geht daher davon aus, daß zwar bei Herstellung der Freizügigkeit ein Druck auf den höher bezahlenden deutschen Arbeitsmarkt erfolgen würde, daß aber durchaus „Einbahnverkehr“ vermieden werden könne. Notfalls müßten Quoten das Ziel einer „engeren Verflechtung Europas schon in der Schule“ gewährleisten, obwohl ich das Wort Quoten allmählich nicht mehr hören kann“.

Lutheraner optimistisch über Ökumene

idea/dpa, Bad Harzburg

In einer Bilanz der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Lutheranern und Katholiken hat sich der „Catholica“-Beauftragte der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Bischof Ulrich Wilckens (Holstein-Lübbeck), sowohl gegen Ungeduld wie auch gegen Resignation ausgesprochen. Auf der Generalsynode in Bad Harzburg sagte er gestern, von katholischer Seite seien „Anzeichen für einen restriktiveren Gesamtkurs“ in zwischenkirchlichen Fragen „zumindest hier in Deutschland“ zu erkennen. Darüber hinaus sei eine „Stärkung der zentralen Stellung des Papstes“ innerhalb der römischen Weltkirche zu verzeichnen. Wie unter diesen Voraussetzungen eine Gemeinschaft mit evangelischen Kirchen aussehen könne, sei „gegenwärtig noch nicht abzusehen“. Es gelte, „mit zäher, frühlicher Geduld ökumenische Grundfragen immer wieder und immer weiter zu stellen“, Wilckens äußerte dennoch die Überzeugung, daß die Grundrichtung des Zweiten Vatikanischen Konzils mit seiner Öffnung gegenüber den anderen Kirchen sich nicht verändert habe. Er sieht vor allem in den Ergebnissen der „gemeinsamen ökumenischen Kommission“ Anlaß zu Hoffnung auf weitere Annäherung zwischen den Kirchen. Diese Kommission war auf Initiative von Papst Johannes Paul II. anlässlich seiner Deutschlandreise im Herbst 1980 eingesetzt worden.

Visa-Verkehr mit Ungarn vereinfacht

ms, Bonn

Erleichterungen im gegenseitigen Visa-Verkehr mit Ungarn hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann am Wochenende in Gesprächen mit dem ungarischen Innenminister János Kamara in Budapest vereinbart. Danach sollen Inhaber von Diplomatenv- und Dienstpässen, Kürtiere und Inhaber von Reisepässen, die gemischte deutsch-ungarische Firmen aufsuchen sowie Fahrer von Lastkraftwagen: „Jahres-Sichtvermerke“ erhalten. Sie berechtigen zu mehrmaligen Ein- und Ausreisen. Die Bedeutung dieser Vereinbarung wird unter anderem daran deutlich, daß die deutsche Botschaft in Budapest im vergangenen Jahr über 400 000 Visa ausgestellt hat. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte ebenfalls Erleichterungen im gegenseitigen Visa-Verkehr angeregt. „Auf diese Sicht so hieß es gestern im Bundesinnenministerium in Bonn, werde ein Wegfall der Sichtvermerke für alle ungarischen Staatsangehörigen gedacht.“

„DDR“ würdigt General von Lenski

dpa, Berlin

Im Alter von 93 Jahren ist der ehemalige Wehrmachts- und NVA-Generalmajor der „DDR“, Arno von Lenski, gestorben. Das geht aus einer Todesanzeige in der Ostberliner Zeitung „Volksarmee“ hervor. Lenski hatte von 1939 bis 1942 als ehrenamtliches Mitglied des nationalsozialistischen „Volksgerichtshofes“ in Berlin nachweislich an 20 Urteilen, gegen deutsche, polnische und holländische Staatsbürger mitgewirkt. Darunter waren auch Todesurteile. Nach dem Krieg baute er in der „DDR“ die Kasernierte Volkspolizei, aus der die „DDR“-Streitkräfte hervorgingen, mit auf. In einer Würdigung des Kollegiums des „DDR“-Ministeriums für Nationale Verteidigung heißt es, mit Lenski „verlieren wir einen aktiven Mitarbeiter unseres Arbeiter- und Bauernstaates, der sich bleibende Verdienste beim Aufbau der Nationalen Volksarmee erworben hat“.

heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit

Wenn einem also Gutes widerfährt

Wer dem Ausruf des Wortes Bär nachgeht, kommt zu einer merkwürdigen Entdeckung: Dieser indogermanische Dorfpatron hatten einen anderen Namen für den kräftigen, zottigen, aber auch etwas plumpen Bewohner der nordischen Wälder, den sie übrigens zum König der Tiere erhoben. Aber da einige ihn fürchteten, mochten sie seinen Namen nicht verwenden - wie man zu anderen Zeiten auch nicht vom Teufel sprach, sondern vom Götzeibeiens, vom Schoroten oder ähnlich; sie nannten ihn nur den Braunen, und daraus leitete sich unser Wort Bär her. Die alten Römer waren da mutiger, sie blieben bei der ursprünglichen Benennung, die im Lateinischen »ursus« lautet; daraus ergab sich übrigens Ursula.

Später holten auch die Bewohner des Nordens den Bären von seinem Thron herab, zähmten ihn und führten ihn gar als Langbären vor. Doch später wurde der als Schlemmer und Göniglichlecker bekannte zum Wahrzeichen für gute Küche und wohlwundernde Behaglichkeit. Ja, und wo man behaglich sitzt und isst, wird es sicher an einem guten Schluß nicht fehlen... wie man auch auf diesem Wirtschaftsschilde Asbacher Preß bei einem Trunk sieht: »Wenn einem also Gutes widerfährt«, scheint er genüsslich zu brummen.

Asbach-Ulrich

Im Asbach-Ulrich ist der Geist des Meines!

Lutheraner optimistisch über Ökonomie

Alkem-Geschäftsführer attackiert Staatsanwälte

Geschäft von SPD und Grünen / Anklage: Unerlaubte Änderungen

D. GURATZSCH, Hanau
Die Hanauer Staatsanwaltschaft hat den Geschäftsführer der Nuklearfabrik Alkem, Alexander Warrickoff und Prof. Wolfgang Stoll, vorgeworfen, ohne erforderliche Genehmigung an Betrieb und Anlage der Firma „wesentliche Veränderungen“ vorgenommen zu haben. Dies sei zwischen 1975 und 1984 „in mindestens sechs Fällen fortgesetzt handelnd“ geschehen, erklärte der Leitende Oberstaatsanwalt, Albert Farwick, gestern in Hanau zu der bereits am vergangenen Donnerstag erhobenen Anklage.

Die ebenfalls angeklagten drei Beamten des hessischen Wirtschaftsministeriums, Hermann Frank, Ulrich Thurmann und Angelika Hecker, hätten „diesen atomgesetzwidrigen Zustand nicht nur geduldet, sondern durch die Erteilung von atomgesetzwidrigen „Zustimmungserklärungen“ bewußt bei der Durchführung der wesentlichen Änderungen Beihilfe geleistet.“ Das Ministerium hat die drei Beamten inzwischen von ihren atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsaufgaben entbunden.

„Problematisches Gutachten“

Der auf seinen eigenen Wunsch von seinen Firmenleitern beauftragte Geschäftsführer Warrickoff wies die Vorwürfe zurück. Die Staatsanwaltschaft, so Warrickoff, stütze sich im wesentlichen auf ein Gutachten des „engagierten Kernkraftgegners“ Roßnagel, der bereits drei Bücher, darunter eines zum „Fall Hanau“, veröffentlicht habe. Im Gegensatz zur Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft und ihres Gutachters seien die beanstandeten wesentlichen Änderungen „im Rahmen der bisherigen Tätigkeit“ auf Grund der geltenden Gesetze möglich.

In der 680 Seiten starken Anklageschrift zählt die Staatsanwaltschaft als „wesentliche Veränderungen“ unter anderem auf: die Erhöhung der innerbetrieblichen Transporteinheiten für Plutoniumoxid, die Lagerung von Brennstäben mit hoher Spaltstoffanreicherung im Atombunker der Firma, die Umstellung des chemischen Teils der Anlage auf eine völlig neue Technik sowie die Errichtung einer Abfallbehandlungsanlage auf Betriebsgelände. Sowohl die Geschäftsführer als auch die angeklagten Beamten seien sich sehr wohl darüber im klaren gewesen, daß dafür Genehmigungen nach Paragraph 7 Atomgesetz notwendig gewesen wären und die „Vorabzustimmungserklärungen“ der damit befaßten Beamten nicht dem Atomgesetz entsprechen.

Zum Beleg verwies der sachbearbeitende Staatsanwalt Reinhard Hübnert auf zahlreiche Briefstellen und Schriftstücke, aus denen sich die Absicht der Beteiligten ergebe, die vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung zu umgehen, um langwierige Gerichtsverfahren zu vermeiden. Dahinter habe „das Problem“ der Firma gestanden, daß die bestehende Betriebsanlage nach übereinstimmender Ansicht sowohl der Beamten als auch der Geschäftsführer nach geltenden Gesetzen nicht genehmigungsfähig sei. Die Beteiligten hätten deshalb beflüchtigt, daß durch Aufholung des Verfahrens die Genehmigung für die noch nach altem Atomgesetz und einer Übergangsregelung betriebenen Anlage versagt werden könnte.

Demgegenüber verwies Geschäftsführer Warrickoff darauf, daß mehrere Landes- und Bundesregierungen das Instrument der behördlichen „Vorabzustimmung“ für rechtmäßig und richtig gehalten hätten. Noch vor wenigen Tagen habe das ein Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium ausdrücklich bestätigt. Im übrigen sei der Genehmigungsantrag der Firma Alkem gemäß Paragraph 7 Atomgesetz „seit über einem Jahr entscheidungsreif“. Er werde aus eindeutig politischen Gründen nicht entschieden, weil eine Genehmigung „das Ende der rot-grünen Koalition bedeuten würde“. Damit bezog sich der Alkem-Geschäftsführer auf die schriftlich niedergelegte Vereinbarung zwischen Mitgliedern einer rot-grünen Expertenkommission vom Frühjahr 1985, nach der der Alkem-Genehmigungsantrag „nicht entscheidungsreif“ sei. Diese Vereinbarung hatte den Weg zur Bildung der rot-grünen Koalition in Hessen geebnet.

Arbeitsplätze gefährdet

Die Hanauer Staatsanwaltschaft, so Warrickoff, wolle nachweisen, daß Alkem „nicht richtig genehmigt“ sei, mit der Folge, daß der Weiterbetrieb der Firma mit 550 Arbeitsplätzen und mit ihrer Bedeutung für die gesamte kerntechnische Entwicklung der Bundesrepublik infragegestellt sei. Sie betriebe damit „mit den Mitteln der Strafstuz die Geschäft von SPD und Grünen, die diese Technik nicht oder nicht mehr wollen.“

Gift, Geld und Genossenfilz – in dem Stadtstaat birgt der Müll auch politische Altlast

Das Wohlstandsproblem Müll ist zur politischen Herausforderung für die Gemeinde-, Stadt- und Landesparlamente geworden. Patentlösungen gibt es nicht – aber eine erstaunliche Vielzahl von Ansätzen. Das ergibt die Übersicht der WELT-Landeskorrespondenten von München bis Kiel. Die Palette der Entsorgungsmaßnahmen reicht von der Abfall-Lagerung, Recyclinglösung über die Müll-Verbrennung bis hin zum Müll-Export in die „DDR“.



Problemburg Müll in Hamburg

Dohnanyi: Hamburg leistet auch für die anderen Großstädte Pionierarbeit

Von HERBERT SCHÜTTE

Das Stichwort „Müll“ löst in Hamburg drei Assoziationen aus: Gift, Geld und Genossenfilz.

Die Metropole ohne eigene Deponieflächen hat das politische Thema Müll ständig deponiert. In den vergangenen Wochen filterte der Parlamentarische Untersuchungsausschuß Stadtreinigung – in Kurzform treffend „Müll-Ausschuß“ genannt – aus 4000 Seiten Vernehmungsprotokollen einen Abschlußbericht von 400 Seiten. Ein Bericht, der die Verbindung von Geld und Filz aufdeckt, der Vorwürfe von Kungelei, Bestechung und des – so Ausschußvorsitzender Hermann Scheunemann (SPD) zur WELT – „ständigen Belügens von Senat und Parlament“ erhebt.

Die Behörden sollen – das wurde bei den Vernehmungen des Ausschusses dardlich – mindestens 65 Millionen Mark Müllgebühren zuviel eingenommen haben.

Scheunemann sieht die Gebührenordnung denn auch als rechtswidrig an; damit sind nach seiner Auffassung jedoch die Kostenbescheide nicht automatisch nichtig. Eine komplizierte Rechtslage für den Bürger. Der Ausschußvorsitzende schlug vor, die Müllgebühren vom 1. Januar 1987 an zu senken.

Müll ist ein parlamentarischer Dauerbrenner, schon zwei Untersuchungsausschüsse haben sich mit dem Müllberg Georgswerder befaßt, dem höchsten Gipfel dieser Art in Europa.

Der „Giftberg“ mit mindestens 150 000 Kubikmetern Chemiemüll – hier wurde 1983 auch Dioxin entdeckt – machte Hamburgs Politiker ratlos: Wie konnte „die größte Altde-

ponie Europas, die weltweit unrühmliche Bekanntheit erlangt hat“ (Entsorgungs-Senator Jörg Kuhbier), saniert werden und wer soll das bezahlen? So lauteten die Fragen.

Was es kostet, kann man mittlerweile ungefähr angeben: Rund 145 Millionen Mark.

Das Konzept zur Sanierung wird bereits in die Tat umgesetzt: Für die zwei Meter starke Abdeckung des Müllbergs mit 42 Hektar Grundfläche, in dem sieben Millionen Kubik-

meter verdichteter Abfälle und giftiger Dioxine lagern, ist der Auftrag erteilt worden. Der Bau einer Flotationsanlage, die Sickerwasser und Schadstoffe trennen soll, hat begonnen. Im nächsten Jahr sollen die Vorbereitungen für den Bau einer Hochtemperatur-Verbrennungsanlage geschaffen werden, die auch Dioxin-verseuchte Substanzen beseitigt. Bis dahin soll auch ein Projekt für den Entzug des Stauwassers aus dem Müllberg fertig sein, damit kein Gift ins Grundwasser abfließen kann. Nach Bekanntwerden des Gift-Skandals war Bürgermeister Klaus von Dohnanyi flugs in die Rolle eines Müll-Martyrers geschlüpft: Hamburg

– so ließ er immer wieder verlauten, wenn die Hansestadt wegen Georgswerder in negative Schlagzeilen geriet – Hamburg leiste hier Pionierarbeit für andere Großstädte, Giftmüll gebe es an vielen Stellen, nur in Hamburg sei er schonungslos aufgedeckt worden. „Es gibt keine vergleichsweise Altlast, wo man mit einem wirksamen Konzept so weit ist wie in Georgswerder“, stellt der Sprecher

Stadt Hamburg setzt weiterhin auch auf Verbrennung. Forschungsvorhaben werden deswegen vor allem in der Richtung betrieben, die Entstehung von Dioxin bei der Verbrennung auszuschalten. Man versucht in einigen Testgebieten Müll zu sortieren.

Im Stadtteil Bergedorf hat man das ein Jahr lang durch die getrennte Sammlung von Kunststoff-Abfällen gemacht. Doch jetzt sitzt man ratlos „auf einem Berg von Kunststoff“, wie Müller-Landre zögert.

Inzwischen ist in einem anderen Stadtteil, in Harburg, der Versuch einer getrennten Abfuhr von Hausmüll und von organischen Abfällen in den „grünen Naßmülltonnen“ angelaufen.

Die Beteiligung ist sehr gut, doch der Test mit 3000 Haushalten kostet allein zwei Millionen Mark.

Außerdem ist die Aufnahmefähigkeit staatlicher Grünflächen für den kompostierten Müll, aber auch die Kooperationsbereitschaft der Bürger, bei zeit- und arbeitsaufwendigen Versuchen mitzumachen, relativ begrenzt.

So steht Hamburg weiterhin in Gefahr, von seinen Müll-Problemen überwältigt zu werden – angewiesen auf die Aufnahmefähigkeit der in der „DDR“ gelegenen Mülldeponie Schönberg; bereit, dreistellige Millionenbeträge für Sanierungsprojekte und Folgekosten zu zahlen und ständig auf der Hut gegenüber neuen Giftfunden, die die gesamte Umweltschutz-Kalkulation in der Stadt Hamburg über den Haufen werfen können.

Der alte oder – nach der Hamburger Bürgerschafts-Wahl – neue sorgengeplagte Entsorgungs-Senator ist angesichts dieser „Altlasten“ nicht gerade zu benehden.

Daten und Fakten auf einen Blick

1. Gesamtmüllaufkommen in Hamburg 1985: 930 000 Tonnen über Stadtreinigung zusätzlich 110 000 Tonnen Klärschlamm und 400 000 Kubikmeter Bauschutt. Außerdem 467 000 Tonnen Sondermüll.
2. Müllexport: 110 000 Tonnen Klärschlamm sowie 134 000 Tonnen Müll. Adressat ist die „DDR“. Außerdem 115 000 Tonnen Sondermüll in die „DDR“, Deponie Schönberg.
3. Müllimport: keiner
4. Deponie-Kapazitäten: In Homburg gibt es keine Deponie-Flächen.

meter verdichteter Abfälle und giftiger Dioxine lagern, ist der Auftrag erteilt worden.

Der Bau einer Flotationsanlage, die Sickerwasser und Schadstoffe trennen soll, hat begonnen.

Im nächsten Jahr sollen die Vorbereitungen für den Bau einer Hochtemperatur-Verbrennungsanlage geschaffen werden, die auch Dioxin-verseuchte Substanzen beseitigt.

Bis dahin soll auch ein Projekt für den Entzug des Stauwassers aus dem Müllberg fertig sein, damit kein Gift ins Grundwasser abfließen kann. Nach Bekanntwerden des Gift-Skandals war Bürgermeister Klaus von Dohnanyi flugs in die Rolle eines Müll-Martyrers geschlüpft: Hamburg

der Baubehörde, Detmar Müller-Landre, mit Befriedigung fest.

Inzwischen sind – mit erheblicher Bonner Finanzbeteiligung – zehn Entwicklungsprojekte angelaufen, die sich mit Problemen wie Hochtemperatur-Verbrennungsmöglichkeiten, Sickerflüssigkeitsregelung und Zwischenlagerung befassen. Kosten: 18 Millionen Mark.

Für einen Stadtstaat ohne eigene Deponie-Kapazitäten ist es nach den Erfahrungen der Baubehörde immer schwieriger, die Nachbarländer zur Bereitstellung dieser Flächen zu bewegen. Hamburg sei zur Zeit noch „boffnungslos“ auf die nahe „DDR“-Deponie Schönberg angewiesen, klagt man in der Baubehörde. Die

Bahr und Axen präsentieren Vertragsentwurf

p. p. Bonn

SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr und SED-Politbüromitglied Hermann Axen werden heute um elf Uhr in Bonn erneut gemeinsam vor die Presse treten: Sie wollen ihren innerhalb von knapp einem Jahr ausgehandelten Vertragsentwurf für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa präsentieren. Nach einem gleichartigen Papier über eine chemiewaffenfreie Zone, das beide im Juni 1985 vorgelegt hatten, ist dies das zweite derartige Abrüstungs-Dokument, auf das sich SPD und SED auf Parteiebene geeinigt haben.

Grundlage für diesen neuen Vertragsentwurf, der nach den Vorstellungen der Delegationen auch wieder zum Gegenstand offizieller Verhandlungen zwischen beiden Regierungen in Deutschland gemacht werden soll, sind die Vorschläge der Palme-Kommission vom Juni 1982: Unter energischer Beteiligung Bahrs hatte diese Kommission, zu der unter Leitung des inzwischen ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Palme auch der frühere US-Außenminister Vance, der ehemalige britische Außenminister Owen sowie der Moskauer Spitzenfunktionär Arbatow gehörten, damals einen jeweils 150 Kilometer breiten atomwaffenfreien Streifen beiderseits der innerdeutschen Grenze vorgeschlagen. Arbatow hatte allerdings in einem Minderheitenvotum seine „Zweifel“ zu Protokoll gegeben. „ob der Vorschlag eines 300 Kilometer breiten Sicherheitsstreifens im Sinne einer Rüstungskontrolle nützlich ist, weil Atomsprengköpfe rasch in ein Sperrgebiet zurückgebracht werden könnten“.

Während die Gespräche über die chemiewaffenfreie Zone, deren Ergebnis allerdings von der Bundesregierung nicht aufgegriffen worden ist, auf eine Vereinbarung zurückgingen, die der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel während eines Ost-Berlin-Besuchs mit SED-Chef Erich Honecker getroffen hatte, sind die praktisch identischen Delegationen für die Absprachen über einen atomwaffenfreien Streifen während des Brandt-Besuchs bei Honecker im September 1985 vereinbart worden. Die abwechselnd in Bonn und Ost-Berlin geführten Gespräche wurden in einem sehr schnellen Zeitrythmus durchgeführt, wobei die Verständigung auf einheitliche Definitionen den größten Stolperstein bildete. Die Verifikationsprobleme blieben zweitrangig, nachdem bei den Chemiewaffen eine Formel erarbeitet worden war.

So steht Hamburg weiterhin in Gefahr, von seinen Müll-Problemen überwältigt zu werden – angewiesen auf die Aufnahmefähigkeit der in der „DDR“ gelegenen Mülldeponie Schönberg; bereit, dreistellige Millionenbeträge für Sanierungsprojekte und Folgekosten zu zahlen und ständig auf der Hut gegenüber neuen Giftfunden, die die gesamte Umweltschutz-Kalkulation in der Stadt Hamburg über den Haufen werfen können.

Der alte oder – nach der Hamburger Bürgerschafts-Wahl – neue sorgengeplagte Entsorgungs-Senator ist angesichts dieser „Altlasten“ nicht gerade zu benehden.

Für seine neue Produktionsanlage hatte er große Pläne.

Mit unserer Investitionsfinanzierung baute er sie um ein Vielfaches aus.

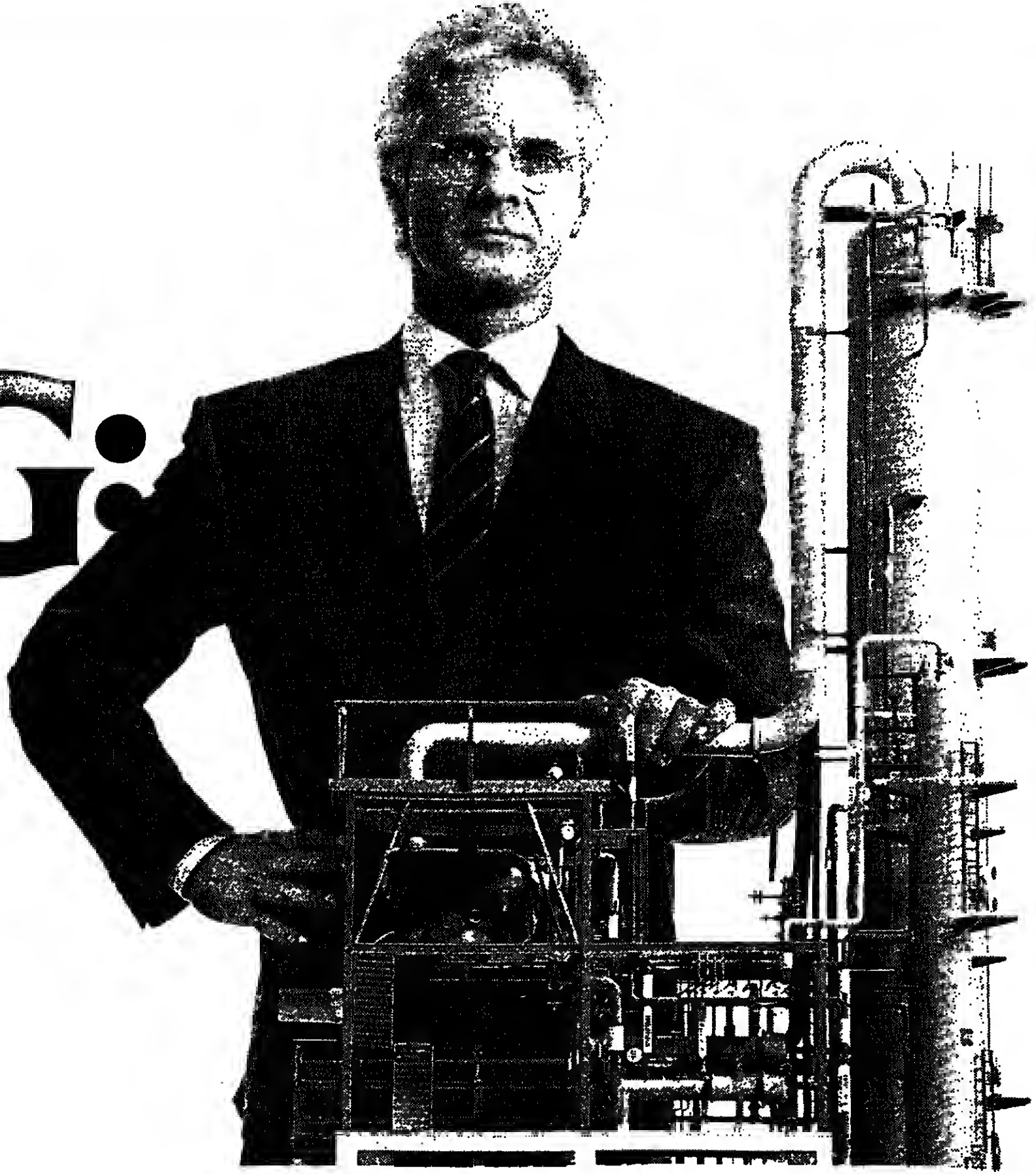
Wenn ein Produkt im Markt erfolgreich ist, die Nachfrage größer wird, sind schnelle Reaktionen gefragt. Bevor die Konkurrenz aktiv wird. Ein rechtzeitiger Ausbau der Produktion erweitert die Marktchancen und das Ergebnispotential.

Reden Sie mit uns. Wir sind Ihre Bank.

Mit der BfG-Investitionsfinanzierung können die unterschiedlichsten gewerblichen Objekte finanziert werden. Langfristig. Denn dieser Kredit läuft bis zu 15 Jahre. Und ist außerdem noch in manch anderer Hinsicht sehr flexibel. Zum Beispiel bei den Konditionen – da sind die Tilgungsmodelle so individuell wie die Bedürfnisse unserer Kunden. Auch eine Festzinsvereinbarung bis zu 5 Jahren ist möglich. Wenn Sie also produktiver werden wollen, können Sie auf unsere Investitionsfinanzierung bauen.

BfG-Ihre Bank

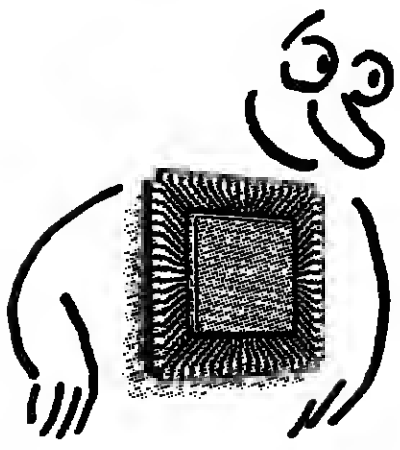
BfG:



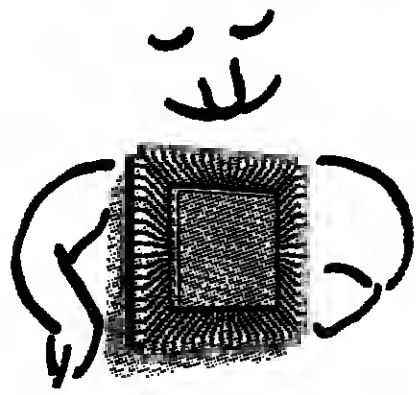
BfG-Bildschirmtext * 3444 #

LC418

Ich arbeite mit der
bewährten
Mittelstands-Software



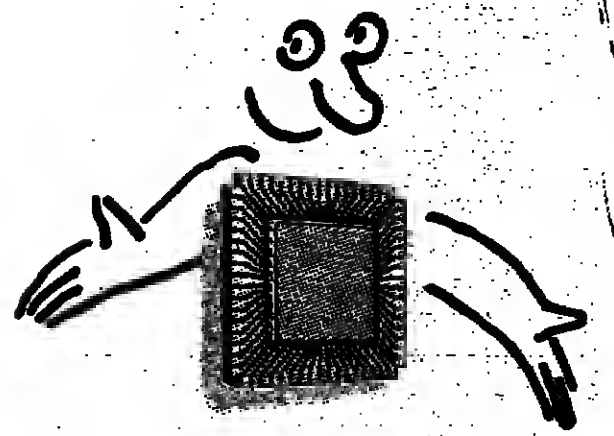
Ich bin kreativ in mehr als
130 Branchen



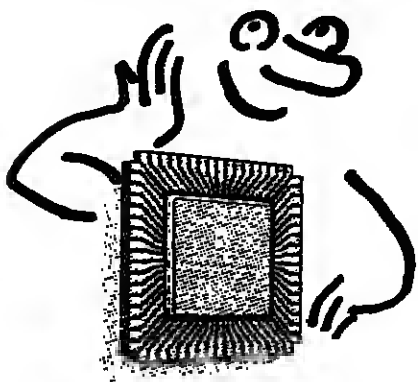
In mir steckt höchste
Rechnerleistung



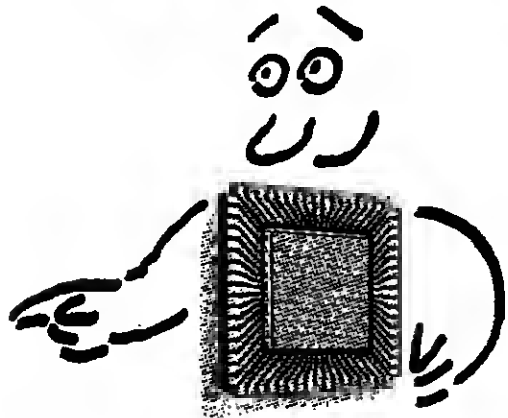
Ich Sorge für
arbeitsplatzorientierte
Computerleistung



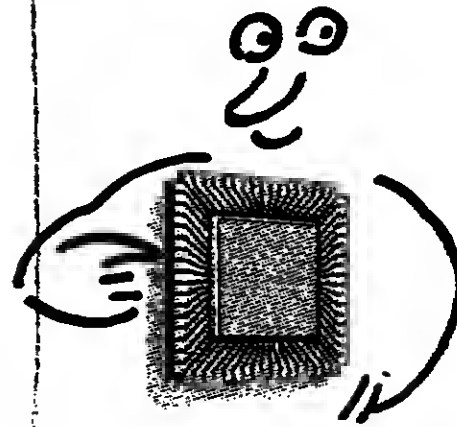
Ich Sorge
für Leistung nach Maß



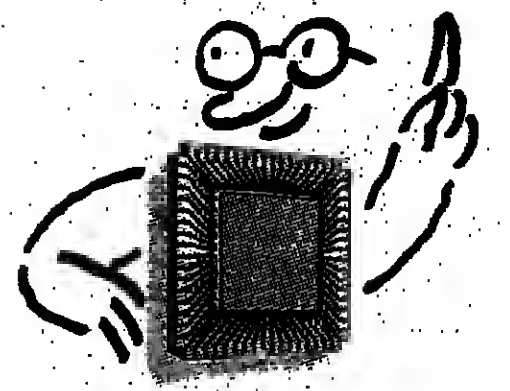
Ich werde betreut durch
das einzigartige
Fernbetreuungs-System



Ich garantiere
Zukunftssicherheit

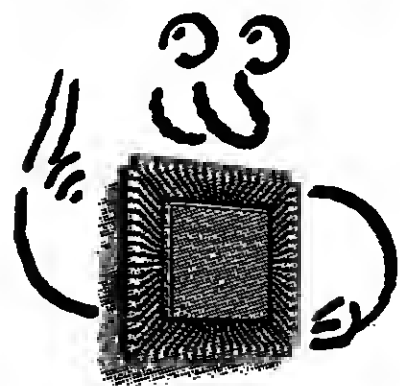


In mir
steckt State-of-the-art
Technologie

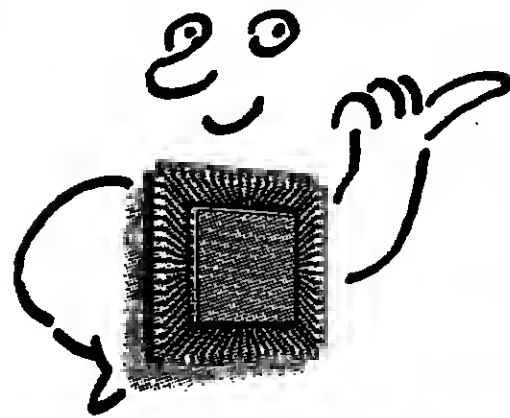


Nixdorf macht e für den Me

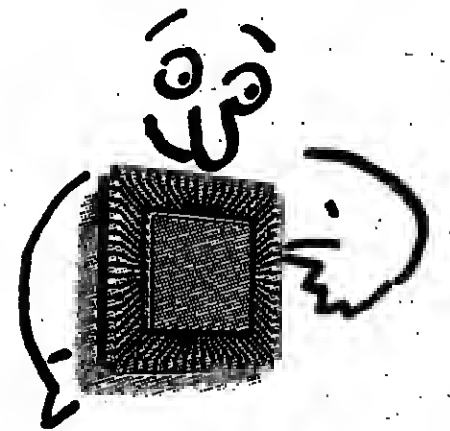
In mir
steckt konzentriertes
Branchenwissen



Ich bin kompetent für
den Mittelstand



In mir steckt
die Softwarestärke von
Nixdorf COMET®



Ich Sorge für
arbeitsplatzorientierte
Computerleistung

Ich bin kreativ

Ich Sorge für die Sicherung
Ihrer Daten

Ich Sorge für
die Ausbaufähigkeit der
Computerleistung

Ich bin bedienerfreundlich
zu Ihren Mitarbeitern

Ich bin ein
„kundenspezifischer“
Chip

In mir
steckt State-of-the-
Technology

In mir steckt
angewandte Intelligenz

Ich garantiere die
Sicherheit der
Software-Investitionen

Ich passe mich
Ihrer Organisation an

Ich bin kreativ für
die integrierte
Informationsverarbeitung

chte Chips kreativ n Mittelstand

Nixdorf 8870: Der Wachstums-Computer mit den kreativen Chips

Der Mittelstand braucht kreative Organisationslösungen. Deshalb hat Nixdorf für den Mittelstand die Chips kreativ gemacht.

Chips, deren Intelligenz in der Anwendung liegt. Chips, in denen das ganze Software- und Branchen-Wissen steckt, das Nixdorf zum Lösungs-Lieferanten für den Mittelstand gemacht hat.

Diese kreativen Chips stecken in der modular aufgebauten, auf Wachstum ausgerichteten Systemfamilie Nixdorf 8870, die jedem mittelständischen Unternehmen eine individuelle Organisationslösung nach Maß bietet. Die Wachstumsfähigkeit ist Grundlage dieses Systems, das immer und überall kreative Lösungen möglich macht.

Damit wird das Nixdorf-System zur Basis für eine zukunftssichere Gesamtlösung.

Die Zukunftssicherheit bezieht sich nicht nur auf die Technologie des Nixdorf Systems 8870, sondern auch auf Europas größte Software-Bank, Nixdorf COMET®, aus der sich jeder Anwender seine individuelle Software-Lösung zusammensetzen kann. Zusätzlich

bietet Nixdorf für mehr als 130 Branchen spezielle Lösungen an.

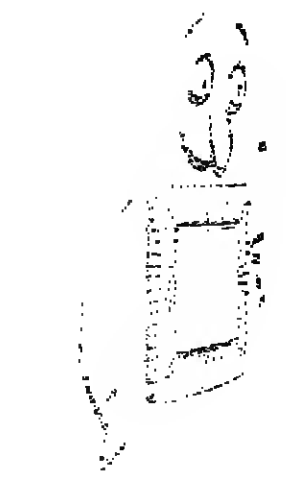
Hardware und Software sind nur ein Teil des umfassenden Lösungsangebots von Nixdorf für den Mittelstand. Dazu kommt die individuelle Beratung durch Branchen-Fachleute. Der Service mit dem einzigartigen Fernbetriebsnetz. Das Aus- und Fortbildungsprogramm in Branchen-Kompetenz-Zentren mit jährlich 3.600 Kursen und Seminaren für Ein- und Aufsteiger aus allen Branchen und Bereichen.

Mit diesem Lösungspaket ist Nixdorf zum bewährten Partner für den Mittelstand geworden.

Wenn Sie mehr über Ihre individuelle Branchenlösung wissen möchten, rufen Sie uns an. Eines der über 60 Nixdorf Service- und Beratungszentren ist gleich in Ihrer Nähe.

Nixdorf Computer AG
Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
Telefon 052 51/50 61 30
Btx * 55300 *

Wir sind
die Softwarebank
Nixdorf COMET



NIXDORF
COMPUTER

Täglich droht der Sturz der Regierung Martens

Belgischer Sprachenstreit zieht immer weitere Kreise

HELMUT HETZEL, Brüssel
Der andauernde belgische Sprachenstreit um einen vom höchsten Gericht abgesetzten Provinzbürgermeister droht zu einem politischen Drama für das Land mit anhaltender Regierungskrise zu werden. Wie ein heißes Eisen wird eine echte Lösung des Problems um die Neubesetzung des Bürgermeisteramtes der zu Flandern gehörenden aber mehrheitlich frankophonen Gemeinde Voeren/Fouron zwischen den Regierungsparteien hin- und hergeschoben. Fast stündlich gibt es neue Entwicklungen; täglich droht der Sturz der Brüsseler Zentralregierung.

Neueste Variante im Sprachenstreit-Poker, den beide belgischen Volksgruppen - Flamen und Wallonen - für sich entscheiden wollen und der parteiübergreifend ist:

Die kleinste Regierungspartei im Vier-Parteien-Kabinet "Martens VII", die wallonischen Christdemokraten (PSC), haben den Ball und damit auch die Verantwortung für einen eventuellen Sturz der Regierung in des Lager ihrer flämischen Schwesterpartei, der CVP, gespielt, der auch Premierminister Wilfried Martens angehört.

Die PSC schlägt nämlich vor, den ganzen Streit um die Neubesetzung des Bürgermeisteramtes von Voeren/Fouron für drei Monate auf Eis zu legen. Erst dann soll in einem neuen Anlauf versucht werden, das inzwischen die Grundfesten des belgischen Staates erschütternde Problem zu lösen.

Inzwischen geht es aber bei diesem urbelgischen Sprachenstreit, der daraus entstand, daß das Oberste Gericht den Bürgermeister der flämischen Gemeinde Voeren/Fouron, Jos Happart, absetzte, weil er kein niederländisch sprach, längst nicht mehr nur um den "Fall Happart". Es geht inzwischen darum, wer aus diesem Streit als eindeutiger Sieger herausgehen



Muß handeln: Innenminister Joseph Michel (60)

te er den nach ihm benannten "Plan Michel" aus. Dieser Plan, der facto eine landesweite Gemeindeform, vereinheitlichte die bis dahin 2359 selbstständigen belgischen Gemeinden und faßte sie in 589 Verwaltungseinheiten zusammen. Nur Brüssel blieb von dieser Reform ausgenommen. An dem Wallonen Michel, der nicht nur fließend niederländisch spricht, sondern auch deutsch und englisch hervorragend beherrscht, liegt es nun also, den Sprachenstreit zu lösen. Seine Erfahrung als Ex-Bürgermeister von Viron und ehemaliger Innenminister unter Premier Leo Tindemans (1974) kann er dabei sicher gebrauchen. Auch kommt ihm gelegen, daß nicht er, sondern sein Vorgänger den militanten Wallonen Happart seinerzeit zum Bürgermeister ernannte. Eine Tatsache, die Michel mehr Handlungsspielraum gibt. Und handeln muß er.

Nachfolger von Nethomb ist der 60jährige wallonische Christdemokrat Joseph Michel. Er ist als Fachmann für die schwierigen belgischen Autonomiefragen auf Gemeindeebene bekannt. 1974 arbeitete er den nach ihm benannten "Plan Michel" aus. Dieser Plan, der facto eine landesweite Gemeindeform, vereinheitlichte die bis dahin 2359 selbstständigen belgischen Gemeinden und faßte sie in 589 Verwaltungseinheiten zusammen. Nur Brüssel blieb von dieser Reform ausgenommen. An dem Wallonen Michel, der nicht nur fließend niederländisch spricht, sondern auch deutsch und englisch hervorragend beherrscht, liegt es nun also, den Sprachenstreit zu lösen. Seine Erfahrung als Ex-Bürgermeister von Viron und ehemaliger Innenminister unter Premier Leo Tindemans (1974) kann er dabei sicher gebrauchen. Auch kommt ihm gelegen, daß nicht er, sondern sein Vorgänger den militanten Wallonen Happart seinerzeit zum Bürgermeister ernannte. Eine Tatsache, die Michel mehr Handlungsspielraum gibt. Und handeln muß er.

Walesa erinnert an Popielusko

KNA, Warschau

Mehr als 15 000 Gläubige haben am vergangenen Sonntag der Ermordung des polnischen Priesters Jerzy Popielusko gedacht. Der Geistliche stand der verbotenen Gewerkschaft "Solidarität" sehr nahe und war vor zwei Jahren von Angehörigen des polnischen Geheimdienstes entführt und getötet worden. Während des Gottesdienstes in der St. Stanislaus-Kirche, auf deren Gelände das Grab von Popielusko liegt, wurde eine Botschaft von Lech Walesa verlesen. Er rief dazu auf, auch weiterhin treu die Ideale des ermordeten Priesters zu verteidigen.

Dänemark: Kaum Asylsuchende

DW, Kopenhagen

Die Zahl der nach Dänemark einreisenden Asylbewerber ist am Sonntag ummittelbar, nachdem ein neues Ausländergesetz in Kraft getreten ist, drastisch zurückgegangen. Am ersten Tag der neuen Bestimmungen hatten sich nur zehn Antragsteller am Kopenhagener Flughafen Kastrup gemeldet. Nach den neuen vom Parlament in der vergangenen Woche beschlossenen Gesetzesänderungen können künftig über Drittländer einreisende Flüchtlinge an der Grenze wieder abgewiesen werden. Bisher durften sie bis zu einer Gerichtsentscheidung im Lande bleiben.

Paris: Ein neuer Skandal belastet die Sozialisten

pr. Paris

Der frühere französische Außenminister beteuert seine Unschuld, doch die Presse fragt hartnäckig weiter: "Roland Dumas, wo sind die elf Millionen Dollar geblieben?"

Seit dem Wochenende beschäftigt die Franzosen ein zweiter Finanzskandal der Sozialisten. Nach der Affäre "Carrefour" nun die Affäre "Antigua". Auf dieser Insel in der Karibik wurde eine Flugzeugpiste erneuert. Die Weltbank, die der wirtszunehmende Inselstaat um Hilfe angegangen hatte, schätzte die Kosten auf 750 000 Dollar. Doch keine Bank auf der Welt wollte die Reparatur finanzieren. Bis sich in Burgund die Sozietät "Building Finishing System" dazu bereitfand, eine der sozialistischen Partei nahestehende Gesellschaft. Das Geschäft wurde auf 11 105 000 Dollar abgeschlossen und durch eine staatliche Bürgschaft abgesichert. Über die Rückzahlung durch das hochverschuldete Antigua machte sich niemand Illusionen.

Die Bedenken bei der Kommission für Staatsgarantien bei Außenhandelsbeziehungen wurden am 21. Oktober 1985 durch einen Brief des Außenministeriums zerstreut. Der Brief trägt die Unterschrift des Kabinettschefs, Marc Perrin de Brichambaut. Doch davon will heute der damalige Außenminister Roland Dumas nichts mehr wissen.

Dafür kommen andere Namen ins Spiel, die eine Querverbindung zu der Carrefour-Affäre nicht mehr ausschließen. Wieder fällt der Name Yves Chaler, des flüchtigen Kabinettschefs des früheren Entwicklungshilfeministers Christian Nucchi. Beide hatten Verbindungen zu einer Geld-Sammelstelle, über die 60 Millionen Franc Quittungsgelder abgezweigt wurden - wahrscheinlich in die Parteikasse der Sozialisten. Neun Anklagen wurden bisher erhoben. Die Untersuchung verläuft dennoch äußerst schleppend, nachdem die Bürgerlichen nach dem Machtwechsel im März die kuriosen Mächtigkeiten im "Carrefour du développement" aufgedeckt hatten, wobei nicht kontrollierte Summen angeführt für das afrikanische Gipfeltreffen von Bujumbura eingesetzt worden waren, was wiederum den Elysee-Palast ins Zwielicht brachte.

In der Antigua-Affäre ist es jedoch wieder der sozialistische Entwicklungshilfeminister, der in dieser trüben Angelegenheit mitmischen. Nucchi empfängt am 26. September 1985 statt Roland Dumas den antignanischen Minister V. C. Bird. Yves Chaler hat danach eine Unterredung mit dem französischen Botschafter Gilbert Bochet: "Ihre Einstellung zu dem Flughafenprojekt ist bisher negativ, es ist an der Zeit, daß Sie Ihre Meinung ändern - wenn Sie nicht anderen Sinnes werden, haben Sie die Konsequenzen zu tragen..."

Die Aufregung in Paris ist wieder einmal groß, aber auch dieser zweite sozialistische Finanzskandal wird voraussichtlich im Sande verlaufen. Über Geld spricht man in Frankreich jähren, über die Parteienfinanzierung schon gar nicht.

Konservative erobern Rathäuser der drei größten Städte Griechenlands

KP verweigerte Sozialisten Unterstützung bei Bürgermeisterwahlen / Warnung an Papandreu

E. ANTONAROS, Athen

Mit Hupkonzerten, Freudentänzen, einer improvisierten Riesenfeder auf dem Athener Verfassungsplatz und viel Feuerwerk haben die Anhänger der bürgerlichen Oppositionspartei "Neue Demokratie" in der Nacht zum Montag die für sie unerwartet günstigen Ergebnisse bei den zweiten Runden der Kommunalwahlen gefeiert. Die konservativen Kandidaten haben in Griechenlands drei größten Städten - Athen, Saloniki und Piräus - wider Erwarten ihre sozialistischen Gegner geschlagen und werden demnächst als neue Bürgermeister in die Rathäuser einziehen.

Das Ergebnis ist ein äußerst schwerer Rückschlag für die seit 1981 regierende sozialistische Pasok-Partei und bestätigt den bereits am ersten Wahlsamstag spürbar gewordenen Trend zu den Konservativen.

Kritik an Sparpolitik

Oppositionschef Konstantin Mitsotakis sprach in der Wahlnacht von einer "Minderheitsregierung der Sozialisten". Dennoch rechnet man in Athen kaum damit, daß der erst im Juni 1985 wiedergewählte Ministerpräsident Andreas Papandreu, der über eine komfortable Mehrheit im Parlament verfügt, in die Versuchung

geraten könnte, die erst im Sommer 1988 fälligen Parlamentswahlen vorzuziehen. Eher wird der Ministerpräsident daran bemüht sein, bis dahin das Steuer herumzureißen und die Popularitätsverluste wettzumachen.

Papandreu Partei hat die drei größten Städte wegen der Haltung der Moskau-freundlichen KP Griechenlands (KKE) verloren. Nach der ersten Wahlrunde hatte sie beschlossen, Athens bisherigen sozialistischen Bürgermeister Beis nicht zu unterstützen. Auch in anderen Städten müssen, wie aus einer ersten Analyse eindeutig hervorgeht, viele Kommunisten ihre Stimme nicht dem sozialistischen, sondern dem bürgerlichen Kandidaten gegeben haben. Da durch hat die erst 1974 legalisierte KKE, die die Sparpolitik der Sozialisten auf Schritt und Tritt kritisiert und die Einführung des Verhältniswahlrechts verlangt, ihre Macht demonstriert und Papandreu gezeigt, daß ohne sie links von der Mitte nichts mehr geht.

Anders ist es nicht zu erklären, daß der große Sieger dieser Wahlschlacht, der frühere Industrie- und Finanzminister Mihailides Evert, seinen Stimmenanteil von 44,5 auf 54,8 Prozent erhöhen und zum neuen Bürgermeister von Athen gewählt werden konnte. In Piräus besiegte der frühere

Kulturminister Andrianopoulos den bisherigen sozialistischen Bürgermeister Pappaspyrou; auch in Saloniki wurde der bisherige Bürgermeister Manavis, ebenfalls ein Sozialist, vom konservativen Abgeordneten Kaurweilas geschlagen.

"Eindeutige Botschaft"

Obwohl der Charakter der Stichwahl, zu der sich nur jeweils zwei Kandidaten stellen durften, das Ergebnis verzerrt, sind Wahlanalysen der Meinung, daß die Sozialisten seit der Parlamentswahl 1985 knapp 13 Prozentpunkte eingebüßt haben müssen.

Von den 303 Kommunen, in denen am Sonntag gewählt wurde, sind 145 an die Sozialisten, 53 an die Kommunisten und 14 an Unabhängige gegangen. Dieses Ergebnis wurde zwar von den Propagandisten der offiziellen Athen Nachrichtenagentur als ein "großer Sieg der Sozialisten" gefeiert. Verschwiegen wurde dabei allerdings, daß die Pasok-Partei nach den letzten Kommunalwahlen 1982 mehr als 220 Bürgermeister stellen konnte. Selbst Papandreu sprach von einer "eindeutigen Botschaft", die seine Partei erhalten habe. (SAD)

Fragen nach dem Geständnis der Attentäter von Jerusalem

Dschihad oder Fatah? / Israel in syrischer Gefangenschaft

E. LAHAV, Jerusalem

Drei junge Araber aus Ost-Jerusalem haben die Täterschaft an dem Handgranatenanschlag vom vergangenen Mittwoch zugegeben. Zwar behaupten sie, Mitglieder der prorikanischen Organisation "Islamischer Dschihad" zu sein, gaben jedoch auch zu, in Jordanien durch Funktionäre der "Fatah" für den Dschihad angeworben worden zu sein.

Die israelischen Sicherheitsdienste nehmen dies noch nicht als bare Münze. Es wäre das erste Mal, daß ein Ableger dieser radikal-islamischen Organisation in Jerusalem oder im Westjordanland in Erscheinung getreten wäre. Zunächst jedoch wird diese Aussage für die Ermittlungen ernstgenommen.

Die Festnahme der drei Attentäter wird als glänzender Erfolg angesehen. Schon einen Tag nach dem Anschlag waren sie in Gewahrsam und am nächsten Morgen standen sie vor dem Amtsrichter, der einen Haftbefehl erließ. Bis Sonntagabend jedoch blieb die Nachricht geheim. Zwei von den dreien sind Cousins und wohnen im Dorf Silwan, das sich unmittelbar dem Parkplatz anschließt, auf dem der Anschlag verübt wurde. Der dritte wohnt im Dorf Abu-Tor, das aus einem moslemischen und einem jüdischen Teil besteht. Der moslemische Teil grenzt an Silwan.

Gleich nach dem Anschlag am

Mittwoch abend verhaftete die Polizei 27 Araber aus dem Dorf Silwan und unterzog sie einem Verhör. Die Verhafteten erwiesen sich als unerschuldig und wurden freigelassen. Sie gaben aber Informationen, die am nächsten Vormittag zur Auffindung der drei führten. Diese bestreiten anfänglich alles, doch Samstag gegen Mitternacht gestanden sie, nachdem in ihren Zimmern Waffen und Propagandamaterial gefunden worden war. Mittlerweile haben sie den Anschlag auch vor einer Videokamera rekonstruiert. Doch gesucht werden Verbindungsmänner der drei Täter zu ihrer Dachorganisation.

Der israelische Pilot, der im Verlauf der israelischen Vergeltungsaktion über Libanon aus seinem brennenden Flugzeug absprang, ist jetzt anscheinend in syrischer Gefangenschaft. Zwar können diese Erkenntnisse noch nicht bestätigt werden, aber zahlreiche Anzeichen erhärten diese Annahme. Dadurch wird es viel schwerer, den Gefangenen freizubekommen. Aus dem Bericht des anderen israelischen Piloten, der von seinem Kameraden gerettet wurde, entnehmen die Experten der Luftwaffe "mit einer Sicherheit von 97 Prozent", daß das Flugzeug nicht von einer Rakete vom Boden getroffen wurde, sondern daß eine der Granaten an Bord gleich beim Abschuß explodierte. (SAD)

Shamir setzt neue Akzente

hav, Jerusalem

Noch mehr Einsparungen im Staatshaushalt und noch mehr Wettbewerb sowie eine leichtere Steuerlast, um das Wachstum zu fördern - dies sind die wichtigsten Ziele der Wirtschaftspolitik, die der neue israelische Premierminister Jitzchak Shamir in seiner Antrittsrede in der Knesset am Montag vorzeigte. Initiative, Leistung, Originalität und persönliche Verantwortung sollen gefördert werden, damit jeder arbeitende Bürger seinen Lebensunterhalt in Würde bestreiten kann.

Gleichzeitig machte Shamir klar, daß unter den Grundsätzen seiner Politik vor allem "zionistische Werte" gefördert würden, zum Beispiel die Siedlungstätigkeit im ganzen Lande Israel". Im Klartext heißt dies, daß die Besiedlung der besetzten Gebiete weitergeht, daß sich aber Shamir trotz des Drängens rechtsradikaler Organisationen - zu keiner Mindestzahl neuer Siedlungen verpflichten will. Shamir sieht auch hier die Haushaltskürzungen als Hemmnis.

Im außenpolitischen Teil seiner Rede bekräftigte Shamir erneut das Streben nach Frieden, wie gehabt unter Ausschluß eines palästinensischen Staates. Ebenso könne es keine Verhandlungen mit der PLO geben und "kein internationales Forum kann als Ersatz für direkte Verhandlungen dienen". Daraus läßt sich herauslesen, daß Shamir keine Einwürde gegen die von Peres angeregte internationale Konferenz hat, aber nur als Eröffnungsphase. (SAD)

Propaganda wie zu Stalins Zeiten

im Bonn

So hatten sich die Organisatoren des Weltfriedenskongresses ihre Veranstaltung in Kopenhagen nicht vorgestellt. Der Kongreß sollte ein Image des Weltfriedensrates als dialogfähiges Weltforum im Westen verbreiten. Stattdessen weiß nun die westliche Öffentlichkeit, daß diese alte sogenannte Frontorganisation, Moskauer von moderner Publizistik und Transparenz so wenig hält wie zu Stalins Zeiten.

Ein Beispiel: Als der afghanische im Exil lebende Professor Batin Sha Saifi über die Zustände an den Schulen in seinem Land seit der sowjetischen Besetzung berichten wollte, fehlte dem Simultan-Übersetzer, der wie fast alle Dolmetscher aus Osteuropa kam, schlicht das Verständnis. Mit den Worten: "Der Redner spricht am Thema vorbei" stellte der Interpret die Übersetzung ein. Professor Saifi sprach ins Leere.

Ein weiteres Beispiel: Als offizielle Kongressschrift die Namen des dänischen Radikal-Sozialisten Hermod Lannung, Lannung ist 91 Jahre alt und war zwei Jahrzehnte lang leitendes Mitglied der dänischen UN-Delegation, außerdem Ehrenvorsitzender der "Liberalen Internationale". Das sind gute Tarnvoraussetzungen. Lannung aber ist auch einer der 13 Vizepräsidenten des Internationalen Verbindungsforums der Friedenskräfte, die wiederum enge Verbindungen zum Weltfriedensrat unterhält und, noch enger, zum Sowjetischen Friedenskomitee. Über diese Einrichtung steuert die Internationale Abteilung des ZK der KPdSU die einzelnen Frontorganisationen. Die Internationale Abteilung gilt als ein Kopf der Hydra sowjetischer Desinformationspolitik. Der Polit-Kreis Lannung sollte für eine gediegenen neutralen Position stehen. Aber schnell waren seine Marionetten-Fäden nach Moskau in der dänischen Presse ans Licht und der ganze Kongreß so in Verruf gebracht, daß selbst dänische Kommunisten nicht mehr daran teilnehmen wollten.

Das Experiment, den Weltfriedensrat erstmals im Westen aufzutreten zu lassen, ist also mißglückt. In Moskau wird man sich nun vielleicht fragen, ob es nicht zweckmäßiger ist, den Weltfriedensrat nur noch wie bisher vor heimischem Publikum aufzutreten zu lassen. Außerdem ist die heimliche Finanzierung im westlichen Ausland schwieriger. Aufgeben wird man ihn kaum, dafür hat Moskau zuviel in die weltweite Mammut-Organisation investiert. Schließlich kostet der Weltfriedensrat die Sowjetunion jährlich rund 50 Millionen Dollar. Und er hat auch seine Meriten, 1949 gegründet, 1951 aus Paris (wegen "Aktivitäten der fünften Kolonne"), später auch aus der Bundesrepublik und Österreich ausgewiesen, stützte propagandistisch die sowjetischen Invasionen in Ungarn, der CSSR und Afghanistan und marschierte bei Pazifistenbewegungen gegen die Nachrüstung, die Neutronenwaffe oder jetzt SDCh immer in der ersten Reihe mit Solch treue Genossen alter Schule haben im Krenal noch viele Partner. (SAD)

Ungarn vor 30 Jahren: Zum zweiten Mal wurde Budapest von Sowjetpanzern niedergewalzt / Imre Nagys verzweifelter Aufruf

„...erklärt die Neutralität der Ungarischen Volksrepublik“

Von C. G. STRÖHM

War der ungarische Aufstand von 1956 eine Revolution - wie der Westen behauptet - oder handelt es sich um eine "Konterrévolution"? Die Sowjets und auch die ungarischen Kommunisten halten bis auf den heutigen Tag an der Version von der angeblichen "Konterrévolution" fest. Wer neueste amtliche Budapest-Darstellungen zu den Oktober-Ereignissen vor dreißig Jahren zur Hand nimmt - etwa das in englischer Sprache erschienene Buch des hohen KP-Funktionärs und Chefredakteurs der Parteizeitung "Nepszabadsag", Janos Berecz - wird nicht nur die erstaunliche These vorfinden, wonach nur etwa 10 000 "Konterrévolutionäre" - allerdings mit Unterstützung der westlichen "Imperialisten", besonders der Amerikaner - den Kommunismus in Ungarn gestürzt haben.

Er wird auch mit der offiziellen Version von den vier Ursachen bekanntgemacht, welche die (Konterr) Revolution ausgelöst haben sollen: Da waren also die schweren Fehler des seinerzeitigen Parteichefs Matyas Rakosi - aber seltsam genug; daß dieser Rakosi jahrelang der Exponent und Vertrauensmann Moskaus war, wird nicht gesagt. So kommt es einem vor, als habe Rakosi seine monströsen Verbrechen aus dem luftleeren Raum und nicht als Beauftragter der Sowjetmacht begangen.

Zweitens ist vom "Revisionismus" und vom "Verrat" Imre Nagys die Rede - also von jenem Mann, der 1945 als "Moskowiter" aus der sowjetischen Emigration heimkehrte, der dann zum Gegenspieler des Stalinisten Rakosi wurde und der in den Tagen des Aufstandes zwei Verbrechen beging, die in den Augen der Sowjets todeswürdig waren: Er verkündete als Ministerpräsident zuerst

das Ende der kommunistischen Einparteiensherrschaft und die Rückkehr Ungarns zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem - wobei als erstes die Sozialdemokraten und die Partei der kleinen Landwirte wieder auf der politischen Bühne erschienen. Damit bestieg er eine der wichtigsten Errungenschaften des Sowjetsystems - die monopolistische Struktur des Systems. Noch gravierender aber war, daß Nagy am 1. November 1956 den Austritt seines Landes aus dem Warschauer Pakt erklärte und zugleich eine Neutralitätserklärung abgab - wobei ihm Österreich, das ein Jahr zuvor seine Neutralität proklamiert und seine Besatzungstruppen losgeworden war - als offensichtliches Vorbild diente. Imre Nagy erklärte damals über den ungarischen Rundfunk:

"Die ungarische Nationalregierung, erfüllt von tiefer Verantwortung für Ungarns Volk und Geschichte und als Sprecherin des ungeteilten Willens der Millionen Ungarn, erklärt die Neutralität der Ungarischen Volksrepublik. Das ungarische Volk wünscht - auf der Grundlage von Unabhängigkeit und Gleichberechtigung und im Geist der Charta der Vereinten Nationen - in wahrer Freundschaft mit seinen Nachbarn, mit der Sowjetunion und allen anderen Völkern der Welt zu leben. Das ungarische Volk wünscht die Festigung und weitere Entwicklung der Errungenschaften seiner nationalen Revolution, ohne sich einem

Machtblock anzuschließen. Der jahrhundertalte Traum des ungarischen Volkes ist erfüllt."

Heute weiß man, daß dieser Schritt Imre Nagys nicht leichtfertig erfolgte, sondern von Verzweiflung diktiert war. Die inzwischen zu einem Koalitionskabinet umgewandelte Regierung Nagy hatte Nachrichten über eine dramatische Verstärkung sowjetischer Verbände aus dem ganzen Land erhalten. Über die

rückkehren sollten, sich eines anderen besonnen hatte. Was den später berühmt gewordenen ungarischen KP-Chef dazu bewegt hatte, die Fronten zu wechseln und sich in den Schutz der Sowjets zu begeben, um sich dort Moskau zur Verfügung zu stellen, ist bis heute ebensowenig geklärt, wie seine Rolle beim späteren Schicksal Imre Nagys - der beim zweiten Angriff der Sowjets auf Budapest in die jugoslawische Bot-

schiff flüchtete und den die Sowjets dann unter Bruch des Tito gegebenen Wortes nach Rumänien entführten, um ihn zwei Jahre später - wohl nicht zufällig am 17. Juni 1958 - nach einem Geheimprozeß in Budapest hinhängen zu lassen.

Ein weiteres tragisches Schicksal erfüllte sich in jenen Budapest-Tagen: Der junge Panzeroberst und spätere Generalmajor Pal Maleter war mit seinen Panzertruppen auf die Seite der Aufständischen getreten und hatte den Sowjets in Budapest eine erbitterte und schließlich für die Ungarn siegreiche Schlacht



Juri Andropow



Imre Nagy

sowjetische Grenze, aber auch aus Richtung Rumänien (das damals von sowjetischen Truppen besetzt war) strömte sowjetisches Militär, darunter Tausende von Panzern, ins Land.

Gleichzeitig verschwand aus Budapest ein Mann, der bisher als Verräter oder zumindest Kampfgegner Imre Nagys gegolten hätte - Janos Kadar, der die neue kommunistische Partei des Landes aufbauen sollte. Heute wissen wir, daß Kadar, der noch am 30. Oktober erklärt hatte, er werde sich den sowjetischen Truppen mit bloßen Fäusten entgegenstellen, wenn sie nicht einmal zu

„Die Russen brauchten eine Unterschrift für die UNO“

Wer forderte in der ungarischen KP-Führung 1956 den Einsatz sowjetischer Truppe gegen den in Budapest ausgebrochenen Aufstand? In seinem soeben im Zürcher Ammann-Verlag erschienenen Buch „Im Schatten einer Idee“ gibt darauf der seinerzeitige ungarische KP-Ministerpräsident der Stalin-Ära und heutige Dissident Andras Hegedüs die Antwort.

Auf die Frage seines Interviewpartners Zoltan Zsille, wann 1956 die Frage eines Eingreifens sowjetischer Truppen erstmals auftauchte, antwortet Hegedüs:

"In einem Telefongespräch zwischen Gerö (damals Parteichef) und Andropow (damals Sowjetbotschafter in Budapest, später sowjetischer KP-Chef).

Zsille: Auf wen ging der Vorschlag ursprünglich zurück? Auf Gerö oder Andropow?

Hegedüs: Es ist vorstellbar, daß der Vorschlag von Gerö ausging. Eines ist sicher, nämlich daß Andropow erklärte, zu einer solchen Entscheidung sei Gerös Zustimmung allein nicht ausreichend. Von einem konkreten Einsatz war damals noch keine Rede. Wir wußten lediglich, daß die Demonstration die von uns als normal empfundenen Grenzen überschritten hatte. Das Stalin-Denkmal war bereits umgestürzt, die roten Fahnen verbrannt und das Wappen des Roten Sterns aus den ungarischen Fahnen herausgeschnitten worden.

Gerö und Andropow nahmen Imre Nagys (neu ernannter Ministerpräsident und Altkommunist. Später als "Verräter" hingerichtet) Einverständnis, daß die sowjetischen Truppen nötigenfalls in Budapest einmar-

schieren sollten, als gegeben an. Gerö hat Imre Nagy zu unterschreiben, daß er als Ministerpräsident damit einverstanden sei. Imre Nagy unterschrieb jedoch nicht. Er verzögerte die Angelegenheit. Gerö lief mit dem Brief in der Hand Imre Nagy hinterher, damit dieser unterschreibt. Und Imre Nagy beschleunigte seine Schritte, am Ende rannte er schon beinahe vor Gerö davon. Mit einem Wort: Imre Nagy unterschrieb nicht.

Das zog sich bis zum 26. Oktober 1956 hin, bis man die Sache nicht länger hinausschieben konnte. Für irgend jemanden mußte die sowjetische Einmischung offensichtlich dokumentiert werden. So blieb Gerö und Andropow nichts anderes übrig, als mich um die Unterschrift zu bitten. Ich unterschrieb den Brief. Ich hielt das für völlig natürlich. Ich mußte die Verantwortung mittragen. Zsille: verstand ich vollkommen, daß Imre Nagy nicht unterschrieb. Denn die Unterschrift hätte gegen ihn verwendet werden können.

Zsille: Warum unterschrieb Gerö nicht? Er war der Erste Sekretär der Partei?

Hegedüs: Die Russen hätten die Ergebnisse vor der UNO nicht dokumentieren können. Sie brauchten von der Regierung eine Unterschrift.

Zsille: 1968 in der Tschechoslowakei war man nicht mehr so kleinlich.

Hegedüs: Ich bin mir keineswegs sicher, ob sich dort niemand über den Einmarsch gefreut hat. Zum Beispiel Bilak. Ich hatte das Empfinden, mit der Unterschrift eine enorme historische Verantwortung auf mich zu nehmen. Dennoch konnte ich nicht umhin, zu unterschreiben.

(Andras Hegedüs: Im Schatten einer Idee. Ammann-Verlag, Zürich)

Handwritten signature: Ströhm

der
ls
Propaganda
wie zu Stalin
Zeiten

Ihre Ideen sind Kapital. Wir zahlen sie Ihnen aus.

Gute Ideen sind Geld wert. Und deshalb honorieren wir sie auch.

Denn wir halten Kreativität für eine Eigenschaft, die sich um Wirtschaft und Arbeitsplätze verdient macht, wie keine andere. Denn Einfälle finden auch in vollbesetzten Märkten noch Lücken und gute Ideen schneiden auch im schärfsten Wettbewerb gut ab.

Also muß man Ideen fördern und ihnen die Mittel zur Verfügung stellen, die sie brauchen.

Diese Mittel bestehen erstens aus dem Wissen um die »Rentabilität« einer Idee, damit sie auf dem Markt bestehen kann. Und zweitens aus einem maßgeschneiderten Finanzierungsangebot wie z.B. unserem HYPO-Bankdarlehen, das wir eben nicht nur von den üblichen Sicherheiten abhängig machen, sondern auch auf eine Idee bauen, die ihr Geld wert ist.

Schließlich vertrauen unsere Kunden ja auch unseren Ideen.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

n brachten
für die UN



Michael R. Probst
HYPO-BANK

8. Folge: Wie der Computer-Spion Gerhard Arnold alias „Sturm“ Ost-Berlin Millionen an Entwicklungskosten ersparte



Werner Stiller: Als Bonn anging, auf die RAF-Terroristen Jagd zu machen, mußten unsere Agenten mit dem Flugzeug reisen. FOTO: KLAUS MEHNER

Einer der wichtigsten Agenten in der Bundesrepublik, die Werner Stiller als MfS-Offizier zu führen hatte, trug den Tarnnamen „Sturm“. Der Computer-Fachmann lieferte alles, was er an Unterlagen über westliche Elektronik erwischen konnte. Eine einzige Sendung, so erzählt Werner Stiller in dieser Folge, war nach Ostberliner Schätzungen 55 Millionen DM wert.

In seiner MfS-„Burg“ versteckt Stiller heißes Material für den BND

In meiner konspirativen Wohnung in der Marienburger Straße richtete ich mir ein Versteck ein, in dem ich künftig all das aufbewahrte, was nach meiner Einschätzung für die westliche Seite später einmal interessant werden konnte. Über der Kochnische befand sich eine Zwischendecke aus Plastikplatten. Darüber war genügend Raum, um solche Unterlagen dort unterzubringen. Das Risiko schien mir gering, denn ich war der einzige Mitarbeiter, der diese Wohnung zu Treffs benutzte.

Nach den beiden Westwerbungen konzentrierte ich mich weiter auf den Ausbau meines Inlandsnetzes und die Verbreiterung der DDR-Basis. Doch alle Hochschullehrer, die die politischen Voraussetzungen erfüllten, waren schon irgendwie beim MfS gebunden. Dabei überprüfte ich am Ende - eigentlich nur zur „Abrundung“ meiner Liste - auch den Direktor der Sektion Physik an der Humboldt-Universität, den Genossen Professor Rudolf Hermann. Ich erwartete natürlich, daß er in seiner Position längst dem MfS verpflichtet war. Doch erstaunlicherweise war er bei der Registratur noch nicht als „erfaßt“ vermerkt. Ich ließ ihn sogleich für mich festschreiben und machte mich tags darauf auf den Weg, um ihn ohne weitere Umstände zu kontaktieren. Nach den Erfahrungen mit „Fellow“ (Deckname für den früheren Göttinger Professor Hauße - die Red.) waren meine Hemmungen gegenüber hohen akademischen Würdenträgern bedeutend geringer geworden.

EDV: Ohne Spione hoffnungslos zurück

Im Vorzimmer des Direktors angelangt, wurde ich von der Sekretärin gefragt, wer ich sei. Ich bedeutete ihr: „Das sage ich ihm selbst“, klopfte kurz an und trat ein. Rudolf Hermann runzelte leicht die Stirn über den unangemeldeten Besucher, doch diese Unmutstregung verschwand sofort, als er meinen Ausweis sah - er hatte als Respekt vor dem MfS. Das war eine gute Grundlage für mein Vorhaben. Ich sah mir den Mann etwas genauer an. Für seine hohe Funktion sah er noch reichlich jung aus; er war mittelgroß, leicht korpulent, mit vollem Gesicht, sorgfältig geschneidertem schwarzen Haar, Goldrandbrille. Der Professor gefiel mir. Er verhielt sich sehr zuvorkommend und ließ von seiner Sekretärin sogleich Kaffee servieren. Doch meine Fragen nach einigen seiner Mitarbeiter - ich hatte mir einige als weitere Ansprech- und Werbekandidaten ausgesucht - beantwortete er nur zögernd. Bis es soweit war, versteckte ich all diese und andere nicht weniger interessante Notizen in der Zwischendecke meiner konspirativen Wohnung.

Den Namen Wertke kannte ich - er

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie vorab haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

war Referatsleiter in der Abteilung XX der Berliner MfS-Verwaltung, der einen Teil der Humboldt-Universität abwehrmäßig bearbeitete. In der Zentrale rief ich den Genossen Wertke an: „Du kennst doch den Professor Rudi Hermann in der Sektion Physik.“ - „Ja, der ist für mich erfaßt.“ - „Du mußt dich irren, er ist für mich erfaßt.“ Wir stritten noch eine Weile darüber, wem der Mann nun „gehörte“, wobei Wertke mich mit der Bemerkung abzufertigen suchte, ich möge mir keine Hoffnungen machen, denn „Rudi“ arbeite schon seit einiger Zeit für die Abwehr und sei auch verpflichtet. Ich sah schon meine Felle davonschwimmen, doch vorsichtshalber ging ich selbst zur Registratur und ließ die Sache überprüfen. Dort stellte sich heraus, daß Rudolf Hermann zweimal geführt wurde, einmal für Wertke, das andere Mal für mich erfaßt war. Der Grund waren zwei verschiedene Geburtsdaten, einmal der 6. 11. 1936 für „seinen“ und das andere Mal der 11. 6. 1936 für „meinen“ Rudi. Ein Anruf bei der Meldekarte ergab, daß „mein“ Geburtsdatum stimmte. Ich fuhr nun persönlich zu dem roten Backsteinhaus in der Prenzlauer Allee, das die MfS-Verwaltung Groß-Berlin beherbergt.

Wertke drückte mir schweigend die Akte in die Hand und schrie eine Übergabemittelung. Die Anwerbung von Professor Hermann selbst war nur noch eine Formalität. Deckname „Kachler“. Später kamte ich ihn zu meinen besten Inlandsagenten zählen. Als die so lange erwartete Partnerschaft mit dem BND endlich Wirklichkeit geworden war, gelang es mir, dem MfS weitmas wichtiger Geheimnisse als die Namen von IM („Inoffizielle Mitarbeiter“ des Stasi - die Red.) zu entlocken. Ich machte mir dazu den sogenannten GvD-Dienst zunutze.

Die operativen Telefonanschlüsse der Hauptverwaltungsaufsicht (HVA) mußten rund um die Uhr besetzt sein. Im Hauptgebäude gab es zu diesem Zweck eine Zentrale, die außerhalb der normalen Dienstzeit ankommende Gespräche in die Wohnungen der jeweils zuständigen Bediensteten durchstellte. Zum Betrieb dieser Vermittlung wurden alle operativen Mitarbeiter turnusmäßig herangezogen. Man konnte damit rechnen, einmal im Vierteljahr für eine Nacht oder auch für einen Sonntag dazu antreten zu müssen. Im GvD-Zimmer befand sich ein großer Ordner, der die Namen, Telefonnummern und Adressen fast des gesamten HVA-Personals enthielt.

Alles in allem konnte ich den größten Teil der HVA-Personaldatei mit Namen und genauen Adressen an den BND liefern. Bis es soweit war, versteckte ich all diese und andere nicht weniger interessante Notizen in der Zwischendecke meiner konspirativen Wohnung.

Dann wurde ich der Führungsoffizier für einen der wichtigsten Agenten des Referats. Mein neuer Mann hatte schon Bedeutendes für die DDR-Wirtschaft und auch für die Landesverteidigung gebracht. Zwei Jahre zuvor hatte er den Friedrich Engels-Preis Erster Klasse für Leistungen auf dem Gebiet der Militärwissenschaft erhalten. Gerhard Arnold alias „Sturm“ wurde 1935 im Erzgebirge in einem einfachen Elternhaus geboren. Seine Eltern erzmöglichten dem Sohn in Dresden das Studium der Elektrotechnik. Dann griff das MfS in den Lebensweg Arnolds ein.

Ohne eine besondere nachrichtendienstliche Ausbildung, dafür aber mit einer vom MfS bezahlten S-Bahn-Karte in der Tasche, fuhr der junge Ingenieur nach West-Berlin

und gelangte von dort über einige Zwischenstationen nach München. Er heiratete, fand eine Anstellung beim Computerkonzern IBM und arbeitete sich rasch hoch. Die MfS-Zentrale in Berlin war außerordentlich zufrieden mit der Entwicklung des parteilosen, nunmehr unter dem Decknamen „Sturm“ geführten Agenten. Schon 1964 begannen die ersten Informationen - Material über Computerprogramme und Betriebssysteme - zu fließen. Diesen erfreulichen Tatbestand nahm man zum Anlaß, Sturm festerlich in die SED aufzunehmen. Ein Instrukteur fand sich in

wertvollen IBM-Schriften aller Kategorien über alle möglichen Informationssysteme waren ihm ohne weiteres zugänglich.

1969 kam die große Zeit „Sturms“. In der DDR hatte man allmählich begriffen, daß man im ökonomischen Wettlauf mit dem Westen nicht auf die elektronische Datenverarbeitung verzichten konnte. Es war sogar gelungen, den alterstarrsinnigen Ulbricht für eigene Anstrengungen der DDR auf diesem Gebiet zu gewinnen, und zwischen Elbe und Oder setzte nun ein EDV-Boom ein. EDV - diese

drei Buchstaben wurden so etwas wie ein Zauberwort. Überall entstanden Datenverarbeitungszentren. Doch ohne die entsprechenden Kenntnisse und das erforderliche kybernetische Vorwissen kam man nicht weit, und eine Bestandaufnahme ergab, daß der Vorsprung des Westens immens war. Es zeigte sich nun, daß das MfS in diesem Fall die dafür eingesetzten Finanzmittel wert war. Lange vorher hatten die Spezialisten im MfS den Trend erkannt und konnten nun, als die Partei entsprechende Anforderungen stellte, mit einigen guten Positionen zur Ausspähung westlicher Computergeheimnisse aufwarten.

„Sturm“ war eine der besonders guten Quellen. Fortan wurde dem MfS alles, was er lieferte, von der DDR-Wirtschaft aus den Händen ge-

nommen. Auch die Volksarmee glaubte nun nicht länger abseits stehen zu dürfen. Mit eigenen Fähigkeiten und Potentialen haperte es immer noch, aber zum Kopieren dessen, was bei IBM entwickelt worden war, langte es. So kann man „Sturm“ und einen weiteren Agenten, der von der Abteilung XIV der HVA geführt wurde, ohne Übertreibung als die Väter der Datenverarbeitungszentren in der DDR bezeichnen, und dafür entstanden noch nicht einmal brennenswerte Kosten. Sturm nahm als übersiedelter Agent kein Gehalt und ließ sich nur seine Auslagen erstatten. Die Reise-



Ein Drehscheibe für die Reisekader des MfS: Ost-Berlins Flughafen Schönefeld. FOTO: ZUPP DARCHINGER

rissen. Auch die Volksarmee glaubte nun nicht länger abseits stehen zu dürfen. Mit eigenen Fähigkeiten und Potentialen haperte es immer noch, aber zum Kopieren dessen, was bei IBM entwickelt worden war, langte es. So kann man „Sturm“ und einen weiteren Agenten, der von der Abteilung XIV der HVA geführt wurde, ohne Übertreibung als die Väter der Datenverarbeitungszentren in der DDR bezeichnen, und dafür entstanden noch nicht einmal brennenswerte Kosten. Sturm nahm als übersiedelter Agent kein Gehalt und ließ sich nur seine Auslagen erstatten. Die Reise-

stadt. Niemandem fiel auf, daß die beiden Herren, die sich dort regelmäßig trafen, nicht nur Grübe tauschten, sondern daß auch jedesmal eine prall gefüllte Tasche den Besitzer wechselte. „Sturm“ kam nur noch in seltenen Fällen selbst zum Treff nach Ost-Berlin, so wenn er etwas überbringen wollte. Die regelmäßigen Besuche bei seinen Eltern in Stolberg hielt er „sauber“; bei diesen Einreisen wollte er keine MfS-Leute sehen.

Sturm machte sich 1973 selbständig. Ich war beeindruckt: DDR-Spitzenagent, SED-Mitglied, gleichzeitig Unternehmer, „Kapitalist“ in der Datenverarbeitungsbranche - eine interessante Kombination.

Bald veränderte sich die Situation im Reiseverkehr ganz erheblich. Mit simplen Vorbereitungen und Durchführung von Instrukteursreisen war es ein für allemal vorbei. Grund hierfür war ein Ereignis, das die DDR eigentlich gar nicht berührte. Ich befand mich gerade auf einer Dienstreise nach Perleberg im Nordwesten der DDR, wo ich Ermittlungen zu einer neuen Inlandskontaktperson anstellen wollte und hatte das Autoradio auf einen Westsender eingestellt. Die Nachricht, daß der Berliner CDU-Vorsitzende Peter Lorenz entführt worden war, berührte mich zwar menschlich, aber ich kam zunächst nicht auf die Idee, daß mir dienstlich davon betroffen sein könnten. Am nächsten Tag, in die Zentrale zurückgekehrt, spürte ich jedoch sofort, daß sich etwas ereignet haben mußte. Christian hatte für nichts und niemanden Zeit und lief fortwährend zum Abteilungsleiter, beide zusammen suchten mehrmals den Leiter des Sektors, Oberst Vogel, auf, und „Didi“, der Leiter des Referates 2, lief herum wie ein gepöbelter Hund.

Gegen zehn Uhr wurden wir alle vom Abteilungsleiter Gerhard Jauck zusammengerufen. Er verkündete ein sofortiges Verbot für alle operativen Westreisen. Instrukteure, die gerade bei ihren Führungsoffizieren in konspirativen Wohnungen saßen, um Weisungen und Papiere für ihre Reisen zu empfangen, mußten aufgehalt-

werden. Freilich ersann das MfS bald Auswege. Der Flughafen Berlin-Schönefeld hatte sich mittlerweile zum Luftverkehrszentrum der DDR entwickelt. Neben zahlreichen Flügen nach Moskau und in andere Staaten Osteuropas gab es mittlerweile auch einige Verbindungen ins westliche Ausland, namentlich nach Wien, Kopenhagen, Amsterdam, Mailand und Stockholm. Gewiß war das für die Instrukteure ein großer Umweg, wenn der Treff in der Bundesrepublik stattfinden sollte. Aus Sicherheitsgründen forderte die Leitung auch, der IM müsse an jedem Zwischenstopp mindestens zweimal übernachten. Die Reisen dauerten nun oft eine Woche und länger. Das wurde für die HVA teuer, und viele Instrukteure hatten überdies Freistellungsprobleme an ihren Arbeitsplätzen. Doch man war durch die grundsätzlich veränderten Bedingungen gezwungen, die Umwege und die Kosten in Kauf zu nehmen. Schon bald saßen in den Maschinen ab Schönefeld in die westlichen Zielstädte zahlreiche DDR-Agenten. Besonders Wien - schon seit langem Drehscheibe für die östliche wie für die westliche Spionage - bot sich als Zwischenstation zur Weiterreise in die Bundesrepublik oder zu Treffs in Österreich selbst an. Ich habe unzählige Agenten auf die „Alpenroute“ geschickt.

Stapel von Funktelegrammen wurden in der HVA-Zentrale abgesetzt, um bereits festgelegte Treffs abzusagen. Die einleuchtende Begründung für diese Restriktionen war die in West-Berlin angelaufene Großfahndung nach den Entführern und ihrem Opfer. Bei uns wurden nicht wenige Verwünschungen gegen die Terroristenzenzen laut, denn der ganze Aufbruch störte unsere Arbeit empfindlich.

Nach und nach erfuhren wir, daß bei der Abteilung schon Pannen eingetreten waren: Eine wertvolle westdeutsche Quelle, von Heinrich Stefan, einem Mitarbeiter des Referats 2, geführt, war am Tag vor der Lorenz-Entführung mit einem auf fiktive Personalien gefälschten bundesdeutschen Reisepaß zum Treff in die DDR gekommen. Als Geheimnisträger waren ihm Reisen in den Osten verboten, und so hatte er das Risiko des falschen Papiers auf sich genommen. Am Abend des Entführungstages wollte er mit dem Flugzeug nach Frankfurt zurückkehren. Sein Ausweis wurde im Rahmen der Großfahndung besonders gründlich kontrolliert, und bei der Ankunft am Main erwartete ihn die Polizei schon mit Handschellen. Während der Flugzeit war festgestellt worden, daß die im gefälschten Paß angegebene Behörde kein Personalpapier auf den

fraglichen Namen ausgestellt hatte. Sowohl Stefan wie sein Referatsleiter wurden zur Rechenschaft gezogen. Eine Untersuchung hatte ergeben, daß beide von der Lorenz-Entführung und von der einsetzenden Großfahndung gewußt hatten, als sie den Agenten mit dem gefälschten Ausweis und fiktiven Namen in die Bundesrepublik zurückreisen ließen. Die Panne wurde ihnen als „politisches“ Versagen angelastet, und beide erhielten einen „Verweis“ als Disziplinarstrafe.

Die Beschränkungen für Reisen mit gefälschten „Ausweisen“ über West-Berlin wurden erst nach und nach aufgehoben. Die Benützung fiktiver Personalien für Reisepässe und Personalausweise blieb aber weiterhin verboten, wenn damit in der Bundesrepublik operiert werden sollte. Daran änderte sich auch bis zu meinem Übertritt nichts.

Reisekader gingen nun auf die Alpenroute

So haben die Terroristen der „Rote-Armee-Fraktion“ dem DDR-Geheimdienst unbewußt einen nicht geringen Schlag versetzt: Viele Treffs fielen aus, Material kam nicht oder zu spät zur Auswertung in die Zentrale, die Agenten wurden durch die häufigen Kontrollen verunsichert, die Verbindungspläne gerieten durcheinander, und schließlich wurden die Bewegungsmöglichkeiten der MfS-Reisekader erheblich eingeschränkt. Schon vorher waren alle Grenzübergänge aus der DDR nach Bayern für den operativen Einsatz gesperrt worden, denn die bayerische Grenzpolizei hatte sich dort relativ geschickt im Aufspüren von MfS-Agenten erweisen und auf diesem Gebiet besondere Ruf gewonnen. Nach der Lorenz-Entführung wurden außerdem jegliche Flügeisen in das Bundesgebiet verboten. Schließlich wurde auch der neue Flughafen Tegel wegen des dort installierten verbesserten Kontrollsystems für Agenten mit gefälschten Papieren tabu.

Bei RAF-Fahndung aufgefliegen

Stapel von Funktelegrammen wurden in der HVA-Zentrale abgesetzt, um bereits festgelegte Treffs abzusagen. Die einleuchtende Begründung für diese Restriktionen war die in West-Berlin angelaufene Großfahndung nach den Entführern und ihrem Opfer. Bei uns wurden nicht wenige Verwünschungen gegen die Terroristenzenzen laut, denn der ganze Aufbruch störte unsere Arbeit empfindlich.

Nach und nach erfuhren wir, daß bei der Abteilung schon Pannen eingetreten waren: Eine wertvolle westdeutsche Quelle, von Heinrich Stefan, einem Mitarbeiter des Referats 2, geführt, war am Tag vor der Lorenz-Entführung mit einem auf fiktive Personalien gefälschten bundesdeutschen Reisepaß zum Treff in die DDR gekommen. Als Geheimnisträger waren ihm Reisen in den Osten verboten, und so hatte er das Risiko des falschen Papiers auf sich genommen. Am Abend des Entführungstages wollte er mit dem Flugzeug nach Frankfurt zurückkehren. Sein Ausweis wurde im Rahmen der Großfahndung besonders gründlich kontrolliert, und bei der Ankunft am Main erwartete ihn die Polizei schon mit Handschellen. Während der Flugzeit war festgestellt worden, daß die im gefälschten Paß angegebene Behörde kein Personalpapier auf den

fraglichen Namen ausgestellt hatte. Sowohl Stefan wie sein Referatsleiter wurden zur Rechenschaft gezogen. Eine Untersuchung hatte ergeben, daß beide von der Lorenz-Entführung und von der einsetzenden Großfahndung gewußt hatten, als sie den Agenten mit dem gefälschten Ausweis und fiktiven Namen in die Bundesrepublik zurückreisen ließen. Die Panne wurde ihnen als „politisches“ Versagen angelastet, und beide erhielten einen „Verweis“ als Disziplinarstrafe.

Die Beschränkungen für Reisen mit gefälschten „Ausweisen“ über West-Berlin wurden erst nach und nach aufgehoben. Die Benützung fiktiver Personalien für Reisepässe und Personalausweise blieb aber weiterhin verboten, wenn damit in der Bundesrepublik operiert werden sollte. Daran änderte sich auch bis zu meinem Übertritt nichts.

Morgen in der WELT: Frisierte Informationen für die Kernkraft-Gegner in der Bundesrepublik - Agentenschleuse: Sicher durch das Minenfeld - Treff mit „Sperber“ in Budapest

Im Zentrum der Spionage



dem Ostberliner Landwirtschaftsspezialisten Walter Kremp mit dem wenig originellen Decknamen „Bauer“. Er fuhr von 1965 an vier- bis sechsmal jährlich nach München und wartete auf den Isartor auf Sturm, der in der Regel einen Stapel Firmenschriften mitbrachte. Die Zentrale hatte mit der Verbindung der beiden einen guten Griff getan. „Sturm“ und „Bauer“ verstanden sich ausgezeichnet. Dem Agrarexperten gelang es, den politisch wenig motivierten, aber dafür immer noch am heimatischen Erzgebirge hängenden IBM-Mann zu fleißiger Nachrichtenarbeit anzuhalten. Das alles geschah ohne großen Aufwand. Um die Informationen in der Firma zu sammeln, benötigte „Sturm“ keinerlei aufwendige technische Hilfsmittel. Die für den Osten so

Noch immer ist die gute alte Geheimtinte ein wichtiges Utensil der nachrichtendienstlichen Kommunikation. Harmlose Briefe („Lieber Onkel Herbert...“) transportieren die eigentliche, die geheime Botschaft - unsichtbar; erst ein spezielles Verfahren läßt den Text zutage treten.

Aus dem Lexikon der Spionage

- A-3 Verkehr: Bezeichnung für Funkkontakt zwischen Zentrale und Agenten. Im „A-3 Verkehr“ sendet die Geheimdienstzentrale verschlüsselte Texte, die vom Agenten empfangen werden.
- Abklären: Aufenthalt und Lebensweise einer Person, an der der Geheimdienst interessiert ist.
- Abschöpfen: Arbeitsmethode eines Agenten, eine interessante Person, die den Spionagedienst nicht durchschaut, auszufragen.
- „Toter Briefkasten (TBK)“: Versteck zum Deponieren von Aufträgen, Geld und Materialien. Ein TBK kann im Mauerwerk einer Aussichtsplattform (wie bei Stiller) angelegt werden, in einem Baumloch oder in der Erde.
- Chiffrieren: International ge-

- bräuchlicher Terminus, von französisch chiffrieren = Zahl. Chiffrieren bedeutet einen Text in Zahlen umwandeln. Buchstaben werden durch Zahlen ersetzt. Es können auch Wörter oder Vorgänge durch Buchstaben oder Buchstabengruppen ersetzt werden.
- BND: Bundesnachrichtendienst, der geheime Auslandsaufklärungsdienst der Bundesrepublik Deutschland, Zentrale in Pullach.
- BFV: Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln.
- CIA: Central Intelligence Agency, Geheimer Auslandsnachrichtendienst der USA.
- MfS: Ministerium für Staatssicherheit in Ost-Berlin.
- KGB: Komitee für Staatssicherheit

- der Sowjetunion (Komitet Gosdaznawnoji Besobasnosti)
- HVA: Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit. Der Spionageapparat des MfS.
- KW: Eine unter einem Decknamen eingerichtete „konspirative Wohnung“. Es handelt sich um einen Treffpunkt oder Arbeitsraum für Agenten. Auch im Terrorismus gebräuchliche Bezeichnung.
- Mikrat: Winziges Negativ. Der Abbildungsmaßstab beträgt nur noch 1:50 bis 1:200. Ein Negativ wird optisch auf Stecknadelkopf-Größe verkleinert, so daß es etwa unter einer Briefmarke befestigt werden kann.
- Quelle: Geheimdienst-Ausdruck für einen Informanten.

Personen

VERNISSAGE

Worpswede - Bilder einer Künstlerkolonie vor den Toren Bremens...

UNIVERSITÄT

Dr. Gerhard Abstreiter, wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Festkörperphysik der TU München...

Professor Dr. Roland Fahrion von der Universität Freiburg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik...

Frau Pirko Pellinen aus Lappenta in Finnland wurde am Institut für Forsttechnik und -ertragskunde der Georg-August-Universität Göttingen...

GEBURTSTAGE

Einer der Großen der deutschen Geographie, Professor Dr. Albert Kolb, feierte seinen 80. Geburtstag...

Der in Ost-Berlin lebende Bildhauer Fritz Cremer begeht morgen seinen 80. Geburtstag...



Fritz Cremer

hen, bekannt geworden. Zum Werk Cremers, in dem die Ostberliner Führung einen ihrer wichtigsten Künstler sieht...

beigetreten war, hat an der Folkwang-Schule in Essen und später in Berlin-Charlottenburg studiert...

Die Sängerin Sena Jurinac hat sich weitgehend von Bühne und Konzertsaal zurückgezogen...



Sena Jurinac

dem heute legendären Mozart-Ensemble, das, vor allem unter der Leitung von Josef Krips...

BERUFUNG

Der Suhrkamp Theaterverlag steht vom 1. November an unter der Leitung von Rainer Weiss...

EHRUNGEN

Dem italienischen Staatspräsidenten Professor Francesco Cossiga ist gestern in Bonn die Würde eines Ehrensenators der Universität Bonn verliehen worden...

Auf der Hauptversammlung des Hartmannbundes in Baden-Baden hat die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Professor Dr. Rita Süssmuth...

Der mit umgerechnet 215 000 Mark dotierte Planeta-Preis, mit dem jedes Jahr der beste Roman in spanischer Sprache gewürdigt wird...

Professor Dr. Ernst Fiala, im Vorstand der Volkswagen AG verantwortlich für Forschung und Entwicklung...

lieben Arbeiten ziehe sich wie ein roter Faden die Frage, was getan werden könne und müsse, um das „Auto menschenfreundlicher zu gestalten“, betonte die Hochschule.

Man nennt ihn den „Vater der Phospholipide“, Professor Eugene P. Kennedy von der Harvard-Universität in Boston in den USA...

Professor Dr. Erich Trukenbrodt, emeritierter Ordinarius für Strömungsmechanik der Technischen Universität München...

VERANSTALTUNG

Schlimm wäre es, wenn die Politik sich nicht ausruhen könnte, so Arbeitsminister Norbert Blum...

Ich kann auch seine Ausnahme bezüglich der Tätigkeit der Volksmudschahedin verstehen, weil gerade wir Iraner, die jetzt im Ausland leben, Zeugen der Methoden der Anhänger dieser Gruppe sind...

FERNSEHEN

Der 77jährige Fernseh-Jubilär Professor Dr. Bernhard Grzimek macht noch lange nicht Schluss...



Bernhard Grzimek

bereits fünf neue Folgen im ARD-Fernsehen terminiert. Der nächste Beitrag, der am 4. November als 173. im „Ersten“ auf dem Programm steht...

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Alle 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Meldung reisender Gewalttäter Kleinaktionäre

POP ähert sich über „Kreuzwege-Reise“, WELT vom 16. Oktober

Jedem Journalisten kann ein Irrtum passieren - manchmal wird er einem auch unterschoben...



Herbert Schnoor

Das jedenfalls Nordrhein-Westfalen auf verfassungsrechtlich einwandfreier Grundlage auch in diesem Bereich effizient arbeitet.

Dr. Herbert Schnoor, Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

„Toleranz, zivilisierte Tugend“

Zentrum des Terrors ist Teheran, WELT vom 6. Oktober

Millionen meiner Landsleute können sich mit Dr. Bakhtiar identifizieren, wenn er sagt: „Toleranz ist die erste Tugend der zivilisierten Menschen.“

Ich kann auch seine Ausnahme bezüglich der Tätigkeit der Volksmudschahedin verstehen...

Hossein Assadi, München 21

„Rausschmiss“

„Jagd - Naturschutz im Visier“ und „Jagd - ein Hobby zum Töten“, WELT vom 10. Oktober

Die Selbstreinigung des Deutschen Naturschutzinges als einen Erfolg für Jagdlobby und Jäger darstellen zu wollen, erscheint doch als Beschönigung eines Rausschmisses...

Dr. Inge Jaffke, Komitee gegen den Vogelmord e. V. Berlin

Der Deutsche Naturschutzring hat allzulange gezögert, einen Verband aus seinen Reihen auszuschließen...

Der Deutsche Jagdschutzverband war es, der seinen italienischen und französischen Zunftgenossen den Rücken stärkte...

Ingeborg Kersten, Berlin 28

Böllerschüsse

„Wer nutzt mehr der Natur - die Jäger oder die Naturschützer?“, WELT vom 10. Oktober

Die Böllerschüsse gegen Naturschützer im allgemeinen und den Deutschen Naturschutzring im speziellen sind lediglich geeignet...

Wer die Jägerprüfung als Staatsprüfung aufwertet und in jedem Jäger einen geprüften Naturschützer sieht, müßte mit gleicher Logik auch jedem Autofahrer medizinischen Sachverständigen attestieren...

Manfred Carstens, Deutscher Naturschutzverband, Schleswig-Holstein, Oelkendorf

Wort des Tages

„Die Koalition ist diejenige Regierungsform, welche an die Stelle politischen Haders die gütliche Verteilung der Posten gesetzt hat.“

Alexander von Lernet-Holenia, österreichischer Autor (1897-1976)

Mit Bundesschatzbriefen bringen Sie's weiter.

Sie können zwischen den Bundesschatzbrief-Typen A und B wählen. Typ A läuft 6 Jahre, die Zinsen werden jährlich ausgezahlt...

Advertisement for Bundesschatzbriefe showing two men in suits, one holding a briefcase, with interest rate callouts: 3.50%, 4.50%, 5.00%, 6.00%, 7.00%, 8.00%.

Näheres über die Bundesschatzbriefe erhalten Sie vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere...



Die für Norddeutschland typischen, mit Bäumen, Büschen und Sträuchern bewachsenen Erdwälle - Knicks genannt - sind keineswegs überflüssiges Gestrüpp; da sie gleichermaßen als Erosions- und als Pflanzenschutz dienen, haben sich viele Naturschutzverbände und die Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau in Bonn vorgenommen, diese Hecken als Bestandteil der Landschaft zu sichern. Ihrer Ansicht nach sind Knicks ein lebendiger Beweis dafür, daß sich Ökonomie und Ökologie in der Landwirtschaft nicht ausschließen müssen.

Warum Wallhecken mehr als nur ein Windschutz sind

Von M. GLAUBRECHT

Schon das Reichsnaturschutzgesetz von 1936 sprach ihnen einen speziellen Schutz zu, und auch die heutigen Gesetze verhielten es, die Wallhecken oder Knicks, wie sie in Norddeutschland genannt werden, zu beseitigen. Dennoch scheint das Wissen um ihre Bedeutung vielerorts immer noch „unter die Räder der Ackerfahrzeuge“ zu kommen.

Prof. Heinrich Weber von der Universität Osnabrück berichtete kürzlich in „Natur und Landschaft“ von einer planmäßigen Zerstörung der Wallhecken durch die Viehhweidung im nordwestlichen Niedersachsen. Die Regionen Aurich und Freisland, einst von einem dichten Netz von Knicks durchzogen, drohen so ihr typisches Landschaftsgepräge zu verlieren und zu einer ausgeräumten Weidelandschaft zu „degenerieren“.

Menschen und Tiere als Störenfriede der Natur

Da die Zäune oft so dicht an die Wälle gesetzt werden, weidet das Vieh erst den wichtigen Unterwuchs ab, und dann anschließend die Wälle zu zertrampeln. Auf diese Weise werden immer mehr Knicks abgetragen, bis schließlich nur noch vereinzelt alte Bäume auf großen Weideflächen als stumme Zeugen der einstigen Wallhecken bleiben.

Aber auch der Mensch erweist sich als „Störenfried“. Nach Angaben des

Kieler Landwirtschaftsministeriums ist diese Landschaftsform seit 1945 in seiner Gesamtlänge allerdings von ehemals 75 000 Kilometern auf knapp 40 000 Kilometer zurückgegangen. Über 34 000 Kilometer Knicks sind allein für Straßenbauten und bei Flurbereinigungsmaßnahmen heseitigt worden.

Die Wallhecken entstanden Ende des 18. Jahrhunderts im Zuge umfangreicher Agrarreformen. Die Feldgemeinschaften wurden aufgehoben und die Bauern bekamen eigenen Grund und Boden. Das sogenannte Verkopplungsgesetz verpflichtete sie, ihre Felder und Weiden mit „lebendem Pathwerk“ zu umzäunen. Die Bauern schnitten daher an ihrem Rand Steine auf; so setzten sich die niedrigen Wälle bald mit Erde zu, die der Wind ständig vom Acker fortwehte. Aus den nahen Waldstücken entnahm man Schleh- und Haselnußsträucher und pflanzte sie auf die Wälle, während sich Buchen, Eichen, Erlen und Ebereschen von selbst ausstießen.

Einmal zugewachsen, zeigte sich, wie nützlich die Hecken tatsächlich sind: Das Vieh konnte auf den Koppeln gehalten werden, der Wind trug nicht mehr so viel Ackerkrume fort, die Knicks lieferten ganz nebenbei verschiedene Beerenfrüchte und Nüsse, vor allem aber das begehrte Holz. Für die Bauern waren die Knicks zum Wald auf schmalstem Raum geworden.

In Schleswig-Holstein hat man 85



Einst nur als Umzäunung gedacht entwickelten sich die Hecken und Feldgehölze der Knicks zu den „Kleinwäldern“ Norddeutschlands

verschiedene Knicktypen festgestellt. Durch das wahllose und hunte Bepflanzen der Erdwälle hat sich vor 200 Jahren der sogenannte „hunte Knick“ entwickelt, mit einem typischen stufenweisen Bewuchs. Eine charakteristische Artenkombination auf lehmigem Boden einer Jungmoräne ist beispielsweise das Hasel-Schlehdorn-Weißdorn-Gebüsch mit Pfaffenhütchen, Hundstrolche, Heckenrose, Himbeere und Holunder.

Dank des sogenannten Randeffekts sind die Knicks ähnlich wie Waldsäulen ein vielfältiger Lebensraum, mehr noch als das Waldinnere. Denn im Grenzgebiet zwischen Wald und offenem Gelände trifft man eine Flora und Fauna an, die reich ist an Arten beider Zonen. In der waldarmen Region Norddeutschland bedeutet dies zur Zeit etwa 100 000 Kilometer ökologisch wertvolles Waldrand-Ökosystem.

Heute gelten die Knicks als die artreichsten Lebensräume in Schleswig-Holstein überhaupt. Jeder, der sich im Spätsommer schon einmal zur Brombeere aufgemacht hat, weiß, daß die Knicks die besten Fundorte sind. Es gibt sogar Brombeerearten, die nur dort in den Wallhecken vorkommen, wie etwa

die Raspel und die Bekleidete Brombeere.

Noch reicher aber ist das Tierleben mit rund 7000 Arten. Auffällig ist die reiche Singvogelwelt; in einem Knick von einem Kilometer Länge brüten im Durchschnitt etwa 30 verschiedene Vogelarten, von der Dorngrasmücke bis zur Goldammer; darunter viele vom Aussterben bedrohte Arten, wie etwa Neuntöter, Gelbspötter und Heckenbraunelle.

Bevorzugter Wohnort von Insekten und Kleinsäugetern

In einem Doppelknick oder in einer Knickverzweigung steigt die Brutverdichtungen sogar bis auf das Sechsfache an, wie der Ornithologe Klaus Fuchsstein in seinen mehrjährigen Studien ermitteln konnte. Die Knicks sind nicht nur ein Versteck für Igel, Hase und Reh, sie sind auch Wohnort und Nahrungsgelände für Spinnen, Schmetterlinge und Käfer. Sind das Winterquartier für Insekten und winterschlafhaltende Kleinsäugetiere. Und genau hierin liegt der ökonomische Nutzen für die Landwirte: Die meisten dieser Tiere sind

wichtige Helfer bei der biologischen Schädlingsbekämpfung.

Die physikalischen und klimatologischen Auswirkungen auf ihre Umgebung sind wesentlich größer, als es der Ausdehnung der Knicks entsprechen würde. Dank ihrer linearen Anordnung haben sie eine viel größere aktive Grenzfläche. In der waldarmen Landschaft ersetzen die Wallhecken den Wald, da sie die Feuchtigkeit gut zu halten vermögen und die Tauabfuhr begünstigen.

Diese Verbesserung des Kleinklimas kommt natürlich den Feldfrüchten zugute, denn die Knicks entfalten eine breite Flächenwirkung, die bis zu 200 Meter in die Felder hineinreicht. Sie sind wirkungsvolle Barrieren gegen den Wind; an der Luv-Seite wird die Windgeschwindigkeit um bis zu zehn Prozent gemindert. Auf der Lee-Seite kann sich die Windschwächung bis zu 170 Meter weit auswirken. Um einen optimalen Windschutz zu erreichen, müßte die Entfernung zwischen zwei Knicks höchstens 200 m betragen.

Trotz ihres Nutzens sind die Wallhecken bei den Landwirten wenig beliebt. Beim Knicken der altgeräbrachten Nutzung der Knicks fällt viel Holz an, für das die Landwirte kaum mehr Verwendung haben.

Gereinigte Blutprodukte schützen vor Infektionen

Gerinnungsfaktoren für Hämophile werden immer sicherer

Von VERA ZYLKA

Die in der Bundesrepublik verwendeten Blutprodukte werden heute so gereinigt, daß eine Übertragung von infektiösen Krankheiten auf den Patienten so gut wie ausgeschlossen werden kann. Die Bundesrepublik war das erste Land auf der Welt, in dem nur noch Spendenherblut weiterverarbeitet wurde, das man zuvor auf Antikörper gegen Hepatitis B und gegen das Aids-Virus untersucht hatte. Dies betonte jetzt Prof. Inge Scharrer (Frankfurt) und Prof. Klaus Schimpf (Heidelberg) anläßlich des 4. Kongresses für Thrombose- und Hämostaseforschung in Düsseldorf.

Blutkonserven oder aus dem Spendenherblut isolierte Eiweiß-Anteile werden nicht nur bei großen Operationen verwendet. Von rund 6000 Patienten, die an der Bluterkrankheit „Hämophilie A“ leiden, benötigen 2000 regelmäßig einen Eiweißstoff für die Blutgerinnung, ähnlich wie ein Zuckerkranker während seines gesamten Lebens auf die Gabe von Insulin angewiesen ist.

Die Blutgerinnung ist ein in mehreren Stufen ablaufender Prozeß, der abhängig ist vom Vorhandensein und von der Funktion verschiedener Gerinnungsfaktoren. Der Ausfall eines einzigen Faktors bewirkt, daß die „Kaskade“ der Reaktionen unterbrochen wird. Bei der Hämophilie A tritt der achte von dreizehn Gerinnungsfaktoren entweder vermindert auf oder fehlt vollständig. Als Folge davon kommt es zu Blutungen, und dies nicht nur bei Verletzungen, sondern sogar spontan, also ohne äußeren Anlaß. Besonders davon betroffen sind die Muskulatur und die Gelenke. Dies kann zu erheblichen Funktionseinsparungen hin zur Gelenkversteifung führen.

Schätzungen zufolge sind bis zur Einführung der Reinigungsverfahren rund 60 Prozent der Hämophile-Kranken durch die Behandlung mit Blutprodukten mit dem Aids-Virus (HIV) infiziert worden. Wie viele davon an Aids erkrankt werden, kann zur Zeit nicht vorhergesagt werden. Bislang sind nach Angaben des Bun-

desgesundheitsamt insgesamt 46 Fälle von Aids-Erkrankungen bei Blutern aufgetreten. „Wir haben berechnete Hoffnung, daß die Aids-Erkrankung bei Hämophilen weniger häufig auftritt als bei anderen Risikogruppen“, so Prof. Inge Scharrer. „Außerdem scheint die Aids-Erkrankung nach Infektion eines Bluterkranken nicht nur später aufzutreten, sondern auch einen mildereren Verlauf zu nehmen“. Beispielsweise sei in der Bundesrepublik bei Blutpatienten noch kein sogenanntes Kaposi-Sarkom beobachtet worden. Dabei handelt es sich um eine Geschwulst der Haut, die bei den meisten Aids-Patienten auftritt.

Mit Hilfe moderner Verfahren (Erhitzung in flüssiger Form auf 60°C über mindestens 10 Stunden) kann man heutzutage Blutprodukte so reinigen, daß sowohl Aids- als auch Hepatitis-Viren inaktiviert werden. Dabei zeigte sich, daß das Aids-Virus gegenüber Hitze empfindlicher ist, also schneller inaktiviert wird, als die Hepatitis-Viren.

Auf den Erfolg dieser Maßnahmen weist eine von der Universitäts-Kinderklinik in Frankfurt vorgestellte Studie hin. Hier wurden seit 1979 insgesamt 27 Bluterkinder behandelt, die ausschließlich das gereinigte Faktor-VIII-Präparat erhielten. Bei keinem der Kinder konnten bislang Antikörper gegen Hepatitis B oder gegen das Aidsvirus nachgewiesen werden.

Um eine Übertragung von Erregern auszuschließen, bemüht sich die Forschung zur Zeit, gentechnisch hergestellte Blutprodukte zu entwickeln. Es ist bereits gelungen, das Gen für den Blutfaktor VIII zu isolieren, auf Hamsterzellen, die in Kulturen gezüchtet werden, zu übertragen und den Faktor von ihnen in größeren Mengen produzieren zu lassen.

In den USA sind diese „künstlichen“ Eiweißstoffe (rekombinanter Faktor VIII) bei der Behandlung von hämophilen Kindern mit Erfolg eingesetzt worden. Sie scheinen dem menschlichen „Naturprodukt“ gleichwertig zu sein. Erste klinische Erprobungen werden in den nächsten Wochen anlaufen.

Mit dem Super-Kühlschrank in die Umlaufbahn

Infrarot-Sensor an Bord eines Satelliten soll ab 1989 verlässliche Meßdaten über den Zustand der Ozonschicht liefern

Von DIETER THIERBACH

Kommt es langfristig zu einer Klimaverschiebung auf unserem Planeten? Veränderungen in der Stratosphäre, der Zone in etwa 15 bis 30 Kilometer über uns, lassen Wissenschaftler um das Temperatur-Gleichgewicht fürchten. Mit Sorge registrieren sie auch den fortschreitenden Abbau der Ozongaswolke in den oberen Bereichen dieser Schicht, da gerade hier die gefährlichen Komponenten des Sonnenlichts weitgehend ausgefiltert werden.

Seit längerem klappt - vor allem in den Monaten September und Oktober - über dem Südpol ein riesiges Loch in diesem Ozonschild, das von Jahr zu Jahr größer wird. Bereits vor einigen Monaten erreichte es die Ausdehnung des nordamerikanischen Kontinents. Mehrere US-Forscherteams untersuchen im Moment - ausgerüstet mit 33 Meßballons - von der Forschungsstation an McMurdo Sund, wie es um den Zustand dieses lebenswichtigen Gasschleiers bestellt ist.

Unterstützung erhalten sie jetzt durch ihre Kollegen von der Luft- und Raumfahrt: US-Ingenieure sind dabei, ein Experiment vorzubereiten, das die Gesamtzahl aller relevanten

Gasen in der Ozonschicht vom Weltraum aus erfassen will.

Das Experiment, „Cryogenic Limb Array Etalon Spectrometer“, kurz CLAES genannt, soll im Verlauf einer permanenten Messung die genauen Anteile von Ozon, Methan, Kohlendioxid, Wasserdampf und den verschiedenen Stickstoff- und Chlorverbindungen registrieren, die im Ozon-Nebel vorkommen.

CLAES wird das größte einer ganzen Reihe von Experimenten sein, die 1989 von der Nasa mit einem Forschungsatelliten für die obere Atmosphäre in die Umlaufbahn katapultiert werden sollen. Der Satellit, unter Federführung des Goddard Space Flight Centers entwickelt, soll für einen Zeitraum von 18 Monaten seinen Dienst erfüllen.

CLAES wird primär die charakteri-

stische Infrarot-Strahlung messen, wie sie von der Ozonschicht reflektiert wird. Um die Messungen überhaupt durchführen zu können, muß das Experiment im All bei extrem tiefen Temperaturen „gefahren“ werden, um die natürliche Infrarotstrahlung zu unterdrücken, die von den Oberflächen der Instrumente abgegeben wird.

Geschleht diese Thermo-Isolierung nicht, würde die oft nur sehr schwache von den Atmosphärengasen ausgehende Strahlung vollkommen überdeckt werden.

Um die extrem tiefen Temperaturen für die Zeitdauer der gesamten Messung zu gewährleisten, haben die Ingenieure eine Behältervorrichtung konstruiert, welche die Meßeinheit, den Infrarotsensor, bei einer konstanten Temperatur zwischen minus 230° und minus 180° Celsius hält.

Dieser „Super-Kühlschrank“, auch Kryostat genannt, wird erstmals in der Geschichte der Raumfahrt gefrorenen Wasserstoff (Schmelzpunkt: -259,4°C) in die Umlaufbahn transportieren, um ihn dort - nach geringer Temperaturzufuhr - als gasförmiges Langzeit-Kühlmittel für die Instrumente einzusetzen.



Techniker überziehen den Tank mit isolierenden Schichten aus Seidennetzen und aluminiumbeschichteten Kunststoffen

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Aufholjagd

Bonn (AP) - Bis zum Jahr 1990 wollen deutsche Computerspezialisten den Anschluß an den internationalen Standard bei der Entwicklung neuer, höchstleistungsfähiger Elektronenhirne gefunden haben. Diesem Ziel dient ein „Scenario 90“, das der Aufsichtsrat der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung genehmigt hat. Knapp 170 Millionen Mark sollen von 1986 bis 1990 für diese „Aufholjagd“ aufgewendet werden. Eines der Ziele des Konzepts ist es, die über 900 Mitarbeiter der GMD mit den notwendigen Arbeitsmitteln für die Entwicklung neuer Supercomputer auszustatten.

Zellstoffverfahren

München (dpa) - Ein neues, umweltschonendes Verfahren zur Herstellung von Zellstoff für die Papierindustrie wird jetzt auf Förderung des Bundesforschungsministeriums in einer Demonstrationsanlage in München erprobt. In dem installierten Zellstoff-Kocher in München-Pasing sollen jährlich 1000 Tonnen Zellstoff ohne Schwefel hergestellt werden. Das bedeutet, daß der Rohstoff Holz nicht mehr durch Sulfat und Sulfit aufgeschlossen wird, son-

dern mit Hilfe organischer Lösungsmittel wie Äthanol oder Methanol. Im Gegensatz zu den bisher üblichen Verfahren treten hier keinerlei Umweltbelastungen auf. Darüber hinaus erhöht das neuartige Verfahren die Ausnutzungsquote des Rohstoffs von bisher 46 Prozent auf über 90 Prozent.

Cyanid-Abbau

Hamburg (R.H.L.) - Stickstoff-fixierende Bakterien, die das Cyanid aus Blausäureverbindungen zu Me-

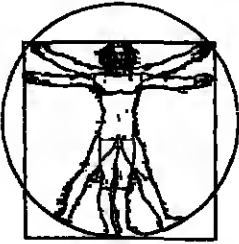
geprüft, ob eine Nutzung der Mikroorganismen bei vertretbaren Kosten technisch machbar ist.

Forschungskolleg

Stuttgart (dpa) - Zur Förderung von Forschung und Lehre auf dem Gebiet technischer Kommunikation will die Standard Elektrik Lorenz AG jährlich 100 000 DM in ein mit der Universität Stuttgart eingerichtetes Stiftingskolleg einbringen. Wie das Unternehmen mitteilt, soll das Kolleg sich insbesondere dem Bereich des „Zusammenwirkens von Mensch und Technik bei modernen Informations- und Kommunikationssystemen“ widmen.

Platanensterben

Bonn (ips) - Nach den Ulmen sind nun auch die Platanen durch eine Baumkrankheit bedroht. Erreger dieses „Platanenkrebess“ ist ein Pilz, der durch Wunden in der Rinde eindringt, sich rasch im Holz ausbreitet und innerhalb weniger Jahre den Baum zum Absterben bringen kann. Zur Zeit verursacht der Pilz in verschiedenen Gegenden Europas große Schäden. Eine direkte und wirkungsvolle Bekämpfungsmethode ist bislang nicht bekannt.



than und Ammoniak abbauen, sind im Schlamm der Alster gefunden worden. Da das Gift in unbehandelten Abwässern oft biologische Kläranlagen lahmlegen kann, wird im Bereich Biogenieurwesen an der Hamburger Fachhochschule derzeit

BERLIN FÜR KAPITALANLEGER

Die Wirtschaftsmetropole Berlin bietet auf der Basis des Berlinförderungsgesetzes die erforderliche Sicherheit für Kapitalanleger. Gezielte steuerliche Vorteile, teilweise in Kombination mit staatlichen Förderungsprogrammen, bilden die Grundlage für die von der Berlin-Anlagen-Agentur initiierten Produktlinien. Sie beinhalten Wirtschaftlichkeit, steuerliche Sicherheit und ein hohes Maß an Kontinuität für den Kapitalanleger.

BERLIN-DARLEHENS-FONDS

Berlin-Darlehen nach § 17 Abs. 2 BerlinFG kürzen die Einkommensteuerschuld bis zu 50 % bei gleichzeitig kontinuierlichem Ertrag über 25 Jahre. Berlin-Darlehen können steuerunschädlich refinanziert werden. Empfehlenswert ist die zusätzliche Kombination mit einer kapitalbildenden Lebensversicherung.

BERLINER IMMOBILIEN-FONDS

Ziel ist die Modernisierung von Mehrfamilienhäusern, bevorzugt in Kombination mit Dachausbauten unter Nutzung erhöhter steuerlicher Vergünstigungen gemäß § 14 a und § 14 b BerlinFG. Angebotskombinationen auch mit Neubaumaßnahmen unter Einbezug öffentlicher Förderungsprogramme. Dadurch langfristige Mietsicherheit und Rentabilität.

BERLINER NEUBAUTEN

Erichtung individueller Wohnanlagen in bevorzugten Wohngebieten. Geeignet für Einzelanleger und kleine Anlegergruppierungen. Interessante steuerliche Vorteile durch erhöhte AfA auf Herstellungskosten in Höhe von 50 %. Teilweise in Kombination mit öffentlichen Förderungsprogrammen. Dazu Finanzierungssicherheit durch langfristige Zinsbindung.

BERLINER ALTBAUTEN

Attraktive innerstädtische Lagen, z. T. in unmittelbarer Nähe des Kurfürstendamms, sorgfältig modernisiert und instandgesetzt. Wohnungsgrößen von 40 bis 150 qm. Gesamtaufwand DM 2.250,- bis 2.450,- pro qm (DM 90.000,- bis 367.500,-) incl. aller Anschaffungsnebenkosten (vor Damnum). Bei entsprechender Bonität Vollfinanzierung durch deutsche Großbank.

BERLIN-ANLAGEN AGENTUR

Bassmann & Partner GmbH

Lepslusstraße 110
1000 Berlin 41
Telefon 030 / 79 10 71

INFORMATIONSCOUPON

Wissenswertes in Sachen Steuerersparnis 1986. Bitte informieren Sie sich kostenlos und unverbindlich über:

BERLIN-DARLEHENS-FONDS
 BERLINER IMMOBILIEN-FONDS
 BERLINER NEUBAUTEN
 BERLINER ALTBAUTEN

Name _____
Vorname _____
Straße _____
PLZ/Wohnort _____
Vorwahl/Telefon _____

Welt

Anfragen von Anlageberatern und Anlagevermittlern beantworten wir gern.

...te Blutpro...
...n vor Infek...

Eine Studie, die im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft von einer Gießener Expertengruppe erarbeitet wird, ist geeignet, so manchem Hochschulchef und Kultusminister den Schlaf zu rauben. Es wird schon bald zu einem heftigen Wettbewerb der akademischen Ausbildungsstätten um Studenten kommen. Welche Universitäten haben die besten Chancen zu überleben, wenn mangels Bewerbern ihre Kapazitäten nicht mehr ausgenutzt sind? Wer könnte auf der Strecke bleiben? Die Hochschul-WELT berichtet in einer dreiteiligen Serie.

Wo sich Universitäten um Studenten reißen werden

Von JÜRGEN BÖCKLING

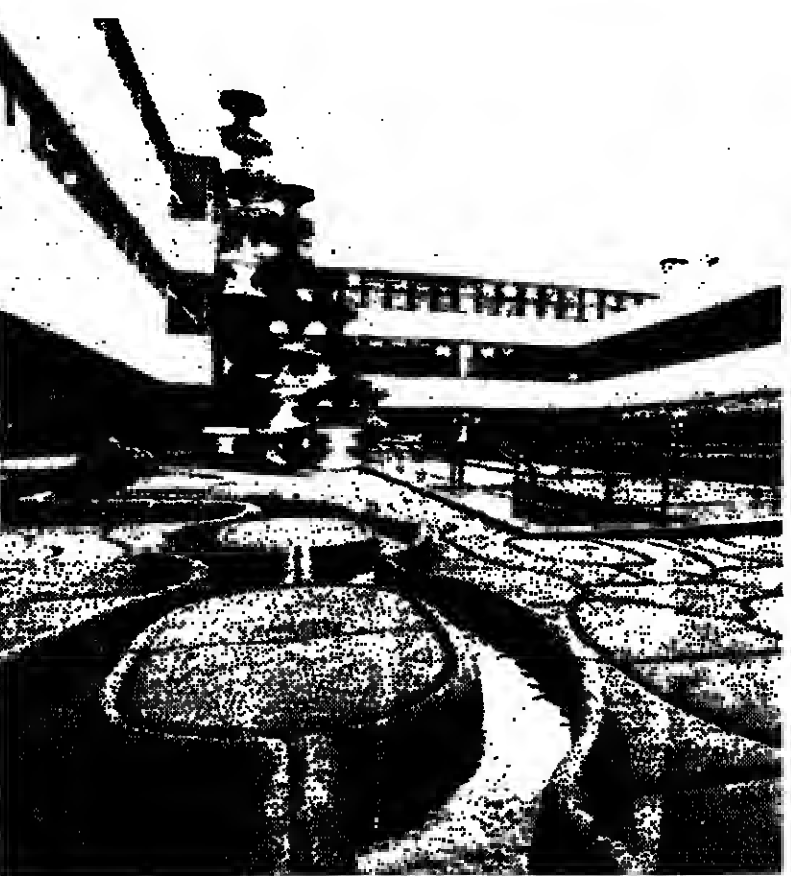
Das Phänomen ist bekannt, in seinen Wirkungen aber noch kaum untersucht: Nach zwei Jahrzehnten des Aufschwungs, des „Bildungs-Booms“ mit kontinuierlich steigenden Studentenzahlen, bringen die neunziger Jahre ein ganz neues Erlebnis auf dem bundesdeutschen Ausbildungssektor. In dem bereits eingeleiteten „Wettbewerb um Studenten“ werden nach Ansicht von Experten dann wohl einige Hochschulen das Nachsehen, andere aber – schon heute erkennbar – „die Nase vorn“ haben.

Das ist die Quintessenz einer Untersuchung, die im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) am Zentrum für regionale Entwicklungsforschung der Universität Gießen gegenwärtig abschließend bearbeitet wird und demnächst als Buch erscheinen soll: „Anziehungskraft und Wettbewerbsfähigkeit wissenschaftlicher Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland“ lautet das Thema dieser umfangreichen Studie. Sie basiert auf der amtlichen Hochschulstatistik ebenso wie auf den jährlichen Abiturientenbefragungen der Statistischen Bundesämter und wertet auch die Hochschulwünsche der Studienbewerber aus, wie sie vor jedem Semester der Zentral-

stelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund bekanntgegeben werden.

Erstes Resultat: Die großen, alten Universitäten, die im wesentlichen die Studentenströme der letzten Jahre aufzunehmen hatten, dürfen durchaus eine gewisse Entlastung von dem Massenansturm erwarten, es bleiben ihnen jedoch dramatische Rückschläge mit schwerwiegenden ökonomischen Auswirkungen erspart. Anders die Situation der in den letzten zehn bis 20 Jahren gegründeten Universitäten und Gesamthochschulen, aber auch verschiedener kleinerer Hochschulen mit durchaus ansehnlicher Tradition: Selbst so „klassische“ Universitätsstädte wie Gießen oder Marburg müssen sich wie Würzburg oder Saarbrücken auf einen schröferen Abwärtstrend einstellen; viele der sehr jungen Universitäten aber, die in den siebziger Jahren gegründet wurden, drohen mit dem einheimischen Wirtschaft in Existenznöte zu geraten.

Während Großuniversitäten wie München oder Münster, Köln oder Hamburg noch unter der Last von jeweils über 40 000 Studierenden stehen, sehen sich Passau oder Bremen, Regensburg oder Paderborn, Bayreuth oder Bielefeld nach wenigstens einem Bruchteil dieses Studentenaufkommens.



Wirtschaftsfaktor Hochschulen

Beispiel Gießen: Hier studieren fast achtzig Prozent der Erstsemester in einem zulassungsbeschränkten Fach. War für alle die Justus-Liebig-Universität wirklich die Wunschhochschule? Was geschähe, wenn der Numerus clausus Zug um Zug gelockert werden könnte, es somit eine freie Wahl des Studienortes gäbe? Für eine Mittelstadt wie Gießen sind Studenten ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ihr Kaufkraftvolumen liegt bei 135 Millionen Mark im Jahr. Eine Reihe von Kommunen leben zu einem Gutteil von ihren Hochschulen.

Beispiel Konstanz: Die in den Besonderen Jahren gegründete Universität (Bild: Innenhof) inbortiert dann, daß die hohe Schweizer Grenze wie der Bodensee ihr Einzugsgebiet beengen.

FOTO: DPA

Und so werden vielerorts schon Überlegungen angestellt, wie mit diversen „Marketing-Konzepten“ die Gunst der künftigen Studiosi zu gewinnen sei. „Unverwechselbare Profile“ werden gesucht, um im Wettbewerb der 52 Universitäten wiedererkennbar zu werden und zu bleiben. Bildungs- und Strukturpolitik spielt in diese Problematik ebenso hinein wie das wirtschaftliche „Bruttosozialprodukt“ einer Stadt oder einer ganzen Region – Aspekte, die schon bei der Standortentscheidung für bestimmte neue Universitäten ganz wesentlichen Einfluß hatten.

Wo Angebot und Nachfrage bereits jetzt auseinanderlaufen, sehen die Mitarbeiter des Zentrums für regionale Entwicklungsforschung der Universität Gießen erst recht für die neunziger Jahre schwarz – zumal dann, wenn verstärkter Wettbewerb um weniger Studenten auch eine

Lockerung der Zulassungsbeschränkungen („Numerus clausus“) zur Folge hätte, die zentrale Studienplatzverteilung in immer mehr Fächern damit überflüssig und mancher Hochschule auch nach „ihr“ NC-Kontingent unrentabel zugewiesener Studentinnen und Studenten genommen würde. Genau diese Prämisse legten die Gießener Forscher ihrer Nachfrage-Prognose ebenfalls zugrunde – und kamen dabei auch zu dem Ergebnis, mit der eigenen Universität in hohem Maße existenzgefährdet zu sein.

Denn: An der Gießener Justus-Liebig-Universität, wo 77 Prozent der Erstsemester in ein zulassungsbeschränktes Fach gingen, hätte jeder fünfte Studienanfänger gern einen anderen Hochschule den Vorzug gegeben. Wenn die hessische Mittelstadt mit ihren 70 000 Einwohnern Mitte der neunziger Jahre statt der gegen-

wärtig 17 500 nur noch 13 400 Studierende in ihren Mauern hätte, würde dieser Verlust wirtschaftlich die gesamte Stadt und Region empfindlich treffen: Das bisherige Kaufkraft-Volumen von 135 Millionen Mark, von denen 90 Millionen am Studienort ausgegeben werden, würde mit den Studenten, die sich neu orientieren, entsprechend vermindert – überproportional spürbar in einer durch studentische Klientel besonders geprägten Infrastruktur.

Ähnliche, teilweise noch weit schlimmere Opfer müßten die neu gegründeten Universitäten hinnehmen. Dies gilt auch für die Gesamthochschulen, die – abgesehen von bestimmten Disziplinen – schon jetzt eher gemieden werden.

In der nächsten Ausgabe: Die Liste der Sieger und der Verlierer

BAföG für Erstsemester

Die seit Anfang Oktober gültigen Neuregelungen

Zunächst sind bei den Studienfinanzierung die Eltern gefordert. Erst wenn sie aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse und sonstiger Verpflichtungen außerstande sind, die Ausbildung pekuniär sicherzustellen, hilft der Staat. In diesem Fall kann der Student auf das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) zurückgreifen.

Formulare sind bei den Studentenwerken beziehungsweise Ämtern für Ausbildungsförderung erhältlich. Eine rückwirkende Unterstützung ist ausgeschlossen: Daher müssen Anträge spätestens am letzten Tag des Monats beim zuständigen Studentenwerk eingehen, in dem die Vorlesungen beginnen. Ledige Antragsteller haben einen monatlichen Einkommensfreibetrag von 260 DM. Unter Berücksichtigung aller steuerlichen Freibeträge dürfen sie jährlich aus nichtselbständiger Arbeit nicht mehr als 5400 DM brutto verdienen (= 450 DM monatlich). Sonst wird das BAföG gemindert. Die Freibeträge erhöhen sich bei Verheirateten um 440 DM, für jedes Kind kommen nochmals 350 DM hinzu.

Seit dem 1. Oktober gilt: Wer nicht bei Eltern wohnt, kann monatlich im Höchstfall 833 DM erhalten. Im einzelnen setzt sich dieser Betrag wie folgt zusammen:

- Lebensgrundbedarf DM 515,
- Mietzuschuß DM 195. Ist die Miete teurer, so können bis zu 75 DM zusätzlich gewährt werden.

● Zuschuß zur studentischen Krankenversicherung in Höhe von DM 38.

Wer bei den Eltern wohnt, erhält im Höchstfall 613 DM. Darin ist ein „Unterkunftszuschlag“ von 60 DM enthalten. Die Einkommensfreibeträge liegen für berufstätige Eltern bei 1075 DM und für Eltern ab 1570 DM.

Die Förderungsdauer beträgt je nach Fachrichtung rund zehn Semester. Im Schnitt sind für ein Studium allgemein jedoch 12,7 Semester zu veranschlagen; deshalb haben die Weidestudien-Rektorenkonferenz, das Deutsche Studentenwerk und der RCDS immer wieder gefordert, diese Lücke zu schließen. Nur in Ausnahmefällen (so bei Krankheit, Schwangerschaft, Auslandsausbildung, Unterbrechung wegen Wehr- oder Zivildienst) wird die Förderungsdauer verlängert. Während Urlaubssemestern wird kein BAföG gezahlt, allerdings wird diese Zeit auch nicht auf die Höchstdauer angerechnet.

Grundsätzlich müssen ab dem fünften Fachsemester Leistungsnachweise vorgelegt werden. Bei einem Mehrfachstudium (zum Beispiel Lehramt) sind sie für jede Disziplin einzureichen.

BAföG wird auf Vollqualifikationsbasis gewährt. Die Rückzahlung beginnt in der Regel fünf Jahre nach der letzten Zahlung. Über Ausnahmen und vor allem die Möglichkeiten, später bis zu siebzig Prozent des Darlehens erlassen zu bekommen, berichtet die Hochschul-WELT in einer weiteren Folge. HEIDE SCHWARZ

Hilfe gegen den Schock der Praxis

„MTP“: Generalproben für künftige Manager an möglichen Einsatzorten

CHRISTIAN GEYER, Köln

Was hilft das beste Examen, wenn die praktische Erfahrung im künftigen Berufsfeld fehlt? Die Unternehmen legen in der Regel Wert darauf, daß der Hochschul-Bewerber schon Praxis-Luft geschmeppert hat. Wer während des Studiums „nur“ studiert hat, hat es nicht selten schwer, in die engere Auswahl zu kommen.

Normalerweise bleibt es der Fingigkeit des einzelnen Studenten überlassen, über den Tellerrand des eigenen Studiums und Faches hinauszuschauen. Denn der Studienablauf ist nun einmal in den meisten Fällen alles andere als praxisnah. Diese Erfahrung macht der Student spätestens dann, wenn er in den Beruf eintritt. Zwischen der universitären Ausbildung und den Anforderungen seiner neuen Arbeitsstelle liegen oft Welten.

Um dem „Praxis-Schock“ zu entgegen, haben Anfang der achtziger Jahre einige Wirtschaftsstudenten zur Selbsthilfe gegriffen und den Verein „Marketing zwischen Theorie und Praxis“ (MTP) gegründet.

Heute sind es mehr als 400 Studenten aus der Bundesrepublik, die sich als aktive MTP-Mitglieder gezielt auf ihren künftigen Beruf vorbereiten. Unternehmen und Hochschulen sollen einander nähergebracht werden. Dazu dienen etwa die monatlichen Vorträge, die auch von Nicht-Mitgliedern besucht werden können. Praktiker aus der Wirtschaft referieren über konkrete Probleme ihrer Unter-

nehmen. In zum Teil mehrtägigen Seminare analysieren kleinere Gruppen von zwanzig bis dreißig Teilnehmern aktuelle Fallbeispiele. Ihre Aufgabe besteht darin, alternative Lösungskonzepte zu entwickeln. Im Gespräch mit den Praktikern überprüfen sie dann die Durchführbarkeit ihrer Ideen.

Der „Sprung ins kalte Wasser“ ist allerdings wegen des Vertrauensschutzes nur den MTP-Mitgliedern vorbehalten. Sie arbeiten im Auftrag von Firmen an konkreten Marktforschungsprojekten.

So haben sich die Jung-Manager schon den Kopf über eine „Weltmarktanalyse“ für eine Nutzfahrzeug-Kategorie zerbrochen. Ein anderes Mal interessierte sich ein Unternehmen für die „Erforschung neuer Distributionskanäle für einen Heizgerätehersteller“. Auch der „Produkt-

und Packungstest im Softdrinkbereich“ gehörte zu den Fragestellungen der Projekt-Teams.

Bei solchem Engagement stellt sich die Marketing-Erfahrung ganz von selbst ein. Und sei es auch nur beim Organisieren einer Referenten- oder beim Entwurf der Broschüren und Plakate.

Hand in Hand mit der fachlichen Qualifikation im engeren Sinne geht die Persönlichkeitsbildung. Denn ohne Initiative und Verantwortungsbewußtsein lassen sich die Aufgaben nicht bewältigen. Mitglieder müssen mit einem Arbeitsaufwand von acht Stunden in der Woche rechnen. Nicht selten muß auch einmal die Nachtruhe verkürzt werden. „Das alles sollte aber nicht zu Lasten des eigenen Studiums gehen“, sagt Christian Schwarz, Vorsitzender von MTP. Jeder Bewerber hat eine dreimonatige Probezeit zu durchlaufen.

Die Unternehmen wissen den Einsatz der praxisnahen Hochschulkräfte zu schätzen. Studenten mit dem Markenzeichen MTP geben uns die Gewißheit, daß es sich hierbei um Absolventen handelt, die den Anforderungen der Praxis gerecht werden“, urteilt beispielsweise Jürgen Carns, Marketing-Manager bei Procter & Gamble. Und nicht umsonst finden sich im nationalen Förderkreis von MTP renommierte Unternehmen von Coca-Cola bis Siemens. Mit jährlich 2500 Mark greifen sie dem Studenten-Verein unter die Arme.

Welche ist die Schönste im Lande?

DW, München

Von den 41 045 bayerischen Schülern, die in diesem Jahr die Hochschulberechtigung erworben haben, gaben 14,7 Prozent an, eine Fachhochschule besuchen zu wollen. Fest zum Studium entschlossen waren 60,9 Prozent.

Rund jeder vierte zeigte sich noch unentschieden, ob er nicht mit einer praktischen Berufsausbildung beginnen sollte. Wunsch-Üni ist nachwievnr, mit weitem Abstand, München. 4816 junge Bayern zog es hierhin. Die Technische Universität München ist die klare Nummer zwei, mit 2885 Nominierungen. Auf Platz drei liegt Erlangen-Nürnberg (1236).

Die nächstplatzierten Universitäten: Regensburg (933) und Würzburg (926). Aus dem gesamten Bundesgebiet haben 8280 Abiturienten an, am liebsten an der Universität München studieren zu wollen. Für die TU München sprachen sich aus dem Bundesgebiet 3463 Interessenten aus. Generell gilt der Trend: Man will möglichst heimnah studieren.

Sonntags: Die Serviceseiten der Hochschul-WELT. Die Hochschul-WELT erscheint jedes Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

Das Hauptfach heißt hier Europa

Genfer Institute, die Studiengänge mit internationalem Horizont bieten

HENDRIK GROTH, Genf

Die Schweiz bleibt weiterhin für ausländische Studierende geöffnet. Die im Sommer von der Bundesregierung in Bern erlassene Verfügung, Studenten über 22 Jahre keine Aufenthaltsgenehmigung mehr zu erteilen, ist von der zuständigen Bundesrätin Elisabeth Kopp gestoppt worden. Wäre die Verordnung in Kraft getreten, hätten allein in Genf 548 Studenten ihre Koffer packen können. Für eine Vielzahl von weltweit angesehenen Forschungseinrichtungen hätte diese Verfügung das Ende bedeutet.

Eines davon ist das Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf. Das Durchschnittsalter der Studenten, die mit einem Diplom abschließen, ist 29 Jahre, das der Doktoranden 33 Jahre.

Über 60 Nationen vertreten

Das Institut de Hautes Etudes Internationales bietet Inhabern eines akademischen Abschlusses die Möglichkeit zu promovieren oder ein weiteres Diplom zu erwerben. Ferner besteht die Möglichkeit, ein Studium mit einer „Licence“ abzuschließen. Wie schon vom Namen her ersichtlich, sind vor allem Akademiker oder Studenten, die eine Karriere auf inter-

nationaler Ebene anvisieren, angesprochen.

Der Großteil der Abgänger, so Jean-Claude Frachebourg, Secrétaire général des Instituts, arbeitet bei internationalen Organisationen oder in der Diplomatie. Gegenüber der Hochschul-WELT wies er darauf hin, daß auch die private Wirtschaft zunehmend Interesse an Absolventen habe.

Der formale Aufbau des Studiums und Studenten sowie die Wahl Genfs als Standort belegen den internationalen Charakter des 1927 gegründeten Instituts. Angehörige von über 60 Nationen studieren am Ufer des Lac Léman. Mehrere Fachrichtungen werden in enger Beziehung zueinander gelehrt. Wer zum Beispiel seinen Doktor im internationalen Recht ablegen möchte, muß zuvor Prüfungen in Geschichte, Politischen Wissenschaften und Wirtschaftswissenschaften bestehen.

Lange Jahre von der Rockefeller-Stiftung finanziert, wird das Institut de Hautes Etudes heute von der Schweiz und vom Kanton Genf unterstützt. Stipendien können direkt beantragt werden; zu den Mäzenaten gehören Schweizer Unternehmen.

Für Studenten, die noch keinen Universitätsabschluss haben, aber für zwei Semester zur Erweiterung ihres

akademischen Horizontes ins Ausland möchten, ist das Institut Universitaire d'Etudes Européennes interessant. Innerhalb eines Jahres kann an dieser ebenfalls in Genf ansässigen Einrichtung ein Certificat d'études européennes erworben werden. Wie schon am Institut de Hautes Etudes wird hier interdisziplinär gelehrt. Schwerpunkt ist in Geschichte- wie Politikwissenschaft dabei der alte Kontinent.

Mathematik ist Bedingung

Um am Institut d'Etudes Européennes zugelassen zu werden, muß man die Voraussetzungen für eine Immatrikulation an der Universität Genf erfüllen. Dazu gehört beispielsweise, daß Mathematik in der Jahrgangsstufe 13 voll belegt wurde; der Notendurchschnitt beim Abitur muß mindestens 2,5 betragen (wobei zu beachten ist, daß in der Schweiz schlechtere Zensuren als in etlichen deutschen Bundesländern gegeben werden).

Für genauere Informationen hier die Adressen:

Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales 132, rue de Lausanne, case 36, 1211 Genève 21

Institut Universitaire d'Etudes Européennes 122, rue de Lausanne, 1211 Genève 21

Mit dem Diplom gleich auch den Arbeitsplatz

DW, Stuttgart

An den Berufsakademien in Stuttgart und Mannheim wird zum Wintersemester erstmals ein Studiengang „Technische Informatik“ angeboten. Die Berufsakademien sind eine baden-württembergische Besonderheit, eine Übertragung des dualen Systems auf die Hochschule.

Voraussetzung für die Zulassung ist, neben dem Abitur, der Abschluß eines Ausbildungsvertrages mit einer geeigneten Ausbildungsstätte, die für die berufspraktische Schulung zuständig ist.

Die Bilanz ist erfreulich: Unter den Absolventen des letzten Jahres mußten sich mehr als 94 Prozent gar nicht erst nach dem Studium auf Arbeitsplatzsuche begeben. Sie wurden so gleich übernommen.

Der neue Studiengang schließt mit dem Titel des Diplom-Ingenieurs (BA) ab. Auf das zweijährige Grundstudium folgt im dritten Studienjahr eine Vertiefungswahlweise in Produktionsinformatik, Prozessdatenverarbeitung oder Telekommunikation.

An den insgesamt acht Berufsakademien des Landes sind – das ist ein neuer Höchststand – insgesamt 7800 Studenten eingeschrieben, davon 2900 neu.

PRAKTIKANTEN BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Maschinenbau

Nr.	Einsetzungsort	Branche	Einsetzungsschwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Adelebsen	Maschinen- u. Anlagebau	Konstruktion/Fertig.	n. V.
2	Bisingen	Leicht- u. Schwermetallf.	Gießerei	1 - 4 M.
3	Bochum	Häherei	Wärmebehandlung	3 M.
4	Ennepetal	Maschinenbau	Konstruktion	n. V.
5	Essen	Personalmanagement	Maschinenbau	min 1 J.
6	Gelsenkirchen	Bekleid.	Maschinenbau	n. V.
7	Gollheim	Zementindustrie	Produkt./Montagefabr.	2 M.
8	Hanau	Metallverarbeitung	Schmelze/Walzwerk	1 - 6 M.
9	Hannover	Konditorei	Handwerkstechnik	1 - 2 M.
10	Heidelberg	Rollen-/Gießei	Konstruktion	1 J.
11	Herschbach	Motorenbau/Landtechnik	Fertigung	n. V.
12	Hildesheim	Haustechnik	Technik	n. V.
13	Katt	Blechverarbeitung	Arbeitsvorbereitung	6 M.
14	Köln	Metallverarbeitung	Produkt./Montagefabr.	1 - 2 M.
15	Linnich	Papier/Poppe/Kunstst.	Produktion	3 - 6 M.
16	Mainburg	Maschinenbau	Fertigung	2 - 3 M.
17	Mechede	Metallbearbeitung	Arbeitstechnik	1 - 6 M.
18	Münster	Filterwerke	Werkzeugmacherei	2 - 4 M.
19	Norderstedt	Baummaschinen	Werkstoff	n. V.
20	Plettenberg	Kaltwalzwerk	Schlosserei	2 - 3 M.
21	Rammingen	Maschinenbau	Konstruktion	n. V.
22	Salach	Maschinenbau	Konstruktion/Produkt.	n. V.
23	Saßm	Harzverarbeitung	Verchromung/Wartung	1 J.
24	Velden	Metall	Fabrikation	n. V.
25	Waldhof	Maschinenbau	Betriebl. Abteilung	6 M.
26	Wallertheim	Spezialmaschinen	Fertigung/Wartung	n. V.
27	Wilstadt	Anlagenbau	Konstruktion/Fertig.	6 - 12 M.

In der nächsten Woche: Elektrotechnik und Bauwesen

STUDIENPLATZ TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Humanmedizin Klinik		Humanmedizin Klinik	
1. Semester		3. Semester	
von	nach	von	nach
1 Uni Essen	Uni Erlangen	1 RWTH Aachen	Uni Bonn
2 Uni Essen	Uni Freiburg	2 RWTH Aachen	Uni Freiburg
3 Uni Essen	Uni Heidelberg	3 RWTH Aachen	Uni Heidelberg
4 Uni Essen	Uni Hannover	4 RWTH Aachen	Uni Köln
5 Uni Essen	Uni Köln	5 RWTH Aachen	Uni Tübingen
6 Uni Essen	Uni Münster	6 Uni Bochum	Uni Freiburg
7 Uni Essen	Uni Tübingen	7 Uni Bochum	Uni Heidelberg
8 Uni Essen	Uni Würzburg	8 Uni Bochum	Uni Mannheim
9 Uni Essen	Uni Freiburg	9 Uni Bochum	Uni Münster
10 Uni Erlangen	Uni Heidelberg	10 Uni Bochum	Uni München
11 Uni Erlangen	Uni Hamburg	11 Uni Bochum	Uni Tübingen
12 Uni Frankfurt	Lübeck	12 Uni Bochum	Uni Tübingen
13 Uni Frankfurt	Uni Kiel	13 Uni Bochum	Uni Tübingen
14 Uni Göttingen	Uni Hannover	14 Uni Bochum	Uni Tübingen
15 Uni Göttingen	Uni Heidelberg	15 Uni Bochum	Uni Tübingen
16 Uni Göttingen	Uni München	16 Uni Bochum	Uni Tübingen
17 Uni Göttingen	Uni Tübingen	17 Uni Bochum	Uni Tübingen
18 Uni Göttingen	Uni Würzburg	18 Uni Bochum	Uni Tübingen
19 Uni Göttingen	Uni Würzburg	19 Uni Bochum	Uni Tübingen
20 Uni Göttingen	Uni Würzburg	20 Uni Bochum	Uni Tübingen
21 Uni Göttingen	Uni Würzburg	21 Uni Bochum	Uni Tübingen
22 Uni Göttingen	Uni Würzburg	22 Uni Bochum	Uni Tübingen
23 Uni Göttingen	Uni Würzburg	23 Uni Bochum	Uni Tübingen
24 Uni Göttingen	Uni Würzburg	24 Uni Bochum	Uni Tübingen
25 Uni Göttingen	Uni Würzburg	25 Uni Bochum	Uni Tübingen
26 Uni Göttingen	Uni Würzburg	26 Uni Bochum	Uni Tübingen
27 Uni Göttingen	Uni Würzburg	27 Uni Bochum	Uni Tübingen
28 Uni Göttingen	Uni Würzburg	28 Uni Bochum	Uni Tübingen
29 Uni Göttingen	Uni Würzburg	29 Uni Bochum	Uni Tübingen
30 Uni Göttingen	Uni Würzburg	30 Uni Bochum	Uni Tübingen
31 Uni Göttingen	Uni Würzburg	31 Uni Bochum	Uni Tübingen
32 Uni Göttingen	Uni Würzburg	32 Uni Bochum	Uni Tübingen
33 Uni Göttingen	Uni Würzburg	33 Uni Bochum	Uni Tübingen
34 Uni Göttingen	Uni Würzburg	34 Uni Bochum	Uni Tübingen
35 Uni Göttingen	Uni Würzburg	35 Uni Bochum	Uni Tübingen
36 Uni Göttingen	Uni Würzburg	36 Uni Bochum	Uni Tübingen
37 Uni Göttingen	Uni Würzburg	37 Uni Bochum	Uni Tübingen
38 Uni Göttingen	Uni Würzburg	38 Uni Bochum	Uni Tübingen
39 Uni Göttingen	Uni Würzburg	39 Uni Bochum	Uni Tübingen
40 Uni Göttingen	Uni Würzburg	40 Uni Bochum	Uni Tübingen
41 Uni Göttingen	Uni Würzburg	41 Uni Bochum	Uni Tübingen
42 Uni Göttingen	Uni Würzburg	42 Uni Bochum	Uni Tübingen
43 Uni Göttingen	Uni Würzburg	43 Uni Bochum	Uni Tübingen
44 Uni Göttingen	Uni Würzburg	44 Uni Bochum	Uni Tübingen
45 Uni Göttingen	Uni Würzburg	45 Uni Bochum	Uni Tübingen

Städte wollen mehr Geld für Volkszählung

AP, Bonn

Die kommunalen Spitzenverbände haben Bund und Länder aufgefordert, den Städten und Gemeinden mehr Geld zur Ausrichtung der für Mai 1987 geplanten Volkszählung zur Verfügung zu stellen. Andernfalls, so erklärte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Joseph Köhler, vor Journalisten in Bonn, werde die Qualität der Umfrage erheblich leiden. Finanzielle Sorgen haben die Städte und Gemeinden nach den Worten Köhlers auch wegen der ständig steigenden Sozialhilfe, der zunehmenden Zahl von Asylbewerbern und wegen gefährlicher Müllablagerungen, die beseitigt werden müssen.

Die Kommunen erwarten, daß entweder der Bund im Haushalt des nächsten Jahres mehr als die bislang eingeplanten 275 Millionen Mark zur Verfügung stellt, oder aber die Länder ihren Anteil von 300 Millionen Mark zugunsten der Gemeinden aufstocken. Die Kommunen haben nach Angaben Köhlers einen Finanzierungsbedarf je Einwohner in Höhe von 9,50 Mark errechnet, während der Bund bisher davon ausgegangen ist, daß je Bürger lediglich 4,50 Mark aufgebracht werden müssen. Einen Boykott der Volkszählung durch die Kommunen schloß Köhler jedoch aus. Dazu seien die Gemeinden viel zu sehr an deren Ergebnis interessiert.

Weitreichende finanzielle Konsequenzen befürchten Gemeinden, Städte und Kreise auch aus der gegenwärtigen steuerpolitischen Diskussion, insbesondere über die Gewerbesteuer. Ein weiterer Abbau der noch verbliebenen ertagsunabhängigen Bestandteile der Gewerbesteuer könne auch bei einem globalen Ausgleich der finanziellen Verluste der Kommunen nicht akzeptiert werden.

Den Haag nimmt Anstoß an Text von Vaclav Havel

Niederlande befürchten Konflikt mit CSSR-Regierung

HELMUT HETZEL, Den Haag Die niederländische Regierung hat versucht die Rede des tschechoslowakischen Bürgerrechtlers Vaclav Havel anlässlich der diesjährigen Verleihung des Erasmus-Preises zu zensurieren. Havel, ein Gründungsmitglied der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“, wird am 12. November anlässlich des 450. Todestages des großen niederländischen Humanisten Erasmus von Rotterdam der diesjährige Erasmus-Preis in Abwesenheit überreicht werden. Der Prager Schriftsteller und Bürgerrechtler - so hieß es dazu in Den Haag - wolle sein Heimatland nicht verlassen, da er fürchte nicht mehr zurückkehren zu können.

Aus diesem Grund habe Havel der niederländischen „Erasmus-Stiftung“ einen von ihm verfassten Redetext vorzukommen lassen. Dieser Text sollte - so war es eigentlich geplant - in Abwesenheit des Preisträgers von einer dritten Person verlesen werden. Der Redetext von Havel aber ist nach Angaben der niederländischen „Erasmus-Stiftung“ von der Haager Regierung beanstandet worden. Noch nicht bekannt ist jedoch, an welchen inhaltlichen Stellen Den Haag Anstoß nahm.

Rolle der „Charta 77“

Die zuständigen Regierungssprecher der amtierenden Mitte-Rechts-Regierung hüllen sich dazu in Schweigen. Das angesehenere „NRC-Handelsblatt“ berichtet in diesem Zusammenhang, man habe sich in Den Haag über eine im Text vorkommende Bemerkung Havels mokiert, bei der der tschechische Bürgerrechtler fordere, nicht ihm, sondern der gesamten „Charta 77“ den Preis zuzugestehen. Gegenüber der WELT wurde

Neue Vorwürfe gegen Berliner Bürgermeister

hrk, Berlin

Die Affäre um Fraktionschef Buwitt ist für die Berliner CDU noch nicht abgeschlossen, da wird die Partei bereits mit neuen Vorwürfen gegen ein Mitglied konfrontiert. Staatsanwälte und Kripobeamte durchsuchten gestern die Amts- und Privaträume des Bürgermeisters im Bezirk Tiergarten, Hans-Martin Quell, nach Unterlagen, die den Verdacht erhärten sollen, der Bürgermeister habe die 80 000-Mark-Spende eines Berliner Bauträgers nicht - wie zunächst angenommen - an die CDU weitergeleitet, sondern möglicherweise für sich behalten.

Rede wird verteilt

„Diplomatische Konflikte“, so meinte der Haager Regierungssprecher gegenüber der WELT weiter, „könnten sich aus der Anwesenheit des niederländischen Staatsoberhauptes ergeben, da Königin Beatrix bei der Preisverleihung anwesend sein wird“. Man habe vor der Frage gestanden: Entweder der Text von Havel wird verlesen und Königin Beatrix hiebt die Preisverleihung fern, oder aber das holländische Staatsoberhaupt erscheint und der Text wird nicht öffentlich vorgetragen, hieß es.

Vaclav Havel habe sich allerdings geweigert, seinen Redetext inhaltlich zu ändern. Daher habe man sich mit ihm auf einen „Kompromiß“ geeinigt. Er stehe vor, die Rede von Havel nicht wie zunächst geplant öffentlich bei der Preisverleihung in Rotterdam, die von Prinz Bernhard vorgenommen wird, zu verlesen, sondern lediglich als Vervielfältigung an alle anwesenden Ehrengäste zu verteilen. Auch innerhalb der „Erasmus-Stiftung“ soll es Streitigkeiten darüber gegeben haben, ob man den Preis an die gesamte „Charta 77“ oder nur an eines ihrer Mitglieder ausbändigen solle. Der nun erreichte Kompromiß soll zwischen Vertretern der niederländischen Botschaft in Prag und Havel persönlich ausgehandelt worden sein.

Justizsprecher Walter Neuhäuser erklärte gestern der WELT, es hätten sich Schriftstücke gefunden, die den Verdacht der Vorteilsnahme durch Quell“ erregen. So sei ein Brief an den Finanzsenator aufgetaucht, in dem sich Quell mit großem Nachdruck für die Vergabe eines „Flet-Grundstücks“ an Franke eingesetzt hatte. Franke war jedoch nicht zum Zuge gekommen. Bei der Durchsuchungsaktion nahmen die Beamten gestern eine Reihe von Unterlagen an sich. „Sie müssen jetzt ausgewertet werden“, erklärte Neuhäuser.

Gestern hielten innerhalb der Berliner CDU die Krisensitzungen zur Lösung des Falles Buwitt an. Möglicherweise legt der CDU-Fraktionschef nun den Vorsitz im wichtigsten parlamentarischen Gremium, dem Hauptausschuß, nieder.

Kohl soll bei Reagan die Kontinuität der Abschreckungsstrategie anmahnen

CDU fordert von Kreni-Führung Abkommen über Mittelstreckenraketen-Abbau

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Einflußreiche Politiker der Bonner Koalition haben Bundeskanzler Kohl vor dessen Reise in die USA nochmals darauf hingewiesen, daß Rüstungskontrolle nur eine Möglichkeit zur Verbesserung der Sicherheit sein kann. Sicherheit müsse der Leitbegriff für die deutsche Außenpolitik bleiben. So deutlich ist das in Bonn in letzter Zeit noch nicht betont worden. Dies beweist, daß man in verantwortlichen Kreisen inzwischen erkannt hat, wie wichtig es ist, denjenigen Kräften, die der Rüstungskontrolle am liebsten ein Eigenleben verschaffen wollen, nun Zügel anzulegen.

Die Washingtoner Gespräche von Bundeskanzler Kohl mit Präsident Reagan haben für die sicherheitspolitische Lage Westeuropas eine außergewöhnlich Bedeutung erlangt. Dies wird insbesondere dadurch deutlich, daß Kohl die Minister Genscher und Wörner sowie den stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rühle in die USA mitgenommen hat und auch im Interesse Großbritanniens und Frankreichs spricht. Die in Reykjavik angesprochenen weitreichenden Aussichten auf Rüstungsveränderungen im Bereich der strategischen und halbstrategischen Atomwaffen drohen nämlich die Bündnisstrategie zu erschüttern. Der Prozeß der Rüstungskontrolle scheint eine Dynamik zu gewinnen, die der Friedenssicherung in Europa nicht unbedingt förderlich sein muß.

Für die NATO, deren Nukleare Planungsgruppe sich im schottischen Glenaege derzeit ebenfalls mit diesem Thema befaßt, stellt sich nun die Frage, wie sie bei einer beidseitigen Null-Lösung auf dem Sektor der Mittelstreckenraketen größerer Reichweite, jedenfalls für Europa, ihre Strategie der flexiblen Reaktion gegenüber

der UdSSR wirksam erhalten kann. Kohl, so sagen Fachleute, müsse jetzt in Washington anmahnen, das „Kontinuum der Abschreckung“ zu erhalten.

Das bedeutet für den Fall, daß im Rahmen eines amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsvertrages auf westlicher Seite die Pershing 2-Raketen und Marschflugkörper aus Europa abgezogen werden sollten, eine Lücke in der NATO-Verteidigung entsteht. Damit würde sich nicht nur das konventionelle Übergewicht des Warschauer Paktes gegenüber Westeuropa stark erhöhen, sondern auch die nukleare Bedrohung. Die NATO verliere ein Instrument, im Falle einer sowjetischen Invasion auf Westeuropas Moskauer Führung mit dem Einsatz amerikanischer Nuklearmittel von Europa aus auf kriegsentscheidende Potentiale im eigenen Lande zu konfrontieren. Dieser Gedanke war ursprünglich entscheidend dafür, daß die NATO überhaupt ihre Atomwaffen mittlerer Reichweite in Gestalt der Pershing 2-Raketen und der Marschflugkörper modernisieren wollte. Erst später kam unter dem Begriff „NATO-Doppelbeschuß“ der Wunsch hinzu, diese Systeme als Verhandlungsobjekt zum Austausch des sowjetischen SS 20 zu betrachten. Inzwischen hat sich diese Entwicklung verselbständigt und das Verlangen nach Erhalt des „Kontinuum der Abschreckung“ in den Hintergrund treten lassen.

Durch das überdimensionale Übergewicht der Sowjets bei den Nuklearwaffen kürzerer Reichweite (zwischen 500 bis 1500 Kilometern) wird die Bedrohung Europas noch vergrößert. Bundeskanzler Kohl muß deshalb in Washington darauf bestehen, daß sich die NATO für die sogenannte Kategorie der Mittelstreckenraketen

kürzerer Reichweite (SRINF) das Recht sichert, notfalls eigene Optionen zu entwickeln, falls die UdSSR in neuen Rüstungskontrollverhandlungen nach einem Abkommen über SS 20 sowie Pershing 2 und Marschflugkörper die „Verschrottung der SRINF-Systeme verweigern“ sollte.

Das CDU-Präsidium hat die UdSSR aufgefordert, mit den USA ein separates Abkommen über den Abbau von Mittelstreckenraketen abzuschließen. Unmittelbar vor der Reise von Kohl in die USA erklärte das CDU-Führungsgremium in Bonn, es liege jetzt vor allem an der UdSSR, ob es zu einem Abkommen über die Abrüstung auf diesem Gebiet komme. Moskau solle zu seiner vor dem Treffen von Reykjavik erklärten Haltung zurückkehren.

In einer nach der Sitzung verbreiteten Erklärung des CDU-Präsidiums heißt es, die Bemühungen Kohls, den Prozeß der Verständigung zwischen den beiden Weltmächten über Abrüstung und Rüstungskontrolle weiter voranzutreiben, würden unterstützt. Das Treffen zwischen US-Präsident Reagan und Kreni-Chef Gorbatschow in Island habe sich als wichtige Etappe des West-Ost-Dialogs erwiesen. Noch nie zuvor in der Geschichte der Abrüstungsverhandlungen seien sich die Verhandlungspartner so nahe gekommen.

„Auf der Basis dieser erreichten Ergebnisse sind Erfolge bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf, insbesondere bei den Mittel- und Kurzstreckenraketen sowie beim weltweiten Verbot chemischer Waffen, in greifbarer Nähe gerückt“, heißt es. Die Tür zu einem weiteren Gipfelgespräch zwischen Reagan und Gorbatschow bleibe offen.

Entführte Mossad israelischen „Atomverräter“?

SAD, London

Der israelische „Atomverräter“ Mordechai Vanunu soll von Agenten des Geheimdienstes Mossad entführt worden sein. Das meldet das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek“ in seiner jüngsten Ausgabe. Weiter heißt es dort, der 31jährige Atomtechniker solle in seiner Heimat vor Gericht gestellt werden.

Vanunu, der fast zehn Jahre lang in der israelischen Reaktoranlage Dimona gearbeitet hatte, war die Quelle für den sensationellen Bericht in der englischen Zeitung „Sunday Times“. Danach soll Israel seit 20 Jahren Atomsprenkköpfe herstellen, jedes Jahr Plutonium für zehn weitere Bomben produzieren und auch in der Lage sein, Wasserstoffbomben zu bauen.

Fünf Tage vor dem Erscheinen des ersten der beiden „Sunday Times“-Berichte verschwand der Israeli am 30. September aus seinem Londoner Hotel - noch bevor er seinen Vertrag mit der Zeitung, über angeblich 300 000 Dollar, unterschrieben hatte. Seitdem wurde vergeblich nach ihm gefahndet.

„Newsweek“ verbreitet über die Entführung folgende Version: Mossad habe eine junge Frau eingeschaltet. Die Frau, eine Bekannte von Vanunu, habe den Atomtechniker zu einer Mittelmeer-Kreuzfahrt an Bord einer Privatjacht überredet. Als das Schiff dann internationale Gewässer erreicht hätte, sei Vanunu von Mossad-Agenten verhaftet worden. Nach Angaben des Magazins droht dem Israeli eine Verurteilung zu lebenslanger Haft.

Babrak Karmal und die Liebe der Afghanen

AFP, Kabul

Der im Mai praktisch entmachtete afghanische Staatschef Babrak Karmal hat am Sonntag bei einer Militärparade in Kabul seinem Nachfolger als Parteichef, Nadschibullah, die Schau gestohlen. Bei der Verabschiedung eines sowjetischen Regiments, bei der sich Karmal in der Gruppe der hochrangigen Gäste befand, stieg er völlig unprotokollarisch von der Tribüne herab und tauchte in die Menge der Zuschauer, die ihn spontan begrüßte.

Er wurde jubelnd umringt und auf Schultern gehoben. Auf Fragen westlicher Journalisten gab Karmal die knappen Antworten: „Es geht mir gut. Ich bin Patriot. Das Volk liebt mich.“ Darüber befragt, ob er Vorsitzender des Revolutionsrates bleibe, sagte er: „Ich denke schon.“ Als er erneut auf der Tribüne war, unterließ Karmal es als einziger der anwesenden Ehrengäste, den vorbeimarschierenden Sowjets Blumen zuzuwerfen.

Der 58jährige Politiker, den die Sowjets im Dezember 1979 an die Macht gebracht hatten, hat offiziell aus Gesundheitsgründen das Amt des Parteichefs verloren und steht praktisch unter Hausarrest. Er dürfte Moskau politisch wohl vor allem mit seinem Versagen verärgert haben, Frieden zwischen den beiden verfeindeten Fraktionen der „Volksdemokratischen Partei Afghanistans“ (PDPA) zu stiften. Sein sichtlich wenig populärer Nachfolger, der 40jährige Nadschibullah, stand dem „Informationsamt“ (Khad) vor, der afghanischen Variante des sowjetischen Geheimdienstes KGB.

Hasenfus beschuldigt Bush und CIA

dpa, Washington

US-Vizepräsident George Bush hat nach Meinung des Amerikaners Eugene Hasenfus über die Versorgungsoperationen für die anti-sandinistischen „Contras“ Bescheid gewußt. Hasenfus, der am 6. Oktober über Nicaragua in einem Flugzeug mit Waffen für die Widerstandskämpfer abgeschossen worden war und seitdem in Managua in Haft ist, sagte in einem Interview der Fernsehgesellschaft CBS, er sei immer der Auffassung gewesen, im Auftrag der Regierung oder des Geheimdienstes CIA gearbeitet zu haben. In Managua sollte gestern ein Prozeß gegen den Amerikaner beginnen.

In dem Fernsehinterview sagte der 45jährige, er habe seine Tätigkeit, für die er rund 3000 Dollar im Monat erhalten habe, lediglich als „Job“ betrachtet. Er sei kein „Freiheitskämpfer“ und glaube auch nicht, daß die Auseinandersetzung in Nicaragua „Amerikas Krieg“ sei.

Der Abteilungsleiter für interamerikanische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Elliot Abrams, hat nach Angaben der „New York Times“ versichert, die von der Regierung zur Verfügung gestellten geheimen Unterlagen hätten die meisten Verdachtsmomente von Kongreßmitgliedern hinsichtlich einer Verwicklung Washingtons beseitigt. Die Zeitung schrieb weiter, zwei demokratische Mitglieder des Geheimdienstauschusses, die die Unterlagen gesehen hätten, seien trotzdem weiter besorgt, daß die Regierung gegen das Verbot des Kongresses verstoßen und die „Contras“ unterstützt haben könnte.

In Belgrad ein Ruf nach Freiheit

CARL GUSTAF STRÖM, Wien

„Wir wenden uns an das Parlament der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und an die jugoslawische Öffentlichkeit mit dem Vorschlag, eine Änderung des politischen und juristischen Systems herbeizuführen, durch das die Herrschaft des Rechts sichergestellt werden soll.“ Mit diesen Worten sind jetzt 18 prominente Belgrader Intellektuelle, Schriftsteller und Wissenschaftler - darunter mehrere Kommunisten - in einem offenen Brief hervorgetreten, der in der Hauptstadt kursiert.

„Willkür regiert“

Die Unterzeichner - unter ihnen der Schriftsteller Dobrica Cosic, der Lyriker Matija Beckovic, mehrere Professoren der neomarxistischen „Praxis“-Gruppe sowie Titos ehemaliger Generalarzt in der Partisanenarmee, Gorko Nikolic - erklären, jetzt sei die Zeit gekommen, nicht nur einzelne Fälle der Verletzung von Menschen-, Bürger- und Freiheitsrechten in Jugoslawien anzuprangern.

Vielmehr müsse man sich mit den Ursachen befassen, die zu dieser Unterdrückung von Freiheiten führten. Das „Komitee zur Verteidigung der Gedankenfreiheit“, dem die 18 Unterzeichner angehören, stelle daher fest, daß in Jugoslawien nicht das Recht,

sondern die Willkür einer Partei regiere.

Die ihrer Ansicht nach wichtigsten Voraussetzungen für die Schaffung rechtsstaatlicher Zustände in Jugoslawien haben die Unterzeichner in einem Zehn-Punkte-Katalog zusammengefaßt:

- Die Abschaffung des Machtmonopols einer politischen Partei oder einer „exklusiven Gruppe“ durch freie und unmittelbare Wahlen. An die Adresse der KP wenden sich die Intellektuellen mit der Feststellung: „Niemand kann ständig und auf unabsehbare Zeit über die öffentliche Macht verfügen, indem er sich nur auf seine früheren Siege und Verdienste, auf seine historische Mission und auf seine Rolle als Avantgarde beruft.“
- Die Herstellung einer konsequenten rechtlichen und politischen Gleichheit aller Bürger und das Aufgeben der bisherigen „nicht verfassungsgemäßen Praxis“, durch die staatliche und öffentliche Ämter hauptsächlich nur Mitgliedern der KP zugänglich waren.
- Einführung einer wirksamen demokratischen Kontrolle der Macht durch öffentliche Freiheit und eine wirklich freie Presse.
- Einführung einer wirklichen Unabhängigkeit der Gerichte. Wörtlich heißt es dazu: „Richter dürfen keinerlei Anweisungen von der Partei oder irgendeinem Staatsorgan entgegennehmen.“
- Abschaffung des Rechts der Verwaltungsorgane, eigenmächtig und ohne Anrufung von Gerichten den Bürgern Freiheiten zu beschneiden.
- Annullierung von Verfassungsbestimmungen, wonach einige Freiheiten und Rechte den Bürgern nur unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden. Darunter fällt beispielsweise das in der Verfassung verankerte Verbot, Freiheiten und Rechte „zum Zweck des Sturzes der sozialistischen demokratischen Selbstverwaltungs-Ordnung“ zu nutzen.

lei Anweisungen von der Partei oder irgendeinem Staatsorgan entgegennehmen.“

- Abschaffung der Möglichkeit präventiver Verhaftungen und der zeitlich unbegrenzten Inhaftierung ohne Gerichtsbescheid.
- Abschaffung des sogenannten „Gedankendelikt“- vor allem Aufhebung der Gesetzesbestimmungen über das Verbot sogenannter „feindlicher Propaganda“.
- Abschaffung der Verletzungen des Brief- und Telefongehheimnisses durch den Staat.
- Herstellung des Rechts aller Staatsbürger, sich friedlich und öffentlich zu versammeln und Vereine zu bilden sowie des Streikrechts.



Vermögensberatung durch die Sparkasse eröffnet Ihnen angenehme Perspektiven für später.

Auf die Frage, wie man sein Geld gewinnbringend anlegt, gibt's viele Antworten. Weil aber nicht jede zu jedem paßt, lohnt sich ein Gespräch mit Ihrem Geldberater. Wenn er weiß, welche Vorstellungen Sie haben - etwa die Anlagedauer und spätere Verfügbarkeit -, wird er ein klares Konzept entwickeln. Für Sie und mit Ihnen gemeinsam.

Denken Sie an diesen Sparkassen-Service, wenn Ihre Lebensversicherung fällig, die betriebliche Rente ausbezahlt oder die verkaufte Zweitwohnung zu Kapital wird: Ihre Sparkasse bietet unter anderem festverzinsliche Wertpapiere und interessante Sparkassenfonds, die alle eines gemeinsam haben: die Sicherheit, daß Ihr Kapital auf gutem Kurs ist.

Sprechen Sie mit unserem Geldberater über die verschiedenen Anlageformen.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse

Offener Konflikt mit Japan

FTA warnt vor Sonderzöllen auf asiatische Einfuhren

Ha. Brüssel
Vor Hysterie in der Handelspolitik gegenüber Japan hat der Dachverband des Europäischen Außenhandels FTA (Foreign Trade Association) gewarnt. In einer Stellungnahme erklärte er, von einer Überschwemmung des EG-Marktes könne bei einer realistischen Berechnung der tatsächlichen Marktanteile „überhaupt keine Rede“ sein.

Die negative Stimmung gegenüber Japan habe sich in der EG in letzter Zeit zu einer offenen Animosität zu-Anzeige

Vorankommen mit der BERUFS-WELT

Informieren Sie sich, wie viele Berufschancen Ihnen die WELT jeden Samstag in dem großen Stellenteil für Fach- und Führungskräfte bietet. Rufen Sie einfach 0130-6060 an (zum Ortstarif). Die BERUFS-WELT kommt dann 4 Wochen kostenlos zu Ihnen ins Haus.



Ernte-Rekorde in Afrika

FAO-Bericht: Produktionssteigerung und Absatzprobleme

AFP, Rom
Zahlreiche Entwicklungsländer verzeichneten im vergangenen Jahr Rekordmengen. Dennoch hatten sie große Schwierigkeiten, ihre Überschüsse bei geringeren Preisen auf dem Weltmarkt abzusetzen. Dies wird in dem in Rom veröffentlichten Jahresbericht der Organisation der Vereinten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft FAO festgestellt. Die Produktion stieg in den Entwicklungsländern mit zwei Prozent stärker an als in den Industriestaaten.

Die Produktion von Nahrungspflanzen stieg 1985 weltweit um 1,4 Prozent nach vier Prozent 1984. Die Weltgetreideerzeugung erreichte 1985 wie schon 1984 mit über 1,8 Mrd. Tonnen einen Rekordstand. Dies war hauptsächlich den höheren Ernten bei Nebengetreide zuzuschreiben, da die Weizenproduktion leicht zurückging und die Reisproduktion nur geringfügig anstieg. Insbesondere in Afrika wurde die Produktion von Mais, Hirse und Sorgho gesteigert.

Allgemein hat sich 1985 die Ernährungslage in Afrika gebessert. Die Ernten lagen hier laut FAO über dem Durchschnitt, die Anbauflächen und der Ertrag nahmen zu und die Fleischproduktion stieg an. Während Ende 1984 in 21 Ländern des Kontinents starker Mangel an Nahrungsmitteln herrschte, war dies ein Jahr später nur noch in sechs Ländern der Fall. In den acht Sahel-Staaten erreichte die Getreideernte den Rekord von sieben Mill. Tonnen gegen nur 3,8 Mill. Tonnen 1984.

Die Rekordmengen ermöglichten jedoch keine Steigerung der Exporterlöse, da der Weltmarkt mit Agrarprodukten 1985 sank. So fielen die Getreideerlöse um 14 Prozent. Im Realwert sanken die Weltpreise für Grundnahrungsmittel auf den Stand von 1966. Für Weizen und Mais fielen die Preise auf ein vor fünf Jahren erreichtes Niveau, während Reis nur noch die Hälfte der Preise von 1981 erreichte.

Eine neue Lohnwelle rollt auf Italien zu

Harte Auseinandersetzungen erwartet - Arbeitsminister befürwortet Tarifspaltung

GÜNTHER DEPAS, Mailand
Auf die italienische Wirtschaft rollt gegenwärtig eine neue Lohnwelle. Rund 13 Millionen Beschäftigte, 55 Prozent aller Erwerbstätigen, warten derzeit auf die Erneuerung ihrer Tarifverträge. In vielen Fällen sind die Tarifabkommen bereits vor zwei Jahren abgelaufen, wurden bisher aber aufgrund einer stillschweigenden Vereinbarung zwischen dem privaten und staatlichen Arbeitgeber auf der einen und den Gewerkschaften auf der anderen Seite auf Eis gelegt.

Jetzt haben die Arbeitnehmerorganisationen das Schweigen gebrochen und drängen in allen Wirtschaftszweigen auf die Erneuerung der Tarifverträge bis zum Jahresende. Die neuen Tarifverträge haben die Metallarbeitern kürzlich mit einem geschlossenen Streik eingeleitet.

Unter den Produktionszweigen, deren Beschäftigte gegenwärtig auf Lohnhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen drängen, befinden sich die personalstärksten Bereiche wie die Metallindustrie oder das Baugewerbe. In der Industrie sind mehr als zwei Drittel der Beschäftigten von Tarifverträgen betroffen. Die Lohnforderungen der Industrie

klaffen auseinander: Sie reichen von monatlich 110 000 Lire (Textilindustrie) bis zu 150 000 Lire (Lebensmittelindustrie). Im öffentlichen Dienst liegen die Forderungen durchweg unter 100 000 Lire. Aber auch hier wollen die Arbeitgeber weniger zugestehen.

Während der Staat in der Person von Schatzminister Giovanni Goria „Abschlüsse mit Lohn- und Gehaltssteigerungen von 30 000 bis 40 000 Lire als angemessen“ betrachtet und sich auf harte Auseinandersetzungen mit den Arbeitnehmerorganisationen einstellt, lehnt in der Industrie eine Reihe von Bereichen es überhaupt ab, mit den Gewerkschaften über Tarifverbesserungen zu verhandeln.

Arbeitgeber-Repräsentanten aller Produktionszweige weisen darauf hin, daß die italienischen Exportunternehmen schon jetzt großen Schwierigkeiten begegnen, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Große Befürchtungen wecken vor allem die Lohnstückkosten, die trotz der schwächeren Lohndynamik weiter schneller steigen als in den anderen westlichen Industrieländern. Nach Angaben des Spitzenverbandes der italienischen Industrie erhöhten

die Lohnstückkosten im ersten Halbjahr durchschnittlich um 7,2 Prozent; im Durchschnitt 1981 bis 1985 sogar 13 Prozent. Der Vergleichswert lag in der Bundesrepublik bei 1,3 Prozent.

Die Gewerkschaften bemerken hingegen, daß die Reallohne zwischen 1985 und 1986 erstmals zurückgegangen sind und deshalb die neuen Lohnforderungen nur einen Ausgleich herstellen. In den Kreisen der Regierung wird für den Fall, daß sich die Auseinandersetzungen in der Industrie zuspitzen sollten, auf einen Kompromiß hingearbeitet. Eine mögliche Lösung hat der sozialistische Arbeitsminister Gianni de Michelis angedeutet, der eine Rückkehr zur Lohnspaltung in nord- und süditalienische Tarife vorschlägt.

In den 60er Jahren bestand zwischen dem Norden und Süden Italiens ein ausgeprägtes Lohngefälle. Aufgrund gewerkschaftlichen Drucks wurden die verschiedenen Lohnsätze in der Folge jedoch vereinheitlicht. Inzwischen setzt sich jedoch die Einsicht durch, daß die Standortnachteile des Südens durch Lohnvorteile ausgeglichen werden müssen.

Streik im öffentlichen Dienst

Franzosen drohen Störungen im Post-, Bahn- und Flugverkehr

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die französischen Gewerkschaften haben für heute im öffentlichen Dienst und bei den staatlichen Versorgungs- wie Verkehrsunternehmen zu einem 24stündigen Streik aufgerufen. Dies ist ihre erste gemeinsame Aktion seit dem Wahlsieg der Rechtsparteien vom letzten März. Sie dürfte zu Störungen vor allem im Post- sowie im Eisenbahn- und Flugverkehr führen. Die nationale Wirtschaft ist darüber hinaus von Stromabschaltungen bedroht.

Allgemein wollen die Gewerkschaften gegen die Sparmaßnahmen des neuen Haushaltsplans der Regierung protestieren, der für 1987 den Abbau von 20 000 Beamtenstellen (ohne Entlassungen) vorsieht und Lohnverbesserungen, die kaum über dem Preisanstieg liegen. Bereits in diesem Jahr war das Beamtenheer verkleinert worden; allerdings verbuchten die öffentlich Angestellten einen Kaufkraftzuwachs aufgrund der günstigen Preisentwicklung.

Außerdem sollen künftig die Beamten in gewissen Grenzen zur Arbeitslosenversicherung herangezogen werden, obwohl sie nicht entlassen werden können, andererseits aber - im Unterschied zu den Verhältnis-

sen in der Bundesrepublik - ein Streikrecht besitzen. Speziell die Eisenbahner fürchten darüber hinaus einen Abbau ihrer zahlreichen noch aus der Zeit der Dampflokzeit stammenden Privilegien, was auch bei anderen öffentlichen Unternehmen Schule machen könnte.

Die Aktion gilt als Test auf die allgemeine Streikbereitschaft in Frankreich. Sie war in den letzten Jahren angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit immer geringer geworden. So gingen der Wirtschaft 1985 nur noch 0,9 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren, gegenüber 1,3 Millionen 1984. Inzwischen hat sich aber die Lage am Arbeitsmarkt vor allem von der Angebotsseite her und dank der Regierungsmassnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit etwas aufgehellt.

Sollte der Streik für die Gewerkschaften sehr erfolgreich verlaufen, dann muß wohl auch mit Aktionen in der Privatwirtschaft gerechnet werden. Sie könnten sich vor allem an der Zurückhaltung des Unternehmensverbands bei den Verhandlungen über die vertragliche Substituierung des behördlichen Genehmigungs-zwangs von Entlassungen entzünden.

Zinnpreise bringen Malaysia in Verlegenheit

260 Minen mußten in den vergangenen zwölf Monaten den Betrieb einstellen

dpa/VWD, Kuala Lumpur
Die Besitzer von Zinnminen in Malaysia, dem größten Produzenten der Welt, klagen über schlechte Zeiten: Allein in den letzten zwölf Monaten stellten in dem südostasiatischen Land 260 Zinnminen den Betrieb ein.

Fachleute vermuten, daß von den jetzt noch betriebenen 170 malaysischen Minen wahrscheinlich nur 30 lebensfähig sind. An der Zinnbörse in Kuala Lumpur schwankt der Kilopreis für dieses Metall schon seit Monaten um die Notierung 14 Ringgit (knapp 11 DM).

Von dem Zinnboom der frühen 70er Jahre, als in Malaysia noch rund tausend Zinnminen mit einer jährlichen Gesamtförderung von etwa 70 000 Tonnen gute Gewinne erwirtschafteten, ist augenblicklich nichts zu spüren. Die damalige Fördermenge hatte einen Wert von über 2 Mrd. Ringgit. Bevor das Internationale Zinnabkommen (ITA) im Herbst letzten Jahres zusammenbrach, wurde das Kilo Zinn noch mit bis zu 29,15

Ringgit gehandelt. Inzwischen sind 1000 Gramm eben nur noch die Hälfte wert.

Die Krise entstand aufgrund einer sinkenden Nachfrage bei gleichzeitig hohen Vorräten. Diese Entwicklung hat die jährliche malaysische Zinnproduktion auf etwa 23 000 Tonnen gedrückt. Und selbst bei dieser Menge gibt es Absatzprobleme. Experten hoffen, daß eine weitere Produktionskürzung nicht nötig sein wird. Einige sind sogar optimistisch und glauben an merkbar steigende Preise bis Ende der 80er Jahre. Sie denken, daß für ein Kilo dann wieder 21 bis 24 Ringgit verlangt werden können. Zuvor mußte der Weltmarkt den derzeit vorhandenen Zinnüberschuß von vermutlich bis zu 100 000 Tonnen freilich abgeschöpft haben.

Zinn wurde in Malaysia 1980 noch von 39 000 Arbeitern abgebaut; 1985 es nur noch 14 700. Brachte die einheimische Zinnindustrie Malaysia 1980 noch 2,31 Milliarden Ringgit Ex-

portenerlöse ein, so waren es im vergangenen Jahr nur noch 1,08 Milliarden.

Angesichts dieser Entwicklung und der hohen Investitionskosten der Zinnminen haben malaysische Minenbesitzer ihre Regierung ersucht, ihnen finanziell stärker unter die Arme zu greifen. Für teure ausländische Minenausrüstungen sollten keine Importzölle verlangt werden.

Im südostasiatischen Raum ist Indonesien Malaysias größter Rivale im Zinngeschäft. Der Chef der staatlichen Minengesellschaft P. T. Tambang Timah, Sujatniko, setzt ebenfalls darauf, daß sich der Zinnpreis nach einigen Jahren wieder erholen werde. Die gegenwärtigen Tiefpreise würden unweigerlich zur Stilllegung weiterer Minen führen. Damit werde sich automatisch die Zinnversorgung verringern. Die von ihm geleitete Gesellschaft will trotz der niedrigen Zinnpreise die Produktion (1985: 22 000 Tonnen) weiter steigern. Sujatnikos Begründung: Das Unternehmen brauche Bargeld.

Internationale Finanzen

Wandelanleihe: Die Bet PLC gibt mit einer Euro-Wandelanleihe über 60 Mill. Pfund erstmals an den internationalen Kapitalmarkt. Sie soll mit einem Kupon von etwa 6,5 Prozent ausgestattet werden, die Laufzeit beträgt 15 Jahre. Das Wandelanleihegeld wurde auf 4,8 Prozent festgelegt, außerdem erhält jedes Anleihestück eine Verkaufsoption, die nach fünf Jahren mit Aufgeld ausgeübt werden kann. Die genaueren Konditionen werden noch bekanntgegeben.

Xerox Canada: Eine Euroanleihe in Höhe von 80 Mill. KanDollars legt die Xerox Canada Finance Inc. auf. Die Laufzeit beträgt zehn Jahre. Sie ist mit einem Kupon von zehn Prozent ausgestattet, wird in Stückeln zu 1 000 und 10 000 KanDollars notiert und zu 100,25 Prozent ausgegeben. Fälligkeit ist der 3. Dezember 1996.

Euroanleihe: Die Olivetti International SA gibt eine mit 9,41 nominal verzinsten Euroanleihe in Höhe

von 50 Mill. KanDollars. Fälligkeit ist der 4. Dezember 1990, der Ausgabekurs liegt bei 101,5 Prozent.

Bonds: Sechszehnjährige Eurobonds über 150 Mill. Hfl. emittiert die Mortgage Bank of Denmark mit Fälligkeit 1. Dezember 1991. Der Ausgabekurs liegt bei 99,75 Prozent, die Rendite beträgt 6,06 Prozent. Die Titel werden in Stückeln von 10 000 Hfl. notiert, aber nicht notiert, jedoch wird die Amro-Bank einen Emissionsmarkt schaffen.

Floating-Rate-Notes: Im Wege der Privatplatzierung durch ihre Tochter Nikon Inc. AM, New York, legt die Nippon Kogaku K. K. am 29. Oktober dreijährige Floating-Rate-Notes über 10 Mill. Dollar am Euromarkt auf. Die Tilgung erfolgt zu pari, der Ausgabekurs liegt bei 100,25 Prozent. Für das erste Jahr wird kein Kupon festgesetzt, für die beiden letzten Jahre beträgt er 2,85 Prozent über dem sechsmonatigen Liborsatz.

Die Unternehmerbank zieht Bilanz

Geschäftsjahr 1985/86

Beschäftigungsmotor Mittelstand

Mittelständische Unternehmen haben die Zahl ihrer Beschäftigten in den Jahren 1982 - 1985 mit einer Rate von fast 5 vH sehr viel stärker erhöhen können als die Gesamtwirtschaft (1,8 vH). Nur jede 5. Neueinstellung wurde dabei vom Arbeitsamt vermittelt. Bemerkenswert ist ebenfalls, daß Kündigungen von den Arbeitnehmern ebenso häufig veranlaßt wurden wie von der Arbeitgeberseite. Zudem ist die Zahl der offenen Stellen doppelt so hoch wie dem Arbeitsamt gemeldet. Dies sind Ergebnisse aus einer Umfrage bei etwa 1.300 Geschäftsfreunden der Unternehmerbank. Weitere Ergebnisse dieser vielbeachteten Untersuchung finden sich im ersten Teil des IKB-Geschäftsberichts 1985/86.

Anhaltende Ergebnisverbesserung

Der Zinsüberschuß der Industriebank konnte um 9,5 vH auf 225 Mill. DM gesteigert werden. Das Betriebsergebnis erhöhte sich um 8,7 vH auf 138 Mill. DM.

Erhöhung der Dividende

Aufgrund des verbesserten Ergebnisses konnte die Dividende auf 8 DM je 50 DM-Aktie angehoben werden. Der Bilanzgewinn stieg um 18,5 vH auf 28,8 Mill. DM. Die haftenden Mittel betragen zum Geschäftsjahresende (31. März 1986) 601,5 Mill. DM; nach der im Mai 1986 durchgeführten zweiten Kapitalerhöhung innerhalb von 8 Monaten verfügt die IKB inzwischen über Eigenmittel in Höhe von 733,5 Mill. DM.

Expandierendes Kreditgeschäft

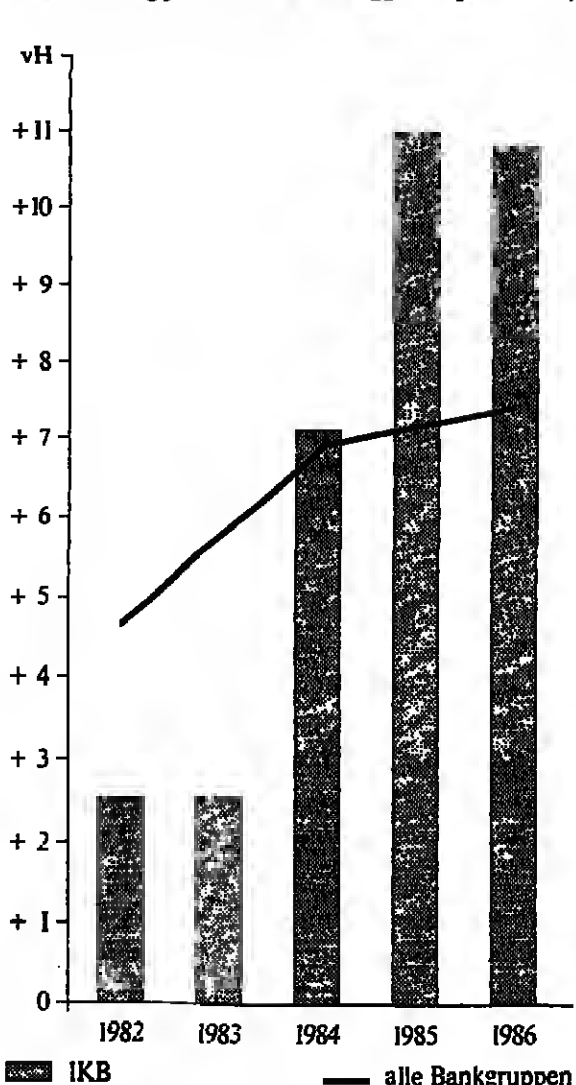
Das Kreditgeschäft konnte in den letzten Jahren überdurchschnittlich ausgeweitet werden (vgl. Abb.). Dabei hat das Gewicht der langfristigen Ausleihungen im Geschäftsjahr 1985/86 erneut zugenommen: zwei Drittel unserer Kreditzusagen entfielen auf den Laufzeitbereich von 10 und mehr Jahren. Unsere Forderungen an Kunden sind um über 1 Mrd. DM auf 12,2 Mrd. DM angestiegen.

Zusätzliches Leistungsprogramm

Zur Abrundung dieses Kerngeschäftes bieten wir unseren Geschäftsfreunden eine Palette zusätzlicher Leistungen an. Die IKB-Tochter Industriebank International, Luxemburg, betätigt sich erfolgreich im internationalen Kreditgeschäft, im Euro-Geldhandel und im Wertpapiergeschäft. Das Leasing-Geschäft betreibt die 100-prozentige Tochter IKB Leasing GmbH in Hamburg. Im Auslandskreditgeschäft konzentrieren wir uns auf die langfristige Finanzierung von Maschinen- und Anlageexporten. Aufgabe einer weiteren Spezialabteilung ist die Unternehmensvermittlung und Beteiligungsberatung. Gemeinsam mit anderen Banken betreibt die IKB eine Venture Capital-Gesellschaft und eine Beteiligungsgesellschaft für nichtemissionsfähige Unternehmen. Für eine umfassende Unternehmensberatung steht uns die IKB Consult GmbH zur Verfügung. Die IKB versteht sich als „Hausbank für Beratung und langfristige Finanzierung“.

Zuwachsraten der langfristigen Kundenforderungen

(Veränderung jeweils Ende März gg. Vorjahr in vH)



Zusammengefaßte Bilanz per 31. März 1986*)

Aktiva	Mill. DM	Passiva	Mill. DM
Barrreserve und Schecks	49,3	Fremdmittel von Banken	5.870,3
Forderungen an Kreditinstitute	3.060,9	davon langfristig	4.278,8
davon langfristig	999,8	Fremdmittel von anderen Gläubigern	3.314,0
Wertpapiere	839,4	davon langfristig	3.299,0
Forderungen an Kunden	12.247,2	Schuldverschreibungen	6.366,8
davon langfristig	11.786,7	Rückstellungen	136,0
Beteiligungen	108,4	Grundkapital	180,0
Eigene Schuldverschreibungen	70,7	Offene Rücklagen	421,5
Übrige Aktiva	284,8	Bilanzgewinn	28,8
Bilanzsumme	16.660,7	Übrige Passiva	343,3
Indossamentverbindlichkeiten	82,3	Bilanzsumme	16.660,7
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	179,6		

Zusammengefaßte Gewinn- und Verlustrechnung für 1985/86

Aufwendungen	Mill. DM	Erträge	Mill. DM
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	999,2	Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.155,3
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere	42,1	Laufende Erträge aus Wertpapieren, Schuldverschreibungen und Beteiligungen	69,2
Personalaufwand	58,7	Übrige Erträge	14,3
Sachaufwand	28,4		
Steuern	60,0		
Übrige Aufwendungen	9,6		
Jahresüberschuß	40,8		
Summe der Aufwendungen	1.238,8		

*) Unser ausführlicher Jahresbericht mit dem vollständigen Jahresabschluss, versehen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers, steht Ihnen auf Anforderung zur Verfügung (Postfach 1118, 4000 Düsseldorf 1). Der vollständige Jahresabschluss wird im Bundesanzeiger Nr. 193 vom 16. Oktober 1986 veröffentlicht.

Industriekreditbank AG
Deutsche Industriebank



Die Unternehmerbank

Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart Luxemburg

Liegen unter eigener Flagge

Die DLR richtet Liniendienste nach Köln und Düsseldorf ein

dos, Hannover. Die Regionalverkehrsgesellschaft Nürnberger Flugdienst GmbH & Co (NFD) wird mit Beginn des Winterflugplans am 27. Oktober von Hannover aus den Liniendienst nach Köln/Bonn auf der Strecke Nürnberg-Hannover. Der Nürnberger Flugdienst, 5 als Lufttaxi-Unternehmen gegründet, bedient bereits seit 1982 im Auftrag der DLR die Route Nürnberg-Hannover und für die Luftbuslinie zwischen Hannover nach Amsterdam und Brüssel.

fit den neu eingerichteten Verbindungen, so erklärt die geschäftsführenden Gesellschafter Manfred Schel und Hans-Rudolf Wöhr, sentiere sich NFD jetzt auch in Hannover, unter eigener Flagge. So soll Düsseldorf als auch Köln wieder regelmäßig dreimal angefliegen. Einsetzt werden „Metroliner“, die 19 9 sagieren Platz bieten. Auf der aditionsstrecke, zwischen Nürnberg und Hannover kommt jetzt ein 46-sitziges Flugzeug vom ATR 42 zum Einsatz.

nsgesamt verfügt der Nürnberger

BASF: Ein Chemiekonzern zeigt Flagge

„Wir“ - Die ehrliche, positive Selbstdarstellung nutzt mehr als jedes Versteckspiel

JOACHIM WEBER, Ludwigshafen. Aus der BASF Wyandotte wurde die BASF Corporation, aus der Sasea die BASF Italia, aus Badilim die BASF Danmark, und Tochtergesellschaften wie der Pharmahersteller Knoll AG erhalten den Zusatz „BASF Gruppe“. Ein Unternehmen zeigt Flagge: „Wir haben keinen Grund, uns zu verstecken“, unterstreicht Hans Albers, Vorstandschef der Konzernmutter BASF AG, Ludwigshafen.

ganzen Gruppe (und manchmal auch ihre Frauen) vom Chef selbst allmählich auf den gelegentlich noch ungewohnten Gemeinschaftskurs gelenkt.

Teilweise nicht ohne aktuellen Grund: Durch seine Akquisitionen in den USA hat der Chemiekonzern im vergangenen Jahr auf einen Schlag seine US-Belegschaft auf rund 20 000 Mitarbeiter verdoppelt. Den Konzern-Neulingen müssen häufig erst einmal die einfachsten Grundsätze („Wir

Einzug ins Unternehmen hielt. Mit den „Unternehmensleitlinien“, an denen auch die Arbeitnehmervertreter mitgewirkt hatten, bekamen die Mitarbeiter eine Orientierungshilfe für die Hand. Allgemeine Unternehmensziele und operative Leitlinien sind darin ebenso fixiert wie die Konzernprioritäten: Umweltschutz (eigenverantwortlich), Sicherheit („Produktivität und Wirtschaftlichkeit dürfen nicht zu ihren Lasten gehen“), Personalführung (kooperativ), Finanzgebahren (konservativ) und Forschung (High-Tech-betont).

An der Lette seiner Grundsätze will sich das Unternehmen bereitwillig messen lassen. Wenn man zum Beispiel über selbst erkannte Umweltschutzprobleme aus eigener Initiative - „ohne Spiegel und ohne Stern“ - freiwillige Vereinbarungen mit den zuständigen Ministerien und Behörden abgeschlossen habe, dann sei das „ein Stück gelebter Leitlinien“, hinter der Fassade ein Profil, eine eigenständige Unternehmenspersönlichkeit sichtbar werden und wirken soll, dann muß man das ganze auch mit Inhalt füllen“, fordert Albers. Und dieser Inhalt müsse aus jedem einzelnen der weltweit 130 000 Gruppen-Mitarbeiter verinnerlicht werden. Denn: „Der einzelne Mann vor Ort, beim Kunden - der ist die BASF.“ Sein Verhalten bestimme die Glaubwürdigkeit des ganzen Konzerns, müsse deutlich machen, daß Anspruch und Wirklichkeit nicht auseinanderklaffen.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

„Wenn hinter der Fassade ein Profil, eine eigenständige Unternehmenspersönlichkeit sichtbar werden und wirken soll, dann muß man das ganze auch mit Inhalt füllen“, fordert Albers. Und dieser Inhalt müsse aus jedem einzelnen der weltweit 130 000 Gruppen-Mitarbeiter verinnerlicht werden. Denn: „Der einzelne Mann vor Ort, beim Kunden - der ist die BASF.“ Sein Verhalten bestimme die Glaubwürdigkeit des ganzen Konzerns, müsse deutlich machen, daß Anspruch und Wirklichkeit nicht auseinanderklaffen.

Dasselbe gelte auch für die Wirkung nach innen, die Albers („Ich bin mehr ein family man“) mindestens so hoch einschätzt wie die Wirkung auf das wirtschaftliche und politische Umfeld. Unter dem Motto „Eine Unternehmensidentität muß man vorleben“ hat er das Projekt zur Vorstandssache gemacht. In Führungskräfteseminaren und bei eigens dafür angesetzten persönlichen Auslandsbesuchen werden die Manager der

Wahl aber sprödes Gedrucktes nicht jedermanns Sache ist und weil es in einer weltweiten Belegschaft gelegentlich auch Sprachprobleme gibt (die ganz selbstbewußt immer häufiger auch mit Deutschkursen angegangen werden), sollen die Leitlinien den Mitarbeitern nun auch verstärkt mit dem verfügbaren Konzerninstrumentarium - zum Beispiel mit populär formulierten Beilagen zu den Mitarbeiter-Zeitungen - nahegebracht werden.

Selbst im Ludwigshafener Stammhaus mit seinen rund 50 000 Mitarbeitern ist noch einiges an mühseliger Bewußtseinsarbeit nötig: „Da müssen wir auch die Mentalität von Menschen ändern, die in einem Provinzunternehmen angefangen haben und das Wachstum zum Weltkonzern noch nicht so ganz nachvollzogen haben.“

Ölvorrat soll 75 Tage reichen

Verlängerung der Referenzperiode auf drei Jahre geplant

JB, Hamburg. Im Bundeswirtschaftsministerium gibt es Überlegungen, die Referenzperiode für die Vorratshaltung von Mineralölprodukten für den Krisenfall zu verlängern. Während sich die Höhe der Vorratshaltung zur Zeit nach der Absatzentwicklung des Vorjahres richtet, soll künftig ein gleitender Durchschnitt von drei Jahren ausschlaggebend sein. Damit würden die kurzfristigen Mengenbewegungen, die sich aus dem Auf- und Abbau der Bestände ergeben, die Spitzen gebrochen, heißt es beim Hamburger Erdölbevorratungsverband (EBV). Außerdem plant Bonn, die Reichweite der Vorratspflicht, die gegenwärtig 65 Tage beträgt, um mindestens zehn Tage zu verlängern.

tel der Mengen lagern in Kavernen, ein Drittel in Tanklagern. Vom Gesamtbestand entfallen 5,7 Mill. t auf Benzine, 6,5 Mill. t auf Diesel und leichtes Heizöl.

Die Bestände sind nach Angaben des EBV in dem seit April laufenden neuen Haushaltsjahr 1986/87 um 0,5 Mill. t aufgestockt worden. Etwa die gleiche Menge wird der Verband noch einmal zukaufen müssen. Die höhere Bestandvorhaltung ergibt sich aus der Marktentwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres. Zudem ist der EBV dabei, die Delegationsbestände durch Eigentumsbestände zu ersetzen. Weitere 2,3 Mill. t müßten in dem Fall zugekauft werden, daß die Vorratspflicht um mindestens zehn Tage erhöht wird. Neben den Vorratsmengen des EBV hat der Bund selber noch 7,3 Mill. t Mineralölprodukte für den Krisenfall eingelagert. Die verstärkte Importtätigkeit des Handels hat dazu geführt, daß die Zahl der EBV-Mitglieder auf 224 gestiegen ist. Nach dem Erdölbevorratungsgesetz von 1978 ist jeder Importeur verpflichtet, dem EBV beizutreten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

V-Bank wächst

Inttgart (nl) - Die Baden-Württembergische Bank AG (BW-Bank), Agart, verbuchte im bisherigen Jahresverlauf 1986 eine „erfreuliche“ Entwicklung in Volumen und Ertrag. Nach einem Zwischenbericht des Instituts stieg die Bilanzsumme im ersten drei Quartalen um 8,6 Prozent. Das Betriebsergebnis habe gute Vorjahresergebnisse trotz weitestgehend steigender Verwaltungskosten erreicht.

Saarbrücker zufrieden

Saarbrücken (Hil.) - Mit einem Umsatzsprung um rund 30 Prozent (60,9 Mill. DM) konnte die deutsch-sächsische Unternehmensgruppe Herzberger, Saarbrücken, das Geschäftsjahr 1985/86 (30.6.) abschließen. Firmenchef Rolf Herzberger teilt sich zufrieden mit der Entwicklung seiner Unternehmen. Dazu genügt die französische Sektirma N. S. Napoleon S.A., deren Absatz in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr auf 4,5 Mill. Flaschen stieg, und Uni-Handelsgesellschaft, Importeur hochwertiger Spirituosen aus Großbritannien und Italien (Malt, Skies, Fernet, Amaretto).

Operation

Operation (sz.) - Mit dem Abschluss des Fertigungsabkommens hat die N Nutzfahrzeug GmbH, München, jetzt den letzten Schritt zur Kooperation mit der amerikanischen East-Corp., Cleveland/Ohio, vollzogen. Die Unternehmen werden nun eine Anfang 1985 gemeinsam entwickelte (einfach überarbeitete) Antriebse für mittelschwere und schwere Lkw sowie Omnibusse produzieren und vermarkten. MAN wird diese ab Mitte 1987 in eine neue Fahrzeug-Baureihe einbauen. Eadie Getriebe und Achsen produziert, wird das neue Produkt in ihr Kaufprogramm aufnehmen. Er Verkaufsgespräche mit anderen Hersteller befinden sich, wie weißt, schon in einem fortgeschrittenen Stadium.

Jeder ausgeglichen

Paris (J. Sch.) - In Frankreich affen nur 5 Prozent aller in Konsolidierten Unternehmen über Schuldenmoratorium die Sanierung. Dazu gehört Maco-Meudon, ser größte Hersteller von Präflüssen legt nach 13 Verlustjahren für 5 erstmals wieder einen ausgeglichenen Abschluß vor. Für dieses Jahr artet Generaldirektor Patrick sardy bei 170 (160) Mill. F Umsatz bis 2 Mill. F Reingewinn. Die Fir-

ma konnte in Frankreich bedeutende Aufträge (Atlantik-TGV) verbuchen und inzwischen auch auf dem amerikanischen wie japanischen Markt Fuß fassen. In der Bundesrepublik wird ein Marktanteil von 15 Prozent angestrebt.

Eingliederung

Frankfurt (adh.) - Als „saarländische Lösung“, die den Anliegen der Mitarbeiter und Kunden am besten gerecht werde, bezeichnen die Brauereien Gross GmbH, Riegelsberg, und die Karlsberg Brauerei KG Weber, Homburg, ihr künftiges Zusammengehen. In einer gemeinsamen Presseerklärung teilen beide Brauereien mit, daß Gross schrittweise in den Karlsberg-Verband eingegliedert werden soll. Die Familie Gross übernimmt eine stille Beteiligung im Karlsberg-Verband.

Besseres Ergebnis

Hannover (dos) - Ein gegenüber der gleichen Vorjahreszeit deutlich besseres Ergebnis registriert die Braunschweig-Hannoversche Hypothekendarlehenbank AG, Hannover, in den ersten neun Monaten 1986. Nach Angaben des Instituts stiegen der Zinsüberschuss und das Endergebnis auf 67,2 (61,6) Mill. DM. Befriedigend verlief im Berichtszeitraum das Neugeschäft. Bei Hypothekendarlehen ergab sich ein Plus von 14,8 Prozent auf 552 Mill. DM, während das Kommunalkreditgeschäft leicht auf 1,04 (1,08) Mrd. DM zurückging. Der Bestand langfristiger Ausleihungen erhöhte sich um 890 Mill. DM auf 10,5 Mrd. DM. Die Bilanzsumme stieg seit Anfang 1986 um 7,3 Prozent auf 11,3 Mrd. DM.

Schnelle Leitung

Frankfurt (adh.) - Eine schnelle Leitung wird demnächst 14 westeuropäische Notenbanken und die Zentralbanken von Japan und den USA miteinander verbinden. Die zur Bosch-Gruppe gehörende Telenorma (TN), Frankfurt, hat jetzt den Zuschlag für den Aufbau eines weltweiten Kommunikationsnetzes für die Notenbanken erhalten. Auftraggeber für das 4-Mill.-DM-Projekt ist die Deutsche Bundesbank. Die direkte Verbindung über gemietete Standleitungen soll eine reibungslose Kommunikation zwischen den wichtigsten Finanzplätzen der Welt sicherstellen. Die beteiligten Notenbanken können künftig per Tastendruck Konferenzgespräche schalten. Das System, das 1987 in Betrieb genommen werden soll, kann auch als elektronische Telefon-Nebenstellenanlage genutzt werden.

Bertelsmann stärkt Elsnerdruck

th, Berlin

Zu seinem europäischen Taschenbuch-Zentrum baut der Medien-Konzern Bertelsmann, Gütersloh, die Berliner Druckerei „Elsnerdruck“ aus. Mit einem Aufwand von fast 12 Mill. DM ist die Buchproduktion verdoppelt worden. Die Kapazität des Unternehmens beträgt jetzt 120 Millionen Taschenbücher oder taschenbuchähnliche Produkte im Jahr.

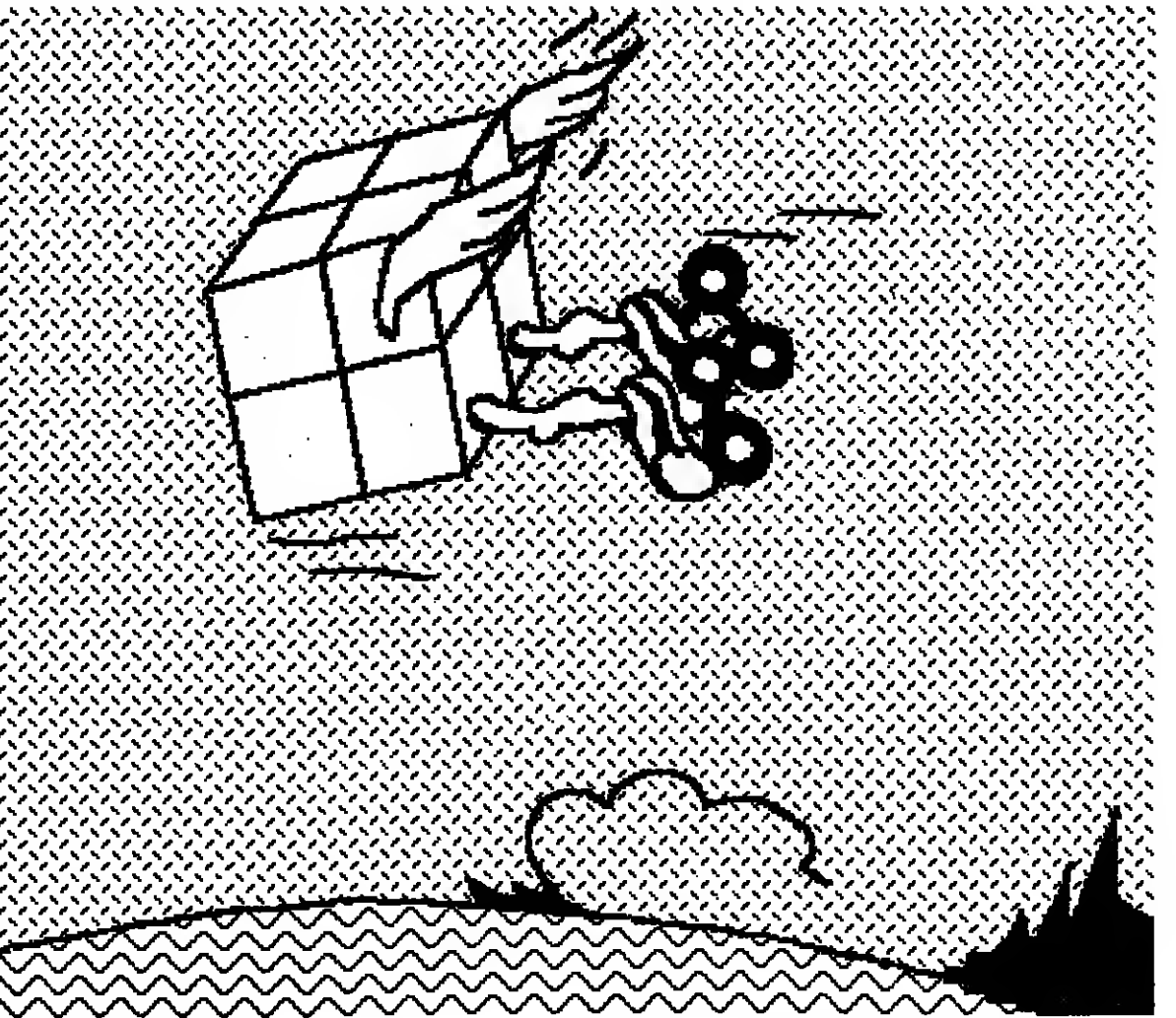
Wie Sprecher des Unternehmens mitteilen, glaubt man an die Zukunft des Buches. Vor allem im Bereich Taschenbuch sehe man Wachstumschancen. Inzwischen sind den Angaben nach Aufträge anderer Bertelsmann-Druckereien zur Herstellung von Taschenbüchern aus dem Bundesgebiet fast komplett nach Berlin verlagert worden. Die Auslastung der großen Kapazität bei Elsnerdruck ist gesichert. Beschäftigungssorgen kennt man nicht.

Im Gegenteil. Die Zahl der Mitarbeiter soll von jetzt 190 auf weit mehr als 200 im nächsten Jahr steigen. Von Berlin aus werden nicht nur die eigenen Verlage des Konzerns, sondern auch zahlreiche konzernfremde Auftraggeber in mehreren europäischen Ländern - etwa in Frankreich und Spanien - mit Taschenbüchern versorgt.

Elsnerdruck, 1981 von Bertelsmann übernommen, gehört zum Industriebereich des Konzerns. Dieser Bereich umfaßt mehr als 50 Betriebe in ganz Europa sowie in Nord- und Südamerika mit rund 10 000 Beschäftigten. Der Umsatz für 1985 wurde mit 2 Mrd. DM angegeben. Davon entfallen 25 Prozent auf die Buchproduktion.

Auf, auf nach Übersee!

Hallo, Pakete. Wenn ihr ruckzuck-preisgünstig in 20 ferne Länder wollt, merkt euch den SAL-»Spartarif« der Post. Gegenüber der Seereise spart ihr eine Menge Zeit, und gegenüber dem Luftpost-Transport schnell ein hübsches Sümmchen. Wie das möglich ist? Weil die Post den SAL-Dienst zwischen den Kontinenten via Flugzeug und hier bei uns und im Bestimmungsland auf der Straße und/oder Schiene laufen läßt, zum Vorteil eines ständig wachsenden SAL-Freundeskreises. Mehr darüber und über andere Postleistungen sagt der Kundenberater, der gern flott mal vorbeikommt. Und ab geht die Post.



Denn die Substanz ist noch ganz dünn

Pieroth fordert eine innovative Wirtschaftspolitik und mehr Unternehmer für Berlin

HANNA GIESKES, Berlin. Wir brauchen mehr unternehmerischen Menschen in unserer Stadt“, Der linke Wirtschaftssenator Elmar Pieroth befürchtet, daß sonst die Bevölkerung schneller wachsen könne die Zahl der Arbeitsplätze. Denn in im vergangenen Jahr registrierte Berliner Behörden per Saldo r 23 500 Zuwanderungen deutscher Erwerbspersonen; zwar wurden zwischen 1984 und 1985 auch 100 Arbeitsplätze zusätzlich geschaffen, aber immer noch liegt die linke Arbeitslosenquote mit 9,9 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 8,2 Prozent.

Wirtschaftspolitik

fan müsse sich in Berlin immer der anstrengen, sagt Pieroth, nn die Substanz ist noch ganz m“. Freilich ist sie nicht mehr so m wie zu Beginn der achtziger re, nachdem die Berliner Wirtschaft zwischen 1972 und 1981 rund 000 Arbeitsplätze verloren hatte. Bezept des Berliner Wirtschaftsators: „Kreative und innovative Wirtschaftspolitik“. Irreicht wurde damit die Anstiehung von rund 140 jungen Unternehmern vorwiegend im High Tech-Bereich. Außerdem wurden in den ver-

gangenen Jahren mit Hilfe der in Berlin ansässigen Banken zwölf Venture Capital-Gesellschaften gegründet. Und so hofft der Berliner Senat die Stadt vom Image „Werkbank des Bundesgebietes“ befreien zu können. Mittlerweile hätten die Jungen den Etablierten Mut gemacht“, meint Pieroth, so daß inzwischen auch Siemens Berlin für zwei High Tech-Werke als Standort gewählt habe.

Die Qualitätsstrategie der Berliner Wirtschaftspolitik wird künftig den Dienstleistungsbereich noch stärker als bisher einbeziehen, „denn Berlin hat eine lange Tradition als Dienstleistungstadt“. So müßten produktionsorientierte Dienstleistungsunternehmen wie Unternehmensberatung, Werbung oder Anlagenleasing verstärkt für die Stadt gewonnen werden, „und als bedeutender Industriestandort muß Berlin ein breites Angebot an Finanzdienstleistungen bereit stellen“. Außerdem soll Berlin als Zentrum der Filmindustrie ausgebaut werden. Und Chancen für die Stadt sieht Pieroth ebenfalls in moderner Umwelttechnologie. Hier habe Berlin mit seinen Universitäten, Fachhochschulen und wissenschaftlichen Instituten einen Standortvorteil den es zu nutzen gelte.

les indes nicht. Pieroth hält das Berlin-Förderungsgesetz, das derzeit einer eingehenden Effizienzkontrolle unterzogen wird, für unantastbar: „Wirtschaft und Investoren müssen in Berlin auf gesicherte Strukturen und Rahmenbedingungen bauen können“. Immerhin fließen über die Schiene rund 7,5 Mrd. DM pro Jahr in die Stadt.

Weniger Bausubventionen

Ansonsten sollten staatliche Maßnahmen die private Initiative herausfordern, „und dürfen sie nicht ersetzen“. Darum seien alle vom Senat verabschiedeten Strukturprogramme zeitlich limitiert und degressiv ausgestaltet, und wenn sie ihren Zweck erreicht haben werden sie abgeschafft gegen Gewährung von Existenzgründungsdarlehen, die es vom kommenden Jahr an nicht mehr geben soll. Abschaffen möchte Pieroth auch die Subventionen am Berliner Wohnungsmarkt. Über eine Milliarde Mark wendet die Stadt jährlich auf um eine Kostennote von 23 Mark je Quadratmeter auf 5,60 DM herunterzuschleusen. 1989 soll Berlin Weißer Kreis werden. Voraussetzung seien Übergangshilfen, betont Pieroth. Er ist zuversichtlich, „daß wir diesen Sumpf trockenlegen können“.

Beratungs-Coupon
Wir wünschen spezielle Beratung für unseren Paketversand.

Thema:
Vorherige Terminabsprache mit

Frau/Herr

Telefon

Unsere Anschrift:

Straße und Haus-Nr. oder Postfach

Postleitzahl Bestimmungsort

An die Deutsche Bundespost, PTZ Wv 23-2a, Postfach 11 80, 6100 Darmstadt 6 687.054 BSS

Genossenschaft: Prototyp der Marktwirtschaft

Als „unverzichtbaren Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft“ hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg die deutschen Genossenschaften bezeichnet...

Der Vorstandssprecher des Genossenschaftsverbands Rheinland, Claus Peter Mosler, ging noch einen Schritt weiter als der Bundesfinanzminister: „Ohne die Genossenschaften gäbe es kein so breites und gesundes Mittelstand, und ohne diesen Mittelstand gäbe es keine soziale Marktwirtschaft.“

Während die Gesamteinlagen der rheinischen Volksbanken und Raiffeisenbanken in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 1,2 Prozent auf 39,4 Mrd. DM stiegen, sanken die Gesamtausleihungen um 1,7 Prozent auf 28,1 Mrd. DM.

Mit einem Plus von 0,3 Prozent auf 5,23 Mrd. DM bedeutete das Umsatzvolumen der 214 ländlichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften praktisch eine Stagnation.

Auslandsfirmen fürchten um ihr Kapital in Brasilien

Garantien der Regierung gefordert - „Deutsche Wirtschaft investiert nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen“

dpa/VWD, Brasília. Ausländische Wirtschaftsunternehmen fürchten um die Zukunft ihres in Brasilien investierten Kapitals. Rigorose Preiskontrollen der brasilianischen Regierung und bürokratische Behinderungen haben unter den ausländischen Investoren ein Klima entstehen lassen...

Die deutsche Wirtschaft hat zur Zeit rund 5 Mrd. DM in Brasilien investiert. In 1100 deutschen Firmen arbeiten fast 250 000 brasilianische Beschäftigte.

Verlustjahr“, erklärte VW-Vizepräsident Jacy Mendonca. „Dies ist wirklich besorgniserregend und entmutigt die Aktionäre.“

Ein deutlicher Warnruf kam von Volkswagen do Brasil, dem größten Industrieunternehmen Lateinamerikas. „Wir hatten bereits in den vergangenen fünf Jahren Verluste. Jetzt sind wir im sechsten garantierten

Verlustjahr“, erklärte VW-Vizepräsident Jacy Mendonca. „Dies ist wirklich besorgniserregend und entmutigt die Aktionäre.“

Doch die Verunsicherung ausländischer Unternehmen in Brasilien rührt nicht allein von den verordneten Niedrigpreisen her. Die Furcht geht um, daß in der neuen brasilianischen Verfassung Beschränkungen für die Tätigkeit des Auslandskapitals festgeschrieben werden könnten.

Töne hülliges Kleingeld zum Stimmenfang.

Das größte lateinamerikanische Land hat ausländisches Kapital bisher liberal gehandhabt. Die Kapitalregulierung sowie die Überweisung von Gewinnen, Dividenden und Kapitalrückflüssen wurden in einer Weise geregelt, die für Investoren allgemein zufriedenstellend ist.

Industrie- und Handelsminister Hugo Castelo Branco erklärte auf der deutsch-brasilianischen Wirtschaftskonferenz, ausländisches Kapital sei in Brasilien willkommen und an Beschränkungen sei nicht gedacht.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Weber/Marx: Leasingverträge, WBS Verlag, München 1986, 88 S., 19,80 Mark.

Lesen statt kaufen - diese neue Form der Finanzierung erobert immer mehr Marktanteile: 800 000 Fahrzeuge auf deutschen Straßen sind bereits geleast, davon 30 Prozent von Privatpersonen.

Mit einem Plus von 0,3 Prozent auf 5,23 Mrd. DM bedeutete das Umsatzvolumen der 214 ländlichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften praktisch eine Stagnation.

schäftsbedingungen werden dabei besonders berücksichtigt.

Michael E. Porter: „Wettbewerbsvorteile“, Spitzverlag, Campus Verlag, Frankfurt 1986, 688 S., 98 Mark.

Wettbewerbsvorteile entscheiden über Erfolg oder Mißerfolg jedes Unternehmens - es muß sein Produkt mit Kostenvorsprung liefern oder den Abnehmern einen einzigartigen, höherer Preise rechtfertigenden Nutzen bieten können.

Ambrosius/Hubbard: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20. Jahrhundert, C.H. Beck Verlag, München 1986, 329 S., 54 Mark.

Europa ist heute nicht mehr nur ein geographischer Begriff, sondern es bildet in seinen wirtschaftlichen und politischen Interessen - trotz der Ost-West-Spaltung - eine gewisse Einheit.

36 Prozent des bilateralen Warenaustausches sind inzwischen Maschinen und Produktionsrichtungen, so Albrecht. Abschließend forderte er, im Sinne eines besseren Warenaustausches langfristige Verträge in Zukunft zwischen den einzelnen Branchen und sogar Betrieben in beiden Staaten abzuschließen.

Schwierigkeiten im Warenaustausch

J.G.G. Köhn

Schwierigkeiten bei der Einhaltung von Lieferfristen im Handel „DDR“-Polen beklagt das polnische KP-Organ „Tribuna Ludu“ im Gespräch mit dem stellvertretenden Chef der „DDR“-Planungskommission, Dieter Albrecht.

36 Prozent des bilateralen Warenaustausches sind inzwischen Maschinen und Produktionsrichtungen, so Albrecht. Abschließend forderte er, im Sinne eines besseren Warenaustausches langfristige Verträge in Zukunft zwischen den einzelnen Branchen und sogar Betrieben in beiden Staaten abzuschließen.

UdSSR: Qualität für Quantität

Reform soll für mehr Flexibilität in den Betrieben sorgen

Die Sowjetunion will im Zuge der eingeleiteten Wirtschaftsreform 21 Ministerien und 70 Unternehmen das Recht einräumen, selbständig zu exportieren und zu importieren.

Darüber hinaus soll nach Darstellung von Guriew, dessen Institut als das wirtschaftspolitische Beratungsorgan des Zentralkomitees, der KPdSU gilt, das Preisbildungssystem in der UdSSR durch mehr Flexibilität verbessert werden.

Wachstum umzuwandeln. Dies bedeutet insbesondere einen sparsameren Umgang mit den Rohstoffen...

Guriew kritisierte in diesem Zusammenhang die nach seiner Ansicht vielfach mangelnde Flexibilität der Führungskräfte in den sowjetischen Betrieben, die gerne unter die Fittche des Staates flüchteten...

Im Mittelpunkt des laufenden Fünfjahresplans wird nach Angaben des Wissenschaftlers der Maschinenbau stehen. Bis 1990 soll die sowjetische Maschinenbauproduktion um 40 Prozent gesteigert werden.

Zahlungen werden gestreckt

Chinas Handelsbilanzdefizit erreicht 18 Milliarden Mark

dpa/VWD, Peking

China verzeichnete in den ersten neun Monaten 1986 ein Handelsbilanzdefizit von 8,9 Mrd. Dollar (rund 17,8 Mrd. DM) nach 10,6 Mrd. Dollar ein Jahr zuvor.

Als erfreulich wertete Zhang das Wachstum der Ausfuhr. Sie entwickelte sich in den ersten neun Monaten mit einem Anstieg um 14,8 Prozent auf 21,4 Mrd. Dollar schneller als die Einfuhr mit plus 5,1 Prozent auf 30,3

Mrd. Dollar. Im Handel mit der Europäischen Gemeinschaft stieg Chinas Ausfuhr um 80 Prozent, die Einfuhr um mehr als 33 Prozent.

In der Landwirtschaft wird für dieses Jahr eine Getreideernte von 390 Mill. Tonnen erwartet, zehn Mill. Tonnen mehr als 1985.

Advertisement for C. Jörg Ruhnke, lawyer, mentioning a testimonial from a client about his services.

Advertisement for Dr. Gerd Nickol, lawyer, mentioning his role as President of the Rechtsanwaltskammer Hamm.

Advertisement for C. Jörg Ruhnke, lawyer, mentioning his services for shareholders and employees.

Advertisement for Familienanzeigen und Nachrufe, offering family notices and obituaries.

Advertisement for DIE WELT newspaper, providing subscription information and contact details.

Qualität für...

Handwritten note: "Handwritten note: ..."

Aktien nachgebend

Im Autobereich noch widerstandsfähig - Das geringe Angebot am Montag übte in der Borsen Druck auf die Kurse aus. Die Lustigkeit wird mit der sich zuspitzenden Inflation...

emerkenswert widerstandsfähig lagen die Kurse der Autoteile. Die VW-Aktien zeigten...

Table with columns for 'Düsseldorf', 'Frankfurt', 'Hamburg', 'München', and 'Aktien-Umsätze'. It lists various stocks and their trading volumes.

Table with columns for 'Unnotierte Werte', 'Genußscheine', and 'Anstalt in DM'. It lists unlisted values, preference shares, and company assets.

Table titled 'Inland' listing various domestic stocks and their prices.

Table listing various international stocks and their prices.

Table titled 'Freiverkehr' listing stocks traded on the free market.

Table listing various international stocks and their prices.

Table listing various international stocks and their prices.

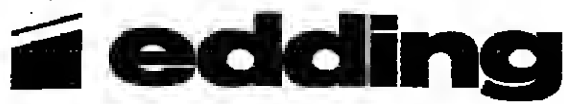
Bottom line of text containing various small notices and advertisements.

Large advertisement for 'Das Fernsehen der 90er Jahre hat Kinoqualität.' featuring a couple watching TV and text describing VTE Digital Video technology.

© 1988 Estate of Marilyn Monroe, Licensed by Roger Richman Agency via VIP Promotions, Hamburg. Foto: New Eyes.

VERKAUFSANGEBOT

über DM 5 000 000,- auf den Inhaber lautende stimmrechtslose Vorzugsaktien der



Aktiengesellschaft Ahrensburg

mit Gewinnberechtigung ab 1. 10. 1986 Wertpapier-Kenn-Nr. 564 793 -

in Bankenkonsortium, dem das Bankhaus M. M. WARBURG-BRINCKMANN, WIRTZ & CO., Hamburg, als Konsortialführer und die COMMERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT, Frankfurt, angehören, bietet an in der Zeit

vom 22. bis 24. Oktober 1986 zum Preis von DM 270,- je Aktie zu DM 50,- einziehend zum Kauf an.

DM 3 000 000,- stammen aus dem Besitz der bisherigen Aktionäre. DM 2 000 000,- aus dem am 21. August 1986 beschlossenen und am 3. September 1986 in das Handelsregister eingetragenen Kapitalerhöhung. Die derzeitigen Aktionäre und die Gesellschaft beabsichtigen mit diesen Maßnahmen, den Aktienkurs zu erweitern und der edding Aktiengesellschaft den Kapitalmarkt für die Zukunft zu öffnen. Die Vorzugsaktien ohne Stimmrecht sind satzungsgemäß mit einer nachzahlungspflichtigen Mindestdividende von 4 % und einer Mehrdividende von 2 % gegenüber den Stammaktien ausgestattet. Kaufanträge nehmen folgende Banken während der üblichen Schalterstunden entgegen: M. M. WARBURG-BRINCKMANN, WIRTZ & CO., COMMERZBANK AG

Der Kaufpreis für die Aktien zuzüglich Börsenumsatzsteuer und üblicher Effektenprovision ist von den Erwerbern am 28. Oktober 1986 zu entrichten.

Die neuen Aktien werden den Erwerbern nach Zahlung des Kaufpreises zunächst auf Giroammeldepotkonto gutgeschrieben. Bis zum Vorliegen von Einzelurkunden können Ansprüche auf Auslieferung nicht geltend gemacht werden. Der Druck von Einzelurkunden ist veranlagt. Zu gegebener Zeit stehen die Aktien in Einzelaktien über je 1 Aktie zu DM 50,- und Sammelaktien über je 10 Aktien zu DM 50,- (= DM 500,-) sowie über je 50 Aktien zu DM 50,- (= DM 2500,-) jeweils mit Gewinnanteilscheinen Nr. 2-20 und Erneuerungsschein zur Verfügung.

Die stimmrechtslosen Vorzugsaktien der edding Aktiengesellschaft sind an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg in den geregelteten Freiverkehr einbezogen. Die Preisfeststellung wird voraussichtlich am 28. Oktober 1986 aufgenommen.

Ahrensburg, im Oktober 1986

Der Vorstand

Der Umwandlungsbeschluss vom 13. Juni 1986 hat den Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital der Gesellschaft um einen weiteren Betrag von DM 2 000 000,- bis zum 31. Dezember 1990 durch Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Vorzugsaktien gegen Bareinlage unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu erhöhen.

Von dieser Ermächtigung hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates am 21. August 1986 Gebrauch gemacht und das Grundkapital von DM 8 000 000,- um DM 2 000 000,- auf DM 10 000 000,- gegen Bareinlagen durch Ausgabe von 40 000,- neuen auf den Inhaber lautenden stimmrechtslosen Vorzugsaktien zu je DM 50,- mit Gewinnanteilscheinberechtigung ab 1. Oktober 1986 erhöht. Das Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen.

Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 3. September 1986 in das Handelsregister des Amtsgerichts Ahrensburg eingetragen.

Die DM 2 000 000,- stimmrechtslosen Vorzugsaktien aus der Kapitalerhöhung gegen Bareinlage sind von einem unter der Führung des Bankhauses M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co. stehenden Bankenkonsortium zum Preise von DM 50,- je Aktie übernommen worden mit der Verpflichtung, diese Aktien zusammen mit nominell DM 3 000 000,- stimmrechtslosen Vorzugsaktien aus dem Besitz der bisherigen Aktionäre dem breiten Anlegerpublikum zum Preise von DM 270,- pro Aktie zu je DM 50,- zuzüglich Börsenumsatzsteuer und der üblichen Effektenprovision mit Gewinnanteilscheinberechtigung ab 1. Oktober 1986 in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 1986 freibleibend zum Kauf anzubieten. Das Bankenkonsortium hat sich bezüglich der aus der Kapitalerhöhung gegen Einlagen übernommenen DM 2 000 000,- stimmrechtslosen Vorzugsaktien verpflichtet, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ausgabepreis von DM 50,- und dem Platzierungspreis von DM 270,- an die Gesellschaft abzuführen. Der Kaufpreis ist von den Erwerbern am 28. Oktober 1986 zu entrichten.

Die Mittel aus der Kapitalerhöhung gegen Bareinlage dienen der Stärkung der Eigenkapitalbasis für das weitere Wachstum der Gesellschaft. Sie sollen insbesondere für Erweiterungsbauten im Büro- und Lagerbereich, zur Finanzierung der neu erworbenen inländischen Tochtergesellschaften sowie für die Aktualisierung und Neuentwicklung von Produkten des bestehenden Sortiments verwendet werden. Das Grundkapital beträgt nunmehr DM 10 000 000,- und ist eingeteilt in DM 5 000 000,- auf den Inhaber lautende Stammaktien

- 100 000 Aktien zu je DM 50,- verbrieft in

1000 Sammelaktien über je 10 Aktien zu DM 50,- Nr. 1-1000

1000 Sammelaktien über je 50 Aktien zu DM 50,- Nr. 1-1000

2 Sammelaktien über je 20 000 Aktien zu DM 50,- Nr. 1-2

DM 5 000 000,- auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht

- 100 000 Aktien zu je DM 50,- verbrieft in

5000 Einzelaktien über je 1 Aktie zu DM 50,- Nr. 1-5000

1500 Sammelaktien über je 10 Aktien zu DM 50,- Nr. 1-1500

1800 Sammelaktien über je 50 Aktien zu DM 50,- Nr. 1-1800.

Die Vorzugsaktien sind mit einer nachzahlungspflichtigen Mindestdividende von 4 % und einer Mehrdividende von 2 % gegenüber den Stammaktien ausgestattet. Die Ausgabe weiterer Vorzugsaktien, die bei der Verteilung des Gewinns oder des Gesellschaftsvermögens den jeweils bestehenden Vorzugsaktien ohne Stimmrecht vorgehen oder gleichzeitigen der bestehenden Sortiments vorbehalten. Gleiches gilt für den Fall der Umwandlung von Stamm- in Vorzugsaktien.

Sämtliche auf den Inhaber lautende Stammaktien befinden sich im Besitz der Herren Carl-Wilhelm Edding und Volker Detlef Ledermann sowie der V. D. Ledermann & Co. GmbH.

Gegenstand dieses Unternehmensberichts sind die DM 5 000 000,- auf den Inhaber lautenden stimmrechtslosen Vorzugsaktien. Die Aktienurkunden tragen den Ausstellungsvermerk „Ahrensburg, im September 1986“.

Sie sind mit den vervielfältigten Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern und des Vorsitzenden des Aufsichtsrates versehen und von einem Kontrollbeauftragten handschriftlich unterzeichnet. Zu jeder Aktie gehört ein Gewinnanteilscheinbogen mit den Gewinnanteilscheinen Nr. 2-20 und einem Erneuerungsschein.

Die Dividende für das Geschäftsjahr 1986 wird auf die Gewinnanteilscheine Nr. 1 und 2 gezahlt werden, und zwar - entsprechend dem Beginn der Gewinnanteilscheinberechtigung für die den Gegenstand dieses Unternehmensberichts bildenden Vorzugsaktien mit dem 1. Oktober 1986 - mit drei Vierteln auf den Gewinnanteilschein Nr. 1 und mit einem Viertel auf den Gewinnanteilschein Nr. 2. Es ist sichergestellt, daß für die aus der Kapitalerhöhung vom 3. September 1986 stammenden Stück 40 000 (= nominell DM 2 000 000,-) neuer Vorzugsaktien lediglich auf Gewinnanteilschein Nr. 2 eine Ausschüttung vorgenommen wird.

Die Aktien sind bis zur Auslieferung von Einzelurkunden in Globalurkunden verbrieft, die - soweit sie nicht von den derzeitigen Aktionären anderweitig verwahrt werden - bei der Norddeutschen Kassenverein Aktiengesellschaft, Hamburg, hinterlegt wurden. Die Gesellschaft hat sich verpflichtet, die Globalurkunden unverzüglich gegen Einzelurkunden auszugeben, sobald diese fertiggestellt sind. Der Druck der neuen Aktien ist eingeleitet. Bis zum Austausch der Globalurkunden können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden nicht geltend gemacht werden.

ORGANE DER GESSELLSCHAFT

Der Vorstand der Gesellschaft besteht satzungsgemäß aus einer oder mehreren Personen. Im übrigen behält der Aufsichtsrat die Vorstandsmitglieder und bestimmt ihre Zahl.

Der Vorstand setzt sich zur Zeit wie folgt zusammen: Volker Detlef Ledermann, Ahrensburg, Vorsitzender; Margrit Herrmann, Ahrensburg; Rüdiger Kallenberg, Ahrensburg.

Die Gesellschaft wird gesetzlich durch zwei Mitglieder des Vorstandes gemeinschaftlich oder durch ein Mitglied des Vorstandes in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Das Vorstandsmitglied Volker Detlef Ledermann kann die Gesellschaft allein vertreten.

Der Aufsichtsrat besteht satzungsgemäß aus drei Mitgliedern, davon werden zwei Mitglieder von den Aktionären nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes gewählt. Ein Mitglied wird nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 gewählt.

Der erste Aufsichtsrat der Gesellschaft setzt sich gemäß § 377 Abs. 2 Satz 2 AktG nur aus Aktionärsvertretern zusammen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für die Zeit bis zur Beendigung derjenigen Hauptversammlung gewählt, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet. Davon abweichend endet die Amtszeit des 1. Aufsichtsrates mit Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 1986 beschließt. Die Wiederwahl in den Aufsichtsrat ist zulässig.

Dem Aufsichtsrat gehören gegenwärtig folgende Mitglieder an: Dr. Brun-Hagen Hennerke, Stuttgart, Rechtsanwalt

- Vorsitzender - Carl-Wilhelm Edding, Dipl.-Kaufmann, Hamburg - stellvert. Vorsitzender - Hans F. Buvo, Kaufmann, Hofheim

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten neben der Erstattung ihrer Auslagen eine feste nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare jährliche Vergütung in Höhe von DM 3000,-. Die Vergütung beträgt für den Vorsitzenden das Dreifache und den stellvertretenden Vorsitzenden das Doppelte.

Die Umsatzsteuer wird von der Gesellschaft erstattet, soweit die Mitglieder des Aufsichtsrates berechtigt sind, die Umsatzsteuer der Gesellschaft gesondert in Rechnung zu stellen, und dieses Recht ausüben.

Die Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder einem deutschen Börsenplatz statt. Je DM 50,- Nennbetrag der Stammaktien gewähren in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Vorzugsaktien haben - außer in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen - kein Stimmrecht.

GESCHÄFTSJAHR, BEKANNTMACHUNGEN, ZAHL- UND HINTERLEGUNGSTELLEN

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Bundesanzeiger und in mindestens einem Börsenpflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg. Zur Rechtsgültigkeit genügt die Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, an den Börsenplätzen, an denen die Aktien in den geregelteten Freiverkehr einbezogen oder zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen sind, mindestens ein Kreditinstitut als Zahl- und Hinterlegungsstelle zu bestimmen und bekanntzugeben, an dessen Schaltern

- die Auszahlung der Gewinnanteilscheine, - die Ausgabe neuer Gewinnanteilscheinbogen, - die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an Hauptversammlungen,

- die Ausübung von Bezugsrechten und alle sonstigen, die Aktien betreffenden Maßnahmen kostenfrei durchgeführt werden können.

Über die Verwendung des Bilanzgewinns bestimmt die Satzung folgendes:

Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um 2% höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von 4% des Nennbetrages.

Reicht der Bilanzgewinn eines oder mehrerer Geschäftsjahre nicht zur Vorwegausschüttung von mindestens 4% auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachgezahlt, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien gewährt wird.

Über die Verwendung eines danach verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Der nach einem solchen Beschluß der Hauptversammlung zur Verteilung bestimmte weitere Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung der Vorzugsaktien und der Stammaktien im Verhältnis ihrer Nennbeträge verwendet. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

In den letzten vier der Umwandlung vorausgegangenen Geschäftsjahren erzielten die c. w. edding & co. GmbH und die in ihr aufgegangene Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) zusammengefaßt folgende Ergebnisse (in TDM):

Über die Verwendung des Bilanzgewinns bestimmt die Satzung folgendes:

Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um 2% höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von 4% des Nennbetrages.

Reicht der Bilanzgewinn eines oder mehrerer Geschäftsjahre nicht zur Vorwegausschüttung von mindestens 4% auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachgezahlt, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien gewährt wird.

Über die Verwendung eines danach verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Der nach einem solchen Beschluß der Hauptversammlung zur Verteilung bestimmte weitere Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung der Vorzugsaktien und der Stammaktien im Verhältnis ihrer Nennbeträge verwendet. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

In den letzten vier der Umwandlung vorausgegangenen Geschäftsjahren erzielten die c. w. edding & co. GmbH und die in ihr aufgegangene Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) zusammengefaßt folgende Ergebnisse (in TDM):

Über die Verwendung des Bilanzgewinns bestimmt die Satzung folgendes:

Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um 2% höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von 4% des Nennbetrages.

Reicht der Bilanzgewinn eines oder mehrerer Geschäftsjahre nicht zur Vorwegausschüttung von mindestens 4% auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachgezahlt, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien gewährt wird.

Über die Verwendung eines danach verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Der nach einem solchen Beschluß der Hauptversammlung zur Verteilung bestimmte weitere Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung der Vorzugsaktien und der Stammaktien im Verhältnis ihrer Nennbeträge verwendet. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

In den letzten vier der Umwandlung vorausgegangenen Geschäftsjahren erzielten die c. w. edding & co. GmbH und die in ihr aufgegangene Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) zusammengefaßt folgende Ergebnisse (in TDM):

Über die Verwendung des Bilanzgewinns bestimmt die Satzung folgendes:

Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um 2% höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von 4% des Nennbetrages.

Reicht der Bilanzgewinn eines oder mehrerer Geschäftsjahre nicht zur Vorwegausschüttung von mindestens 4% auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachgezahlt, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien gewährt wird.

Über die Verwendung eines danach verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Der nach einem solchen Beschluß der Hauptversammlung zur Verteilung bestimmte weitere Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung der Vorzugsaktien und der Stammaktien im Verhältnis ihrer Nennbeträge verwendet. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

In den letzten vier der Umwandlung vorausgegangenen Geschäftsjahren erzielten die c. w. edding & co. GmbH und die in ihr aufgegangene Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) zusammengefaßt folgende Ergebnisse (in TDM):

Über die Verwendung des Bilanzgewinns bestimmt die Satzung folgendes:

Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um 2% höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von 4% des Nennbetrages.

Reicht der Bilanzgewinn eines oder mehrerer Geschäftsjahre nicht zur Vorwegausschüttung von mindestens 4% auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachgezahlt, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien gewährt wird.

Über die Verwendung eines danach verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Der nach einem solchen Beschluß der Hauptversammlung zur Verteilung bestimmte weitere Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung der Vorzugsaktien und der Stammaktien im Verhältnis ihrer Nennbeträge verwendet. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

In den letzten vier der Umwandlung vorausgegangenen Geschäftsjahren erzielten die c. w. edding & co. GmbH und die in ihr aufgegangene Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) zusammengefaßt folgende Ergebnisse (in TDM):

Über die Verwendung des Bilanzgewinns bestimmt die Satzung folgendes:

Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um 2% höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von 4% des Nennbetrages.

Reicht der Bilanzgewinn eines oder mehrerer Geschäftsjahre nicht zur Vorwegausschüttung von mindestens 4% auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachgezahlt, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien gewährt wird.

Über die Verwendung eines danach verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Der nach einem solchen Beschluß der Hauptversammlung zur Verteilung bestimmte weitere Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung der Vorzugsaktien und der Stammaktien im Verhältnis ihrer Nennbeträge verwendet. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

In den letzten vier der Umwandlung vorausgegangenen Geschäftsjahren erzielten die c. w. edding & co. GmbH und die in ihr aufgegangene Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) zusammengefaßt folgende Ergebnisse (in TDM):

Über die Verwendung des Bilanzgewinns bestimmt die Satzung folgendes:

Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um 2% höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von 4% des Nennbetrages.

Reicht der Bilanzgewinn eines oder mehrerer Geschäftsjahre nicht zur Vorwegausschüttung von mindestens 4% auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachgezahlt, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien gewährt wird.

Über die Verwendung eines danach verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Der nach einem solchen Beschluß der Hauptversammlung zur Verteilung bestimmte weitere Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung der Vorzugsaktien und der Stammaktien im Verhältnis ihrer Nennbeträge verwendet. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

In den letzten vier der Umwandlung vorausgegangenen Geschäftsjahren erzielten die c. w. edding & co. GmbH und die in ihr aufgegangene Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) zusammengefaßt folgende Ergebnisse (in TDM):

Über die Verwendung des Bilanzgewinns bestimmt die Satzung folgendes:

Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um 2% höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von 4% des Nennbetrages.

Reicht der Bilanzgewinn eines oder mehrerer Geschäftsjahre nicht zur Vorwegausschüttung von mindestens 4% auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachgezahlt, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien gewährt wird.

Über die Verwendung eines danach verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Der nach einem solchen Beschluß der Hauptversammlung zur Verteilung bestimmte weitere Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung der Vorzugsaktien und der Stammaktien im Verhältnis ihrer Nennbeträge verwendet. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

In den letzten vier der Umwandlung vorausgegangenen Geschäftsjahren erzielten die c. w. edding & co. GmbH und die in ihr aufgegangene Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) zusammengefaßt folgende Ergebnisse (in TDM):

Über die Verwendung des Bilanzgewinns bestimmt die Satzung folgendes:

Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um 2% höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von 4% des Nennbetrages.

Reicht der Bilanzgewinn eines oder mehrerer Geschäftsjahre nicht zur Vorwegausschüttung von mindestens 4% auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachgezahlt, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien gewährt wird.

Über die Verwendung eines danach verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Der nach einem solchen Beschluß der Hauptversammlung zur Verteilung bestimmte weitere Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung der Vorzugsaktien und der Stammaktien im Verhältnis ihrer Nennbeträge verwendet. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

In den letzten vier der Umwandlung vorausgegangenen Geschäftsjahren erzielten die c. w. edding & co. GmbH und die in ihr aufgegangene Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) zusammengefaßt folgende Ergebnisse (in TDM):

Über die Verwendung des Bilanzgewinns bestimmt die Satzung folgendes:

Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um 2% höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von 4% des Nennbetrages.

Reicht der Bilanzgewinn eines oder mehrerer Geschäftsjahre nicht zur Vorwegausschüttung von mindestens 4% auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachgezahlt, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien gewährt wird.

Über die Verwendung eines danach verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Der nach einem solchen Beschluß der Hauptversammlung zur Verteilung bestimmte weitere Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung der Vorzugsaktien und der Stammaktien im Verhältnis ihrer Nennbeträge verwendet. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

In den letzten vier der Umwandlung vorausgegangenen Geschäftsjahren erzielten die c. w. edding & co. GmbH und die in ihr aufgegangene Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) zusammengefaßt folgende Ergebnisse (in TDM):

Über die Verwendung des Bilanzgewinns bestimmt die Satzung folgendes:

Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um 2% höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von 4% des Nennbetrages.

Reicht der Bilanzgewinn eines oder mehrerer Geschäftsjahre nicht zur Vorwegausschüttung von mindestens 4% auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachgezahlt, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien gewährt wird.

Über die Verwendung eines danach verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Der nach einem solchen Beschluß der Hauptversammlung zur Verteilung bestimmte weitere Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung der Vorzugsaktien und der Stammaktien im Verhältnis ihrer Nennbeträge verwendet. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

UNTERNEHMENSBERICHT

Für die Einbeziehung in den geregelteten Freiverkehr von DM 5 000 000,-

auf den Inhaber lautenden stimmrechtslosen Vorzugsaktien

mit Gewinnberechtigung vom 1. Oktober 1986 an

der

edding Aktiengesellschaft, Ahrensburg

100 000 Aktien zu je DM 50,-, verbrieft in

5000 Einzelaktien über je 10 Aktien zu DM 50,- Nr. 1-5000

1500 Sammelaktien über je 50 Aktien zu DM 50,- Nr. 1-1500

1800 Sammelaktien über je 1 Aktie zu DM 50,- Nr. 1-1800

- Wertpapier-Kenn-Nummer 564 793 -

an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg zu Hamburg

GRÜNDUNG, SITZ UND GEGENSTAND

Die edding Aktiengesellschaft - nachstehend auch edding oder Gesellschaft genannt - geht auf die im Jahre 1989 von Carl-Wilhelm Edding und Volker Detlef Ledermann gegründete Personengesellschaft C.-W. Edding & Co. zum Vertrieb von Büroartikeln zurück.

Jesse Gesellschaft übertrug 1984 ihren gesamten Geschäftsbetrieb auf die c. w. edding & co. GmbH und firmierte nunmehr als Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG).

Jurch Gesellschafterbeschlusses der Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG), vertreten durch ihre Gesellschafter Carl-Wilhelm Edding und Volker Detlef Ledermann als Kommanditisten und der V. D. Ledermann & Co. GmbH als Komplementär, wurden deren Beteiligungen an der Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) als Sacheinlage gegen die Gewährung von Gesellschaftsrechten in Höhe von insgesamt DM 7 000 000,- in die c. w. edding & co. GmbH eingebracht, so daß das gesamte Vermögen der Grundstücksgesellschaft auf die GmbH übergegangen ist.

In der darauffolgenden Gesellschafterversammlung der c. w. edding & co. GmbH wurde die formwechselnde Umwandlung in eine Aktiengesellschaft mit wirtschaftlicher Wirkung vom 1. Januar 1986 gemäß § 88 AktG beschlossen.

Das Grundkapital der Aktiengesellschaft betrug zu diesem Zeitpunkt DM 8 000 000,-, eingeteilt in DM 5 000 000,- auf den Inhaber lautende Stammaktien und DM 3 000 000,- auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

Der Umwandlungsbeschluss vom 13. Juni 1986 enthält auch die Änderung der Firma in edding Aktiengesellschaft. Die Aktiengesellschaft wurde am 19. August 1986 in das Handelsregister des Amtsgerichts Ahrensburg (HR B 2673) eingetragen.

Sonderrechte zugunsten einzelner Aktionäre oder Dritter wurden bei der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft nicht gewährt. Den mit der Gründung der Aktiengesellschaft verbundenen Aufwand trägt die Gesellschaft bis zum Gesamtbetrag von DM 100 000,-.

Der Sitz der Gesellschaft ist Ahrensburg.

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, die Herstellung und der Vertrieb von Erzeugnissen zum Schreiben, Malen, Siggieren, Beschriften und Zeichnen, insbesondere solche des Markenzeichens „edding“, von Planungs- und Organisationsgeräten und -systemen sowie von sonstigen Artikeln des Bürobedarfs und anderen Produkten. Die Gesellschaft kann andere Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen und Zweigbetriebe im In- und Ausland errichten sowie alle Geschäfte betreiben, die geeignet sind, dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu dienen.

KAPITALVERHÄLTNISSE

Vor dem Gesellschafter

Geänderte konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 1985 bis 31. Dezember 1985 der Firmen c. w. edding & co. GmbH und Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG)

Table with 5 columns: Item, Stand vor Umgliederung DM, Umgliederung DM, Stand nach Umgliederung DM, 1984 TDM. Rows include Umsatzerlöse, Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Erträge aus Beteiligungen, etc.

Vermerk gemäß § 159 AktG: Im Geschäftsjahr wurden keine Pensionszahlungen geleistet. In den folgenden fünf Geschäftsjahren werden voraussichtlich keine Zahlungen erfolgen.

Der geänderte konsolidierte Jahresabschluss zum 31. Dezember 1985 der Firmen c. w. edding & co. GmbH und Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) Ahrensburg, ist abweichend von den tatsächlichen Verhältnissen so erstellt worden, als wären diese Gesellschaften bereits mit Wirkung vom 31. Dezember 1984 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden.

Hamburg, den 28. August 1986 ERNST & WHINNEY GMBH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft (Dr. P. Knoblauch) Wirtschaftsprüfer

Erörterungen zur geänderten konsolidierten Bilanz zum 31. Dezember 1985 der Firmen c. w. edding & co. GmbH und Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG)

Abschreibungs- und Bewertungsgrundsätze

In dem nach Aktienrecht geänderten konsolidierten Jahresabschluss zum 31. Dezember 1985 ergeben sich keine Änderungen bei den Bewertungsgrundsätzen gegenüber dem konsolidierten Jahresabschluss der beiden Vorgesellschaften.

Die Sachanlagen wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen erfolgten linear. Neben der Normalabschreibung wurden die Sonderabschreibungen gemäß § 3 Zonenrandförderungsgesetz für Zugänge im Berichtsjahr zum beweglichen und unbeweglichen Anlagevermögen in Anspruch genommen.

Die Finanzanlagen wurden zu Teilwerten bewertet. Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte zu durchschnittlichen Anschaffungskosten.

Handelswaren wurden entweder zu durchschnittlichen Einstandspreisen unter Hinzurechnung der angefallenen Nebenkosten oder - wenn dieser zum Jahresende niedriger war - zum Marktpreis bewertet.

Soweit Bestandsrisiken vorliegen, die sich aus der Lagerdauer und vermindertem Verwertbarkeit ergeben, sind Abwertungen in ausreichendem Umfang vorgenommen worden.

Bei den übrigen Gegenständen des Umlaufvermögens wurden erkennbare Einzelrisiken durch Absetzungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wurde durch die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen ausreichend Rechnung getragen.

Die gebildeten Rückstellungen decken alle erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend ab.

AKTIVA

Table with 3 columns: Zugang TDM, Abschreibung TDM, Netto TDM. Rows include Grundstücke mit Geschäftsbau, Werkzeuge, Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen.

In den Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung sind auch Sonderabschreibungen gemäß § 3 Zonenrandförderungsgesetz in Höhe von TDM 47 enthalten.

Die Finanzanlagen verringerten sich von TDM 1289 auf TDM 132. Aufgrund der Übertragung des Geschäftsbetriebs auf eine Exklusivverteilung wurde bei der Beteiligungsgesellschaft c. w. edding inc., New Jersey, USA, der Beteiligungsansatz auf den Wert des Reinvermögens der Gesellschaft abgeschrieben.

Die Vorräte verringerten sich von TDM 6544 auf TDM 6152. Die Geleisteten Anzahlungen verringerten sich von TDM 651 um TDM 30 auf TDM 621.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen geringfügig von TDM 3691 auf TDM 3695. Das Ausfallrisiko auf Forderungen aus dem Warengeschäft mit Drittem wurde durch eine Pauschalwertberichtigung von TDM 141 berücksichtigt.

Kassenbestand und Postcheckguthaben sowie Guthaben bei Kreditinstituten stiegen im Vergleich zu 1984 um TDM 3655 auf TDM 4959. Die Forderungen an verbundene Unternehmen in Höhe von TDM 2703 setzen sich zusammen aus Wechseln an die c. w. edding UK Ltd., London, England, in Höhe von TDM 2692 und Warenforderungen an die c. w. edding inc., New Jersey, USA, in Höhe von TDM 611.

Sonstige Vermögensgegenstände bestanden im wesentlichen aus Umsatzsteuer-Erstattungsansprüchen und aus Forderungen an eine Factor-Gesellschaft.

PASSIVA

Table with 4 columns: Item, 1985 TDM, 1984 TDM, Erläuterungen zur geänderten Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 1985 bis 31. Dezember 1985. Rows include Kapitalfestkonten/Grundkapital, Rücklagen, Kapital-Sonderkonten.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren in Höhe von TDM 40 949 erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um TDM 1693. Der Anstieg der Aufwendungen resultiert im wesentlichen aus dem Anstieg der Umsatzerlöse.

Die Sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge erhöht sich geringfügig um TDM 5 auf TDM 244. Sie enthalten im wesentlichen Lieferantenskonti.

Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen verringerten sich von TDM 87 auf TDM 87. Der Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von TDM 208 betrifft die Auflösung der in 1984 gebildeten Rücklage gemäß § 3 Auslandsinvestitionsgesetz.

Die Sonstigen Erträge erhöht sich von TDM 808 um TDM 48 auf TDM 856. Die Personalveränderungen einschließlich sozialer Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung haben sich von TDM 5815 auf TDM 6442 erhöht.

Der Anstieg der Abschreibungen auf Sachanlagen um TDM 47 auf TDM 685 resultiert aus dem überproportionalen Zugang von Wirtschaftsgütern mit kurzfristiger Lebensdauer und erhöhten Sonderabschreibungen gemäß § 3 Zonenrandförderungsgesetz.

Die Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten und Einstellungen in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen verminderten sich um TDM 275 auf TDM 549.

Fünfjahresübersicht (in TDM)

Table with 6 columns: Item, 1981, 1982, 1983, 1984, 1985. Rows include Ertragslage (Umsatzerlöse, Veränderung, Exportanteil), Personalkosten, Finanzierungsaufwand, Brutto-Cash-Flow, Mitarbeiter, Vermögens- und Finanzlage (Anlagevermögen, Umlaufvermögen, Bilanzsumme, Eigenkapital, Fremdkapital), Kapitalerhöhung, Verschuldungskoeffizient, Eigenkapitalrentabilität.

Unternehmensdaten aus dem konsolidierten Jahresabschluss der c. w. edding & co. GmbH und der Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) unter der Annahme der Rechtsformänderung in eine Aktiengesellschaft zum 1. Januar.

Die DVFA-Ergebnisse vor Steuern. Die Pauschalwertberichtigung wurde bei den Forderungen abgesetzt. Einschließlich 50 % Sonderposten mit Rücklageanteil.

BESITZ- und BETRIEBSBESCHREIBUNG UNTERNEHMENSGESCHICHTE

Die edding Aktiengesellschaft ist aus dem beider von den Herren Carl-Wilhelm Edding und Volker Detlef Ledermann gegründeten Firmen C.-W. EDDING & CO. und V. D. LEDERMANN & CO. hervorgegangen.

Diese Firmen nahmen folgende Entwicklung: 1959 Gründung der C.-W. Edding & Co. als Offene Handelsgesellschaft in Hamburg zum Vertrieb von Filz- und Faserschreibern unter dem Markenname „edding“.

1963 Gründung der V. D. Ledermann & Co. als Offene Handelsgesellschaft in Hamburg zur Entwicklung und zum Vertrieb von Planungs-, Organisations-, Demonstrations- und Schablonen sowie schließlich Zubehör unter dem Markennamen „planMASTER“.

1966 Entwicklung des ersten Faserschreibers im edding-eigenen Design. Die dafür notwendigen Werkzeuge werden von edding in Auftrag gegeben und bezahlt. Das Produkt wird in Lohnverfertigung hergestellt.

1970 Umzug in das eigene Büro- und Lagergebäude in Ahrensburg aufgrund der starken Expansion der vergangenen Jahre.

1976 Erste Erweiterung der Büro- und Lagergebäude.

1978 Annahme der Produktion von Faserschreibern. Aufbau eines eigenen Labors für Qualitätskontrolle und Entwicklung. Bau und Inbetriebnahme einer Produktionshalle.

1980 Zweite Erweiterung der Büro- und Lagergebäude.

1983 Dritte Erweiterung der Bürogebäude.

1983 Gründung der c. w. edding & co. GmbH, die den laufenden Geschäftsbetrieb von den beiden Kommanditgesellschaften übernimmt. Die V. D. Ledermann & Co. (GmbH & Co. KG) wird 1984 nach der Vermögensübertragung auf die Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) - vormals C.-W. Edding & Co. (GmbH & Co. KG) - ohne Liquidation gelöst.

1986 Einbringung der Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) in die c. w. edding & co. GmbH.

Umgründung der GmbH in die edding Aktiengesellschaft.

TOCHTERGESELLSCHAFTEN

Die edding Aktiengesellschaft hält zur Zeit folgende Beteiligungen: c. w. edding inc., New Jersey/USA Vertriebsgesellschaft, Beteiligung 100%.

c. w. edding & co. UK LTD., St. Albans/England Vertriebsgesellschaft, Beteiligung 68%.

C. W. EDDING & CO. S.A. (PTY) LTD., Johannesburg/Südafrika Vertriebsgesellschaft, Beteiligung 100%.

c. w. edding & co. Svenska AB, Hinda/Schweden Vertriebsgesellschaft, Beteiligung 5%.

eps Schreibgeräte Vertriebs-GmbH, Ahrensburg Vertriebsgesellschaft, Beteiligung 37,5%.

edding Vertriebs-GmbH, Ahrensburg Vertriebsgesellschaft, Beteiligung 100%.

PRODUKTE UND PROGRAMME

Die Produkte der Marke edding umfassen Filz- und Faserschreiber, Boardmarker, Lackschreiber, Highlighter, Faserschreiber, Layout Marker sowie Nachfüllstifte und Ersetzminen.

Im Inland wird ein Sortiment ausschließlich über den Bürofachhandel angeboten. Im Marktsegment für Filzschreiber ist edding hier unangefochten die Nr. 1.

VERKEHR

Die edding- und planMASTER-Produkte werden in Deutschland und in über einhundert anderen Ländern vertrieben.

Im Inland wird ein Sortiment ausschließlich über den Bürofachhandel angeboten. Im Marktsegment für Filzschreiber ist edding hier unangefochten die Nr. 1.

GRUNDBESITZ

Der Grundbesitz der Gesellschaft beträgt 12 270 m², wovon 3635 m² bebaut sind.

Vertical text on the right margin, possibly a page number or reference, including '3' and 'NE'.

GESCHÄFTSGANG UND AUSSICHTEN

positive Entwicklung der Gesellschaft setzt sich auch 1986 fort. nachfolgenden Angaben über die Vermögens- und Ertragslage per 30. 6. 1986 sind dem Zwischenabschluss der c. w. edding & co. GmbH - erachtet in die edding Aktiengesellschaft am 19. August 1986 - zum Jahr entnommen.

Table with 2 columns: 'Passiva' and 'Aktiva'. Rows include 'Stammkapital/Einlagen', 'Rücklagen', 'Sonderposten mit Rücklagenanteil', etc.

Table with 2 columns: 'Ertragslage für die Zeit vom 1. 1. 86 - 30. 6. 86 in TDM'. Rows include 'Umsatzerlöse', 'Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe', 'Personalaufwand', etc.

vollständige Zwischenabschluss trägt den uneingeschränkten Belegungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Whin-GmbH, Hamburg.

zum August 1986 erhöhten sich die Umsätze einschließlich vorhandener Aufträge um 7 v. H. auf DM 46,8 Mio.

Umsatzsteigerung konnte mit den vorhandenen Kapazitäten im sonalbereich nicht mehr voll aufgefangen werden. So wurden in verschiedenen Abteilungen Neueinstellungen erforderlich. Der Personalstand zum 31. 8. 1986 beläuft sich auf 84 Mitarbeiter gegenüber 78 im 31. 12. 1985.

für das Geschäftsjahr 1986 vorgesehenen Investitionen für die Produktentwicklung wurden bisher planmäßig durchgeführt und wozu zum Jahresende mehr als 1 Mio. DM beitragen.

der Gesellschaft aus der Kapitalerhöhung zuzuführenden Mitteln der Stärkung der Eigenmittel und sollen das weitere Wachstum der Gesellschaft finanzieren.

gesehen ist vor allem die Erweiterung der Büro- und Lagergebäude schließlich der Errichtung eines Hochregallagers, die Produktentwicklung mit der Weiterentwicklung des bestehenden Schreibgeräteprogramms und dem Einstieg in eine neue Technologie für Planungs- und Investitionssoftware in das Marketing zur Stärkung der Marken- und "PROMASER" im In- und Ausland.

zeit keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, ist für das Geschäftsjahr 1986 auf Basis des erhöhten Kapitals mit einem DVFA-Ergebnis von etwa DM 17,- pro Aktie zu rechnen. Aufgrund der zeitlichen Auftragslage und der Nachfrage nach edding-Produkten (Anteil der Gesellschaft für das kommende Geschäftsjahr ein DVFA-Ergebnis von annähernd DM 20,- pro Aktie. Diese Entwicklung wird eine angemessene Ausschüttung für das erhöhte Grundkapital ermöglichen.

Hamburg, im Oktober 1986 Vorstand



BANCA NAZIONALE DEL LAVORO BNL BANCA NAZIONALE DEL LAVORO

Die Bedeutung der BNL für Italien Mit 405 Geschäftsstellen in allen Teilen des Landes vertreten. Sämtliche mittel- und langfristigen Finanzierungen über Sonderkreditabteilungen.

Tochtergesellschaften und Beteiligungen für Leasing, Factoring und die anderen Dienstleistungen einer modernen Bankengruppe.

Die Rolle der BNL im internationalen Bankgeschäft 11 Filialen, 12 Tochtergesellschaften, 15 Repräsentanzen und 39 Beteiligungen in 39 Ländern der Welt. Dazu ein dichtes Korrespondenznetz. Präsent auf den internationalen Finanzmärkten und an allen wichtigen Handelsplätzen. Die größte Bank Italiens

Die BNL-Gruppe am 31. 12. 1985: Geschäftsvolumen rund 369 Mrd. DM. Eigenmittel und Rückstellungen rund 6,6 Mrd. DM. 25.379 Mitarbeiter.

Kreditanstalt des Öffentlichen Rechts Repräsentanz für die Bundesrepublik Deutschland, 6000 Frankfurt am Main, Neue Mainzer Straße 57, Telefon (069) 250184. Repräsentant: Dr. Alessandro Zuccaro Zweigbüro Düsseldorf, Königsallee 28, 4000 Düsseldorf, Telefon (0211) 320774, Leiter: Dr. Maurizio Laverone Zweigbüro München, Oberanger 26, 8000 München 2, Telefon (089) 264004, Leiter: Dr. Franz Graf zu Stolberg.

VERTRIEB HOSPITALER UND INTERNISTEN In allen Bundesländern, außer Rheinl.-Pfalz und Saarland, suchen wir für erfolgreiches Desinfektionssystem Verbindung zu eingeführten Handelsvertretungen. RANSEMER & PARTNER GMBH, 7500 Karlsruhe 1 Kurtr. 53, Tel.: 07 21 / 37 81 81, Tlx.: 7 825 226

Wir suchen in Krankenhäusern gut eingeführte med.-techn. fachkundige Handelsvertreter für einige Bundesländer. Wir sind ein Unternehmen, das med.-techn. Instrumente für den Einmalgebrauch als Spezialität z. Teil als Neuheit im Bereich der Intensivmedizin, Anästhesie u. der Inneren Medizin herstellt u. vertreibt. Die Produkte sind weitläufig bekannt und werden durch viele Referenzen unterstützt. Wir bieten beste Konditionen mit hoher Provision u. Unterstützung bei der Einführungsarbeit. Das best. Vertretungsgebiet ist bearbeitet u. kann bei intensiver Tätigkeit eine sehr schnelle Erweiterung der Umsätze erzielen. Zuschriften mit bisherigem Tätigkeitsbericht und Bild unter B 6084 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lizenznehmer gesucht! DEFAPAX SB 240/E - tragbar im Handkoffer, 12/220-Volt-Anschlüsse. Sie können es problemlos von unterwegs benutzen, in einem Hotelzimmer oder auch in Ihrem Auto. Es genügen 3 Minuten, um es leicht wie ein Briefpapier zu falten. In wenigen Minuten erhalten Sie eine perfekte Kopie Ihrer Papiere. Bei weiteren Informationen erbiten wir Sie, sich mit uns in Englisch oder Italienisch in Verbindung zu setzen. DEFAS (EXPORT oder IMPORT) Via Mannone, 17, 01022 Castelrotto TP (Italia) Tel. 06 39 / 5 24 / 4 10 21, Telex 9 10 64

PARTNER Wer möchte sich selbstständig machen? Wer hat Anfangskapital frei, ca. DM 20 000,-, oder eine gute Auskunft? Wer möchte innerhalb seines Wohnbereiches eine feste Anstellung haben und doch selbstständig tätig sein eigener Chef sein? Wer möchte DM 4500,- netto monatlich fest verdienen und auch sein Konto selbst überwachend führen? Wer ist in seiner Arbeit beständig und möchte seriös und ehrlich seine Zukunft selbst überwachen und auch verantwortlich bewußt eine in der Kfz-Branche gute, gesicherte Mr.-Carshare Station übernehmen? Bewerbung unter U 5901 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

JOURNAL für die Frau Alles, was Frauen lieben. Alle 14 Tage neu: aktuelle Mode - leckere Rezepte flotte Handarbeiten - reizvolle Schönheitsstips viel Unterhaltung und praktische Anregungen

DIE WELT bezieht ihre Informationen und Berichte von mehreren in- und ausländischen Nachrichtenagenturen sowie vor allem von eigenen Mitarbeitern überall in der Welt. 01-157

Unter der Schirmherrschaft von Alt-Bundespräsident Professor Karl Carstens. 30.000,-DM zu gewinnen. Jugend schützt Umwelt. Sven-Simon-Preis. Wissenschaftliche Leitung: Verhaltensforscher Vitus B. Dröschner.

Die Natur ist in Gefahr. Die Politiker wehklagen darüber. Die Jugend möchte etwas tun. Wir wollen ihr dabei helfen. Mit dem Sven-Simon-Preis „Jugend schützt Umwelt“. Alle Jugendlichen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 10 und 28 Jahren sind eingeladen, an diesem Wettstreit zur Rettung der Natur teilzunehmen. Gewinnen können aktuelle Arbeiten von Einzelpersonen oder Gruppen, die sich mit Tier- und Pflanzen-, Natur- und Umwelt-Schutz befassen. Die beste „Arbeit des Monats“ wird am letzten Sonntag jeden Monats in WELT am SONNTAG veröffentlicht. Unter den 12 Monatssiegern wählen dann die Leser von WELT am SONNTAG den Gesamtsieger. Zu gewinnen sind insgesamt 30.000 DM. Machen Sie mit. Es lohnt sich - für Sie und unsere Umwelt. WELT am SONNTAG

Sicherheitsmaßnahmen bildet Personenschutz und Sicherheitspersonal aus. Zuschriften unter B 6150 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wahrsagerin Virchow Tel. 0 62 02 / 1 04 21

HAMBURG: Kleines Büro mit guter Adresse übernahmte teleg. Auftragsannahme. Zuschr. erb. u. W 5903 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Liquiditätsprobleme Wir helfen Ihnen bei der Lösung Ihrer Probleme mit 12jähriger Sanierungserfahrung. Tel. 0 44 71 / 62 69

Kunststoff-Verarbeitungsbetrieb mit Formbau hat noch Kapazitäten frei. Tel. 0 70 21 / 5 12 54

Ein alter, adeliger deutscher Familienname mit Wappen als Freistige- u. Image-Symbol für Ihre Firma! Nur absolut seriöse Anfragen werden beantwortet. Nähere Einzelheiten unter Bekanntgabe Ihrer Vorstellungen unter X 890 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Chinesischer Hersteller sucht eingeführten Vertriebspartner BRD u. europ. Ausland. Artikel im Bereich rheumatischer Erkrankungen, Gelenkschmerzen etc. GA GmbH Hörterstraße 15 2000 Hamburg 64, Tel. 040/5331338 Mo.-Fr. 9-13 Uhr, Telex 2 165 174

Exklusive Schminke Fußgänger, Groß, Essen, 25 m², 1000 DM Miete, m. Warenlager (hochw. ital. Damenschuhe), wegen Umzugs zu verkaufen. Angebote unter G 6089 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Makler, Anlageberater, Agenten Ihre Kundschaft wäre von unserem in der Schweiz basierten und verwalteten, außergewöhnlichen sicheren, interessanten, diversifizierten und hochrentierlichen Anlageplan begeistert. Sie jedenfalls auch! Ihre Anfragen richten Sie bitte an PUFER, CHIFFRE 22-115 258 1002 Lausanne, Schweiz

SHOP-in-SHOP Wir suchen im Kundenauftrag für die Eröffnung eines neuen Ladenkonzeptes in bester Lauffage Hamburg (Hohelutchaussee) einen Einzelhandelspartner aus den Bereichen CD-Platten, Geschenkideen, Bonbon-Stand, junge Mode (Damen und Herren) o.ä. Einem mit Pan und witzigen Ideen, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind, senden ihre Angebote bitte an AGENTUR WINKLER OHG Kollastr. 70, 2000 Hamburg 20

Münchener WERBEAGENTUR bietet Bürogemeinschaft inkl. Servicepool, Citylage. Zuschr. erb. u. V 5902 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Trimm Trab: Das neue Laufen, ohne zu schnaufen

Farbige Aufgabe Es geht um Autoreparaturlacke. Als Verkaufsleiter Nord haben Sie Ihre Gesprächspartner im einschlägigen Fachhandel. Wenn Sie Vertriebsberatung mit technischen Produkten - idealerweise im Bereich „Kfz-Teile/Zubehör“ - gesammelt haben, wissen Sie, daß Sie in einer Außendienst-Schlüsselfunktion hier Ihre berufliche Entwicklung selbst bestimmen können. Zumal da die Gesellschaft zu den umsatzstärksten Anbietern der Branche zählt und Sie mit einer qualifizierten Mannschaft unterstützt. Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 25. Oktober, in der BERUFS-WELT, dem großen Stellenteil der WELT. Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Abonnieren Sie DIE WELT - Ihren täglichen Informationsvorsprung

Form for subscription: Vorname/Name: Straße/Nr.: PLZ/Ort: Beruf: Vorw./Tel: Datum: Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36. Unterschrift: Sie haben das Recht, eine Abonnementbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

girsberger Innovation aus Tradition. trilax Die neue Dimension im Büro. Aufgebaut auf 3 Gelenken schmiegt sich Trilax jeder Bewegung körpersynchron an. Und das Trilax-System ist in jeder Position arretierbar. Ein Stuhl, heute geschaffen für die Zukunft. Von Girsberger. Bezugsquellen durch Girsberger Sitzmöbelfabriken D-7833 Edingen, Tel. (0 76 42) 7081 CH-4922 Rützbühl, Tel. (0633) 43 13 55

Table with columns for 'Ausland' and 'Amsterdam', listing various international stocks and their prices.

Table with columns for 'Kopenhagen' and 'London', listing stocks from Denmark and the UK.

Table with columns for 'Luxemburg' and 'Madrid', listing stocks from Luxembourg and Spain.

Table with columns for 'New York', listing various US stocks.

Table with columns for 'Paris', listing French stocks.

Table with columns for 'Johannesburg', listing South African stocks.

Table with columns for 'Stockholm', listing Swedish stocks.

Table with columns for 'Tokio', listing Japanese stocks.

Table with columns for 'Oslo', listing Norwegian stocks.

Table with columns for 'Zürich', listing Swiss stocks.

Table with columns for 'Inlandszertifikate', listing domestic certificates.

Table with columns for 'Auslandszertifikate', listing foreign certificates.

Table with columns for 'Optionshandel', listing options trading data.

Table with columns for 'Rentenoptionen', listing interest rate options.

Table with columns for 'Junge Aktien', listing young stocks.

Table with columns for 'Devisenmärkte', listing foreign exchange markets.

Table with columns for 'Devisen und Sorten', listing currencies and types.

Table with columns for 'Devisen und Sorten', listing currencies and types.

Table with columns for 'Devisen und Sorten', listing currencies and types.

Table with columns for 'Devisen und Sorten', listing currencies and types.

Large advertisement for interRent iR car rental service, featuring a car image and text: 'Das Spezial-Angebot an 65 interRent Stationen. In wichtigen Wirtschaftszentren und an allen Verkehrsflughäfen: Zum Beispiel... bei Anmietung und Rückgabe an einer dieser 65 Stationen. Auch im One-way.' Includes a handwritten note '11/10/86' and a logo for 'interRent iR'.

NACHRICHTEN

Gerlein-Comelin gestorben
Lausanne (sid) - Der Kolumbianer Gerlein-Comelin, Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), ist tot. Der 84 Jahre alte Olympiker, der bei der 91. IOC-Session in Lausanne eine schwere Herzattacke erlitt, ist bereits am Samstagabend gestorben. In der Nacht zum Donnerstag war er "klinisch tot" in die Universitätsklinik in Lausanne eingeliefert worden.

Surfen: Naish Weltmeister
Zandvoort (sid) - Der Amerikaner Robby Naish verteidigte seinen Titel als Surf-Weltmeister erfolgreich. Im vierten und letzten Worldcup-Wettbewerb in Zandvoort sicherte er sich den Titel mit 3,4 Punkten vor dem Schweden Anders Bringdal. Bei den Damen siegte die Französin Nathalie Lelievre mit 5,7 Punkten.

Fichtel gewann Weltcup
Pistoia (sid) - Weltmeisterin Anja Fichtel gewann in Pistoia (Rumänien) den Weltcup-Auftakt der Florett-Junioren. Im Finale setzte sich die Tauberrichtschießerin gegen ihre Mannschaftskameradin Susanne Lang mit 10:9 durch.

Spandau gegen VK Kotor
Berlin (sid) - Im Halbfinale des Wasserball-Europapokals wartet auf Titelverteidiger Spandau Berlin 04 ein schwerer Gegner. Am 1. November muß sich der achtmalige deutsche Meister bei VK Kotor (Jugoslawien) antreten. Bei Kotor spielen drei Spieler, die zu Jugoslawiens Weltmeister-Mannschaft gehören.

Punktrichter gehorft
Budapest (sid) - Box-Europameister Ferenc Somodi (Super-Schwergewicht) wurde bis zum Jahresende 1987 gesperrt, weil er nach dem verlorenen Finalkampf um die ungarische Meisterschaft gegen Istvan Lewan einen Punktrichter ins Gesicht schlug. Die Ohrfeige gab er dem Punktrichter im Kabinengang.

Barcelona verlor 0:1
Barcelona (sid) - Durch eine 0:1-Niederlage bei Real Murcia hat der FC Barcelona in der spanischen Fußball-Meisterschaft die Tabellenführung an Real Madrid abgegeben. Barcelona, das weiterhin auf den früheren Kölner Nationalspieler Bernd Schuster verzichtet, erlitt damit die erste Saison-Niederlage.

Auf neutralen Platz
Istanbul (sid) - Der türkische Fußballmeister Besiktas Istanbul ist bereit, sein Europacup-Hinspiel gegen Zyperns Meister Hapoel Nikosia auf einem neutralen Platz auszuspielen. Die Türken reagierten damit auf die Absage von Nikosia, das nach einem Regierungsbeschluss wegen der gespannten politischen Lage zwischen beiden Ländern nicht zum Spiel (22. 10.) nach Istanbul reisen darf. Die Austragung des Rückspiels am 5. November ist ebenfalls noch nicht geklärt.

Golf: Geteilter Sieg
Paris (GAB) - Die Dunkelheit machte Bernhard Langer (Anhausen) und Severiano Ballesteros (Spanien) zum gemeinsamen Gewinner der Lancelotti-Trophy beim Turnier der Golfprofis in St. Nom la Breche bei Paris, wofür beide 39 500 Dollar kassierten. Das Stechen mußte nach dem vierten Extra-Loch abgebrochen werden, nachdem Langer (73+69+66+69) und Ballesteros (74+69+68+70) nach 72 Löchern mit je 274 Schlägen gleich waren. Dritter wurde Des Smyth (Irland) mit 72+69+68+66+275.

Trik kämpft um Bronze
Budapest (sid) - Der Freistil-Spezialist Reiner Trik aus Wetzlar kämpft bei den Ringen-Weltmeisterschaften in Budapest um die Bronzemedaille. Der 23 Jahre alte Mittelgewichtler (bis 82 Kilo) muß heute im Kampf um den dritten Rang gegen Jozsef Lohyna (CSSR) auf die Matte.

ZAHLEN

FUSSBALL
Zweite Bundesliga, 13. Spieltag: Wattenscheid - Oberhausen 2:3 (1:1).

TENNIS
Internationales Turnier der Herren in Casablanca, Finale: Schwahler (Bundesrepublik Deutschland) - Windahl (Schweden) 6:3, 6:3.

MOTOR
Tourwagen-EM, 14. und letzter Lauf in Estoril/Portugal: 1. Niedzwiedz/Soper (Bundesrepublik Deutschland/England), Ford Sierra XB 4, 2. Walkinshaw/Percy (England) Roger Vitese, 3. Bahner/Allam (Bundesrepublik Deutschland/England) Rover Vitese, 4. Saldi/Anderson (Italien/Schweden) Volvo 240 Turbo, 5. Schlusser/Brancaelli/Goosen (Frankreich/Italien/Belgien) Rover Vitese, 6. Bossard/Ambarrena (Schweiz/Spanien) BMW 528i CSL - Fahrer-Wertung, Endstand: 1. Percy 219 Punkte, 2. Ravaglia 218, 3. Vogt (Bundesrepublik Deutschland) 204.

EISHOCKEY
Bundesliga, 10. Spieltag: Köln - Landshut 7:0, Mannheim - Düsseldorf 6:2, Iserlohn - Frankfurt 6:5, Kaufbeuren - Schwentingen 4:1, Rosenheim - Rießensee 6:1.

TISCHTENNIS
Europapokal, 1. Division, zweiter Spieltag: Norwegen - Deutschland 1:6, Dänemark - Finnland 3:4, Österreich - England 0:7, Türkei - Italien 4:3.

GEWINNZAHLEN
Answahlwette: 3 aus 45: 7, 20, 23, 29, 36, 40, Zusatzzahl: 7. (Ohne Gewähr)

EUROPAPOKAL / Zuversicht für die 2. Runde

Lösbare Aufgaben, aber es drohen wieder mal beschwerliche Reisen

sid/Düsseldorf
Weiterkommen und weiterhin kassieren - unter diesem Motto geht die Fußball-Bundesliga morgen voller Zuversicht in die zweite Runde des Europapokals. Die Rückspiele finden am 5. November statt. Nach dem teuer bezahlten K.o. von Vizemeister Werder Bremen zum Auftakt gegen Atletico Madrid steht das verlebene DFB-Quintett vor lösbaren Aufgaben, aber zum Teil beschwerlichen Reisen. Schon in den morgigen Hinspielen wollen Meister Bayern München (gegen Austria Wien) und Pokal-Finalist VfB Stuttgart (bei Torpedo Moskau) sowie im UEFA-Pokal Bayer Uerdingen (bei Widzew Lodz), Borussia Mönchengladbach (gegen Feyenoord Rotterdam) und Bayer Leverkusen (bei Dukla Prag) den Grundstein für das Verbleiben im Spiel um die Millionen-Einnahmen legen. Leicht wird dieses Unterfangen nicht, auch wenn der Teamchef Franz Beckenbauer ihnen Mut zuspricht: "Alle Mannschaften haben eine reelle Chance, die nächste Runde zu erreichen."

Bayern München: Das wohl spannendste Duell im Europapokal aus Sicht der Bundesligaklubs steigt sicherlich im Olympiastadion. "Die Spiele Deutschland gegen Österreich waren schon immer etwas besonderes. In diesen Derbys geht es um mehr als nur ums Prestige", meinte Nationalspieler Lothar Matthäus vor der Begegnung mit Austria Wien. Und dieses Prestige-Duell bringt den Bayern dazu noch eine gefüllte Kasse. Die 50 000 Zuschauer, mit denen Bayern rechnet, bringen bei leicht angehobenen Preisen etwa eine Million Mark für den Klub. Rechnet Schatzmeister Kurt Heggerich die Einnahmen aus dem Spiel gegen Eindhoven (32 000) aus der ersten Runde noch dazu, so ist der Etat aus den Europapokalspielen bereits gedeckt. Kommen die Bayern weiter, kann nur noch Gewinn erwirtschaftet werden.

Weiterkommen will die Mannschaft unbedingt - trotz der schwachen Vorstellung beim 1:1 in Berlin. Trainer Udo Lattek sagt: "Wir wollen nach zehn Jahren endlich einmal wieder den Europapokal gewinnen." Und weiter: "Wer dieses Ziel erreichen will, muß eben auch die Wiener aus dem Weg räumen." Sein Assistent Werner Olk beobachtete Austria beim 1:1 gegen den Grazer AK. Sein Urteil: "Diese Leistung besagt überhaupt nichts. Die können viel stärker spielen, das werden wir am Mittwoch zu spüren bekommen."

VfB Stuttgart: Wie stark Torpedo Moskau sein wird, wissen die Stuttgarter auch nicht ganz genau, obwohl Trainer Egon Coordes und Assistent Helmut Roeder den Gegner beobachtet haben. Coordes über Torpedo: "Das Team bestätigt den Eindruck, den die sowjetische Nationalelf bei der WM in Mexiko hinterlassen hat. Es wird nicht mehr so schematisch gespielt, fußballerisch hat Torpedo viel zu bieten." Deshalb hofft Nationalspieler Guido Buchwald: "Unser Ziel muß es sein, knapp zu verlieren und ein Tor zu schießen, um im Rückspiel den Spielfeld umzudrehen."

Der Wechsel im Tor führt gleichzeitig zu einem anderen Rollentausch. Schumachers Vertreter als Mannschaftsführer ist in seinem 51. Lebensjahr wahrscheinlich Lothar Matthäus (25). Von den 79 Vorgängern, die für dieses Ehrenamt auserwählt wurden, war nur der Stuttgarter Karlheinz Förster 1983 ein paar Monate lang. Allerdings wäre für Beckenbauer auch der Kölner Klaus Allofs ein "sehr geeigneter Kandidat". Beckenbauer: "Wir werden in dieser Frage in Ruhe entscheiden, denn es handelt sich um eine wichtige Auszeichnung." Großzügig verhält sich Beckenbauer, indem er den Mannheimer Jürgen Kohler und den Nürnbergger Dieter

NATIONALELF / Aufgebot für Spiel in Wien

Beckenbauer gibt einmal Eike Immel eine Chance

sid, Düsseldorf
Im letzten Länderspiel eines ereignisreichen WM-Jahres schickt Franz Beckenbauer am nächsten Mittwoch (19 Uhr) in Wien gegen Österreich zwar keinen Neuling aufs Feld, wohl aber einen Kandidaten aus dem zweiten Glied. Eike Immel, der schon 1980 als 19jähriger seine Premiere feierte und als Kronprinz von Harald Schumacher eingestuft wurde, seitdem jedoch nur noch dreimal das DFB-Trikot trug, rückt diesmal zur Nummer eins auf. "Eike hat sich die Chance verdient", meinte der Teamchef über den Stuttgarter, der sein Reservisten-Dasein im Gegensatz zum aufmüpfigen Uli Stein (Hamburg) bislang stets mit einer Engelsgeduld ertrug.

Der Wechsel im Tor führt gleichzeitig zu einem anderen Rollentausch. Schumachers Vertreter als Mannschaftsführer ist in seinem 51. Lebensjahr wahrscheinlich Lothar Matthäus (25). Von den 79 Vorgängern, die für dieses Ehrenamt auserwählt wurden, war nur der Stuttgarter Karlheinz Förster 1983 ein paar Monate lang. Allerdings wäre für Beckenbauer auch der Kölner Klaus Allofs ein "sehr geeigneter Kandidat". Beckenbauer: "Wir werden in dieser Frage in Ruhe entscheiden, denn es handelt sich um eine wichtige Auszeichnung." Großzügig verhält sich Beckenbauer, indem er den Mannheimer Jürgen Kohler und den Nürnbergger Dieter

Größzügig verhält sich Beckenbauer, indem er den Mannheimer Jürgen Kohler und den Nürnbergger Dieter

EISHOCKEY-KULISSE / Erste Länderspielreise nach China

● Mannheim und Kaufbeuren (je 15:5) bauten ihre Führung in der Bundesliga weiter aus. Dagegen stecken Köln (12:8) und Düsseldorf (8:12) immer noch in einem Formtief. Rießensee (3:17) kämpft schon jetzt nur noch gegen den Abstieg. ● Der tschechoslowakische Stürmer Pavel Richter (Kaufbeuren) führt mit jetzt zwölf Toren weiterhin die Torschützenwertung an, wurde aber am Sonntag von Dony Held (ECV Iserlohn) eingeholt. Held schloß am Wochenende insgesamt vier Tore.



Immer wenn es etwas zu tunen gibt, ist der Düsseldorf Roy Roedger (der auf dem Foto auf einem Gegner sitzt) nicht weit. In Mannheim hatte er mal wieder einen Aussetzer und zettelte eine Prügelei an. FOTO: DPA

„Komisches Gesicht“ von Reil beim Handschlag - da schlug Roedger zu

Dem Erfolg der Mannschaft folgte der persönliche Erfolg für die Spieler. Zwei aus der Überraschungsmannschaft des ESV Kaufbeuren können bald mit einer Berufung in die Nationalmannschaft rechnen. Verteidiger Klaus Micheller (19) und Stürmer Adam Dietrich (22) fielen Bundestrainer Unsinn besonders auf. "Ganz hervorragend, was die gespielt haben. Vor allem der Klaus Micheller. Ein ungemein athletischer Typ", sagte Unsinn. Und weiter: "Der bringt auch die Einstellung mit. Der geht sogar noch nach dem Training in den Krautraum und trainiert alleine für sich."

In seiner Begeisterung geriet Xavier Unsinn regelrecht ins Schwärmen. In Kaufbeuren haben sie überhaupt tolle Nachwuchsspieler. Die haben alle ihr Abitur mit 1,3 oder 1,3 gemacht. Das sind intelligente Spieler. Das wichtigste aber ist, daß sie auch die athletischen Voraussetzungen mitbringen. Das hat man ja nicht immer, daß intelligente Leute auch gute Spieler sind. Bei denen aber stimmt alles. Die haben auch eine klare Linie in ihrem Privatleben." Klaus Micheller und Dietrich Adam erhalten in den nächsten Tagen erstmals eine Einladung zur Nationalmannschaft, die Mitte November eine zweiwöchige China-Reise antreten wird.

Der Bundestrainer wird in den kommenden Tagen 50 Spieler nominieren. Die große Zahl ist notwendig, weil in der Bundesliga-Pause zwischen dem 16. November und 4. Dezember gleichzeitig zwei Länderspiel-Tourneen am Programm stehen. Die eine Mannschaft führt unter Unsinn's Leitung nach Calgary (Kanada) und in Nordamerika fünf Testspiele bestreiten. Die andere Mannschaft fliegt mit Junioren-Nationaltrainer Hans Rampf (55)

geht der Trend in die gleiche Richtung. "Ein Teil der Fußball-Fans ist bereits bei uns", sagt Geschäftsführer Horst Kallsbach (35) vom Mannheimer ERC. Am Samstag beim Bundesligaspiel gegen den VfL Bochum hatte der Fußballklub SV Waldhof Mannheim nur 500 Zuschauer mehr als tags darauf der Eishockey-Verein Mannheimer ERC. "Ich werde keine ausgesprochene A- oder B-Mannschaft aufstellen", sagt Bundestrainer Unsinn. "Beide Mannschaften sollen etwa gleich stark werden, da wir uns in China auf keinen Fall hämmern wollen." Zu einem vorbereitenden Trainingslager bleibt angesichts des prall gefüllten Terminkalenders in der Bundesliga keine Zeit. Deshalb will Unsinn in den bevorstehenden Länderspielen weitgehend komplette und eingesperrte Mannschaftsteile aus den Vereinen übernehmen.

Die Reaktion von Roy Roedger blieb ohne Folgen, aber sie ist ein Indiz für die zunehmende Nervosität bei der Düsseldorf-EG, die bisher weit hinter den hochgesteckten Erwartungen zurückgeblieben ist. "Wir sind alle frustriert", sagt Roedger, "daß ich dachte ich schon nach dem 3:2 gegen Köln, das sei der Durchbruch gewesen." Nach dem ersten Drittel hatte Düsseldorf auch noch 1:0 geführt, aber dann "machen wir immer wieder elementare Fehler in unserem Drittel", sagt Roedger. Ist das alles ein Grund, gleich auszuraschen?

Die Funktionäre von Hertha BSC Berlin waren entsetzt über die Nachricht: Der Wirt, der vor knapp einem Jahr in seiner Ostberliner Kneipe eine heimliche Weihnachtsfeier zwischen Mitgliedern von Hertha BSC und dem "DDR"-Oberligaklub 1. FC Union Berlin organisiert hatte, wurde inzwischen zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Das ist nur ein Beispiel dafür, daß für die "DDR"-Sicherheitskräfte die Probleme mit dem Fußballsport und seinen Anhängern nicht abreißen. So gab es in dieser Saison trotz drakonischer Gerichtsurteile in vorherigen Fällen bei einem Oberligaspiel zwischen "Eisern" Union und Energie Cottbus einen Steinwurf aus dem Block der Union-Fans. Nach einem Bericht des Facblatts "Deutsches Sportecho" traf "der Rabauke", der "einen Spielabbruch provozieren" wollte, mit seinem Stein einen Rostocker Linienrichter am Hinterkopf. Alkohol spielte oft eine Rolle, was zu einem totalen Alkoholverbot in "DDR"-Fußballstadien führte. Ein Sprecher des "DDR"-Außenministeriums bestätigte: "Angetrunkene Besucher werden nicht eingelassen."

Diese Regel hat neuerdings auch für immer mehr Westberliner Fans Folgen. Die "DDR"-Grenzer verweigern nach zuverlässigen Angaben aus West-Berlin immer mehr angetrunken wirkenden Hertha-Fans die Einreise nach Ost-Berlin, wenn diese dort Spiele von Union besuchen wollen und schon an der Grenze mit Pöbeleien unangenehm auffallen. Hans Birkenbeul, Sprecher der Innenverwaltung des Senats, bestätigte: "Solche Zurückweisungen lagen in den Personen begründet, nicht in der Sache." Die Grenzer legen jedoch an das Verhalten der Fans bei der Grenzkontrolle einen strengen Maßstab an. Generell ist nach Information aus Hertha-Kreisen das Bemühen erkennbar, die Verbindungen zwischen Hertha-Fans und befreundeten Union-Fans zu vermindern. Nur vor diesem Hintergrund ist nach Meinung von Westberliner Fußballanhängern die außergewöhnlich harte "DDR"-Reaktion auf die heimliche Weihnachtsfeier in Ost-Berlin zu erklären. Die Informationen von Freunden aus Ost-Berlin über das Schicksal des Kneipenwirts sind nach Hertha-Angaben zuverlässig. Schon damals, in den ersten Wochen nach der Feier, in die Volkspolizisten platziert waren, hatten Hertha-Mitglieder bei privaten Einreisen nach Ost-Berlin erhebliche Behinderungen und peinlich genaue Kontrollen über sich ergehen lassen müssen. Trotz aller Schwierigkeiten bleibt es jedoch dabei: Bei Hertha-Spielen wird traditionell ein Transparent im Stadion gezeigt: "Hertha grüßt Eisern-Union" und im Osten an der Wuhleide heißt es in Sprechchören immer wieder: "Ha-Ho-He-Hertha BSC."

STANDPUNKT

Nullpunkt erreicht

Der Handball hierzulande steckt in einer Entwicklungsphase. Doch während bei den Männern der Trend aufwärts zeigt, erreichten die Frauen sechs Wochen vor der Weltmeisterschaft den Nullpunkt.

Nicht nur die Tatsache, daß beim Sechsländer-Turnier in Holland ein letzter Platz herausrang, sondern die Art der Niederlagen läßt für die bevorstehende WM das Schlimmste befürchten. Fast jede Begegnung wurde zu einer Demonstration spielerischer Unzulänglichkeit. Bundestrainer Ekke Hoffmann ist an der negativen Entwicklung nicht schuldig. Nach der Bronzemedaille, die sein Team bei der B-WM 1985 im eigenen Land gewann, versäumte er es, die sich bildenden Lücken aufzufüllen. So gelang es ihm nicht, die nach dem Rücktritt der Leverkusenerin Britta Vates noch immer vakante Schlüsselposition der Spielmacherin optimal zu besetzen.

Die Frankfurterin Hannelore Koch, die beste Linkshänderin, wäre als Aufbauspielerin eine gute Alternative, doch auf ihren Einsatz verzichtete der Bundestrainer aus persönlichen Gründen. Das ist kein Einzelfall. Die talentierte Michaela Eiler vom VfL Engelskirchen, die auf der international nur ungenügend besetzten Kreisläufer-Position zu den auffälligsten Bundesligaspielerinnen gehört, findet ebenfalls aus privaten Gründen keine Berücksichtigung.

Ohnehin scheint der Bundestrainer eher den Spielerinnen aus unterklassigen Vereinen zu vertrauen. Am Kreis setzte er Lydia Wesche vom drittklassigen SV Union Hamburg ein, ein Experiment, das kläglich scheiterte. Selbst anerkannte Trainerkollegen wie Jürgen Gerlach vom TV Lützellinden haben dafür kein Verständnis. Im halbblinken Rückraum fixiert Sabine Kalla vom zweitklassigen Eintracht Lohr ein trauriges Statisten-Dasein, ein Schicksal, das sie sich allerdings mit der Engelskirchnerin Corinna Kunze teilt.

Engelskirchens Linkshänderin Dagmar Stellberg, seit Jahren eine Ausnahmeerscheinung im Frauenhandball, ist im Angriff Alleinunterhalterin. Sie und das Torhüterduo Astrid Hühn und Sabrina Koschella sind die einzig stabilen Größen. Ekke Hoffmann hat den Kredit, den er mit der Bronzemedaille 1985 gewann, in nur zehn Monaten offenbar verspielt. Er habe praktisch keine Mannschaft, erklärte er nach dem Debakel von Holland - ein größeres Armutszeugnis kann sich ein Trainer kurz vor einer WM wohl kaum ausstellen. ANGELA BERN

SPORTÄRZTE

Flammender Appell von Donike

Die Sportärzte der Bundesrepublik haben sich viel vorgenommen. Beim 30. Kongreß in Kiel entwickelte der Präsident des Deutschen Sportärzte-Bundes (DSAB), Professor Dr. Wildor Hollmann, ein Reformprogramm für den Spitzensport, und der Kölner Dopingexperte Professor Dr. Manfred Donike forderte seine Kollegen von der medizinischen Fakultät in einem leidenschaftlichen Appell zum verstärkten Anti-Doping-Kampf, zur Beendigung der "Experimente an den Spitzensportlern" auf.

Wildor Hollmann, seit dem Weltkongreß in Brisbane auch Präsident des Weltverbandes für Sportmedizin (FISM), engagierter Kritiker expansiver Kommerzialisierung und Professionalisierung des Hochleistungssports, forderte eine Limitierung der Wettkämpfe, das "Ende der Wettbewerbsinflation": "Der Wanderzirkus in Tennis, Leichtathletik und Skisport läßt keine Regeneration zu."

Daneben setzte sich Hollmann für ein Mindestalter für die Teilnahme an internationalen Wettbewerben ein. Für die verletzungsgefährlichen Sportarten forderte der renommierte Leiter des Instituts für Kreislauforschung und Sportmedizin der Deutschen Sporthochschule Köln "einschneidende Regeleränderungen zum Schutz der Sportler und des Sports."

Für Furore sorgte das Referat von Manfred Donike. Der Leiter des Kölner Instituts für Biochemie an der Deutschen Sporthochschule Köln warnte seine staunenden Anabolika-Markt, der von vielen Spitzensportlern und deren Betreuern genutzt wird. Zuletzt hatte Donike bei den Asien-Spielen in Seoul zwölf Dopingvergehen nachgewiesen. Donike forderte das "Ende der Experimente an den Spitzensportlern", wobei er auf den steigenden Mißbrauch des Sexualhormons Testosteron zielte: "Der dramatische Anabolika-Mißbrauch ist der größte Risikofaktor des Hochleistungssports."

Donike sieht die einzig wirksame Chance des Anti-Doping-Kampfs in unangemeldeten Trainingskontrollen, aber dafür "fehlen derzeit die juristischen Voraussetzungen".

BIELEFELD

Sportgericht muß tagen

Ein Nachspiel vor dem Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) wird das Zweitliga-Spiel Arminia Bielefeld gegen den 1. FC Saarbrücken haben. Die Bielefelder legten gestern Protest gegen die Spielwertung (1:3) ein. "Frühestens in der nächsten Woche ist ein Termin für eine mündliche Verhandlung möglich", bestätigte ein DFB-Sprecher. Der 1. FC Saarbrücken soll ebenfalls zu einer Stellungnahme aufgefordert werden.

Arminia Bielefeld war am vergangenen Samstag wegen insgesamt zehn verletzter oder erkrankter Spieler zum Treffen gegen den 1. FC Saarbrücken nur mit zehn Akteuren - ein Novum im bezahlten Fußball - unter Protest angetreten. Der DFB hatte 24 Stunden zuvor eine Verlegung der Begegnung aus "grundsätzlichen Erwägungen" abgelehnt. DFB-Liga-Sekretär Wilfried Straub dazu: "Wir wollten keinen Präzedenzfall schaffen."

Die Bielefelder hatten sieben Profis und die höchstzulässige Zahl von drei Amateuren aufgeboten und konnten die Mannschaft nicht ergänzen, als sich nach wenigen Minuten mit Thomas Ostermann ein weiterer Spieler bei einem Tackling verletzte. Arminia mußte das Treffen mit nur neun Spielern beenden, da lediglich drei Amateure eingesetzt werden können.

FUSSBALL / Heimliche Feier mit Hertha-Fans

Ostberliner Kneipenwirt muß zwei Jahre in Haft

Die Funktionäre von Hertha BSC Berlin waren entsetzt über die Nachricht: Der Wirt, der vor knapp einem Jahr in seiner Ostberliner Kneipe eine heimliche Weihnachtsfeier zwischen Mitgliedern von Hertha BSC und dem "DDR"-Oberligaklub 1. FC Union Berlin organisiert hatte, wurde inzwischen zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Das ist nur ein Beispiel dafür, daß für die "DDR"-Sicherheitskräfte die Probleme mit dem Fußballsport und seinen Anhängern nicht abreißen. So gab es in dieser Saison trotz drakonischer Gerichtsurteile in vorherigen Fällen bei einem Oberligaspiel zwischen "Eisern" Union und Energie Cottbus einen Steinwurf aus dem Block der Union-Fans. Nach einem Bericht des Facblatts "Deutsches Sportecho" traf "der Rabauke", der "einen Spielabbruch provozieren" wollte, mit seinem Stein einen Rostocker Linienrichter am Hinterkopf. Alkohol spielte oft eine Rolle, was zu einem totalen Alkoholverbot in "DDR"-Fußballstadien führte. Ein Sprecher des "DDR"-Außenministeriums bestätigte: "Angetrunkene Besucher werden nicht eingelassen."

Diese Regel hat neuerdings auch für immer mehr Westberliner Fans Folgen. Die "DDR"-Grenzer verweigern nach zuverlässigen Angaben aus West-Berlin immer mehr angetrunken wirkenden Hertha-Fans die Einreise nach Ost-Berlin, wenn diese dort Spiele von Union besuchen wollen und schon an der Grenze mit Pöbeleien unangenehm auffallen. Hans Birkenbeul, Sprecher der Innenverwaltung des Senats, bestätigte: "Solche Zurückweisungen lagen in den Personen begründet, nicht in der Sache." Die Grenzer legen jedoch an das Verhalten der Fans bei der Grenzkontrolle einen strengen Maßstab an. Generell ist nach Information aus Hertha-Kreisen das Bemühen erkennbar, die Verbindungen zwischen Hertha-Fans und befreundeten Union-Fans zu vermindern. Nur vor diesem Hintergrund ist nach Meinung von Westberliner Fußballanhängern die außergewöhnlich harte "DDR"-Reaktion auf die heimliche Weihnachtsfeier in Ost-Berlin zu erklären. Die Informationen von Freunden aus Ost-Berlin über das Schicksal des Kneipenwirts sind nach Hertha-Angaben zuverlässig. Schon damals, in den ersten Wochen nach der Feier, in die Volkspolizisten platziert waren, hatten Hertha-Mitglieder bei privaten Einreisen nach Ost-Berlin erhebliche Behinderungen und peinlich genaue Kontrollen über sich ergehen lassen müssen. Trotz aller Schwierigkeiten bleibt es jedoch dabei: Bei Hertha-Spielen wird traditionell ein Transparent im Stadion gezeigt: "Hertha grüßt Eisern-Union" und im Osten an der Wuhleide heißt es in Sprechchören immer wieder: "Ha-Ho-He-Hertha BSC."

Gustav Regler: Postume Ehrung eines Romanciers

Aufbruch in die Heimat

Er war Kommunist und wandelte sich zum militanten Antikommunisten. Die Heimatstadt von Gustav Regler, Merzig im Saarland, hat ihm zwei Jahrzehnte nach seinem Tode ein Denkmal gesetzt. Und 23 Jahre, nachdem er auf einer Reise in Indien starb, erscheint jetzt postum ein bisher ungedrucktes Buch von ihm: „Juanita“, die Geschichte eines spanischen Mädchens.

Die erste Ehe scheitert schnell, in zweiter Ehe heiratet Gustav Regler die Tochter Mariehuise des in Worswede lebenden Malers und Kommunisten Heinrich Vogeler. 1929 tritt er selbst in die KPD ein. Das kleine Niemandsland an der Saar, damals unter der Kontrolle des Völkerbundes, wollte er im Kampf gegen Hitler und dessen Volksabstimmung als Bolwerk gegen die Diktatur erhalten und scheiterte mit diesem Ziel, sogar in der eigenen Familie. Der Vater (im „Ohr des Malchus“ so zitiert): „Du wirst enttäuscht werden. Wir sind deutsch, das ist eine sentimentale Fixierung, gegen die kein Kraut gewachsen ist.“

Die politische Ernüchterung kam für Gustav Regler mit dem Hitler-Stalin-Pakt, obwohl er es so beschrieb, als ob die Wandlung schon erfolgt sei, er sich, vor Spanien, in Rußland aufhielt. „Wer aufrichtig, stündlich, von sich selber, hat sein Heim gefunden“, schrieb er in einem seiner Gedichte. Die Zeile ging in den Sockel seines Denkmals ein. Er war wohl immer auf der Flucht vor irgend etwas. EBERHARD NITSCHKE

Gustav Regler „Juanita“, Roman, Buchverlag Gutenberg, Frankfurt/M. 400 S., 29,90 Mark.



bekannt, daß er von seinen Verlagsprovisionen nicht leben konnte, daß zu seinen Haupteinkünften die Rente gehörte, die ihm wegen seiner Boykottierung im „Dritten Reich“ zugesprochen worden war.

Das neue Interesse an seinen Büchern, abzulesen auch daran, daß seine unter dem Titel „Das Ohr des Malchus“ erschienene Lebensgeschichte (als Suhrkamp-Taschenbuch) jahrelang vergriffen war, kam verhältnismäßig spät. Es kann sich auf zwei größere Tatsachen beziehen. Einmal war Gustav Regler republikanischer Freiwilliger im Spanienkrieg 1936 und politischer Kommissar der 12. Internationalen Brigade. Fünfzig Jahre nach Ausbruch dieses Krieges wurde alles, was dieses Ereignis betraf, aktuell. Und dann haben manche von Reglers Büchern auch genau den Ton, den die heute neuerwachte „Heimat“-Literatur verwendet.

Ein paar Titel sind in den letzten Jahren neu aufgelegt worden, zum Beispiel der Saar-Roman „Im Kreuzfeuer“, der die Zeit vor der Abstimmung beschreibt (Gerstenberg-Verlag). „Das große Beispiel“, ein Roman aus dem spanischen Bürgerkrieg, erschien bei Kiepenheuer & Witsch in Köln. „Wasser, Brot und laue Boh-



Starke Irritation: Francesco Clemente „Selbstbildnis“ (1984) zielt das Plakat zur Berliner Grafik-Ausstellung

„Von Beuys bis Stella“ – Berlin präsentiert Grafik des letzten Jahrzehnts

Ein Gruppenbild mit Schafsköpfen

Größen-Wahn hat die zeitgenössische Grafik erfaßt. Längst haben sich die verschiedenen Drucktechniken zu autonomen Bild-Medien emanzipiert. Zwar spielen sie, gegenüber dem traditionellen Vorreiter Malerei, nicht gleich die erste Geige, aber sie machen ihre eigene Musik. Wenn das Kupferstichkabinett Preußischer Kulturbesitz die neueste Folge seiner „Rechenbachberichte“ im Bereich moderner Neuerwerbungen diesmal nicht in den eigenen Räumen, sondern in der Dahlemer Sonderausstellungshalle der Staatlichen Museen zeigt, dann mit ganz handfesten Gründen. Die Objekte ordnen sich zu einer Fülle intensiver Bildwände, die keineswegs allesamt aus dichter Nähe betrachtet sein wollen. Der Mappenschrank hat als Aufbewahrungsort für die Moderne in weiten Bereichen ausgesiegt. Zu großspurig kommen viele Formate daher. Und nicht alle Arbeiten lassen sich in Einzelblätter zerlegen, wie die bis zu sechs Meter hohen Arbeiten des New Yorkers Vito Acconci.

den Schublade entziehen sich viele Werke, was man durchaus begrüßen könnte. würde nicht das ausgebreitete Angebot – immerhin 250 von 454 erworbenen. In letzten Jahrzehnt entstandene Grafiken – doch noch in zwei schematisierende Schubladen und damit auf den banalsten gemeinsamen Nenner, gebracht: „Aus der gegenständlichen Welt“, „Die Form ist der Gegenstand“ und „zwischen das weite Feld „Zwischen „Gegenstand“ und „freier Form“. Mögen die Aktpose eines Philip Pearlstein oder die anhaltende Produktion der Popper und Hyper-Realisten mühelos ins „Gegenstand“-Lager passen – gleichermaßen mit Joseph Beuys' ausdrücklich als „Painting“ bezeichnet, mit Ölfarbe und Fett traktierter und angereicherter Arbeit „Schafsköpfe“ zu verfahren, bedarf es schon mehrerer reflektischer Saltos.

Man muß sich freilich von den Sortierschwierigkeiten der Museums-sammler nicht allzu nachhaltig irritieren lassen, um diese exzessive Kollektion auf sich wirken zu lassen, bei der das Lokale qua Bedeutung, eine un-Stimme im „internationalen“ Panora-

ma hat. Längst ist ja, bedingt durch die Einbußen der Sammlung, vor allem aber durch die heutige Mißproportion von Erwerbungsmiteln und Kunstmarktpreisen, die Ambition aufgegeben, „große Meister“ komplett im Schrank zu haben.

Dafür ist man intensiv bemüht, möglichst viele Künstler präsent zu halten. Insofern bietet die Ausstellung einen vorzüglichen Querschnitt durch das letzte grafische Jahrzehnt. Die zur Verfügung stehenden Techniken werden reichlich praktiziert, wenn auch mit gelegentlichen Irritationen: Plakat und Katalog zeigen ein Selbstbildnis von Francesco Clemente, einen Farbbolzschneit, der eher ein Aquarell erinnert.

PETER HANS GÖPFERT

Neue Familienserie über das Mittelschicht-Glück

Schöner, heiler Vorabend

Der TV-Vorabend ist dem Bundesbürger beiläufig die Familienserie geradezu unverzichtbar. Nach dem Negativbild der „Lindenstraße“, dem Zuckerbäcker-Phantom des „Traumschiffs“ und dem aufgedornerten Holzhammer „Schafkopfnen“ setzte man bei den Machern nunmehr auf „Intakt“ und „heil“.

beträchtliche Einschränkungen, wie bei vielen von uns wird trotzdem ein Mercedes auf Pump gekauft. Eine quengelige, aufs Akademische erpichte Oma lebt mit im Haus. Sie hat kräftig mitanzumit und bekommt die beiden schönsten Zimmer. Die Söhne (20 und 16) sehen das nicht ohne Grimm. Aber sie sind rundum willfährig, die Familie geht ihnen über alles.

Der Einstieg ins abendliche Fernsehen soll für die ganze Familie blitzsaubere Unterhaltung, ja sogar so etwas wie Lebenshilfe bringen – also keine kaputten oder auch nur angekränkelten Typen. Man will auf dem Bildschirm Menschen wie du und ich sehen, freundliche Situationen vorfinden, die auch nebanen entstehen könnten. Aus diesem Grunde heißt die am Mittwoch beginnende Serie

Vater Wichert ist ein normal mürrischer Ehemann, ein Sonder-Schreiber mit handwerklicher Qualitätsmarke. In seinem Betrieb „leistet“ er seinen Boß glatt an die Wand. Mit Mutter Wichert ist er 25 Jahre lang verheiratet, und sie lieben sich wie am ersten Tag, eifersüchtig wie Jungverliebte. Stephan Orlac und Maria Sebaldt spielen dieses Intakt-Paar, wobei man Frau Sebaldt die Mittelstands-Mama mit Getränkervertrieb im Keller des Eigenheimes nur schwer abnimmt.

„Die Wicherts von nebenan“. Justus Praue hat die vorläufig geplanten 13 Folgen nach dem Muster gepflegter Harmlos-Unterhaltung gestrickt, und sie dem Holländer Rob Herzet (Regie) zu familienfreundlicher Aufarbeitung überantwortet. Der Mittwoch gehört also um 17.45 Uhr den „Wicherts“ aus Berlin. Das ZDF zeigt heute einen Pilotfilm, der die Personen vorstellen soll. Tags darauf geht es dann weiter mit den „Wicherts von nebenan“ – garantiert sechsbreit und abendbrot-freundlich.

Sonnyboy Andy soll nach dem Willen der Oma (Edith Scholwer spielt sie mit Charme) Chirurg werden, interessiert sich aber mehr für die delikaten Innereien von Hühnern und Enten. Warum auch nicht? Hier merkt man schon: es handelt sich bei den Wicherts nicht ums „Müllig“, sondern um eine Bourgeoisie mit Statusbewußtsein. Im Gesangsverein singt man dementsprechend nicht vom „Wald, so hoch dort oben“, sondern den Nabucco-Chor von Verdi. Und am häuslichen Herd wird laufend vom Bundeskanzler gesprochen. Allerdings ohne Namensnennung. Denn nach Ablauf der ersten 13 Folgen sind weitere 26 dieser Art möglich – und wer weiß?

Ein großartiger Film, der die baltische Revolution von 1849 in Spielszenen setzt, ein Film mit wahrhaftigen Gesichtern, mit Menschenliebe und Menschenleid. Es fehlt nichts außer dem eigentlichen Ziel, nämlich der Erschließung der Hintergründe und

ELISABETH KEMPE-LINDEMAYER

Als er ins Kino kam, wurde er hochgelobt, und kaum gab's ihn auf Video, da stieg er steil nach oben in der Leih- und Kaufhitparade: John Hustons Ehre der Prizzi (Vestron, 115 min) mit Kathleen Turner und Jack Nicholson nehm einem köstlichen William Hickey als Prizzi-Patriarch – Hustons Frucht der späten Jahre. Denn der gerade 80 gewordene Amerikaner hat eine Mafia-Parodie geschaffen, eine Fosse um einen Profikiller, der eine Polin liebt, mit demselben Gewerbe nachher wie er. Das aber erfährt Killer Charles erst im Honeymoon der beiden, plus: daß sie ihren Schatz ursprünglich im Auftrag der „Gesellschaft“ wegen einer anderen Affäre beseitigen sollte.

VIDEO neuheiten

sternenbüchsen Knatsch mit jeder Menge blauer Augen und Bohnen. Legende ist ein Fantasy-Bestseller, in dem David Bennett als langohriger Zwerg agiert. Ridley Scott hat diese englische Mär 1985 gedreht, in der es um ein Einhorn geht. Das wird von den Bösen gemeuchelt – Grund genug für die Guten, voran die Prinzessin Lili und ihr Liebster Jack, auf verschlungenen Wegen ins Reich der Finsternisse zu ziehen, um die Welt vorm Tod durch Schnee und Eis – Strafe für den Mord am Unicorn – zu bewahren. Das alles klappt dann auch, und fertig ist ein Trendreiter, der einen Fehler hat: Er ist allzu routiniert heruntergekurbelt. (Thorin/EMI, 94 min). ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Historientepich verberg die Politik

Es fällt schwer, über einen Film Unmut zu äußern, wenn er mit großer Faszination daherkommt, mitreißende Darsteller vorführt, lebendige Bilderbögen entfaltete, so daß man nicht weiß, woher ein Produzent den Mut herinnimmt, mit soviel Liebe und Engagement an die Sache heranzugehen – vom professionellen Handwerkerstos nicht zu sprechen: Lenz oder die Freiheit (ARD).

des politischen Ambiente. Das ging im wallenden Historientepich verloren. Daher die Unvollkommenheit dieses vollkommenen Films. Man muß Peter Simonisek nennen, der den Rebellen Lenz auf eine naivdrängende Männlichkeit stilisierte, man muß die Josepha der Annette Uhlau erwähnen, die einer fast ungläubwürdigen Rolle viel Glaubwürdigkeit zurückgewinnt. Man müßte viele Darsteller nennen, aber man täte dann den Komparsen unrecht, die unter kundiger Regie mehr als nur „Volk“ spielten. Fazit: Getetzt den Fall, der Film wäre untergegangen: Er hätte es auf eine grandiose Weise getan. VALENTIN POLCUCHE

STUDIO

Ab Januar wird man in der Bundesrepublik Fernsehprogramme der BBC und der kommerziellen ITV sehen können. 24 Stunden pro Tag strahlt dann ein neuer Superkanal. Er gehört den 14 unabhängigen TV-Produktionsgesellschaften, die ITV beliefern. „Superchannel“ wird eng mit musicbox zusammenarbeiten. Darüberhinaus sollen Spitzenprogramme von BBC und ITV übernommen werden. (SAD)

chen. Zu Stimmen aus der hessischen Landesregierung und der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion sagte Albrecht: „Wir wären bei der letzten Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten in Saarbrücken über einen umfassenden Medienvertrag einig geworden, wenn Hessen nicht gewesen wäre.“ Für wichtig erachtete es Albrecht, daß das, was wir gemeinsam – zusammen mit Nordrhein-Westfalen – beschlossen haben, nun in den zehn anderen Ländern auch verwirklicht wird.“ (dpa)

Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht hat Hessen gewarnt, die übrigen Bundesländer daran zu hindern, eine Regelung zur Neuordnung des Rundfunkwesens zu erreichen. Zu Stimmen aus der belgischen Rundfunk BRT Brüssel hat ein Programm in Deutsch eingeführt: täglich außer Sonntag von 21 bis 21.25 Uhr auf der Kurzwelle 5910 kHz und auf Mittelwelle 1512 kHz. (E. J.)

Kölner Kongreß zum Thema Menschenrechte

Vor Tabus sei gewarnt

Alle reden davon, wenige denken darüber nach, kaum jemand analysiert ihre Grundlagen: So steht es heute um die Menschenrechte! Es war darum sehr verdienstlich, daß die deutsche Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie auf einer Kölner Tagung sich eine philosophische Analyse der Menschen- und Bürgerrechte als Thema gestellt hatte.

densteute getötet habe und schließlich den antichristlichen Kult der „Götter der Vernunft“ propagierte. Erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts wandelte sich die Haltung, wurden die Menschenrechte nach und nach immer stärker von der Kirche übernommen, ja schließlich sogar propagiert.

In seinem kenntnisreichen, gründlichen Einleitungsreferat wies Martin Kriele (Köln) darauf hin, daß schon die vorchristliche Stoa und Cicero (106-43) Menschenrechte lehrten, daß dann im Anschluß an die Naturrechtslehre der spanischen Spätscholastik unter anderem bei Vitoria (1483-1546) und Suarez (1548-1617) die Menschenrechte in der Neuzeit entwickelt wurden als Schutz des Bürgers vor dem absolutistischen Staat.

Martin Heckel (Tübingen) wies auf „Die Problematik der Menschen- und Bürgerrechte in der reformatorischen Theologie“ hin. Luther wie die übrigen Reformatoren hätten sich für Menschenrechte überhaupt nicht interessiert. Ihnen sei es nur um die Gerechtigkeit und Freiheit des Menschen vor Gott gegangen. Für das 19. Jahrhundert gelte dann genau wie für die katholische Kirche der Schock der Französischen Revolution. Erst in den letzten zehn Jahren beschäftigte man sich in der evangelischen Kirche positiv mit den Menschenrechten.

Toleranz konnte vom Herrscher gewährt, aber auch jederzeit widerrufen werden. Menschenrechte dagegen gewähren dem Bürger einen Anspruch unabhängig vom Belieben des Herrschers. Deshalb darf das Recht nicht der Willkür des Herrschers unterworfen sein: Menschenrechte bedingen zugleich die Gewaltenteilung. Kriele zeigte überzeugend, wie Menschenrechte und Gewaltenteilung notwendig sind für den freiheitlichen modernen Staat. Und zugleich belegte er, daß es um die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte, die in UN-Resolutionen gern gegen die „bürgerlichen“ Menschenrechte der Freiheit und Gleichheit ausgespielt werden, um so schlechter steht, je schlechter es auch mit den „bürgerlichen“ Menschenrechten geht.

Gerhard Struck (Hamburg) meinte, daß das Argument der Menschenwürde zu einem Tabu zu werden würde. Bei einem Tabu dürfe man nicht mehr nach seinen Gründen fragen, man habe es einfach gläubig hinzunehmen. Er zitierte etliche Beispiele aus der Antrittsvorlesung von Professor Benda, früher Präsident des Bundesverfassungsgerichts, die zeigten, daß die bloße Erwähnung der Menschenwürde als Argument gebraucht werde, ohne genauer zu begründen, wieso sie hier verletzt werde.

ALBERT MENNE

Table with TV program listings for ARD, including titles like '9.45 Info Verbraucher', '11.50 Gott und die Welt', '15.50 Tagesschau', '16.00 Sie - er - es', '16.45 Spaß am Dienstag', '17.45 Tagesschau', '17.55 Regionalprogramme', '20.00 Tagesschau', '20.15 Expedition ins Tierreich', '21.00 Monitor', '21.45 Dailies', '22.00 Tagesschau', '22.30 Kabeleinsparade', '23.45 Was will der Leopard auf dem Kilimandscharo?', '0.50 Tagesschau', '0.55 Nachschichten', '11.50 Gott und die Welt', '12.25 WDR', '12.55 Prosechsch', '13.00 heute', '16.00 heute', '16.04 Computer-Corner', '16.30 Spätschau', '17.00 heute / Aus den Ländern', '17.15 Tele-Hilfsdienste', '17.45 Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm', '18.20 Der Unterzähler', '19.00 heute', '19.50 Die Reportage', '20.15 Die Wicherts von nebenan', '21.45 heute-Journal', '22.05 Der Marquis von Keith', '23.50 Tagesschau', '0.05 heute', 'Hans-Joachim Noack, Berengar Pfahl', '21.50 Drei aktuell', '21.45 Börsen-Report', '22.30 Als Frau glaubt ich eigentlich...', '23.15 Focus on Jazz', '18.00 Seemannstraße', '18.30 Schwarzes Theater', '18.55 Zons der Welt', '19.25 Schicksale', '19.50 Abendschau/Blick ins Land', '19.25 Sondernachrichten', '19.30 Schauspiel Europa', '20.15 Reisezeitung zur Kunst: Italien', '21.00 Aktuelle News', '21.15 Das Auge', '21.15 Mischrecht', '11.: Die Lage ist da', '18.45 Mini-ZB', '18.10 Schachspiel', '19.00 heute', '19.20 Studio', '19.30 Alles aus Liebe', '20.30 entseideljournal', '21.15 Zeit im Bild 2', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.00 Mini-ZB', '18.10 Schachspiel', '19.00 heute', '19.20 Studio', '19.30 Alles aus Liebe', '20.30 entseideljournal', '21.15 Zeit im Bild 2', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im Bild', '22.30 Welter/Horoskop/Bettlupfer', '23.50 Welt Street Final', '18.45 Deutsche Szene / Regional 7', '18.55 News-Werke kauft alles', '19.15 7 vor 7', '19.22 Kacheln', '19.30 Das Tal der Pappeln', '20.15 RTL-Spiel', '20.20 Filmvorlesung', '20.30 Die freudlose Straße', '21.05 Nachrichten', '21.15 Zeit im Bild', '21.35 Kulturjournal', '21.45 Club 2', '22.00 Regogewagen', '22.05 Nachrichten', '22.15 Zeit im

Mensch und Gesindel

ohna - Als jüngst Lord Chief Justice Lane, der höchste Richter Englands, einen Erweiterungsbau des Gerichts von Manchester einweihen machte er einen Ausflug in die Geschichte. Sein Urgroßvater, so erzählte der Jurist, sei in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts Stellmacher gewesen. Damals hätten wohlmeinende Reformer das Verbrechen an Armut, Schmutz, entsetzliche Wohnbedingungen und das Fehlen jeder Gesundheitsfürsorge zurückgeführt.

Inzwischen, so Lord Chief Justice Lane, gibt es in Großbritannien den Wohlfahrtsstaat, Schulbildung für alle, staatliche Krankenversicherung, Gesetze zum Schutz der Umwelt - und drei Häftlinge in jeder Zelle, die einst von den gleichen viktorianischen Reformern für die Unterbringung eines Gefangenen entworfen worden waren.

Das es eben nicht die Verhältnisse sind, welche an allem und jedem schuld sind, rief Lord Lane denjenigen in Erinnerung, die etwas älter sind: Die dreißiger Jahre waren in Großbritannien eine Zeit, in der Gesetze wie noch nie zuvor beachtet wurden. Und dies, obgleich die Arbeitslosigkeit mit der heutigen vergleichbar war, die Wohnverhältnisse oft jeder Beschreibung spotteten, an einen Wohlfahrtsstaat noch nicht zu denken war, wohl aber an Krieg.

Als Grund für die heutige britische Kriminalität nannte der alte Jurist etwas, was jeden Reformer zu wildem Protestgeheul veranlassen muß: Die Normen auf jeder Ebene für alles im Leben seien gesunken, und wir ernten nun das Ergebnis.

Wie gut, daß das hierzulande anders ist. Sollten die Kriminalstatistiken gar zu hoch werden und alle Erklärungsversuche der Menschenhelfer nicht verfrachten, kann man ja immer noch Delikte aus der Verfolgung (und der Statistik) herausnehmen. „Der Mensch ist gut“, pflegte meine Großmutter zu sagen, „hlo die Leute sind Gesindel“. Ihr fehlte das reformerische Bewußtsein.

Glanzvoller Auftakt mit Mißklang: Verdis „Maskenball“ zu Beginn der Direktionsära Drese / Abbado an der Wiener Staatsoper

Oper war angesagt in Wien, der glanzvolle Auftakt der Direktionsära Claus Helmut Drese. Verdis „Ein Maskenball“ sollte die erste Premiere gelten. Nicht dabei zu sein bedeutete nicht weniger als das gesellschaftliche Aus. Härter als sonst hatte der Kampf um die knappen Karten getobt. Und eine große Premiere würde „Ein Maskenball“ in dieser Besetzung ja fürwahr werden mit Luciano Pavarotti als König Gustaf III. Was, Margaret Price als Amelia, Piero Cappuccilli als Graf Ankarström, Ludmila Schemtschuk als Ulrica Arvedson, Magda Nador als Page Oscar. Fünf der leuchtendsten Sterne am heutigen Opernhimmel vereinigt in einer Aufführung: Vielleicht ist nie mehr Gage an einem Opernabend versungen worden!



Luciano Pavarotti als König und Ludmila Schemtschuk als Wahnsagerin in der Wiener Aufführung

Am Pult zudem Claudio Abbado, sich damit einfügend in sein neues Amt an der Wiener Staatsoper, das des Musikdirektors, eine Position, die es bisher nie gegeben hat in Wien. Wenn denn Dirigenten an der Wiener Oper etwas zu sagen hatten von Gustav Mahler über Richard Strauss, Karl Böhm und Herbert von Karajan bis zu Lorin Maazel, dann waren sie die Direktoren, verantwortlich für das gesamte Geschehen des Hauses. Mit Claus Helmut Drese ist ja zum ersten Mal ein Regisseur in die Direktionsreihe der Wiener Staatsoper eingezogen, die ganze Epoche des Regietheaters in der Oper so letztendlich gleichsam legitimierend. Abbado also würde an diesem Abend den Marschallstab in die Hand nehmen.

Schließlich ließ auch die Inszenierung Spektakuläres erwarten: Gianfranco de Bosio, einer der großen alten Herren des italienischen Theaters und des Films, dessen „Il terrorista“ einst in Venedig ausgezeichnet wurde, der den Renaissance-Dichter Ruzante, Goldonis Vorbild, wieder auf den italienischen Bühnen einführte, De Bosio drehte das Libretto der Verdi-Oper wieder aufs Original zurück, auf den Königsmord in Stockholm, den auf der Bühne zu zeigen die römische Zensur zu Verdis Zeiten untersagt hatte. Für seine Ausstattung, den Bühnenbildner Emanuele Luzzati und die Kostümbildnerin Santuzza

Call, hatte er einen Ausstattungset durchgesetzt, wie er an der Wiener Oper noch nie genehmigt worden war. Fürwahr, ein Abend der Superlative stand ins Haus.

Rekorverdrängter war aber dann vor allem das Bühnen-Konzert, das dem Inszenatoren-Team am Schluß von „den hülligen Plätzen“ entgegen schallte. Und selbst im sonst stets befallstredigen Parkett rührte sich kaum noch eine Hand: Eine Mauer aus Schweigen und Ablehnung. Den Wienern gefiel dieser neue „Maskenball“ also ganz und gar nicht, ja, dieses Mißfallen hatte sich den ganzen Premierabend lang schon wie Melodie über die Stimmung gelegt. Man hatte dabeiseln wollen - aber toll finden wollte man den Einstand Dreses wohl partout nicht.

Dabei ist De Bosios Inszenierung gar nicht dumm, gar nicht schlecht

und erst recht nicht so altbacken, wie es die Wiener wahrhaben möchten. Zunächst einmal: In Stockholm spielt geht das Stück immer noch besser auf als am Verlegenheitschauplatz Boston, wo ja nie ein britischer Adliger einen Gouverneur abgegeben hat und der wiederum keinen Krolen als besten Freund angesehen hätte. Diesen Humbug kann man nur eliminieren, wenn man sich für Stockholm als Schauplatz und den historischen Hintergrund entscheidet.

Die Inszenierenden Italiener haben sehr gründlich recherchiert, wie es wohl am Hofe Gustafs ausgesehen hat, und ihr Rokoko stellt sich dar als jene Mischung von Pracht und Dekadenz, die es tatsächlich gewesen ist. Das aber darf in Wien nicht sein: Rokoko muß weiß und silbrig sein, sauber und glänzend, eben wie aus dem

„Rosenkavalier“. Kräuselperücken mit einem leichten Stich ins Rosa oder Himmelblau, so wie in Formans „Amadeus“-Film, das darf nicht sein, so will man sich seinen Traum von Rokoko nicht kaputt machen lassen.

Dabei kann man nur anstaunen, was Emanuele Luzzati da frei nach Tiepolo an Deckenfresken und Wanddekorationen hat malen lassen, wie die Girlanden und Rocailles aus Stuck blühen, wie sich tatsächlich königliche Pracht entfaltet in einer Totalität, die sich wohlwollend von den üblichen Bühnenmilitären unterscheidet. Und doch ist das Ganze nicht hohler Historismus, sondern aus heutigem Blickwinkel angeschaut: ein gelles, schrilles, schräges Rokoko, in dem sich Theater und Leben unentwirrbar miteinander verschranken wie im wirklichen Leben des Schwedenkönigs, der ganze Tage und Näch-

te hinter den Kulissen seines Opernhauses verbrachte, der in den selbstverfaßten Schauspielen mitwirkte und im vollen Theaterplunder zu häßlichen Soupers erschien, der Staatsgeschäfte im Hinterzimmer seiner Loge abwickelte und dort auch sein Privatleben führte.

Zu weit hergeholt und daher auch nicht mehr ganz einseitig für den Zuschauer mag freilich die Regie-Idee sein, nun gleich auch das Bild bei der Wahrsagerin Mme. Arvedson und das Bild unter dem Galgen in Gustafs imaginärem Opernreich, also auf einer Bühne auf der Bühne, spielen zu lassen, umrahmt von Kulissen-gerümpel und Samtportieren. Den Wienern war das wohl gar nicht einmal zu kühl - sie haben es einfach nicht begriffen.

Wie gut De Bosio sein Handwerk versteht, das sieht man im letzten Bild, dem „Maskenball“, sonst doch stets einer einzigen Verlegenheit, in der sich die Menschenmenge verliert, sobald solo gesungen wird, und zum nächsten Choresatz wieder die Bühne stürmt. Hier nicht davon, denn De Bosio hört, endlich Verdi verstanden, das ganze Bild als eine durchgehende Suite von Tanzsätzen, auch Oscars Lied, auch Amelias Warnung. So kann er das Geschehe des Maskenballs ohne Unterbrechung durchziehen, der Festsaal treibt dahin, und plötzlich geschieht der Mord, ohne daß man noch sagen könnte, woher der Mörder gekommen ist. Genau so muß es doch sein!

Abbado am Pult zieht die Finali grandios hoch, er läßt bei dem Losentscheid über den Mord die bravourosen Philharmoniker dräuend das Schicksal schildern, er führt das Liebeduett in jenen Taumel der singenden Hingabe (trotz einer hörbar indisponierten Margaret Price), wie ihn nur die Oper und die nur in ihren vollkommenen Augenblicken kennt. Kein Zweifel, daß dies ein großer Abend war. Die Wiener werden sich dereinst nach ihm zurücksehnen.

REINHARD BEUTH

Nächste Aufführungen: 22., 26. (mit Live-Übertragung in den Dritten deutschen TV-Programmen) und 29. Oktober; Karten ausverkauft

JOURNAL

Andrej Wajda kontra Penderecki

JGG. Köln
In einem offenen Brief an den Londoner „The Polish weekly“ hat das Regisseurepaar Wajda dem Komponisten Krzysztof Penderecki energisch widersprochen, daß nur er allein sich gewagt habe, etwas für die „Solidarność“ zu komponieren, wie er das in einem Interview für diese Zeitung behauptet hatte. In den Jahren 1980/81 brauchte man keinen Mut dazu zu haben, irgend etwas für die „Solidarność“ zu schreiben, weil sie damals „in“ war. „Unserer Meinung nach brauchte man jedoch weitaus mehr dazu, anlässlich des fünfjährigen Jubiläums der Gründung in Danzig aufzutreten, wie das Witold Lutoslawski tat, der ihm auf Bitten von Lech Walesa dort seine dritte Sinfonie präsentierte.“

Bundesregierung will Kurzfilme fördern

AP, Bonn
Die Bundesregierung will sowohl den deutschen Kurzfilm als auch die gute Programmgestaltung in den Kinos weiter fördern. Wie das Bundesinnenministerium in Bonn jetzt mitteilte, wird die von Innenminister Friedrich Zimmermann betriebene Förderpolitik ausgebaut. Die erfolgte Auszeichnung von zehn Kurzfilmen mit dem „Deutschen Filmpreis“ habe ein positives Echo gefunden. Die Bundesregierung hat Prämien von insgesamt 850 000 Mark vergeben, die für die Herstellung neuer Kurzfilme und für die Modernisierung der Filmtheater zweckgebunden sind. 400 000 Mark davon wurden für zehn Filme als Preise ausgegeben.

Italiens Literatur zu Gast in Köln

dpa, Köln
Insgesamt 19 Autoren werden ab heute während der Italienischen Literaturwochen in Köln bei Diskussionen, Lesungen und auch als Hörspielautoren zu hören sein. Unter den Schriftstellern finden sich so bekannte Namen wie Oriana Fallaci, Luigi Malerba und Alberto Moravia. Die Veranstaltung wird in der Cinermathek von italienischen Literaturverfilmungen ergänzt.

Prähistorische Tierfunde in Frankreich

AFP, Paris
In einer Grotte in dem ostfranzösischen Departement Doubs haben Archäologen die Skelette von drei prähistorischen Rhinocerosen und zwei Mammuts entdeckt. Die Knochenfunde, darunter ein 3,4 Meter langer Stoßzahn eines Mammuts, sind gut erhalten. Die seit fast sieben Jahren erforschte Fundstätte liegt in dem Dorf Romain-la-Roche zwischen Montbeliard und Besancon. Bisher wurden dort bereits über 20 000 Zähne und Knochen ausgegraben.

Herrmann inszeniert Verdis „Traviata“

Reg. Brüssel
Karl-Ernst Herrmann, Bühnenbildner und Regisseur, bereitet für den 21. April 1987 seine erste Verdi-Inszenierung „La Traviata“ an der Brüsseler Oper vor. Von der Welsh Opera wird Verdis „Falstaff“ übernommen, den Peter Stein einstudiert hat. Neu ist die Oper „Das Schloß“, die André Laporte nach der Vorlage von Franz Kafka komponiert hat. Peter Müssbach inszeniert das dreaktige Werk im Bühnenbild von Johannes Schütz. Die Uraufführung ist für den 16. Dezember geplant.

Keine Western und Science-fiction-Filme

dpa, Berlin
Die staatliche „DDR“-Filmgesellschaft DEFA will vorerst keine Western und utopischen Filme mehr drehen. Als Grund nannte Chefdramaturg Rudolf Jürschick die „internationale Konkurrenz“ sowie die Übernahme solcher Filme auch im „DDR“-Fernsehen. Außerdem wären, um mit der internationalen Konkurrenz Schritt zu halten, Aufwendungen erforderlich, die sich die DEFA produziert jährlich etwa 17 Kinofilme.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Ein englisch unterkühltes Gerichtsroman, in dessen Verlauf der Strafverteidiger Antony Maitland den tatsächlichen Mörder ermittelt und damit für seinen Mandanten den Freispruch erwirkt, bietet „Kommt nun zum Spruch“ von Sara Woods (1922-1985). Die Autorin, die drei Dutzend Krimis mit Antony Maitland im Mittelpunkt geschrieben hat, verhindert geschickt Spannung mit Darstellungen der englischen Justiz und des Lebens der Oberschicht. Eine angenehme Unterbrechung in der Flut der Polit- und Agenten-Thriller, doch nicht weniger spannend.
ohn Sara Woods: „Kommt nun zum Spruch“, Goldmann, 192 S., 7,80 Mark

L. Seregis „Romeo und Julia“-Ballett in Berlin

Gänsebraten für jeden

László Seregis von der Budapest Staatsoper ist der ausgefeilteste Ballettmacher unter den Choreographen. Ihm rutschen ganze Massenzugungen des tänzerischen Hochallops flugs aus den noch nicht einmal aufgekremelten Ärmeln. Er versteht es, dem Ballett einzubringen, daß beinahe schon Saunastimmung aufkommt bei offener Szene.

Ein bißchen Berufs-Ungar der liebendsten Art ist Seregis überdies. Ja, das Temperament - das liegt ihm so im Blut, daß er mit ihm selbst sperrangelweit offene Türen einzu rennen vermag. László Seregis ist ein Choreograph gegen die Ballettlangeweile.

Seine rundum erfolgreiche Einstudierung von Prokofjews „Romeo und Julia“ an der Deutschen Oper Berlin ist ein richtiger Happen: Eine Art Tanz-Gänsebraten, der von choreographischer Haute Cuisine nichts weiß. Es gibt Brust und Keule für jedermann, und das Berliner Corps de ballet fröhlich sich zunächst einmal nach langem Fasten daran gründlich satt. Es tanzt mit Heißhunger, Übermut, Hingabe; es tobt sich geradezu tänzerisch aus. Das allein schon ist eine Lust zu sehen.

Über die Maßen fein oder neu oder künstlerisch ausgefeilt geht es dabei gar nicht zu. Aber Seregis kennt sein Handwerk genau und auf die feuerigste Art, daß ihm immer wieder zündende Nummern gelingen. Eine tänzerische Clownerie Stefan Zeromskis sprengt beinahe schon durch ihren choreographischen Eigensinn den Fortgang der Handlung. Die rutscht überhaupt im vordergründigen Tumult des Geschehens leicht in den Hintergrund.

Das ist nicht Julius Schuld. Raffaella Renzi tanzt sie mit schöner Emphase. Sie versteht zu bezaubern durch Frische und Anmut der lyrischen Passagen. Sie wird tödlich ernst und wächst zu tragischer Größe empor, wenn es ans Sterben geht. Raffaella Renzi ist der eigentliche Mittelpunkt des Geschehens. Neben ihr wirkt alles andere ziemlich laut.

Nicht freilich der Romeo Lubomir

Kafkas. Der junge Herr aus großem Hause, der er zu sein hat, ist er sicherlich nicht: Er ist eher der brave Tanzjunge aus der Veroneser Vorstadt, der sich liebend zur Bel Etage hinaufmüht. „Romeo und Julia“ bekommt dadurch fälschlicherweise den Anstrich eines Klassenkampf-Balletts, von dem das Stück überhaupt nichts weiß.

Solcher Kampf klingt aber leider wiederholt auch auf im Orchester, wenn die Holzbläser Capulets anscheinend gegen die Blechbläser Montagues loslegen und Herzog Gyula Järmal am Pult über ihnen die Hände ringt. Einiges musikalische Gemetzel gibt es auch im Orchestergraben.

Die ganze Produktion ist aus Budapest zugewandert. Das tut den Augen nicht eben gut. Die Bühnenbild-Melange Gábor Forrays, die zwischen italienischer Früh-Renaissance und Adolfs Reichskanzlei hin- und her schwankt, Stellwände an Rundpfeiler, sieht vor allem aber immer bombastisch gibt, ist durchaus keine Augenweide. Seregis mit leichtem Hang zu apothecischem Kitsch grast sie überdies beinahe gierig ab.

Wenn in der Liebesszene der Balkon zum Fahrstuhl wird und Julia in die Arme Romeoos herunterrückt, weiß das überraschte Publikum denn auch zunächst nicht, ob es lachen oder klatschen soll. Großmütig entschließt es sich zu angelegentlichem Jubel.

David Nixon ertanzt sich als Mercutio den größten Beifall des Abends: Er besitzt so etwas wie zynische Beine. Das ist selten. Als Tybald fletscht der sympathische Charles Scheyd kräftig dagegen an: Ein König der Puffarme. Die Kostüme Nelly Wágos sind oft eine liebe Last.

Milosz Andrzejczak (Diaghilew zwang zu recht seinen Tänzer, Künstlerinnen zu wählen) macht als Paris gute Figur. Katalin Carnoy ist eine leihhaft beteiligte Grafyn Capulet.

KLAUS GEITEL

Nächste Aufführungen: 21. und 25. Oktober, 1. November. Telefonische Kartenvorbestellung: 030/341 4449

Hamburg: Gosch inszeniert Strindbergs „Totentanz“

Stiller Schlagabtausch

Kein Fenster, keine Tür, nicht der kleinste Fetzen Himmel ist zu sehen, nicht der geringste Schimmer Meer, kein Baum, kein Strauch, geschweige denn andere menschliche Gebauungen. Die einzige Verbindung zur Außenwelt: ein dumpf tikrender Telegraph, der Banales wie Schicksalhaftes gleichermaßen unheilrohnd von sich gibt, einer Zeitbombe ähnlicher als einem harmlosen Kommunikationsapparat in dieser mit pechschwarzen Wänden abgeschotteten Heimstatt des Ehepaars Edgar (Traugott Buhre) und Alice (Elisabeth Schwarz) Heimstatt? Eher eine Walstatt, eine Gruft, in der man lebendig begraben ist. „Ja, daß dies das Leben selbst sein sollte, das habe ich eigentlich nie geglaubt. Es ist der Tod.“

Auf diesen Todes-Punkt hin, der das Weiterleben-Müssen als Infamie in sich trägt, hat Jürgen Gosch am Thalia-Theater jetzt Strindbergs „Totentanz“ inszeniert, dieses wohl hilfreichste und heilsichtigste Drama des großen Ahnen aller späteren Stückeschreiber von Albee bis Dürrenmatt. Nach der Kleistschen „Penthesilea“ ist dies Goschs zweite große Regie-Arbeit für Hamburg. Und wie bei Kleist ist er auch hier wieder mit einem Rigorismus zu Werke gegangen, mit einer interpretatorischen Stringenz, der man Bewunderung nicht versagen kann. Gosch als Seelen-Visitateur - das ist ein eindringliches Abenteuer, wie kräftezehrend sich dieser Geschlechterkampf in dem nur mit Stuhl, Sofa, Klavier und einer Sitz-Kanone möblierten Kerker auch mitunter dehnt.

Denn anders als es uns vor ein paar Jahren in der Rudolph-Ara Ulrich Wildgruber und Hildegard Schmalh am Schauspielhaus vorerzählten, läßt Gosch diesen heimtückischen Schlagabtausch nie in wüstem Staccato spielen. Er treibt die Protagonisten nicht brillierend, greinend und tobend über die Bühne. Bei Gosch geht's unheimlich still, zum Teil gespenstisch unbeweglich zu. Ja, seine Protagonisten scheinen oft wie von einer Starre befallen, die gleichwohl immer wie ein nur mit letzter Kraft erzwungenes Zusammenreißen wirkt, das alle mörderischen Gefühle unter dem Deckel hält, damit es nicht ständig zur Explosion kommt.

Das suggeriert eine Tröstlosigkeit, ein Nieder-Geschlagen-Sein, das die wenigen, dann umso heftigeren Ausbrüche des Hauptmanns, seiner Frau

und auch des Mittelmannes Kurt erst wirklich beklemmend macht. Am Thalia wissen Edgar und Alice: Aus dieser Ehe-Hölle kommt man trotz aller böse eingefädelt Inztrigen und zwei Mammuts heraus. So ist es denn auch nur konsequent, daß Gosch das Vernichtungsspiel auf eine Dreh-scheibe, ein Teufelsrad, gesetzt hat und den „Totentanz“ rigoros mit dem ersten Teil, mit dem resignativen Appell „Weitermachen“, endet läßt, ohne Strindbergs faden zweiten Tragödien-Teil anzupapern.

„Das Ende ist im Anfang, und doch macht man weiter“ - so heißt es auch bei Beckett. Und von Becketts Endspiel-Atmosphäre hat diese Strindberg-Inszenierung viel in sich: das ausgeklügelte Wiederholungsritual ebenso wie das Zeitlupehafte, das die Dialoge mit schweren Pausen zäsurisiert. Solch bewußtes Auseinanderziehen des Geschehens zerrt freilich manchmal arg an den Nerven, ohne daß es auch den Schrecken vergrößert. Auch die Finsternis, in die Gosch und sein Bühnenbildner Gero Troike das ins Vampirische gleitende Inztrigenspiel nach der Pause tauchen, verschärft die Tragik weniger, als daß es unfreiwillige Komik evoziert.

Wie man die Komik, die Groteske wie unabsehlich aus den giftigen Vernichtungs-Sentenzen herausströfen läßt, ohne daß sie ihres tragischen Grundtones verlustig gingen, das zeigte Traugott Buhre mit wunderbarer Meisterschaft. Er war der mit tückischer Trockenheit brillierendste starke Kraftpol dieses virtuos abgemehrten Höllentanzes. Ein Ekel-Paket, doch Mitleid erregend. Aber auch Elisabeth Schwarz als Alice war vorzüglich in ihrem kalten, verzweifelt ausgestanzten Haß. Und als Kurt machte Horst Mendroch glänzend gequälte Figur. Innen galt denn auch der stärkste Beifall.

KLÄRE WARNECKE
Nächste Aufführung: 29. Oktober. Karteninformationen: 040/248 713



Kräftezehrender Geschlechterkampf im pechschwarzen Baus: Traugott Buhre als Edgar in der Hamburg Aufführung

Margarete Buber-Neumann wird 85 Jahre alt

Anadyomene, verwegen

Eine „Scheherzade der Lagerwelt“ wurde sie von Hans-Dietrich Sander genannt, und in der Tat: Neben Alexander Soltschenizyn ist sie die sprachmächtigste und genaueste Zeugin aus jener finsternen Archipel-ZULag-Zone, die die Reiche der niederen Dämonen in unserer Zeit ruiniert. Dabei hat Margarete Buber-Neumann die Erfahrung des Lagers gleich zweifach gemacht. Sie war Geangene sowohl bei Hitler als auch bei Stalin, und ihre 1940 von Moskau gezielte „Überstellung“ aus einem sowjetischen Lager in das nationalsozialistische KZ Ravensbrück leuchtet jenseitig ab das grelle Gleichheitszeichen zwischen den beiden Gewaltsystemen.

Aber Margarete Buber-Neumann berichtete in ihren Büchern nicht nur



Widerstand im Archipel GULag des diktatorischen Gewalts des zwanzigsten Jahrhunderts: Margarete Buber-Neumann

über die Welt der KZs und Lager. Es gibt die Autobiographie über ihre hürterliche Jugend während der zwanziger Jahre in Berlin, es gibt den Band über die ersten Jahre der Freiheit nach 1945, es gibt den erschütternden Report über Weggenossen und Kampfgefährten, „Die erloschene Flamme“. So hat sich das Werk allmählich zu einem grandiosen Panorama der modernen Möglichkeiten intellektueller Verführung durch Ideologie und Utopie entfaltet, zu einem eindringlichen Menetekel für Deutschlands Jugend, deren hoher Sinn in diesem Jahrhundert immer wieder so grausam mißbraucht und so gründlich in die Irre geirret wurde.

Margaretes Bücher sind jedoch auch ein Zeugnis für weibliche Verwegenheit und Weltneugier, erzählen sie doch die Geschichte zweier Mädchen aus gutbürgerlichem Potsdamer Hause, Margarete selbst und ihrer um drei Jahre älteren Schwester Babette, die - wandervogelbewegt und angewidert von der vermeintlichen Sauriertheit der sie umgebenden

Bürgerwelt - mit ungebeurem Elan in die geistigen Abenteuer der Zeit eintauchen und sie bis zur Nöige auskosten.

Beide heirateten sie in den frühen Zwanzigern junge jüdische Berliner Intellektuelle, Margarete Rafael Buber, Babette einen gewissen Herrn Gross. Beide lassen sich bald wieder scheiden, werden Mitglied der KPD und Lebensgefährtinnen prominenter Kommunisten, Margarete Heinz Neumanns, Babette Willy Münzenbergs. Beider Gefährten werden von den Stalinisten umgebracht. Beide scheitern an ihren politischen Utopien, ohne doch an ihnen zu zerbrechen.

Babette emigriert 1933 nach Frankreich und wird 1940 Mitglied der Résistance; Margarete emigriert nach Rußland, wird dort verhaftet und nach Sibirien verschleppt. 1940, nach Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes, liefert man sie zusammen mit anderen emigrierten deutschen Antifaschisten an Hitler aus. Sie kommt ins Frauen-KZ, wo sie wegen ihrer eisernen Solidarität und herzerwärmenden Kameradschaftlichkeit und wegen ihres unbezähmbaren Lebensmuts zum „Engel von Ravensbrück“ aufsteigt, zur engen Freundin jener ebenfalls legendären Milena Jesenska, der sie später ein herrliches Buch widmen soll.

Nach 1945 werden die beiden Potsdamer Schwestern zu wichtigen Aufklärerinnen in Sachen Kommunismus, die den Verrat der KP an den eigenen Genossen und die Verbrechen der Sowjets ohne Furcht anprangern, und zwar zu einer Zeit, da das hochstufliche mit Lebensgefahr verbunden ist. Margarete wird zur Kronzeugin im Pariser Krawischken-Prozeß gegen das Blatt „Les Lettres Françaises“, das den Archipel GULag zu leugnen versuchte. Unbeeindruckt vom Wutgeheul der Kommunisten im Zuschauerraum macht sie ihre Aussage, die um die Welt geht und in linken Intellektuellenkreisen wie Scheidewasser zu wirken beginnt.

Auch in späteren Jahren hat sich Margarete Buber-Neumann nie von irgendwelchen Rollkommandos einschüchtern lassen, hat etwa als Bürgerin von Frankfurt durch Bildung von wirkungsvollen Wählerinitiativen dafür gesorgt, daß die Mißwirtschaft von „Dynamit-Rudi“ ein Ende fand, hat als Mitglied des Freien Deutschen Autorenverbandes mitgeholfen zu verhindern, daß die deutschen Schriftsteller in toto ins linksradikale Lager abdrifteten.

Diese Frau hat die Fähigkeit, zu überzeugen und zu faszinieren. Ihre sprühende Erzählerkraft, ihr Charme und ihre bis ins höchste Alter bewahrte Schönheit machen sie zu einem Phänomen, zu einer Venus Anadyomene, die keine Gewalt je unter die Wasserlinie zu drücken vermochte.

GÜNTER ZEREM

KULTURNOTIZEN

„Deutschland und Lateinamerika“ lautet das Thema einer Tagung, die die Katholische Universität Eichstätt am 21. und 22. November veranstaltet.

Die zweiten Kinderkinotage von Berlin finden vom 16. bis zum 23. November statt.

Die Schauspielerin Jeanne Moreau ist soeben zur neuen Präsidentin der „César“-Filmakademie in Paris gewählt worden.

Die Wiedereröffnung wird im Mai 1987 sein.

Edgar Faure wurde zum neuen Präsidenten des Internationalen Verbandes der Schriftsteller der Autoren und Komponisten (CISAC) berufen.

Die Italienischen Filmfestspiele, die vom 2. bis zum 7. Dezember zum achten Mal in Nizza hätten stattfinden sollen, wurden abgesagt.

Für Neuanschaffungen von Büchern wird das Land Niedersachsen den Hochschul- und Landesbibliotheken 1987 rund 32 Mio. Mark zur Verfügung stellen.

